

HISTORISCH-POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

9. Jahrgang
2002



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

9. Jahrgang 2002

Im Auftrag der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Brigitte Kaff

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 210

Fax 02241 / 246 669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

internet: www.kas.de

Verlag:

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

e-mail: vertrieb@boehlau.de

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von ca. 260 Seiten. Der Preis beträgt € 19,50. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 2002 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Bayreuth GmbH

Druck und Verarbeitung: MVR-Druck, Brühl

ISSN 0943-691X

Inhalt

AUFSÄTZE

Winfried Becker

Eine katholische Adels-Internationale.

Die deutschen Teilnehmer am Genfer Komitee (1870–1878) 1

Rudolf Uertz

Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum 31

Norbert Trippen

Josef Kardinal Frings und Konrad Adenauer 63

Krzysztof Ruchniewicz

Adenauers Verhältnis zu Polen und seiner Bevölkerung 73

Franz Möller

Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969 95

Andreas Wirsching

Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende«

von 1982/83 127

Hanns Jürgen Küsters

Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder:

Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug 141

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

II. Die Medienpolitik der 80er Jahre

Jürgen Wilke

Einführung 161

Bernhard Vogel

Der Kampf um die neue Medienordnung.

Initiativen und Innovationen 169

Christian Schwarz-Schilling
Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten – Eine Bilanz. 177

Klaus von Dohnanyi
Es geht darum, realistische Formen des Konsenses zu finden,
auch über Parteigrenzen hinweg 195

Peter Schiwy
Aus der Defensive zum Erfolg. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten
im Spiegel des medienpolitischen Wandels 203

Claus Detjen
Das Schwanken der Zeitungsverleger: Zwischen Ablehnung und
Engagement 209

Beate Schneider
Die Wende auf dem Medienmarkt 217

LITERATUR

Günter Buchstab
Johannes Schauff zum 100. Geburtstag 227

ABSTRACTS – Résumés – Zusammenfassungen 231

Die Mitarbeiter dieses Bandes. 244

AUFSÄTZE

Eine katholische Adels-Internationale. Die deutschen Teilnehmer am Genfer Komitee (1870–1878)

Von Winfried Becker

Das Genfer Komitee und die Lage der Katholiken in Deutschland und Österreich

Das aufgewühlte Verhältnis zwischen Kirche und Staat, wie es bei Anbruch der 1870er Jahre in mehreren europäischen Ländern, auch in Deutschland, bestand, konfrontierte die Gläubigen, die Nationen und Staaten mit einer Fülle von klärungsbedürftigen Problemen. Schon vor der Einnahme Roms und dem Verlust des Rests des Kirchenstaats verlieh der Suffragan-Bischof von Lausanne-Genf, Gaspard Mermillod (1824–1892), den Bestrebungen zur Verteidigung des bedrohten Papsttums dadurch Ausdruck, dass er am 25. Februar 1870 im mamertinischen Kerker am Forum Romanum, in der symbolträchtigen alten Pilgerstätte, »zum Kampf für ein öffentlich-gesellschaftliches Königtum Christi« aufrief.¹ Es war gleichsam die Gründungsrede für eine Vereinigung, die sich nach der Einnahme Roms am 23. Oktober 1870 in Genf als »Comité de défense catholique« konstituierte. Hier trafen etwa 30 streng kirchlich gesinnte Vertreter der Katholiken Italiens, Frankreichs, Englands, Deutschlands, Spaniens, Belgiens, Hollands, Österreichs und der Schweiz zusammen, meist prominente Repräsentanten katholischer Laien, die in ihren Ländern einen hohen Bekanntheitsgrad besaßen oder Leitungsfunktionen innehatten. Keimzellen des Genfer Komitees lagen in Kontakten legitimistisch-konservativer, meist adliger Kreise, die in Rom während der 1860er Jahre aufgenommen worden waren, um den Kirchenstaat gegen das Vordringen des liberalen italienischen Nationalstaats zu schützen: Österreichische Adelige waren mit Anhängern des Grafen von Chambord und spanischen Karlisten zusammengetroffen.

¹ Karl BUCHHEIM, *Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert*, München 1963, S. 243–246; August M. KNOLL, *Der soziale Gedanke im modernen Katholizismus, Bd. 1, Von der Romantik bis Rerum novarum*, Leipzig 1932, S. 109. – Erweiterte Fassung eines auf dem Kolloquium »The Black International« an der Univ. Löwen am 19.9.2000 gehaltenen Vortrags, dessen englische Version in den Konferenzakten erschienen ist: Emiel LAMBERTS (Ed.), *The Black International, the Holy See and the Rise of Militant Catholicism in Europe (1870–1878)*, Löwen 2002 (Kadoc Studies, 29). Ich danke Prof. Emiel Lamberts/Löwen für viele Hinweise und für die Überlassung von Kopien der umfangreichen Korrespondenz Anton von Pergens (Briefe Loës, Wambolts und Isenburgs an Pergens) sowie Prof. Bruckmüller/Wien für wertvolle Informationen.

Der Streit um den Kirchenstaat, der durch die Einnahme Roms am 20. September 1870 nicht beendet wurde, bildete nur das Symptom einer umfassenden Umbruchphase, in der sich Europa damals befand. In Italien und Deutschland gelangte die nationalstaatliche Bewegung zum Sieg. Die Einigungskriege veränderten das im Wiener Kongress gebildete, bereits durch den Krimkrieg herausgeforderte europäische Staatensystem. Der mit ihnen verbundene Aufschwung des nationalliberalen Bürgertums schuf zwei innenpolitische Unruheherde: Das neue Wirtschaftsbürgertum wandte sich gegen die katholische Kirche, erklärte sie zum Hemmnis jeden Fortschritts. Neben seinem Antiklerikalismus riss es eine zweite, eine soziale Front gegenüber den ärmeren Bevölkerungsschichten und der sich im Industrialisierungsprozess allmählich herausbildenden Arbeiterklasse auf. 1864 wurde in London unter dem Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels die Erste Internationale gegründet.

Der neue Säkularismus, Nationalismus und auch die aufkommende soziale Frage riefen in der Kurie, die direkt betroffen war, sowie in »ultramontanen« kirchlichen Kreisen Unruhe hervor. Im Einklang mit Papst Pius IX. gedachte das Genfer Komitee an das katholische Volk zu appellieren, wenn schon die Regierungen der Staaten sich von Religion und Kirche entfernen würden. Bereits in den 1860er Jahren waren Volksbewegungen für den Papst entstanden, z.B. die Association de Saint Pierre in Belgien. Das den Kirchenstaat verteidigende Zuavenkorps (1860–1870) vereinte Anhänger des Papsttums aus verschiedenen Ländern, vor allem aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden.

Das Genfer Komitee beschloss sogleich, auf dem Gebiet der Meinungsbildung tätig zu werden. Es kam überein, ein in deutscher und französischer Sprache zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinendes Publikationsorgan, die *Genfer Correspondenz*, herauszugeben. Deren Zweck sollte sein, die internationale Presse mit korrekten Nachrichten aus dem Leben der Kirche zu versorgen, politische Entwicklungen aus der Sicht der katholischen Kirche zu kommentieren und rückhaltlos für die Verteidigung des Stuhls Petri einzutreten: Ziel war die Wieder-Verankerung der Kirche in der Gesellschaft. Die Leitung des Pressebüros und der Zeitung übernahm zunächst der Konvertit und österreichische Diplomat Gustav Graf Blome.

Die *Genfer Correspondenz*, so war geplant, sollte ca. 300 katholischen Zeitungen in Europa kostenlos zugesandt werden. Doch fand ihre Tätigkeit wie die des Genfer Büros schon im Oktober 1873 aus nicht nur finanziellen Gründen ein Ende. Allerdings wurde im September 1871, auch als Antwort auf den Aufstand der Commune in Paris, im Kloster Einsiedeln (Schweiz) ein »Comité des Permanents« gegründet. Dieses Komitee permanenter Vertreter der katholischen Länder stand weiterhin in engem Kontakt mit dem Hl. Stuhl und verstand sich als »christliche und katholische Internationale«, auch als »schwarze« gewissermaßen in Konkurrenz zur »roten Internationale«. Nach Aufhebung des Genfer Büros traten die »Permanents« in direkte Kontakte

mit der Kurie. Ihre wohl wichtigste – anonyme – Anlaufstelle war »innominato«, der Briefe mit »Frédéric« zeichnete. Dahinter verbarg sich Monsignore Wladimir Czacki (1835–1888), Privatsekretär des Papstes, 1873 Sekretär der Studienkongregation, 1877 Sekretär der Kongregation für außerordentliche Angelegenheiten, einer Abteilung des Staatssekretariats. Er stammte aus polnischem Adel und hatte über den Salon seiner Tante in Rom, der Fürstin Emilia Odescalchi, nützliche gesellschaftliche Kontakte anbahnen können. Czacki hatte mehrere Freunde im Kardinalskollegium, war polyglott und aufgrund seiner diplomatischen Laufbahn mit den politischen Verhältnissen in Europa wohlvertraut.

Unter den Konferenzteilnehmern aus Deutschland ragte Fürst Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (1834–1921) hervor. Er steuerte 5000 Francs zu den von Deutschland für die *Genfer Correspondenz* bereitgestellten 30 000 Francs bei.² Seine finanzielle Opferbereitschaft entsprang seinem tiefen Engagement für das bedrängte Papsttum, zugunsten dessen er die öffentliche Meinung mobilisieren wollte. Kurz vor der Genfer Zusammenkunft hatte Löwenstein eine große Wallfahrt nach Fulda organisiert, die sich zur eindrucksvollen Kundgebung für Papst Pius IX. entwickelte. Da von den gekrönten Häuptern Schutz- und Hilfsmaßnahmen für den Stuhl Petri nicht zu erwarten waren, sondern im Gegenteil das 1870 verkündete Unfehlbarkeitsdogma die neuen Nationalstaaten Deutschland und Italien in ihrem Souveränitätsstolz gekränkt hatte, setzten Mermillod, Gustav Blome, Löwenstein und ihre Gesinnungsgenossen ihre Hoffnungen anscheinend vor allem auf eine in den europäischen Ländern zu erweckende Volksbewegung, in der das seiner politischen und finanziellen Unabhängigkeit beraubte Papsttum eine neue Stütze würde gewinnen können.

Es bedurfte allerdings solcher Ideen und Bestrebungen gar nicht, um das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat, zumal in Deutschland, mit schweren Spannungen aufzuladen. Die bei der Eröffnung des erstmals gewählten Reichstags (21.3.1871) gehaltene Thronrede bekannte sich demonstrativ zum Prinzip der Nicht-Einmischung in das innere Leben anderer Völker. Die Reden führender nationalliberaler Abgeordneter gaben der Adresse, mit der die Thronrede beantwortet wurde, eine entschieden antirömische und antikatholische Tendenz; sie spielten das neue, protestantische, selbständige Deutschland der Hohenzollern gegen den mittelalterlichen, angeblich vom römischen Papsttum beherrschten Staat aus. Vergeblich bemühte sich die

² Paul SIEBERTZ, *Karl Fürst zu Löwenstein. Ein Bild seines Lebens und Wirkens nach Briefen, Akten und Dokumenten*, München/Kempten 1924, S. 287–290; Heinz HÜRTE, *Karl Heinrich Fürst zu Löwenstein (1834–1921)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, hg. v. Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER, Bd. 9, Münster 1999, S. 51–61.

Zentrumspartei, die Adresse dahingehend abzuändern, daß sie »eine Intervention zugunsten des Papstes nicht grundsätzlich ausschloss«,³ obwohl noch während des Deutsch-Französischen Krieges Preußen sich von der italienischen revolutionären Politik gegenüber dem Hl. Stuhl distanziert hatte. Jetzt sah Bismarck schon in dem Zusammentritt der 1870/71 von katholischen Parlamentariern ins Leben gerufenen Zentrumspartei eine Gefährdung seiner Machtstellung. Er versuchte sogleich, den Papst gegen die katholische Partei einzunehmen, und ließ diese an der Kurie mit der Unterstellung denunzieren, sie habe sich offiziell für eine Intervention Deutschlands zugunsten des Papsttums eingesetzt und trete dem neuen Reich überhaupt feindlich gegenüber. Bismarck gelang es zwar nicht, die Kurie zu einer Erklärung gegen das Zentrum zu bewegen. Aber die Fronten in Deutschland verhärteten sich über Nacht. Der Reichskanzler brandmarkte schon das Auftreten der prokatholischen Zentrumspartei als illoyalen Akt deutscher Bürger, die sich dem Papst, also einem fremden Staatsoberhaupt, unterwürfen. Im beginnenden Kulturkampf zeigten Wähler und Sympathisanten des Zentrums und der Bayerischen Patriotenpartei ihre Sympathie für das seiner weltlichen Stütze beraubte Oberhaupt der Kirche durch Sammlungen, Treuebekundungen und Wallfahrten nach Rom.

Der deutsche Katholizismus, der sich nun formierte, ging auf verschiedene Wurzeln zurück. Romantische Denker hatten, enttäuscht vom revolutionären Säkularismus, ein universales Bild von Staat und Gesellschaft entworfen und in dessen Mitte die neue Besinnung auf die Werte des christlichen Glaubens gestellt. Kreise religiöser Erneuerung übten Kritik am Staatskirchentum, so vor allen Joseph Görres in seinem 1838 in fünf Auflagen erschienenen *Athanasius*. Im Revolutionsjahr 1848 erhoben die Katholiken auf dem politischen Feld die Forderung nach Freiheit für die Kirche. Die Verdrängung Österreichs aus den kleindeutschen Nationalstaat weckte Kräfte der Selbstbehauptung in der sich nun abzeichnenden katholischen Minorität des Hohenzollernstaats und beflügelte die Parteibildung des Zentrums, zumal 1867 und 1871 ein auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhender Reichstag zusammentrat. Die 1848 ins Leben gerufenen Katholikentage zeigten, dass auf der Grundlage der nun vorübergehend gewährten Vereinsfreiheit Laien und Priester die bürgerlichen Freiheiten für sich in Anspruch nahmen. Zwischen 1850 und 1867 fanden sechs der 15 in diesem Zeitraum stattfindenden gesamtdeutschen Katholikentage in der Donaumonarchie statt (zweimal in Linz/Donau, je einmal in Wien, Salzburg, Prag und Innsbruck). Vor dem Hintergrund des josephinischen Staatskirchentums fanden die österreichischen Katholiken später als die deut-

³ Rudolf LILL, *Der Kulturkampf in Preußen und im Deutschen Reich (bis 1878)*, in: Hubert JEDIN (Hg.), *Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. VI/2, Die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand (1878–1914)*, Freiburg u.a. 1985, S. 32f.; K. BUCHHEIM (wie Anm. 1), S. 225–229.

schen zu einer Gesamtorganisation. Erst 1877 trat ein erster österreichischer Katholikentag »für die gesamte Monarchie« zusammen, nachdem 1868 liberale Schul- und Ehegesetze erlassen worden waren und Reaktionen von katholischer Seite notwendig gemacht hatten. Die deutschen Katholiken mussten sich seit 1866 nicht nur mit der neuen Minoritätssituation abfinden. Ebenfalls ungeklärt war, welchen politischen Stellenwert die katholische Vereins- und Parteibildung gewinnen würde. War die Beschränkung der Aktivität auf die reine Verteidigung der katholischen Kirche geboten, oder sollten die neuen parlamentarischen Entwicklungsmöglichkeiten wahrgenommen werden? Sollten sich die deutschen Katholiken primär als Angehörige einer international verbreiteten Konfession, von der moralischen Macht des Papsttums geleitet, verstehen oder mehr im neuen nationalen Staat wirken?

In der solchermaßen problemgeladenen, schon zugespitzten Situation kamen manche Artikel der *Genfer Correspondenz*, die von 1870 bis 1873 erschien, Bismarck und den liberalen Blättern sehr gelegen, um das Gespenst einer schwarzen Internationale an die Wand zu malen, von der eine ernste innen- und außenpolitische Bedrohung für das neue Reich ausgehe und die im Begriffe stehe, eine feindliche Koalition, etwa Frankreichs und Österreichs, gegen Deutschland zu schmieden.⁴ Im Mai 1871 prophezeite die *Genfer Correspondenz* in einem von den *Historisch-politischen Blättern* abgedruckten Artikel jedem Reich, das sich von der Sache Roms abwende, ein frühes Ende. Als die *Genfer Correspondenz* ein Gespräch Wilhelm Emmanuel von Kettelers mit Bismarck, in dem Ketteler den Staatsmann im kirchlichen Sinne zu beeinflussen suchte und vor den Nationalliberalen warnte, negativ kommentierte, distanzierte sich der Mainzer Bischof am 27. Oktober 1871 öffentlich von der *Genfer Correspondenz*. Die übertriebene und prahlerische Herausstellung der Macht des Papstes könne bei den Gegnern der Kirche die »unbegründetsten Befürchtungen« hervorrufen.⁵ Im November 1871 löste sich auch Löwenstein, wahrscheinlich unter dem Einfluss Kettelers, von der *Genfer Correspondenz*, nachdem er auf der Konferenz von Einsiedeln im Sommer 1871 anscheinend vergeblich versucht hatte, diese Arbeitsgemeinschaft auf einen bedachtsameren Kurs zu bringen. Er nahm Anstoß an Formulierungen, die den Eindruck erwecken könnten, die Katholiken stellten sich leichtfertig auf das Risiko eines neuen Religionskriegs und gewaltsamer Auseinandersetzungen ein. Nahm aus

4 Winfried BECKER, *Otto von Bismarcks Rolle bei Ausbruch, Verschärfung und Beilegung des preußischen Kulturkampfes*, in: Rudolf LILL/Francesco TRANIELLO (Hg.), *Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern*, Berlin 1993, S. 57–85; Otto PFÜLF, *Bischof von Ketteler (1811–1871). Eine geschichtliche Darstellung*, Bd. 3, Mainz 1899, S. 162 (Bismarck am 16.11.1871).

5 Karl BACHEM, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815–1914*, Bd. 3, Köln 1927, S. 215f.

deutscher Sicht die *Genfer Correspondenz* viel zu wenig Rücksicht auf die neue Situation im Kaiserreich,⁶ so warf diese den deutschen Katholiken übertriebene Zurückhaltung, mangelnde ultramontane Gesinnung und fehlende Geschlossenheit vor.⁷

Die deutschen Mitglieder des Genfer Komitees

Löwenstein war seit Jahren Präsident des Zentralkomitees der Generalversammlungen der katholischen Vereine Deutschlands, der später so genannten deutschen Katholikentage, die 1848 ins Leben gerufen worden waren. Seine Entscheidung schien also von weitreichender Bedeutung zu sein. Der zwischen Sommer 1871 und Mitte 1873 amtierende »permanente« Vertreter Deutschlands im Genfer Komitee, Franz Wambolt von Umstadt (1829–1908), sah sich isoliert und seines Rückhalts bei der zentralen Vertretung der deutschen Katholiken beraubt. Der zuvor im diplomatischen Dienst des Großherzogtums Hessen-Darmstadt stehende Freiherr war mit Löwenstein und fünf anderen prominenten Katholiken 1868 in das neu gegründete Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt worden. Er hatte einen – allerdings nicht angenommenen – Wahlauftrag der hessischen Katholiken zu den Reichstagswahlen von 1871 entworfen, in dem er sich »für Wiederherstellung des Kirchenstaates in seiner ursprünglichen Ausdehnung« aussprach.⁸ Wambolt kritisierte während der 1880er Jahre Windthorst's liberalen, verfassungsrechtlich motivierten »linken« Kurs der Zentrumsparterie. Nach Löwensteins Rücktritt 1871 war er drauf und dran, sein Amt im Genfer Komitee niederzulegen, behielt es aber dann doch bei und fungierte im Frühjahr 1873 sechs Wochen lang sogar als Vertreter des seit April 1872 amtierenden Direktors des Genfer Büros, des österreichischen Grafen Johann Anton von Perggen (1839–1902). Wambolt zog sich schließlich, mit durchaus auch weltanschaulicher Begründung, aus dem Deutschland des Kulturkampfes auf sein neues Gut Hopfenbach (heute Hmelj-

6 K. BUCHHEIM (wie Anm. 1), S. 244; BACHEM (wie Anm. 5), S. 215; Adolf M. BIRKE, *Bischof Ketteler und der deutsche Liberalismus. Eine Untersuchung über das Verhältnis des liberalen Katholizismus zum bürgerlichen Liberalismus in der Reichsgründungszeit*, Mainz 1971, S. 88f.; Fritz VIGENER, *Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts*, München/Berlin 1924, S. 661f.

7 Wambolt an Cramer, 31.10.1871, Archives Cramer, Nijmegen (AC), 437, 13, 1; GCP an die Permanenten, Très confidentiel Nr. 12, [Nov.] 1871, Nr. 15, 6. Dez 1871, AC, 456, 20 b, 5; Cramer an Blome, 3.11.1871, AC, 24, I, 709 b; Blome an Cramer, 7.11.1871, AC, 434, 12 b, I.

8 K. BUCHHEIM (wie Anm. 1), S. 220 Anm. 6, S. 182; Margaret Lavinia ANDERSON, *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 14), Düsseldorf 1988, S. 321f., 407; *Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser*, 28. Jahrgang, 1878, S. 911 u. 30. Jahrgang 1880, S. 906f. (Franz Wamboldt von Umstadt; Reichsfreiherrn).

nik) bei Rudolfswerth (heute Novo mesto) in Krain (Slowenien) zurück. Eine solche Entscheidung dürfte weniger begüterten Gesinnungsgenossen kaum möglich gewesen sein. Allerdings machten ihm in seiner neuen Umgebung gerade auf religiösem Gebiet die großen Mentalitätsunterschiede zu schaffen.

Wambolts vertraulicher Adressat Pergen war Blome 1872 in der Leitung des Genfer Büros gefolgt, das er sich bis Ende 1873 mit dem französischen Grafen Paul de Bréda teilte. Pergen, geboren in Pottenbrunn (Niederösterreich), gestorben auf Schloß Aspang (Niederösterreich), war von 1863 bis 1867 Militärattaché in München, Rom und Paris. 1868 wurde er österreichischer Legationssekretär in Rom, quittierte aber noch im selben Jahr den diplomatischen Dienst. In jungen Jahren hatte er während seiner Romaufenthalte die Sympathie Papst Pius' IX. errungen, er blieb seinerseits über dessen Pontifikat hinaus ein treuer Anhänger des Papsttums. 1873 übernahm er in Österreich das Präsidium der 1860 gegründeten Erzbruderschaft St. Michael und widmete sich, auch unter Einsatz seines Vermögens, dem Aufbau des politischen und sozialen Katholizismus in Österreich, pflegte vor allem dessen internationale Beziehungen. Er konnte in den 1870er Jahren als Führer der österreichischen Katholiken gelten und wurde ständiger Kommissar der österreichischen Katholikentage.⁹

Außer Wambolt blieben zwei andere Repräsentanten des deutschen Katholizismus der *Genfer Correspondenz* bis zu deren Einstellung Ende 1873, dann dem Genfer Komitee der »Permanenten« und besonders dem Vertrauensmann Roms, Pergen, bis 1876 und Jahre darüber hinaus verbunden. Eine intensive Korrespondenz mit Pergen unterhielt Felix Freiherr von Loë (1825–1896) aus Terporten bei Goch (Niederrhein). 1866 als Landrat des Kreises Kleve (1859–1866) aus politischen Gründen zur Disposition gestellt, wurde Loë von 1867 bis 1871 fraktionsloser Abgeordneter des norddeutschen Reichstags, 1870 bis 1876 und 1890 bis 1896 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für das Zentrum. Eine populäre Führungsrolle fiel ihm als Präsident der deutschen Katholikentage von 1868 und 1877 und vor allem als Mitgründer und Orga-

⁹ Erika WEINZIERL-FISCHER, *Aus den Anfängen der christlichsozialen Bewegung in Österreich. Nach der Korrespondenz des Grafen Anton Pergen*, in: *Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs* 14 (1961), S. 465–486; Walther KILLY/Rudolf VIERHAUS (Hg.), *Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE)*, Bd. 7, München 1998, S. 599; Wilhelm KOSCH, *Das Katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon*, Bd. 2, Augsburg 1937 Sp. 3474f.; Constant von WURZBACH, *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich*, 22. Theil, Wien 1870, S. 1–9 (Adelsgeschlecht Pergen); vgl. SIEBERTZ (wie Anm. 2), S. 335, 287 (Michaelsbruderschaft); K. BUCHHEIM (wie Anm. 1), S. 107; Harry SLAPNICKA, *Das Entstehen der Katholischen Volksbewegung*, in: Rudolf ZINHOBLER/Harry SLAPNICKA/Peter GRADAUER (Hg.), *Bischof Franz Joseph Rudigier und seine Zeit*, Linz 1987, S. 111–118; Josef WOLNY, *Fünzig Jahre für Kirche und Papst. Chronik der Erzbruderschaft vom heiligen Michael in Wien (1860–1910)*, Wien 1911.

nisator des Mainzer Vereins der deutschen Katholiken (1872–1876) zu.¹⁰ Der Konvertit Fürst Karl von Isenburg-Birstein (1838–1899) war von 1873 bis 1876 für Deutschland Mitglied des Genfer Komitees der »Permanenten«, der permanenten Vertreter der europäischen Länder in Genf. Der Schwager Löwensteins heiratete 1865 Marie Louise, geb. Erzherzogin von Österreich. Karl Isenburg wurde 1866 in die Erste Kammer des Großherzogtums Hessen-Darmstadt, 1868 in das preußische Herrenhaus aufgenommen; 1872 war er leitend im Mainzer katholischen Kasino tätig. 1880 unterstützte er Carl Friedrich Freiherrn von Fechenbach und Eduard Freiherrn von Ungern-Sternberg bei ihren erfolglosen Bemühungen um die Gründung einer christlichen Partei der Sozialreform aus katholischen und evangelischen Konservativen,¹¹ die unter anderem antiparlamentarische, berufsständisch-korporativistische und antisemitische Programmpunkte anvisierte. Isenburg beobachtete auch argwöhnisch die angeblichen Fortschritte des Freimaurertums im Habsburgerreich. Während der zweiten Hälfte des Jahres 1873 übernahm der Königlich Bayerische Kämmerer Ferdinand Graf von Hompesch-Bollheim (1824–1913) für kurze Zeit das Direktorium des Genfer Büros. Wambolt hatte Pergen die Berufung dieses bayerischen Karrierediplomaten wegen dessen außenpolitischer Erfahrung nachdrücklich empfohlen.¹² Von 1874 bis 1877 hatte Hompesch ein Reichstagsmandat des Zentrums für den Wahlkreis Trier 1 (Daun-Prüm-Bitburg) inne.¹³ Trotz seiner Leitungsfunktion wurde er allerdings in die Geschäfte des Komitees nicht genügend einbezogen.

An den Jahreskonferenzen des Genfer Komitees zwischen 1871 und 1875 (Genf 1870, 1872, Einsiedeln 1871, Ferney 1873, 1874, Bregenz 1875) nahmen außer den genannten Adligen weitere Vertreter der katholischen Bewegung Deutschlands teil. Ihr Kreis war aus mehreren Gründen eng gezogen. Denn die Augusttagungen des Komitees überschnitten sich zeitlich mit den Generalversammlungen des Mainzer Vereins und den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands (so genannt seit 1871). Die kostspieligen Reisen

10 Bernhard MANN (Bearb.), *Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918*, Düsseldorf 1988, S. 249.

11 Hans-Georg ASCHOFF/Heinz-Jörg HEINRICH (Hg.), *Ludwig Windthorst. Briefe 1834–1880*, Paderborn 1995, S. 517–519; vgl. Friedrich HARTMANNGRUBER, *Die christlichen Volksparteien 1848–1933. Idee und Wirklichkeit*, in: Günther RÜTHER (Hg.), *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland*, Teil 1, Köln 1986, S. 219–324, 270–273; über Isenburg auch F. VIGENER (wie Anm. 6), S. 699, 709; M. ANDERSON (wie Anm. 8), S. 259f., 263f., 320, 340.

12 Wambolt an Pergen, Umstadt 13.2.1873; Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HNSA), Pergen-Papiere (PP), II. 1853 Attaché, 1856 Legationssekretär in St. Petersburg, 1859–1863 Ministerresident in Athen, 1865 in Bern, 1865 Bevollmächtigter Minister und Gesandter Bayerns in Florenz, 1868 in London, 1871 als Legationsrat I. Klasse im vorläufigen Ruhestand.

13 Bernd HAUNFELDER, *Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1870–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien*, Düsseldorf 1999, S. 184.

muteten den vom Kulturkampf betroffenen und zeitlich eingespannten Laien, die mehrfach noch zu Wallfahrten nach Rom aufgerufen wurden, weitere finanzielle Opfer zu.¹⁴ Dennoch erschienen die Reichstagsabgeordneten (1874) Cajus Graf zu Stolberg-Stolberg (1797–1874), der 1871 die Abordnung der deutschen Katholiken an Pius IX. anführte und über den 1870 Kontakte der deutschen Katholiken zu König Johann von Sachsen liefen,¹⁵ und Dr. jur. Josef Lingens (1818–1902). Lingens hatte bei einem Studienaufenthalt in Paris Frédéric von Ozanam und dessen Vinzenzvereine kennengelernt. Als Aachener Rechtsanwalt wurde er 1852 in den preußischen Landtag gewählt. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern und dann zum inneren Führungskreis der Zentrumsparterie. 1862 empfing ihn Papst Pius XI. in Porto d'Anzio, 1875 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Löwen. Von 1856 bis 1901 war Lingens Stadtverordneter von Aachen, von 1871 bis 1901 Mitglied des Reichstags. Er spielte auch eine führende Rolle im katholischen Vereinswesen, in der katholischen Arbeiterbewegung und in der Caritas-Bewegung am Niederrhein. 1870 befürwortete er eine Adresse des Aachener Stadtrats an König Wilhelm I. von Preußen zum Schutz des Papstes und zählte zu den Initiatoren des Genfer Komitees.¹⁶

Gründungsmitglieder der Zentrumsfraktion waren auch die 1875 in Bregenz anwesenden Reichstagsabgeordneten für Neumarkt/Oberpfalz (1871–1874), Hermann Freiherr Reichlin von Meldegg (1832–1914), und für Regensburg (1871–1874, 1889–1893), Adolf Wilderich Graf von Walderdorff (1835–1919).¹⁷ Reichlin, 1849 bis 1861 im österreichischen Militärdienst, war Hofkavalier der Erbprinzessin Helene von Thurn und Taxis, geborener Herzogin zu Bayern und Schwester der österreichischen Kaiserin Elisabeth.

14 Isenburg an Pergem, Birstein 27.6.1874, 25.8.1876: »Sehr viele Herren«, die er ansprach, haben für 1876 abgelehnt zu kommen. HHSA, PP, I.

15 B. HAUNFELDER (wie Anm. 13), S. 268; P. SIEBERTZ (wie Anm. 2), S. 287, 290.

16 Herbert LEPPER (Bearb.), *Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufrufe, Aufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870–1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumsparterie*, Düsseldorf 1998, S. 43; B. HAUNFELDER (wie Anm. 13), S. 207f.; August BRECHER, Josef Lingens (1818–1902). *Advokat – Anwalt*, in: Karl SCHEIN (Hg.), *Christen zwischen Niederrhein und Eifel*, Bd. 2, Aachen/Mönchengladbach 1993, S. 27–51, 34, 47, 210f.

17 B. HAUNFELDER (wie Anm. 13), S. 241, 277; Wolfgang SCHMIDT, *Eduard Graf von Walderdorff und seine Nachkommen auf Hauzenstein und Kürn*, Regensburg 1988, S. 88–90; Werner CHROBAK, *Politische Parteien, Verbände und Vereine in Regensburg 1869–1914*, Regensburg 1982, II S. 237, III S. 260, 264f.; E. WEINZIERL-FISCHER (wie Anm. 9), S. 465f. – Franz Wilderich von Walderdorff (1831–1898) war nach 1866 mit Ernst Lieber für die katholische Laienbewegung (Vereine, Presse, Wahlen) in Nassau tätig; vgl. Marie-Luise CRONE, *Franz Wilderich von Walderdorff (1831–1898). Sein Engagement für die katholische Kirche*, in: Friedhelm JÜRGENSMEIER (Hg.), *Die von Walderdorff. Acht Jahrhunderte Wechselbeziehungen zwischen Religion – Reich – Kirche und einem rheinischen Adelsgeschlecht*, Köln 1998, S. 445–457.

Der Gutsbesitzer Walderdorff, angeheirateter Verwandter des Reichsgrafen Leopold Clemens von Spee und des Freiherrn Franz von Bodmann, Schwiegersohn des in Bayern begüterten Grafen Maximilian von Seinsheim, eines Mitbegründers der Bayerischen Patriotenpartei, war von 1874 bis ca. 1885 stellvertretender Vorsitzender des katholischen Casinos in Regensburg. 1869 hatte der aus dem Hessischen stammende Reichsgraf als Deputierter des Konstitutionellen Volksvereins für den Wiener Wald die österreichischen Katholiken zur Teilnahme am »konstitutionellen Leben« aufgerufen. Ein weiterer deutscher Adliger im Komitee war der Baron von Schierstädt aus Kleinheubach in Unterfranken, einer anhaltisch-märkischen Adelsfamilie entstammend, Gutsdirektor Karl zu Löwensteins auf dessen böhmischem Gut Haid, »ein getreuer Freund und Mitarbeiter« des Fürsten, der diesen bei der Wahlagitation unterstützte und beispielsweise 1877 im Gründungskomitee des Augustinus-Vereins für die katholische Presse vertrat.¹⁸ Ansehnliche publizistische Vertreter des katholischen Deutschland bei den Genfer Jahresbesprechungen waren Dr. Heinrich Maas (1826–1895), und Wilhelm Molitor (1819–1880). Der Jurist Maas, ein konvertierter Sohn jüdischer Eltern, wurde 1854 Kanzleidirektor des Erzbistums Freiburg. In dieser Funktion gewann er eine Schlüsselstellung, verfocht im badischen Kulturkampf entschieden den katholischen Standpunkt, trat auf die Seite der Zentrumspartei und galt liberalen Kreisen, einschließlich des Großherzogs Friedrich von Baden, als »intransigent«. Noch 1889 unterhielt er, von seinen anti-ultramontanen Gegnern mehrfach abwertend als Jude titulierte, »seit langer Zeit« eingegangene »vertrauliche Beziehungen mit vatikanischen Kreisen«.¹⁹ Der Speyerer Domkapitular (seit 1857) Molitor erwies sich als tatkräftiger Förderer der katholischen Bewegung und ihrer Presse in der Rheinpfalz. Abgeordneter des bayerischen Landtags von 1875 bis 1877, trat der kirchenpolitische Publizist auch mit zahlreichen literarischen Werken hervor. Drei weitere Teilnehmer an den Jahrestagungen waren Heinrich Theophil Freiherr von Schrötter, der 1876 einen Aufruf zur feierlichen Begehung der dreißigjährigen Thronbesteigung Pius' IX. unterschrieb und wegen seiner Reden im Kulturkampf gerichtlich belangt wurde (Genf 1870, Einsiedeln 1871, Genf 1872,

18 P. SIEBERTZ (wie Anm. 2), S. 90, 95, 190, 199, 303, 417.

19 Karl Johann Georg v. Eisendecker an Otto v. Bismarck, Karlsruhe 25.12.1889. Hans-Jürgen KREMER (Hg.), *Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918*, I. Teil, 1871–1899, Stuttgart 1990, S. 437f., 330, 135; Walther Peter FUCHS (Hg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907*, Bd. 2, 1879–1890, Stuttgart 1975, S. 79, 132, 387f., 413f.; Bd. 3, 1890–1897, Stuttgart 1980, S. 84f., 87, 207; Veröffentlichungen von Heinrich MAAS: *Zum Frieden zwischen Kirche und Staat* (1880); *Geschichte der katholischen Kirche in Baden* (1891); vgl. auch W. KOSCH (wie Anm. 9), II, Sp. 2725; H.-G. ASCHOFF (wie Anm. 11), S. 450; zu Molitor: W. KOSCH (wie Anm. 9), II, Sp. 3049.

Ferney 1873),²⁰ Marie Artaud Haussman (Einsiedeln 1871) und Johann Jacob²¹ (Bregenz 1875).

Was die regionale Herkunft der Komitee-Mitglieder betrifft, so stammten sie vom Niederrhein, aus dem südlichen Hessen, aus Baden und aus den Regierungsbezirken Unterfranken und Oberpfalz des Königreichs Bayern (mit Beziehungen nach Oberschwaben). Auffällig war die starke Verankerung in Hessen-Darmstadt und im angrenzenden Unterfranken (Wambolt, Isenburg, Löwenstein bzw. Schierstädt). Sie mag mit der starken sozialen Stellung der hier und am Mittelrhein ursprünglich ansässigen reichsgräflichen und reichsfreiherrlichen Adelsfamilien (Isenburg, Löwenstein, Wambolt, Walderdorff) zusammenhängen, die für eine politische Vertretung »ultramontaner« Standpunkte genügend Zeit und Mittel aufbringen konnten. Allerdings handelte es sich durchwegs um aktive Mitglieder der seit den 1860er Jahren hervortretenden katholischen Bewegung, so dass sich unter diesem Aspekt die Standesgrenzen verwischten. Über die Komitee-Tätigkeit hinaus hielten vor allem dessen adlige Teilnehmer untereinander die Verbindung aufrecht: Loë mit Löwenstein (1891), der über Schierstädt mit dem Genfer Komitee noch in Berührung gestanden hatte, Isenburg mit Maas (1886), Wambolt und Loë mit Blome.

Ein Netzwerk von Korrespondenten

Die Briefwechsel Pergens mit Loë (1874–1894), Wambolt (1871–1876, 1881–1902) und Isenburg (1874–1888) geben Aufschluss darüber, wie die internationalen Kontakte während des Erscheinens und nach der Auflösung der *Genfer Correspondenz* sich entwickelten und welcher Mittel sie sich bedienten. Darüber hinaus fällt Licht auf die Entwicklung des deutschen und österreichischen Katholizismus, auf deren Verhältnis zu den liberalen Bewegungen und allgemein zu den politischen Entwicklungen. Diese kleine Adelsgruppe, die allerdings Verbindungen zu gleichgesinnten Standesgenossen und zu bürgerlichen Vertretern des Katholizismus unterhielt, war papsttreu gesinnt, trat dem neuen, nationalen Liberalismus schon wegen des ererbten Standes unabhängig

²⁰ Aufruf v. Mai 1876 in der Korrespondenz Loë-Pergen, HHSA, PP, II; Isenburg an Pergen, Birstein 27.6.1874, HHSA, PP, I.

²¹ Wahrscheinlich ist Heinrich Hansjakob (1837–1916) gemeint, politisch tätiger Priester (Pfarrer in Hagnau und Freiburg i. Br.) und Volksschriftsteller, Mitglied der Katholischen Volkspartei Badens, die mit Erfolg gegen den badischen Kammerliberalismus auftrat; früher Befürworter einer Sozialreform. A.P.H. VAN RIJSWIJCK, *Heinrich Hansjakob*, Heerlen 1948, S. 39, 132 (nur Beziehungen zu Maas; diese Biographie ist allerdings unbefriedigend). Auch Artur J. HOFMANN, *Hansjakob und der badische Kulturkampf*, Freiburg/Morstadt 1981; Hans HEID/Max WEBER, *Heinrich Hansjakob und Rastatt*, Rastatt 1995 sowie Helmut BENDER, *Heinrich Hansjakob*, in: Bernd OTTNAD (Hg.), *Badische Biographien*, Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 117–120 (Literatur) geben keine Hinweise auf Hansjakobs mögliche Kontakte mit dem Genfer Komitee.

gegenüber und beäugte kritisch die Entwicklungen im eigenen konfessionellen Lager.

Die Mitglieder des »Komitees der Permanenten« hatten als Vertreter ihrer Länder beim Genfer Büro den Kontakt zwischen diesem sowie den katholischen Organisationen bzw. der Presse ihrer Länder zu vermitteln. Die Korrespondenz Wambolts, Isenburgs und Loës mit Pergen diente zunächst dem vertraulichen Gedankenaustausch, verschiedenen Absprachen, der Nachrichtenübermittlung und dem gegenseitigen Zuspruch. Der Brief war dafür kein ideales Medium. Um der Neugierde der staatlichen Post keine Nahrung zu geben, wählte vor allem Wambolt Pseudonyme für Personen und Institutionen. Loë suchte ein System von Deckadressen aufzubauen – in Tirol, in Goch am Niederrhein und auf der holländischen Seite der Grenze sowie auf österreichischem Gebiet an der »schlesischen Grenze«. ²² Pergen verlangte von den »Permanenten« Wambolt und Isenburg monatliche Berichte; diese und die anderen Länderberichte wurden gekürzt und zusammengefasst in der *Genfer Correspondenz* veröffentlicht. Pergen schickte seinerseits »Procès verbaux«, Protokolle internationaler Besprechungen und »Très confidentiels«. Isenburg hielt angesichts der Tatsache, dass er vor allem aus Zeitungen schöpfen müsse, 1874 Vierteljahres- statt Monatsberichte für ausreichend. ²³ Als geeignete Schwerpunkte seiner Berichterstattung nannte er Pergen unter anderem die Vereinstätigkeit und die Wahlen zum Reichstag. 1877, als seine Berichte nicht mehr erfordert waren, meldete er eine bessere Nachrichtensituation als in früheren Jahren: Nach 1870 hatte er zunächst Zeitungsmeldungen und Nachrichten verwerten müssen, die er bei seinen Reisen nach Berlin gewonnen hatte. Wambolt, »permanentener« Vertreter und zeitweiliger Direktor im Komitee, führte seine schwache »Wirksamkeit« darauf zurück, dass er zuviel vom »Schreibtische aus regiren und agitiren mußte«. ²⁴ Die zurückgezogenen Standorte in Birstein (Hessen) und Umstadt (Odenwald), die Ferne zu Berlin und zu »den in der Regierung stehenden Leuten« empfanden beide Berichterstatter ebenso als Beeinträchtigung wie die durch den Kulturkampf bewirkte Lähmung und Niedergeschlagenheit. Bei beiden war der Schock, den die kulturkämpferischen Aktionen der Regierungen auslösten, deutlich spürbar.

So erwiesen sich persönliche Begegnungen als besonders notwendig, die manche Führungskräfte aber wiederum wegen Termin-Überschneidungen, gerichtlicher Vorladungen, Ferienreisen in der Sommerzeit oder wegen der vielen Presse-, Partei- oder Vereinsaktivitäten, die vor Ort geboten waren, nicht wahrnehmen konnten. Die Briefpartner konstatierten 1876, dass das Interesse für übernationale »allgemeine katholische Angelegenheiten« in Deutschland

22 Loë an Pergen, Terporten (bei Goch) 17.8.1875. HHSA, PP, II.

23 Isenburg an Pergen, Birstein 27.6.1874, 2.2.1877. HHSA, PP, I.

24 Wambolt an Pergen, Umstadt 5.7.1873. HHSA, PP, II.

noch wenig entwickelt sei und dass es von den kirchlichen »Verhältnissen in Deutschland« ohnehin nur Bedrückendes zu berichten gebe.²⁵ So konnte Isenburg Lingens nicht für seine Vertretung auf der Jahrestagung in Annecy 1876 gewinnen, so dass vermutlich dort gar kein Vertreter aus Deutschland auftauchte. Einige Male wurde über die Orte der Zusammenkünfte, etwa für Treffen der »Permanenten«, die Pergen vorschlug, gestritten. Isenburg hielt Genf, aber auch eine Stadt in Belgien, zu der die Italiener vermutlich nicht kämen, und Rom, das zu unruhig sei, für ungünstig, und plädierte für das Zusammentreffen an einem »Gnadenort in Tirol« in dieser »traurigen Zeit« der Bedrängung der Kirche.²⁶ Indes warnte der Brixener Fürstbischof Vinzenz von Gasser 1875 Pergen vor der Anberaumung einer internationalen Katholikenkonferenz in der Tiroler Hauptstadt Innsbruck wegen der zu erwartenden ablehnenden Haltung des liberal gesinnten Innsbrucker Magistrats.

Solche Differenzen bewegten sich im Rahmen allgemeiner Erörterungen über die Reform des Genfer Komitees und der internationalen Begegnungen, die 1873/74 und noch einmal 1878 – nach dem Beginn des Pontifikats Leos XIII. – einsetzten. Zwischen den Vertretern der Kurie, Pergen und seinen Briefpartnern wurden mehrfach die Modalitäten einer Neugestaltung der internationalen Beziehungen zwischen dem Laienkatholizismus der europäischen Länder erörtert. Schon zur Zeit des Erscheinens der *Genfer Correspondenz* kam es zu Reibungen. Wambolt tadelte mehrmals Pergens zu lasche Geschäftsführung sowie die Indolenz beteiligter Adelskreise. Klage wurde geführt über Geheimniskrämerei, über die mangelnde Information der deutschen Teilnehmer und die Übergehung des Direktors Hompesch.²⁷

Aus deutscher Sicht ging es vor allem darum, schriftliche Nachrichten zu empfangen oder weiterzugeben, die geeignet waren, die katholische Bevölkerung aufzuklären, ihr Zusammengehörigkeitsgefühl zu wecken oder zu stärken und eine breitere internationale Öffentlichkeit über die Lage der Kirche in Deutschland zu unterrichten. Wambolt erschien dafür 1873 Genf als liberaler Druckort der *Correspondenz* geeigneter als Wien oder gar das »Gebiet eines deutschen Staatsprokurators«, wo Strafen drohen würden: »Wir müssen allen Gutgesinnten hier den Sprechsaal offen halten.«²⁸ Wambolt und Pergen hatten sich um die Annahme, Überarbeitung oder Ablehnung von Artikeln deutscher Autoren zu kümmern,²⁹ ebenfalls um Übersetzungsarbeiten, die beträchtliche

25 Isenburg an Pergen, Birstein 5.11.1876, 25.8.1876. HHSA, PP, I.

26 Isenburg an Pergen, Birstein 19.5.1874, 2.3.1874. HHSA, PP, I; vgl. zum Folgenden GCP an die Permanenten, 17.7.1875, AC, 456, 20 b, 5; E. WEINZIERL-FISCHER (wie Anm. 9), S. 474.

27 Wambolt an Pergen, Umstadt 19.3.1871, 4.3.1873; Loë an Pergen, Rom 20.5.1878. HHSA, PP, II.

28 Wambolt an Pergen, 4.3.1873. HHSA, PP, II.

29 Wambolt an Pergen, Umstadt 7.1.1873, 11.1.1873. HHSA, PP, II.

Sprachkenntnisse verlangten. Die Mitteilungen der Genfer Informationsbüros waren an katholische Blätter in Deutschland weiterzugeben. Nach einer internen Aufstellung sollten zwischen 1870 und 1873 120 deutsche Zeitungen Abnehmer der *Genfer Correspondenz* sein: Abnehmer waren danach nicht nur die Kirchenblätter und Zeitungen der mehrheitlich katholischen Gebiete – Emsland, Westfalen, Rheinland, Baden, Oberschwaben, Bayern, Schlesien, Posen – sondern auch Blätter der Enklaven oder Diasporagebiete wie Hildesheim, Osnabrück, Fulda, Magdeburg, Danzig, Braunsberg in Ostpreußen und Elberfeld. Nach der Änderung des Systems und der Aufhebung der *Genfer Correspondenz* Ende 1873 nahm sich der Abnehmerkreis für die Botschaften Czackis in einer Meldung Isenburgs vom Frühjahr 1874 sehr viel bescheidener aus: Für die Absetzung von Nachrichten des Genfer Informationsbüros seien die *Deutsche Reichszeitung* (Bonn), das *Märkische Kirchenblatt* (Berlin) und die *Germania* (Berlin) gewonnen.³⁰ Isenburg wollte als »Permanenter« diese Vermittlungsaufgabe nicht allein übernehmen und machte die Zuziehung des Mainzer Domkapitulars Heinrich Mofang zur Bedingung seiner Mitarbeit im Komitee. Anfang 1876 wurden in Deutschland noch immer alle von Genf ausgehenden Initiativen mit großem Misstrauen aufgenommen.³¹

Erneutes Ringen um ein internationales katholisches Pressezentrum

Angesichts solcher Schwierigkeiten begannen Loë und der Mainzer Verein spätestens im August 1874 mit dem Aufbau eines eigenen Korrespondenzbüros in der preußischen Universitätsstadt Bonn, für das sich der den Genfern bekannte Redakteur Dr. Winand Virnich (1836–1890)³² zur Verfügung stellte. Virnich war zwischen 1867 und 1873 unter anderem Schriftleiter der *Essener Volkszeitung*, der *Breslauer Hausblätter* und der *Deutschen Reichszeitung* (Bonn) gewesen, wurde 1873 Mitglied des Zentralkomitees der Rheinischen Zentrumspartei und von 1887–1890 Mitglied des Reichstags. In Bonn hoffte Loë junge Universitätsabsolventen für die Mitarbeit zu gewinnen. Er begrüßte Pergens Plan zur Einrichtung eines neuen Konferenzbüros in Wien, wollte aber anscheinend die alten Fehler vermieden wissen: Die Artikel der *Genfer Correspondenz* seien »vielfach in französischem Stile geschrieben«³³ und »für unsere deutschen Zeitungen wenig werth« gewesen.³⁴ Nunmehr und für die Zu-

30 Isenburg an Pergen, Birstein 27.3.1874. HHSA, PP, I. Aufstellung der Empfänger-Zeitungen 1870–1873: AC, 456, 20 b, 3.

31 Wambolt an Pergen, Umstadt 21.1.1876. HHSA, PP, II.

32 B. HAUNFELDER (wie Anm. 13), S. 276; H. LEPPER (wie Anm. 16), S. 173, 183, 198, 251.

33 Loë an Pergen, Terporten 5.10.1874. HHSA, PP, II.

34 Loë an Pergen, Terporten 22.8.1874. HHSA, PP, II. Gegen die Eignung eines bestimmten Redakteurs führte Loë unter anderem dessen jüdische Herkunft an. Vgl. Peter PULZER, *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria*, London 1988 (1964), S. 267.

kunft wollte er römischen Meldungen »rasche Auskunft« und authentische Tatsachenberichte entnehmen können, um etwa den »Lügen« oder antikirchlichen Sensationsmeldungen der liberalen und offiziösen Presse sogleich entgegenzutreten zu können. Besonders ungeeignet fand er die früheren Korrespondenzen des »Mr. Frederic« d.h. des Monsignore Czacki. Die Gewinnung eigener auswärtiger Korrespondenten in Wien und Rom, bei der Pergén, ein Graf Fugger und ein Graf Waldburg behilflich waren, aber auch in Paris und London, sollte vor allem dazu dienen, die katholischen deutschen Blätter mit Auslandsnachrichten zu versorgen.³⁵ Für Nachrichten vom inländischen Markt sah Loë hingegen den Bedarf gedeckt. Auch war an einen Austausch von Artikeln und Nachrichten zwischen deutschen und österreichischen Zeitungen gedacht; insbesondere sollte Pergén für die Verbreitung von Zusendungen Virnichs und des Mainzer Vereins in der katholischen Presse Österreichs sorgen. Loë hegte im Oktober 1874 den ehrgeizigen Plan, in allen europäischen Hauptstädten Korrespondenten anzustellen, die dort die öffentliche Meinung im katholischen Sinne beeinflussen sollten.

Nach dem definitiven Ende der *Genfer Correspondenz* 1873 und des nach dieser weiterbestehenden »Komitees der Permanenten«, von dem Isenburg Loë Anfang 1877 in Kenntnis setzte,³⁶ machte sich das Fehlen einer internationalen »Centralstelle« nachteilig bemerkbar. Loë unterhielt nun selbst Kontakte zu Wladimir Czacki, dem Vertrauten Papst Pius' IX. (»innominato«), zu Kardinal Alessandro Franchi und zu Herzog Scipione Salviati, dem Leiter der (nicht politischen) katholischen Bewegung in Italien, des Opera dei Congressi. Er bemühte sich mit Pergén um die Wiederbelebung katholischer internationaler Versammlungen oder zumindest kleiner Komitees und suchte auch seine römischen Korrespondenten dafür zu gewinnen. Eine erste, im Herbst 1877 unter dem Vorsitz Mermillods in Rom anlässlich der Pilgerfahrten einberufene internationale Konferenz blieb ergebnislos.³⁷ Unter Leo XIII. gründete Kardinal Franchi ein

35 Loë an Pergén, Terporten 5.10.1874, anliegend ausführliches Programm für das Korrespondenzbüro unter Virnich (Bonn, Colmantstr. 5). HHSa, PP, II. Erst 1894 entstand in Wien die katholische *Reichspost*. Friedrich FUNDER, *Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik*, Wien/München³1971, S. 122ff., 235.

36 Loë an Pergén, Terporten 2.3.1877. HHSa, PP, II.

37 Loë an Pergén, Terporten 21.10.1877. HHSa, PP, II. Kardinal Czacki, aufgrund seiner diplomatischen Laufbahn mit den Verhältnissen Europas wohlvertraut, vertrat die Ansicht, die Kirche »müsse mit allen Regierungen und auch mit der Demokratie gute Beziehungen pflegen« (1885). Bogdan GRAF VON HUTTEN-CZAPSKI, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, Bd. 1, Berlin 1936, S. 135, 13. Zu Salviati, 1878–1884 Leiter des Opera, Silvio TRAMONTIN, *Opera dei congressi e dei comitati cattolici in Italia*, in: Francesco TRANIELLO/Giorgio CAMPANINI, *Dizionario storico del movimento cattolico in Italia 1860–1980*, Bd. I/2, Turin 1981, S. 336–347; vgl. Christoph WEBER, *Kardinäle und Prälaten in den letzten Jahrzehnten des Kirchenstaates. Elite-Rekrutierung, Karriere-Muster und soziale Zusammensetzung der kurialen Führungsschichten zur Zeit Pius' IX. (1846–1878)*, Halbband 1–2, Stuttgart 1978, S. 301–304, 331, 548 (Czacki hier nicht erwähnt).

stärker an die Kurie gebundenes »internationales Presse-Zentrum«, für das Pergén, Salviati und Loë nun tätig wurden. Loë und der Leiter des Mainzer Korrespondenz-Büros des 1876 aufgelösten Mainzer Vereins, Dr. Eduard Marcour, suchten eine Schlüsselstellung für die Weitergabe der seit 1878 wieder aus Rom einlaufenden Nachrichten an die katholische Presse zu erlangen. Marcour, so schlug Loë vor, sollte diese Eingänge an interessierte Blätter in Deutschland verteilen, Loë davon jeweils direkt Abdrucke aus Rom sowie »confidentielle Sachen und Briefe« erhalten.³⁸ Umgekehrt erboten sich Loë und Pergén, Nachrichten aus Deutschland und Österreich sowie an sie herangetragene Wünsche und Bemerkungen an den Vatikan zu senden. Loë bestand darauf, aus Rom keine »Direktiven«, sondern Nachrichten über klare Fakten ohne diplomatische Ummantelung zu erhalten. Aber er forderte, über diese öffentlich verwertbaren Informationen hinaus vertrauliche Mitteilungen zu bekommen, die ihn instand setzen würden, bei komplizierten Entwicklungen wie der Anbahnung von Verhandlungen zwischen Berlin und Rom jenes Hintergrundwissen zu erwerben, das ihm für eventuell erforderliche Stellungnahmen oder Dementis der katholischen Presse unverzichtbar schien.³⁹ Wie es um die Informationen aus dem Zentrum der Kirche stand, ging auch daraus hervor, dass die Katholiken in Deutschland erstmals aus der (liberalen) *Kölnischen Zeitung* vom Tode Pius' IX. erfuhren. Bis 11. Juli 1878 konnte Loë zehn zum Empfang der neuen römischen Korrespondenzen bereit stehende Zeitungen melden.⁴⁰ Das System bewährte sich aber offenbar nicht, weil keine regelmäßigen Nachrichtenartikel aus Rom eintrafen, folglich einige der von Loë gewonnenen Zeitungen, weil sie diese Meldungen einplanen mussten, schon nach wenigen Monaten die Abnahme kündigen wollten.⁴¹ Die bedeutende *Kölnische Volkszeitung* wehrte sich überhaupt gegen die Zwischenschaltung eines Vertrauensmannes. Loë hatte eine solche Stellung allerdings nicht nur für sich verlangt, sondern auch Korrespondenzpartner für die anderen europäischen Länder in Anregung gebracht. Nach den bisherigen Erfahrungen schien es ihm zweckmäßig zu sein, diesen »Vertrauensmännern« von Rom aus wirklich Vertrauen zu schenken und ihnen auch Informationen zugänglich zu machen, die nicht in die für die Öffentlichkeit bestimmten Korrespondenzen Aufnahme finden würden.⁴²

38 Möglichst an die Deckadresse Blienbeck (Niederlande). Loë an Pergén, Räckelwitz (Sachsen) 24.6.1878, 8.7.1878. HHSA, PP, II.

39 Loë an Pergén, Terporten 11.6.1878, 8.8.1878; vgl. Loë an Pergén, Köln 7.2. [1878]. HHSA, PP, II.

40 *Deutsche Reichszeitung* (Bonn), *Germania* (Berlin), *Trier'sche Landeszeitung*, *Liborius-Blatt* (Paderborn), *Fuldaer Zeitung*, *Düsseldorfer Volksblatt*, *Rheinischer Merkur* (Köln), *Kölnische Volkszeitung*, *Niederrheinische Volkszeitung* (Krefeld), *Neuss-Grevenbroicher Zeitung*. Loë an Pergén, Terporten 10.7.1878, 11.7.1878. HHSA, PP, II.

41 Loë an Pergén, Terporten 8.9.1878. HHSA, PP, II.

42 Loë an Pergén, Terporten 28.6.1878. HHSA, PP, II.

Internationale Aktivitäten und katholische Solidarität

Das Genfer Komitee und die seinen Absichten treu bleibenden ehemaligen Mitglieder legten entscheidenden Wert auf nationen-übergreifende Aktivitäten und »Demonstrationen« katholischer Solidarität. Isenburg, Loë, Wambolt und andere dem Zentrum oder der Bayerischen Patriotenpartei nahestehende Adlige, an erster Stelle Karl zu Löwenstein, setzten sich für international oder national zusammengesetzte Deputationen und Pilgerfahrten nach Rom ein; dabei fanden die national organisierten Wallfahrten in Deutschland mehr Zulauf als die internationalen.⁴³ Diese Pilgerfahrten bildeten nach der Absicht ihrer Initiatoren die Fortsetzung der Massendemonstrationen, die anlässlich von Papstadressen, Papstfeiern und Wallfahrten zu Anfang der 1870er Jahre stattgefunden hatten. Die deutschen Teilnehmer der Genfer Konferenzen unternahmen erhebliche Anstrengungen, auch das Vereinswesen für den übernationalen Zusammenhalt des Katholizismus nutzbar zu machen. Dabei wurde deutlich, dass den deutschen Vereinsbildungen eine gewisse Modellfunktion zukam. So sammelte Isenburg »Statuten verschiedener katholischer Vereine«, um sie Monsignore Grassi in Mailand übergeben zu lassen;⁴⁴ Loë übersandte Pergen die Statuten der katholischen Casinos von München und Aachen.⁴⁵ Dieser interessierte sich auch lebhaft für die Entstehung des 1873 um 88 000 Mitglieder zählenden Mainzer Vereins (»Vereins der Mainzer Katholiken«), dessen Keimzelle, wie Loë ihm genau schilderte, in der Bildung eines siebenköpfigen Zentralkomitees der Katholikentage gelegen hatte, die 1868 auf der 19. Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands in Bamberg vorgenommen worden war.⁴⁶ Für die Verbreitung des 1872 gegründeten, Ende 1875 gerichtlich verbotenen Mainzer Vereins setzten sich in Rheinland und Westfalen, wo er die weitaus meisten Mitglieder gewann, aus dem Kreis des Genfer Komitees Felix von Loë, Ferdinand von Hompesch-Bollheim und Joseph Lingens ein, in Hessen Wambolt und Karl von Isenburg-Birstein, in Baden Jakob Lindau, in Bayern Karl von Löwenstein und Graf Ludwig von Arco-Zinneberg. Unter den deutschen Bischöfen stellte sich allein Heinrich Hofstätter von Passau gegen den angeblich die kirchliche Hierarchie beeinträchtigenden Verein. Nachdem Graf Arco-Zinneberg den Hl. Stuhl über

43 Isenburg an Pergen, Offenbach 10.2.1876 mit Postskript Kleinheubach 21.2.1876, HHSA, PP, I; Wambolt an Pergen, Umstadt 21.6.1876, HHSA, PP, II; reiches Material bei P. SIEBERTZ (wie Anm. 2), S. 279ff., 314–345.

44 Isenburg an Pergen, Birstein 27.8.1876, HHSA, PP, I.

45 Loë an Pergen, Terporten 14.5.1874, HHSA, PP, II.

46 Loë an Pergen, Terporten 25.3.1876, HHSA, PP, II; vgl. über den Mainzer Verein: Johannes B. KISSLING, *Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche*, Bd. 2, Freiburg i.Br. 1913, S. 309–325, Bd. 3, Freiburg i.Br. 1916, S. 128–134; K. BUCHHEIM (wie Anm. 1), S. 180f., 259–263; F. VIGENER (wie Anm. 6), S. 669.

die Ziele des Mainzer Vereins unterrichtet hatte, wies ein päpstliches Breve vom 10. Februar 1873 Hofstätter zurecht und billigte ausdrücklich den Einsatz des Vereins für die Rechte der Kirche und die Freiheit der Seelsorge.

Loë ermutigte Pergen mehrfach, das Beispiel der deutschen Katholikentage nachzuahmen und für die Einrichtung selbständiger österreichischer Katholikentage sich der Mithilfe der österreichischen Bischöfe zu versichern, die dadurch von ihren josephinisch-staatskirchlichen Traditionen abgebracht würden. Wie er selbst österreichische Delegationen zu den deutschen Katholikentagen erbat, so schickte Loë Pergen eine Liste von 68 namhaften Katholiken aus mehreren größeren deutschen Bundesstaaten, die er für Einladungen zu dem ersten österreichischen Katholikentag (Wien 1877) empfahl.⁴⁷ Obwohl in Deutschland ein Mangel an Rednern herrschte, bemühte Loë sich 1874, für eine Zusammenkunft von Katholiken in Wien den Stadtpfarrer Adalbert Huhn aus München-Au oder den Gründer der Katholischen Volkspartei in Baden, Jakob Lindau, zu gewinnen. Durch die Knüpfung engerer Beziehungen zwischen den deutschen und österreichischen Katholiken wollte Loë sogar dazu beitragen, den politischen, seit 1866 eingetretenen Riss zwischen Deutschland und Österreich zu überbrücken.

Doch stand hinter solchen großdeutschen Absichten keine nationalistische Einstellung, wohl aber Abneigung gegen einen »Neo-Borussismus«, der sich antikirchlich gebärde (Wambolt). Isenburg schloss »nationale Animositäten [...] für den Katholiken unserer Färbung« prinzipiell aus.⁴⁸ Wambolt sah im »Partikularismus und Chauvinismus die schlimmsten Vorwürfe [...], die dem Katholiken geboten werden (!) können«; interessant ist hier die Verwendung des Begriffs Partikularismus – offenbar auch zur Bezeichnung nationaler Abschließungstendenzen –, während die nationalen Liberalen diesen Begriff zur Abwertung »ultramontaner« Bestrebungen heranzogen. Wambolt stellte seinen »Katholicismus« über seinen »Germanismus«,⁴⁹ wenngleich er zu der Mentalität der slowenischen Einwohner seiner neuen Heimat Unterkrain nur schwer Zugang fand. Von ihren österreichischen Freunden und vom Kaiserhaus erhofften Isenburg, Loë, Baron Schierstädt und dessen Vorgesetzter Löwenstein finanzielle Hilfe für den infolge des Brotkorbgesetzes plötzlich mittellos ge-

47 Loë an Pergen, Terporten 27.7.1876. HHSA, PP, II. Allgemeine österreichische Katholikentage: 1877 Wien, 1889 Wien, 1892 Linz, 1896 Salzburg, 1905 Wien, 1907 Wien, 1910 Innsbruck. Friedrich STRASSNIG/Fritz DOLLMANITS, *Katholiken und Päpste in Österreich. Dokumentationsmaterial der vom 1. bis 31. August 1983 von der Österreichischen Nationalbibliothek veranstalteten Ausstellung*, Wien 1983. Vgl. zum Folgenden Loë an Pergen, Terporten 7.3.1874, HHSA, PP, II; Walter SAUER, *Katholisches Vereinswesen in Wien. Zur Geschichte des christlich-konservativen Lagers vor 1914*, Salzburg 1980, S. 34–40.

48 Isenburg an Pergen, Birstein 19.5.1874. HHSA, PP, I.

49 Wambolt an Pergen, Laibach 23.8.1876. HHSA, PP, II.

wordenen Pfarrklerus in Preußen.⁵⁰ Unter den fünf besonders notleidenden Diözesen befanden sich Trier und Hildesheim. (Im Bistum Trier sank während des Kulturkampfes in 15 Jahren die Zahl der Pfarrer von 816 auf 442; mehr als 200 Trierer Priester wurden gefangen gesetzt oder zur Emigration genötigt.) Die Bemühungen blieben nicht vergeblich. Mehrfach warb Isenburg auch für den St.-Raphaels-Verein zum Schutz katholischer Auswanderer in Österreich, unter anderem wies er darauf hin, dass der Verein sich die seelsorgliche Betreuung der sehr zahlreichen slawisch sprechenden Auswanderer aus Böhmen angelegen sein lasse.⁵¹ Auch im Verhältnis zu anderen Staaten waren es die kirchlichen Belange, die zur Anknüpfung von Banden der Annäherung motivierten. Die Telegramme und Sympathieadressen von 50 katholischen Männer- und Frauenvereinen Italiens an den Freiburger Katholikentag von 1875 nahm dessen Präsident Wambolt ebenso dankbar an wie die der Österreicher und anderer Nationen⁵² und rief seinerseits die deutschen katholischen Vereine zur Entsendung von Antwort-Adressen auf. Wambolt bestimmte 1892 Pergén, als »Kommissär der Oesterreichischen Katholikentage« eine Adresse an den Spanischen Katholikentag in Sevilla zu richten, um dessen Demonstration der Verbundenheit mit den Ländern der neuen Welt – 400 Jahre nach der Entdeckung Amerikas – und dessen Eintreten für die »Unabhängigkeit des Hl. Stuhls« zu unterstützen.⁵³ Die »Genf-Einsiedler-Freunde« von 1870/71 gaben die Hoffnung nicht auf, dass regelmäßig internationale Vereinstreffen organisiert werden könnten, aus denen länderübergreifende, zentrale Katholiken-Komitees hervorgehen würden. Loë plante eine »internationale Besprechung« anlässlich der 1881 unternommenen Wallfahrt des 1879 gegründeten »Canisius-Vereins zum Schutze der religiösen Erziehung der Jugend« nach Freiburg (Schweiz).⁵⁴ Dieser Verein trat für die den Kindern, den Eltern und der Kirche zukommenden Rechte an den staatlich dominierten Schulen ein. Er war nach dem international wirkenden Jesuiten Petrus Canisius (1521–1597) benannt, der, in den Niederlanden geboren, seine Tätigkeit auf Deutschland, Österreich und die Schweiz ausgedehnt hatte. Bis September 1880 hatte der Verein 50 000 Mitglieder gewonnen. Seinem Vorstand gehörten aus dem früheren Umkreis des Genfer Komitees Karl zu Löwenstein, Schierstädt, Loë, Wambolt, Virnich, sodann Domkapitular Paul Haffner aus Mainz, Kaplan Georg Friedrich Dasbach aus Trier und andere führende Katholiken an; die Genannten waren schon früher aktiv und teils 1868 auf der Katholikenversammlung in

50 Isenburg an Pergén, Birstein 17.12. [1875]. HHSA, PP, I; Loë an Pergén, Terporten 15.9.1875, 13.10.1875, 20.1.1876. HHSA, PP, II.

51 Isenburg an Pergén, Birstein 27.3. [1874], ders. an dens., Berlin 5.11.1888. HHSA, PP, I.

52 Rundschreiben Wambolts, Freiburg i.Br. 4.9.1875. HHSA, PP, II.

53 Wambolt an Pergén, Hopfenbach (Unterkrain [heute Hmeljnik]) 27.9.1892. HHSA, PP, II.

54 Loë an Pergén, Terporten 5.6.1881 u. 27.9.1880. HHSA, PP, II.

Dieburg in der Diözese Mainz vertreten gewesen.⁵⁵ Loë schien regelrecht aufzublühen, als er im Auftrag des katholischen Vereins Belgiens zu dessen Generalversammlung 1885 nach Löwen einladen konnte. Dort wurde die Bildung eines Zentralkomitees und internationalen katholischen Kongresses beschlossen; Mermillod billigte den Plan.⁵⁶ Für Loë ergaben sich hier Kontakte mit dem Vizepräsidenten der Union nationale Belgiens, Graf Albert Robiano. Insgesamt vermisste Loë unter dem beginnenden Pontifikat Papst Leos XIII. die Anregungen für »internationale Zusammenkünfte« und eine entsprechende »Ermuthigung«; aber dieser Ultramontane verlangte nicht nach einer »autoritativen Initiative Rom's«, sondern demonstrierte auch durch sein Handeln, dass er immer wieder auf »Privatwege« setzte, um zu einem internationalen Aktionsbündnis zu gelangen.⁵⁷ Eine der Bestrebungen des Genfer Komitees war gewesen, mit Rückhalt der Kurie – der allerdings versagt worden war – als eine Art supranationales Weisungsgremium gegenüber den Katholiken-Komitees der einzelnen Länder zu fungieren. Felix Loë zeigte sich mehrfach als Anwalt dezentraler Lösungen, obwohl er einen übernationalen Zusammenhalt anstrebte, und bevorzugte zugleich direkte Verbindungen zur Kurie.

Die Stellung des katholischen Adels zu Religion und Gesellschaft

Alle diese Organisationsbemühungen entsprangen wohl weniger einer reaktionären, autoritativen oder interessengeleiteten Einstellung der beteiligten Adelskreise. Sie zielten vielmehr auf die Wiedergewinnung einer christlichen Gesellschaft, wie diese auch von konservativen französischen Katholiken erstrebt wurde. Der Internationalismus der ultramontanen Adligen ist von ihren die neue Welt der Nationalstaaten übergreifenden älteren Beziehungen, Heiratsverbindungen und Besitztransaktionen sicherlich begünstigt worden. Deutlichere Anhaltspunkte für ihre Zielvorstellungen lassen sich der verstärkt in den 1850er Jahren einsetzenden Neubesinnung des katholischen Adels in Deutschland entnehmen. Schon nach 1848 hatte sich die soziale und politische Stellung des Adels im Verhältnis zur Vormärzzeit verschlechtert. Die Auflösung des Deutschen Bundes 1866 leitete die Beseitigung der in Artikel 14 der Bundesakte garantierten standesherrlichen Vorrechte ein. Im Vormärz hatte sich der katholische Adel beispielsweise in Württemberg, wo er noch viele Kirchenpatronate innehatte, gegenüber der staatlichen Bürokratie für die Erhaltung der kirchlichen Rechte und Freiheiten eingesetzt. Schon hier begann

⁵⁵ *1. Jahresbericht des Canisiusvereins*, Mainz 8.9.1880; F. VIGENER (wie Anm. 6), S. 529; *Petrus Canisius. Er bewegte den Erdteil*, hg. v. der Diözese Innsbruck, Innsbruck 1994.

⁵⁶ Loë an Pergen, Terporten 6.4.1885, 17.5.1885 u. 10.6.1885. Vgl. Paul GÉRIN, *Catholicisme social et démocratie chrétienne (1884–1904)*, in: Emmanuel GERARD/Paul WYNANTS (Hg.), *Histoire du mouvement ouvrier chrétien en Belgique*, Tom. 1, Löwen 1994, S. 59–113.

⁵⁷ Loë an Pergen, Räckelwitz (Sachsen) 18.7.1881, Terporten 22.6.1881. HNSA, PP. II.

er anscheinend, die Brücke zur katholischen Volksbewegung zu schlagen. Zugleich intensivierte er seine Organisationsbemühungen. 1863 entstand der Verein katholischer Edelleute Westfalens, 1869 der Verein katholischer Edelleute Deutschlands mit Sitz in Münster, der auch Österreich einschloss, 1876 die Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern.⁵⁸ Die Zentrumsabgeordneten Ludwig Windthorst und Peter Reichensperger setzten sich 1876 im Reichstag für die Erhaltung der standesherrlichen Gerichtsbarkeit ein; ihr mehrfach geäußertes Bestreben nach allgemeiner Wahrung von gegebenen Rechten entsprechend dem Zentrumsprogramm stimmte hier mit bestimmten Adelsinteressen überein. Loë sandte Pergen die Statuten des Vereins katholischer Edelleute zu und ging davon aus, dass sein österreichischer Freund mit diesem Reformprogramm einverstanden sein würde.⁵⁹

Die Schrift »An den katholischen Adel Deutschlands« (1869) weist einige Parallelen zu den von den Genfern verwendeten Argumentationsmustern auf. Der Adel erscheint »dank seiner unabhängigen Stellung« als der prädestinierte Anwalt der Kirche. Er tritt aus prinzipiellen Gründen für »Recht und Wahrheit« ein – zugleich eine Forderung der Zentrumspartei wie des Mainzer Vereins von 1872. Darüber hinaus bezeugt speziell seine kirchliche Gesinnung seine Abkehr von den historischen Fehlern seiner Vorfahren, der »adligen Kirchenfürsten«, die durch ihren verweltlichten Wandel beim Volk das »Vertrauen in die Göttlichkeit der Kirche« untergruben und dadurch halfen, der Revolution den Weg zu bereiten.⁶⁰ Der Adel soll »ein einfach gläubiges, folgsames, liebendes Glied der Kirche werden«. ⁶¹ Eine historische Fehlentwicklung wird auch darin gesehen, dass der Adel sich in der jüngsten Vergangenheit zu sehr an die Seite der die Staatsgewalt überschätzenden Fürsten und Regierungen drängen ließ. Sein zeitgerechter Platz wird dem Adel in einer gegliederten Gesellschaft zugewiesen, wo er eine intermediäre Stellung zwischen der Krone und dem Volk beziehen und die Gegensätze zwischen diesen einander feindlich gegenüberstehenden Mächten der neuen Zeit überbrücken soll. Die eigene Vereinsorganisation ist offenbar selbst ein Zugeständnis an die moderne Welt, eine Adelsreform, um inmitten der Veränderungen auf neue Weise die eigene

58 Heinz REIF, *Adelserneuerung und Adelsreform in Deutschland 1815–1874*, in: Elisabeth FEHRENBACH/ Elisabeth MÜLLER-LUCKNER (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848*, München 1994, S. 203–230, 214; vgl. Walter-Siegfried KIRCHER, *Adel, Kirche und Politik in Württemberg 1830–1851. Kirchliche Bewegung, katholische Standesherrn und Demokratie*, Göppingen 1973, S. 68ff., 256–263; Rolf SCHIER, *Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918)*, Heidelberg/Karlsruhe 1977, S. 121, 130–134.

59 Loë an Pergen, Terporten 27.9.1880. HHSA, PP, II.

60 *An den katholischen Adel Deutschlands*, Mainz 1869: Druck von Franz Sausen, 23 S., Beilage zu dem Brief Loë an Pergen, Terporten 27.9.1880, HHSA, PP, II, hier S. 7f.; Eintreten für »die unabänderlichen Prinzipien des Rechts und der Wahrheit«: Isenburg an Pergen, Birstein 2.11.1877. HHSA, PP, I.

61 *An den katholischen Adel*, S. 80.

gesellschaftliche und politische Stellung zu definieren und zu sichern. Die Schrift findet die »absolute Monarchie« ebenso überlebt wie den »Parlamentarismus« und die »Beamtenheere«; sie fordert eine zwischen Adel und Volk näher anzubahnende »persönliche Beziehung«. ⁶² Damit soll zwar der Adel erhalten werden, sich aber als Stand zumal von den breiteren Bevölkerungsschichten nicht abkapseln. Ein gewisser Patriarchalismus spricht aus der Absicht, dass der »katholische Adel« einerseits die Freiheitsrechte des Volkes »gegen Übergriffe der Machthaber« schützen, andererseits aber das Volk im Gefühl der »Achtung und Liebe zu der von Gott gesetzten Autorität« bestärken soll.

Diese Neubestimmung der politisch-gesellschaftlichen Position, die dem Adel eine eigentümlich schillernde demokratisch-patriarchalische Aufgabe zuwies, erfuhr sichtlich eine Stärkung durch das *Sentire cum ecclesia*, die ultramontane Mobilisierung der katholischen Gläubigen für den »Gefangenen im Vatikan«, wie ein geflügeltes Wort in den 1870er Jahren lautete, für die in ihrem gefesselten Oberhaupt gleichsam leidend verkörperte Kirche. Immer wieder beriefen sich die deutschen Genfer auf die »Volksbewegung«, die ihr ein sichereres Unterpand einer guten Zukunft zu bieten schien als der »Parlamentarismus« und der »Liberalismus«. Wie schon erwähnt, war auch ihre Vorliebe für Österreich-Ungarn am ehesten daraus erklärlich, dass es sich bei diesem Staat, dessen innere Auseinandersetzung um die konfessionellen Gesetze mit dem preußischen Kulturkampf etwas vorschnell parallelisiert wurde, ⁶³ um die einzige verbliebene katholische Großmacht mit traditionell engen Beziehungen zum Papsttum handelte. Ideal für Österreichs Entwicklung fand darum Loë, der in diesem Punkt sicherlich auf die Zustimmung seiner Freunde rechnen konnte, die Entstehung einer »katholischen Partei« oder Volksbewegung, auf die sich der Kaiser würde stützen können. ⁶⁴ Mochten solche Erwägungen unrealistisch sein, weil auch Österreich-Ungarn vom Liberalismus er-

62 Ebd. S. 21, 4.

63 Loë an Pergen, Terporten 7.3.1874, 14.5.1874. HHSA, PP, II. Über die konfessionellen Gesetze 1868 und 1874: Erika WEINZIERL, *Spannungen in der österreichisch-ungarischen Monarchie 1878–1914*, in: H. JEDIN (wie Anm. 3), S. 48–52; Friedrich ENGEL-JANOSI, *Österreich und der Vatikan 1846–1918*, Bd. 1, Graz 1958, S. 184–194; Gavin LEWIS, *Kirche und Partei im Politischen Katholizismus. Klerus und Christlichsoziale in Niederösterreich 1885–1907*, Wien/Salzburg 1977, S. 9–18; Heinrich BRÜCK/Johannes B. KISSLING, *Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert*, Bd. 3, Münster 1905, S. 214–272, Bd. 4, Münster 1908, S. 187–217.

64 Loë an Pergen, Terporten 2.3.1877. HHSA, PP, II. Vgl. Georg FRANZ, *Kulturkampf. Staat und katholische Kirche in Mitteleuropa. Von der Säkularisation bis zum Abschluß des preußischen Kulturkampfes*, München 1954, S. 126. Auftreten eines mit dem Liberalismus und Nationalismus verbundenen Antiklerikalismus seit etwa 1848: Karl-Reinhart TRAUNER, *Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie*, Szentendre (Ungarn) 1999.

fasst war und weil jede Art von Parteipolitik in dem Vielvölkerstaat neo-absolutistischen Zuschnitts besondere Bedingungen zu erfüllen hatte, so konnte man, von ihnen ausgehend, kritische Anfragen an das neue Staatensystem stellen, wie es sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hatte: Wenn die Regierungen nur noch den Staatsegoismus zur Richtschnur nehmen und die Bindungen an Kirche und Volk abstreifen würden, dann drohe der »Weltbrand«, der von Österreich und der ganzen stolzen Staatenwelt nur Asche zurücklassen werde.⁶⁵

Konservativer versus liberalen Katholizismus?

Wie aber stellten sich die im Genfer Komitee organisierten deutschen Katholiken zur Innenpolitik und speziell zum politischen Katholizismus in Deutschland? Sie urteilten negativ über den »modernen Parlamentarismus«,⁶⁶ und bescheinigten diesem eine kurze Lebensdauer. Loë verwarf während seiner Festungshaft Hompeschs persönlich überbrachten Antrag, ein Mandat, wohl zum Reichstag, anzunehmen, weil er seine Zeit besser verwenden könne.⁶⁷ Nach der Aufhebung der die Unabhängigkeit der Kirchen garantierenden Verfassungsartikel in Preußen neigte Loë zu der Meinung, die Zentrumsparlei solle sich aus dem Parlament zurückziehen.⁶⁸ Immerhin waren der Reichstag und der preußische Landtag im Kulturkampf von einer rücksichtslos vorgehenden, antiklerikal eingestellten Mehrheit beherrscht. Indes liefen auch die korporatistischen oder berufsgenossenschaftlichen, sozial-politischen Bestrebungen, die Loë bei Vogelsang begrüßte,⁶⁹ die aber Wambolt bei Blome zunächst anscheinend mit Vorbehalten registrierte,⁷⁰ auf eine Einschränkung des Parlamentarismus hinaus.⁷¹ Die Mitglieder des Genfer Komitees fanden ihre Konfessionsgenossen in Deutschland von dem siegreichen Prinzip des Liberalismus allzu sehr angekränkt. Mit Schärfe wurde beobachtet und getadelt, dass der Vorwurf der Reichsfeindlichkeit bei den Katholiken des Zentrums Wirkung zeige;⁷² Ende 1872 bezeichnete Wambolt das liberal eingestellte Zen-

65 So Loë an Pergen, Wesel (Citadelle) 28.11.1876, angesichts der Krieg-in-Sicht-Krise. HHSA, PP, II.

66 Ebd. und passim.

67 Ebd.

68 Loë an Pergen, Berlin 18.4.1875. HHSA, PP, II.

69 Loë an Pergen, Terporten 15.11.1878. HHSA, PP, II.

70 Wambolt an Pergen, Miltenberg 1.5.1881: Er wolle nächstens von Blome erfahren, was dieser über die »socialen Reformen« denke: »In seinem letzten Briefe schien er denselben fast das Wort reden zu wollen«. HHSA, PP, II.

71 Karl zu Löwenstein an Joseph Edmund Jörg, Haid 12.4.1898. Dieter ALBRECHT (Bearb.), *Joseph Edmund Jörg. Briefwechsel 1846–1901*, Mainz 1988, S. 528.

72 Bei Christoph Moufang, der schon länger Gegner Wambolts war: Wambolt an Pergen, Laibach 23.8.1876. HHSA, PP, II.

trumsblatt *Kölnische Volkszeitung* (KV) gar als »Kölnische Verbrecherin«. Anlass zu konkreten Auseinandersetzungen und wiederholten Verdächtigungen wurde die von den Genfer Korrespondenten freilich allzu eifertig den deutschen Katholiken nachgesagte Neigung, einen voreiligen Friedensschluss mit der Reichsleitung auf Kosten der kirchlichen Rechte eingehen zu wollen. Im Frühjahr 1876 beantwortete Wambolt eine Broschüre Peter Reichenspergers, die den Frieden zwischen Staat und Kirche über Konkordatsverhandlungen anzubahnen riet, mit dem Vorschlag, besser zum aktiven Widerstand überzugehen: Unter diesem Begriff schwebte ihm indes wohl nur vor, dass das katholische Volk die verfolgten Priester verstecken sollte (wie zur Zeit der Französischen Revolution).⁷³ Peters Bruder August Reichensperger konterte, indem er den deutschen Antirevolutionären Loë und Wambolt, dazu ihren französischen und österreichischen Gesinnungsgenossen, bescheinigte, mit ihrem Kurs der Konfrontation würden sie nichts erreichen, »den Kohl nicht fett machen«.⁷⁴ Doch deren Warnungen vor den vorgetäuschten Friedensabsichten der Berliner Regierung, die Pergen zur Weiterleitung nach Rom und wohl auch Ansprechpartnern im Vatikan direkt übermittelt wurden, waren berechtigt und zeugten vom notwendigen Willen zum Widerstand. Auch Ketteler, Loë's Duzfreund, sah sich 1877 genötigt, von den Nationalliberalen verbreitete Gerüchte über Friedensverhandlungen zu dementieren.

Die deutschen Genfer Korrespondenten waren keineswegs, wie August Reichenspergers unwillige Bemerkung suggerieren mochte, zur Tat unfähige, nicht mehr in ihre Zeit passende Maximalisten. Das bewies schon ihre rege Presse- und Vereinstätigkeit, besonders Felix von Loës Einsatz für den Mainzer Verein. In diesem, in der Vereinsbewegung überhaupt erblickten sie eine wichtige Ergänzung oder gar Alternative zum Auftreten des parlamentarischen Katholizismus. Der schien ihnen zu sehr auf Berlin konzentriert zu sein, dem Vereinswesen eher fern zu stehen; auch seien aufgrund der doppelten Beanspruchung durch die Einzellandtage und den Reichstag die Abgeordneten geradezu ermüdet.⁷⁵ Die von der preußischen Justiz erzwungene Auflösung des Mainzer Vereins beraubte in ihren Augen die deutschen Katholiken des zentralen Sammelpunkts. Sie konnte auch durch Loës sofortige Reaktion einer neuen Zeitungsgründung, der Monatsschrift *Katholische Stimme* (ab 1. Jan. 1876) mit sehr bald 8000 Abonnenten nicht kompensiert werden.⁷⁶ Dieses

⁷³ Wambolt an Pergen, Umstadt 9.3.1876; HHSA, PP, II. Hier auch ein Artikel Wambolts über die Schrift von Peter REICHENSBERGER: *Der Kulturkampf oder der Friede in Staat und Kirche?*, Berlin, 1.–3. Aufl. 1876. Vgl. K. BACHEM (wie Anm. 5), S. 276f.

⁷⁴ August Reichensperger an Joseph Edmund Jörg, Köln 6.5.1876; D. ALBRECHT (wie Anm. 70), S. 431f.

⁷⁵ Isenburg an Pergen, Birstein 5.12.1876. HHSA, PP, I.

⁷⁶ Leiter der Monatsschrift war Winand Virnich. Loë an Pergen, Terporten 10.2.1876. HHSA, PP, II.

Vereinsverbot fügte tatsächlich der Organisation des deutschen Katholizismus einen schweren Schlag zu. Aber Isenburg war danach nüchtern genug zu erkennen: »Augenblicklich giebt es kein anderes Bindemittel als die Centrumsfraktion im Reichstage, welche ja ohnehin bei weitem die größte Zahl hervorragender katholischer Männer in sich schließt [...]«. ⁷⁷ Er selbst hatte unlängst mit sog. liberalen Katholiken zusammengearbeitet, hatte 1874 auf der parlamentarischen Ebene der hessischen Ersten Kammer zusammen mit dem ehemaligen Minister Reinhard von Dalwigk gegen die Einführung der preußischen Kirchengesetze gestimmt und im Mainzer Kasino mitgearbeitet. Als Pergen anscheinend bei Wambolt, der sich gleichsam ins Exil, auf sein neu erworbenes Gut in Krain, zurückgezogen hatte, einen Artikel gegen den Parlamentarismus bestellte, holte er sich eine Abfuhr: »Eine entschiedene Befürwortung der parlamentarischen Abstention würde in Deutschland als ein crimen laesi centri angesehen werden, und wer erst unter solchen Verdacht stünde, dem würden ein für alle Male die Spalten der Kath. Blätter verschlossen«. ⁷⁸ Die Aussage dokumentierte eindrucksvoll, dass der deutsche Katholizismus in Parlament und Presse innerhalb weniger Jahre zu jener Geschlossenheit und respektablen Vertretung gefunden hatte, die von der *Genfer Correspondenz* 1871 noch so schmerzlich vermisst worden waren. ⁷⁹ Dazu hatte auch der von Loë inspirierte Mainzer Verein wesentlich beigetragen.

Wambolt hat seine von Ketteler öffentlich desavouierte These von der Suprematie der Kirche noch einmal kämpferisch auf dem Freiburger Katholikentag von 1875 vorgetragen; ⁸⁰ und an den Vorarbeiten des offiziellen Komitees für den 3. Allgemeinen Österreichischen Katholikentag in Linz 1892 vermisste er offenbar ein entschiedenes Eintreten für das bedrängte Papsttum. Dennoch war ihm an dem höheren Gut der Vermeidung eines offenen Dissenses gelegen. Die 1875/76 und öfter von Wambolt, Loë und Isenburg angesprochene oder befürchtete Spaltung zwischen »ultramontanen« und »liberalen« bzw. »liberalisierenden« Katholiken trat nicht ein. ⁸¹ Die genannten Antirevolutionäre, wenig zahlreich, suchten anscheinend ihre Gegner eher in Frankreich bei der Richtung des Anti-Infallibilisten und Bischofs Félix Dupan-

⁷⁷ Wie Anm. 75.

⁷⁸ Wambolt an Pergen, Hopfenbach [Hmeljnik] bei Rudolfswerth [heute Novo mesto], 13.12.1876. HHSA, PP, II.

⁷⁹ Sehr große »Einigkeit«: Loë an Pergen, o.O., o.D. HHSA, PP, II. Dies bestätigt die These Konrad Reppens von der Beschleunigung der »katholischen Politik« nach 1871 durch Bismarck. Konrad REPPEN, *Entwicklungslinien von Kirche und Katholizismus in historischer Sicht*, in: Anton RAUSCHER (Hg.), *Entwicklungslinien des deutschen Katholizismus*, München u.a. 1973, S. 11–30, 24f.

⁸⁰ Wambolt an Pergen, Umstadt 14.9.1875. HHSA, PP, II.

⁸¹ Ebd. »Gefahr einer öffentlichen Spaltung« Ende 1875: Isenburg an Pergen, Offenbach 10.2.1876, mit Postskriptum Kleinheubach 21.2.1876. HHSA, PP, I.

loup (1802–1878).⁸² Durch personelle Querverbindungen, Glaubensübungen und politische Praxis – vor allem in der Vereinsbewegung – mit dem größeren Corps der deutschen Katholiken ohnehin verbunden, eigneten sie sich nicht als giftige Spaltpilze, wenngleich sie zunächst ein gespanntes Verhältnis zum unter Windthorst dominant werdenden liberalen Flügel des Zentrums hatten. Sie bildeten eine konservative Gruppierung im Spektrum der politisch aktiven Katholiken. Loë, Wambolt, Isenburg und ihre Gesinnungsgenossen waren zwar auch aus Standesgründen gegen die Bürokratie, das Vordringen der Staatsgewalt und den Liberalismus, die politische Weltanschauung des nationalen Bürgertums, eingestellt, doch ihr Eintreten für das Papsttum und die Rechte der Kirche im Kulturkampf, ihr Einsatz für karitative Aufgaben und ihr Streben nach religiöser Lebensgestaltung verband sie mit ähnlich gesinnten Angehörigen ihrer Konfession.

Das Streben nach Sozialreform

Die sozialpolitischen Reformgedanken haben in dem Gedankenaustausch der drei führenden Deutschen des Genfer Komitees zumindest während der 1870er Jahre nicht im entferntesten die Rolle gespielt wie die mit der Bedrängnis der Kirche zusammenhängenden religiösen und politischen Fragen. Loë nahm sogar zunächst politischen Anstoß an dem Redakteur der in Wien erscheinenden Zeitung *Vaterland*, dem besonders als Sozialreformer hervortretenden Karl von Vogelsang (1818–1890). 1876 beschwerte er sich bei Pergen über Vogelsangs schmeichelhafte Beurteilung der Außenpolitik des liberalen österreichisch-ungarischen Außenministers Gyula Andrassy (1823–1890).⁸³ Dennoch wurden Loë und seine Freunde mehr und mehr von sozialen bzw. korporativen Ideen beeinflusst. Aus antiliberaler und pro-österreichischer Einstellung begrüßte Loë 1878 Vogelsangs Programm der *Sozial-politischen Blätter*. Er wollte dieses in seiner *Neuen Zeitung* verbreiten: Österreich »ist gesünderer Ideen fähig als Neu-Deutschland, wo auch katholischerseits fortwährend dem Liberalismus als dem aufblühenden Princip geopfert wird.«⁸⁴ Die sozialpolitische Aufgeschlossenheit bildete offenbar die positive Kehrseite seines Anti-Liberalismus. Der Reformvorschlag im katholischen Adelsprogramm von 1869, »wohlthätige Stiftungen« mit Kreditangeboten an das Landvolk, das bisher nur auf die Juden angewiesen sei, zu gründen,⁸⁵ zeigt Verwandtschaft mit späteren berufsgenossenschaftlichen Vorstellungen. Wambolts »Angst vor der socia-

82 Loë an Pergen, Terporten 21.1.1878. HHSA, PP, II; vgl. Anm. 74.

83 Loë an Pergen, Terporten 25.4.1876, 26.5.1876. HHSA, PP, II.

84 Loë an Pergen, Terporten 15.11.1878. HHSA, PP, II. Vgl. Anm. 70.

85 *An den katholischen Adel*, S. 22f.

listischen Regierung als Nachfolgerin der Liberalen«⁸⁶ entsprach einer im deutschen sozialen Katholizismus weit verbreiteten Vorstellung. Schließlich vermittelte Wambolt 1888 im Auftrag Franz Graf von Kufsteins unter Einschaltung von Professor Franz Martin Schindler (1847–1922) die Freiburger Thesen über das Kreditsystem an Pergen – ein Dienst, der bereits in die Aufbruchsituation einer neuen Partei, der österreichischen Christlichsozialen, um 1889 mündete.⁸⁷ Diese den bisherigen katholischen Konservatismus Österreichs ablösende sozialreformerische Volkspartei schaltete sich stärker in das öffentliche und parlamentarische Leben ein als die nun zurücktretenden Konservativen, die allerdings mit der Mobilisierung der antiliberalen, die Rechte der Kirche verteidigenden Bewegung in Österreich begonnen hatten.

Isenburg und Wambolt wurden auch aktive Mitglieder der Freien Vereinigung katholischer Sozialpolitiker von 1885. Diesem Zusammenschluss waren 1883 die Konferenz in Haid, dem böhmischen Gut Löwensteins, sowie Löwensteins Anregungen auf den deutschen Katholikentagen (1879, 1880, 1881), die soziale Frage aufzugreifen, vorangegangen. Seit 1874 hatte der junge österreichische Fürst Aloys Liechtenstein Pergen aus eigenem Antrieb auf die soziale Frage hingewiesen. Er vermittelte das Mainzer soziale Programm des Bischofs Ketteler an René Charles Humbert, Marquis de La Tour du Pin. Die sozialpolitische Idee erweckte in ihm die Hoffnung, die »Massen in den großen Städten« für eine katholische Partei zu gewinnen und dadurch eine den liberal-freisinnigen Gegner in seine Schranken weisende »schwarz-rote Internationale« zu schaffen.⁸⁸ Die fruchtbaren Fühlungen zwischen österreichischen und französischen Sozialpolitikern bei den jährlichen Augusttreffen des Genfer Komitees werden die Gründung der Union de Fribourg 1884 begünstigt haben. Diese internationale Gruppierung vereinigte einen vatikanischen und einen Schweizer sozialen Studienzirkel mit den Vorkämpfern der christlich-sozialen Gesellschaftsreform in Österreich, Frankreich und Deutschland.⁸⁹

86 Wambolt an Pergen, Miltenberg 1.5.1881. HHSA, PP, II.

87 Wambolt an Pergen, Groß-Umstadt 22.1.1888. HHSA, PP, II. Vgl. Harry SLAPNICKA, *Christlichsoziale in Oberösterreich. Vom Katholikenverein 1848 bis zum Ende der Christlichsozialen 1934*, Linz 1984, S. 98f., 326f.; Reinhold KNOLL, *Zur Tradition der Christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen von 1907*, Wien 1973; John W. BOYER, *Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power 1897–1918*, University of Chicago Press 1995; Walter STÖGER, *Das Verhältnis der Konservativen zur christlichsozialen Partei*, Phil. Diss. (Masch. schr.) Wien 1949.

88 Aloys Liechtenstein an Pergen, 12.7.1874, 24.2.1875. Nach E. WEINZIERL-FISCHER (wie Anm. 9), S. 470f., 474.

89 K. BUCHHEIM (wie Anm. 1), S. 329–332; Gérard CHOLVY/Yves-Marie HILAIRE, *Histoire religieuse de la France contemporaine*, Bd. 2, 1880/1930, Toulouse 1986, S. 78f.; Josef OELINGER, *Vogelsang*, in: *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, hg. von der Görres-Gesellschaft, Bd. 5, ⁷Freiburg 1989, Sp. 765f.; Johann Christoph ALLMAYER-BECK, *Vogelsang. Vom Feudalismus zur Volksbewegung*, Wien 1952.

Vogelsang und Löwenstein erstrebten eine familienähnliche berufsständische, kooperative, genossenschaftliche Ordnung in Industrie, Handwerk und Bauernstand. Das deutsche Zentrum schlug seit 1877 allerdings den Kurs einer mehr pragmatischen, sich auf die gegebenen Verhältnisse stützenden Sozialgesetzgebung auf nationaler Ebene ein.

Wambolt und Loë haben indes die Idee einer genossenschaftlichen Organisation für die Bauern aufgegriffen und zu verwirklichen gesucht. Letzterer wurde 1882 Gründer und (bis 1896) erster Vorsitzender des Rheinischen Bauernvereins. Wambolt setzte Gräfin und Graf Pergen von den Statuten des katholischen hessischen Bauernvereins in Kenntnis und bestärkte beide darin, neben diesem Bauernverein auch die Raiffeisen'schen Darlehenskassen in Ober- und Niederösterreich einzuführen.⁹⁰

Resümee

Ein zusammenfassendes Urteil wird festhalten können, dass die kleine deutsche Gruppe zumeist adliger Genfer Korrespondenten in einer Umbruchsituation der europäischen Staatenwelt ihre Anhänglichkeit an den des *patrimonium Petri* beraubten Papst bezeugte und auch das katholische Volk zu ostentativen Kundgebungen und neuen Formen der *defensio fidei* zu bewegen suchte. Außer einer Parteinahme für die letzte katholische Großmacht Österreich-Ungarn und der in großdeutschen Kreisen schon vorher üblichen Reserve gegenüber »Neu-Deutschland« sind Umrisse einer staatsgefährlichen Schwarzen Internationale im Deutschen Reich nicht zu erkennen; abgesehen davon, dass Bismarck 1879 selbst den Zweibund einging. De facto praktizierte man im Viereck Pergen – Wambolt – Loë – Isenburg nur eine österreichisch-deutsch-römische Internationale. Im Vordergrund standen die Bemühungen, gute Nachrichtenverbindungen zum geistlichen Mittelpunkt der katholischen Kirche zu gewinnen, um der publizistischen Selbstbehauptung der Katholiken im Kulturkampf zu dienen.

Die Organisationsleistung der deutschen konservativen Anhänger des Papsttums, die ihren ehrgeizigen Plan, eine dauerhafte internationale politisch-kirchliche Korrespondenz oder Konferenz zu schaffen und Deutschland darin einzubeziehen, nicht durchsetzen konnten, ist dennoch in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Sie verband sich über eine Schlüsselfigur wie Felix von Loë mit den spezifisch deutschen Vereins-Aktivitäten, die z.B. in Österreich und Italien als nachahmenswert galten, und war insofern auf einer anderen Ebene als der ursprünglich intendierten erfolgreich, nämlich in der deutschen Innenpolitik – soweit der Staat der Kulturkampfzeit dies zuließ. Den etwa in Frankreich sehr scharfen Gegensatz zwischen liberalen und konser-

90 Wambolt an Pergen, Hopfenbach 24.7.1892. HNSA, PP, II.

vativen Katholiken sucht man trotz mehrfacher verbaler Abgrenzungen der deutschen Antirevolutionäre um Loë und Wambolt vom Liberalismus und von dessen katholischen Anhängern vergebens. Die Internationalisten bedienten sich selbst liberaler Methoden bei ihren vielen Versuchen, das gläubige Volk, das eine zentrale Rolle in ihrer Ideologie spielte, zu beeinflussen und zu organisieren. Ihr Bemühen, ein nahe bei der Kurie angesiedeltes zentrales, internationales Komitee für die Katholiken Europas zu schaffen, blieb zwar erfolglos, bezeugte aber ihre Vorbehalte gegenüber dem Anwachsen des Nationalismus in einer zunehmend säkularisierten Staatenwelt.

In ihr Handeln sind auch standespolitische Überlegungen eingeflossen, welche dem Adel eine neue Funktion der Mitte und Befriedung zwischen dem Volk und der Krone zuwiesen. Die deutschen Partner Pergens arbeiteten darauf hin, die in Österreich, Deutschland und Italien vorherrschende Verbindung zwischen dem monarchischen Neo-Absolutismus und dem bürgerlichen Liberalismus zu lockern. Im gemeinsamen Festhalten an der Religion und den dieser konzidierten Rechten schien eine neue Annäherung zwischen Adel und Volk, Regierung (in Österreich) und Volk erreichbar zu sein. Insofern war es kein rein religiöses Anliegen, für das bedrängte Papsttum einzutreten, dessen Erhaltung und Stärkung die Katholiken aller Länder gegenüber den Bedrohungen der Zeit zusammenführen sollte. Die demokratische Komponente dieser Mobilisierung war um so unübersehbarer, je mehr der neo-absolutistische, liberale und nationale Staat zur gesetzlichen Maßregelung und Unterdrückung der ultramontanen Bewegungen überging. Deren Bestrebungen, verbunden mit älteren Ansätzen einer katholischen Adelsreform, überschritten im Zeichen einer gemeinsamen Verteidigung der Glaubensgüter durchaus engere standespolitische Schranken. Sie waren »reaktionär«, insofern sie sich dem herrschenden liberalen und nationalistischen Zeitgeist widersetzen. Als diese österreichischen und deutschen Konservativen nach 1900 die vor allem von Löwenstein vorangetriebene Antiduellbewegung⁹¹ in ihren Ländern unterstützten, gedachten sie dafür auch »das minder christliche Element heranzuziehen« und fassten damit sogar einen nicht mehr konfessionell gebundenen Anhang ins Auge,⁹² wie dies mutatis mutandis schon für ihre Sozialpolitik galt. Wohl findet sich in den deutschen Korrespondenzen, etwa bei Loë, Ablehnung der »Revolution«, aber keine ernsthafte Bekundung, das Papsttum und eine »hierarchisch strukturierte Kirche« zum Vorbild der »Wiederherstellung einer ständischen Gesellschaft« zu nehmen.⁹³ Dafür schien ihm und seinen

91 P. SIEBERTZ (wie Anm. 2), S. 505–510.

92 Wambolt an Pergens, Mainz 18.12.1901, Wiesbaden 3.1.1902. HHSA, PP, II.

93 Das Gegenteil meint Reif für den Adel in Westfalen feststellen zu können: Heinz REIF, *Westfälischer Adel 1770–1860. Vom Herrschaftsstand zur regionalen Elite*, Göttingen 1979, S. 440.

Gesinnungsgenossen der Zwiespalt zwischen der ultramontanen Kirche und der liberalen Gesellschaft zu groß geworden zu sein. Die religiösen, politischen und sozialen Ziele, die diese deutschen konservativen Internationalisten prinzipiell im Einklang mit der katholischen Vereinsbewegung verfochten, setzten vielmehr eine parteiliche oder vereinsmäßige, insofern gar nicht ständische, Vertretung eigener Interessen voraus und mündeten damit in eine sich pluralistisch entwickelnde Welt. Die (zeitweilige) Tätigkeit im diplomatischen Dienst ihrer Staaten und ihre adlige Herkunft erleichterten ihnen wohl auch die Praxis internationaler Zusammenarbeit zwischen führenden katholischen Kreisen in Europa, die später vom zunehmenden Nationalismus des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts beeinträchtigt worden ist. Pergen und Löwenstein wirkten auch am Entstehen der christlichsozialen Bewegung mit. Dies war nur eine Konsequenz ihrer ganzen Lebensleistung, die – zumal bei dem österreichischen Graf Pergen – aus dem gewohnten Landesdienst der Familie und der Vorfahren auf das Feld der gesellschaftlichen Organisation geführt hatte. Pergen äußerte sich indes auch kritisch gegenüber der jungen («antisemitischen») christlichsozialen Bewegung in Österreich (1895): Wenn er bei dieser die ihm selbstverständliche Achtung vor der Autorität der Bischöfe und der Kurie vermissen zu müssen glaubte,⁹⁴ wies er auf ein Problem hin, mit dem zukünftig die christliche Demokratie allgemein zu ringen haben würde.

⁹⁴ E. WEINZIERL-FISCHER (wie Anm. 9), S. 485: Pergen warnte P. Albert Maria Weiß und Kardinal Rampolla vor einer Unterstützung der Christlich-Sozialen.

Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum

Von Rudolf Uertz

Das Ende des realen Sozialismus, die wirtschaftlichen und kulturellen Folgen der Globalisierung sowie der Prestigeverlust des Staates erfordern in Politik- und Geschichtswissenschaften eine Überprüfung und Revision des herkömmlichen politischen Ideenspektrums Konservatismus–Liberalismus–Sozialismus und der ideologischen und ideengeschichtlichen Typologien. Wenn die etablierten Parteien sich allesamt als *Volksparteien* und ihre Programmatik als »Politik der Mitte« präsentieren und die Zivil- oder Bürgergesellschaft zur zentralen Leitidee avanciert, wenn die Parteien gleichermaßen bei liberalen und kommunitaristischen Konzepten Anleihen machen, wenn zentrale Leitbegriffe wie »Soziale Marktwirtschaft« und »Subsidiarität«, die früher sichere Kennzeichen der Programmatik des liberalen und christlich-demokratischen Ideenspektrums waren, nunmehr auch vom demokratischen Sozialismus beansprucht werden, wenn die »Parteien der Mitte« unisono den Sozialstaat »umbauen«, »modernisieren«, »liberalisieren« und die Administration deregulieren wollen, dann wird es zunehmend schwieriger für die Parteien- und Ideologieforschung, plausible Unterscheidungskriterien, Bewertungsmaßstäbe und Charaktereigenschaften der Parteien und ihrer Programmatik zu benennen.

Zum Ideenspektrum Konservatismus – Liberalismus – Sozialismus¹

Bei genauerem Hinsehen wird man feststellen müssen, dass die Probleme einer systematischen Unterscheidung der Parteienprogrammatik angesichts einer Entideologisierung der Politik schon geraume Zeit vorher eingesetzt haben. Otto Kirchheimer hat den Wandel des westeuropäischen Parteiensystems (»die bürgerliche Partei alten Stils«), die Umbildung seiner Strukturen und Funktionen bereits für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg analysiert und den neuen Parteiotyp, die »Massenintegrationspartei«, auch »Volkspartei« oder »Allerweltpartei« (*catch-all party*) genannt, eingehend beschrieben.² Als Merkmale des neuen Parteiotyps nennt er: »a) Radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten einer Partei ... b) weitere Stärkung der Politiker

¹ Zu den klassischen Ideenkreisen und ihren Varianten vgl. Johann Baptist MÜLLER, *Die politischen Ideenkreise der Gegenwart*, Berlin 1992.

² Otto KIRCHHEIMER, *Der Wandel des Westeuropäischen Parteiensystems*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 6 (1965), S. 20–41, hier S. 27.

an der Parteispitze; was sie tun oder unterlassen wird jetzt mehr vom Standpunkt ihres Beitrages zur Wirksamkeit des ganzen gesellschaftlichen Systems angesehen und nicht danach, ob sie mit den Zielen der jeweiligen Parteiorganisation übereinstimmen; c) Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds; diese Rolle wird als historisches Überbleibsel angesehen, das das Bild der neu aufgebauten ›Allerweltpartei‹ in ein falsches Licht setzen kann; d) Abkehr von der ›*chasse gardée*‹, einer Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis, statt dessen Wahlpropaganda mit dem Ziel, die ganze Bevölkerung zu erfassen; d) Streben nach Verbindungen zu den verschiedensten Interessenverbänden.«³

Theo Stammen konzediert Schwierigkeiten, die »Parteiideologien« im Hinblick auf ein »mehr oder weniger systematisch ausgebautes Ideensystem« darzustellen. Dabei gehe es keineswegs etwa um »die Frage nach Richtigkeit oder Wahrheit dieser Ideen«, sondern lediglich darum, die sog. präskriptiven Aussagen, d.h. die Forderungen, die eine Partei als Handlungsziele und Handlungsorientierung aufstellt, systematisch zu handhaben.⁴ Näherhin verlange dies Vergleich und Beschreibung »von Werten und der Realität«. Dabei gelte es, die Diskrepanz zwischen Werten und Realität, zwischen Sein und Sollen wahrzunehmen – eine Diskrepanz, die zugleich ein Kriterium zur Charakterisierung der Parteienprogrammatik beinhaltet: Denn »radikale Parteien stellen eine größere Diskrepanz zwischen Werten und Realität fest und stellen weitergehende Forderungen; konservative Parteien ermitteln eine geringere Diskrepanz zwischen Sein und Sollen, und erheben Forderungen geringerer Reichweite«. Zum Kriterium der Unterscheidung zwischen Sein und Sollen tritt demnach ein weiteres hinzu: das des größeren oder geringeren Abstands zwischen beiden bzw. das der Sachbezogenheit der programmatischen Forderungen. Anders formuliert: Bürgerliche Parteien sind realistischer; sie versprechen ihren Wählern weniger Revolutionäres, was auch bedeuten kann, dass sie mehr »Flickschusterei« oder – nach Karl Popper – »Stückwerkstechnologie« betreiben.⁵

Doch fragt man sich: Was bedeutet es, *Sein* und *Sollen* zu beschreiben angesichts des Umstands, dass es sich bei beiden Größen um Variablen handelt? Werte, Normen, Begriffe, Sprachformeln und Ideologien finden höchst unterschiedliche Verwendung. Die »Wörterwelt«, wie es Lichtenberg ausdrückt, hat ihre eigene Geschichte. Wörter entspringen zumeist dem subjektiven Emp-

3 O. KIRCHHEIMER (wie Anm. 2), S. 20–41, hier S. 32.

4 Theo STAMMEN, Systematische Einleitung in: Rainer KUNZ/Herbert MAIER/Theo STAMMEN, *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik*, München 1975, S. 31.

5 Vgl. Karl POPPER, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 1, *Der Zauber Platons*, Bern 1970, zieht dem Holismus bzw. der Revolution die *Stückwerkstechnologie* vor; niemand könne Gesellschaften im Ganzen entwerfen.

finden, der »Interessenlage« oder auch – wenn sie einem missliebige sind oder aus einer »Gegenwelt« zu kommen scheinen – »dem falschen Bewusstsein«, wie es etwa der dialektische und historische Materialismus der bürgerlichen Ideologie vorhielt.

Eberhard Puntsch möchte am liebsten ganz der herkömmlichen Ideologieraster entraten. Diese bezeichnet er als »Links-Mitte-Rechts-Unfug«. Die Politik würde dadurch ungebührlich vereinfacht, die Handlungsmöglichkeiten verkürzt, die kleineren Parteien zwischen den beiden Blöcken, »links« und »rechts«, zerrieben; bei einer solchen Topologie kämen die liberalen Parteien nicht recht zur Geltung. Schließlich gehe es in der Politik ums Ganze; das aber bliebe beim Links-Mitte-Rechts-Schema außer Betracht.⁶ Auch Egon Tuchtfeldt hält die Dichotomie »rechts-links« oder »reaktionär-progressiv« für kaum geeignet, um die verschiedenen Standorte des politischen Denkens und der ihnen verpflichteten Gruppierungen zu kennzeichnen. Man konstruiere »damit doch nur ein Feindbild ..., das die eigene Position als allein richtig profiliert«. Schließlich drängen alle Parteien in die »Mitte« und wollten »Volksparteien sein, obwohl doch der Begriff »Partei« schon vom Wortsinn her auf einen Teil des Ganzen« hindeute. So plädiert Tuchtfeldt für die klassische Trias Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus. Diese seien innerlich zusammenhängende »gesamtgesellschaftliche Ideensysteme ... über das, was unter bestimmten Grundannahmen für Mensch und Gesellschaft als wünschenswert angesehen wird. Als solche *Ideensysteme* müssten sie aber »von den historisch-konkreten Ausprägungen parteilicher Art unterschieden werden.«⁷ Im Anschluss an Friedrich August von Hayek möchte Tuchtfeldt die drei politischen Ideenkreise in einem »einfachen« oder »differenzierten Wertedreieck« zusammengestellt sehen, um so anzuzeigen, dass die Dreiteilung der Ideensysteme bzw. deren Fraktionierung gedanklich stets auf das Ganze bezogen sein müssten, zu dem sie sich je unterschiedlich verhielten.⁸

Andere Autoren verweisen gerade auf die anthropologischen Ursprünge der politischen Links-Mitte-Rechts-Unterscheidung: Diese sei Ausdruck des dem Menschen angeborenen Richtungs- und Ordnungssinns. Nicht so sehr die Geschichte, sondern die Kulturanthropologie stelle den Schlüssel für die räumlich-begrifflichen Kriterien in der Politik bereit.⁹

6 Eberhard PUNTSCHE, *Der Links-Mitte-Rechts-Unfug. Die Welt der Parteien ist nicht zweipolig*, Bonn 1994, S. 97ff.

7 Egon TUCHTFELDT, *Ideensysteme als Bezugsrahmen der Politik*, in: *Ordo* 30 (1979), S. 79f.; E. PUNTSCHE (wie Anm. 6), S.109ff., hält Tuchtfeldts differenziertes Wertedreieck »für das Gespräch mit dem Orientierung suchenden Bürger ... zu unhandlich«. Tuchtfeldts differenziertes Wertedreieck sei überladen; zudem schleppe es mit den Ordnungsformen Ständestaat (Konservatismus) und Rätestaat (Sozialismus) antiquierte Ordnungsformen mit.

8 Vgl. E. TUCHTFELDT (wie Anm. 7), S. 90.

9 Wolfgang KRISCHKE, *Der Respekt vor der Mitte*, in: *FAZ* v. 18. April 2001.

Die Etikettierung von Tradition und Fortschritt gemäß der – zunächst nur kurz währenden – Sitzverteilung in der französischen Nationalversammlung seit dem 23. Juli 1789 wäre demnach nicht die »Urszene der politisch-topographischen Metaphorik, sondern eher ihr zufälliges Nebenprodukt«. H. F. Bienfait und W. E. A. van Beek halten die Sitzordnung der französischen Nationalversammlung, auf die das Links-Rechts-Schema zurückgeht, für ein Produkt der Sprach- und Denkgewohnheit, die eben anthropologisch tief verwurzelt sei und sich auch ohne das Zutun der Zimmerleute, die nach dem Ende der Generalstände den Sitzungssaal der Nationalversammlung neu gestalteten, durchgesetzt hätte.¹⁰

Die Rechts-Links-Unterscheidung ist für die genannten Autoren ein multifunktional einsetzbares Klassifikationssystem zur Ordnung der Welt, das mit einer Vielzahl grundsätzlicher Gegensatzpaare wie heilig-profan, männlich-weiblich, stark-schwach Kriterien zur Beschreibung von Ordnung und Ordnungszielen anbietet, zu denen eben auch das fundamentale Gegensatzpaar links-rechts als Sinnbild sozialer Gliederung gehört – ein urwüchsiges Schema, das gewissermaßen automatisch auf die politischen Bewegungen des Parlamentarismus übertragen worden sei. Selbstredend ist zu berücksichtigen: »links« und »rechts« gelten nicht ein für allemal definiert, sondern hängen vom zeitgeschichtlichen Kontext, den jeweiligen sachlich-politischen Konstellationen und eben den Bewertungsmustern ab. Und auch einen allseits geteilten Wertekonsens gibt es hierbei nicht.

Die Rechts-Links-Relation im europäisch-amerikanischen Parteiensystem impliziert auch das Verhältnis von Regierung zur Opposition. »Rechts« und »links« sind entsprechend in der Sitzordnung des englischen Parlaments austauschbar, wo die jeweilige Regierungspartei rechts vom *speaker* sitzt. Eine weitere Unterscheidung, etwa die zwischen Staatspartei und Volkspartei entspricht der Spannung zwischen Herrschaft und Genossenschaft. Diese Spannung war mit entscheidend für den Gegensatz *konservativ – liberal*, der später vom Kontinent auch in England übernommen wurden ist. »Dem Sozialismus gegenüber, der dritten Partei, rückten die bürgerlichen Parteien zusammen. Seit dem Ersten Weltkrieg bildete sich der *Totalitarismus* von rechts und links heraus: aus einer radikalen Randgruppe der Konservativen bildete sich der Nationalismus, aus dem konsequenten Klassenkampffideologen der sozialistischen Front der Kommunismus.«¹¹ Diese Abspaltungen und Radikalisierungen an den Rändern bedeuten zugleich eine Modifizierung der Klassifikationskriterien: Die Gegensätze von Konservatismus und Liberalismus als

10 H.F. BIENFAIT/W.E.A. VAN BEEK, *Right and Left as Political Categories*, in: *Anthropos* 96 (2001), S. 169–178.

11 Otto Heinrich VON DER GABLENTZ, *Einführung in die Politische Wissenschaft*, Köln 1965, S. 147f.

Ausweis des (breiteren) bürgerlichen Lagers verlieren an Schärfe, und selbst der freiheitliche Sozialismus teilt mit diesen ein wichtiges Merkmal, auch wenn dies »leider nicht immer rechtzeitig bewusst geworden« (Otto Heinrich von der Gablentz) ist: Diese Parteien der Mitte teilen prinzipiell die verfassungs- und rechtsstaatlich verankerten Grundwerte. Verfassungstreue und damit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Gewaltenteilung, Volkssouveränität u.a. sind Prinzipien, die einst den Konfliktstoff zwischen liberal und konservativ ausmachten. Jetzt aber sind diese Ideen anerkannte Grundbedingungen der Politik und Spielregeln des Parlaments.

Aber Parteiensystem und -programmatische wurden komplizierter durch das Hinzutreten weiterer Parteytypen und parteipolitischer Merkmale: Nationale und landsmannschaftliche Abstammung, Konfession und schließlich die spezifische Interessenausrichtung spielen eine wichtige Rolle bei den Abspaltungen, Flügelbildungen, Zusammenschlüssen oder bei Neugründungen von Parteien. Bei aller Unübersichtlichkeit, nicht zuletzt auch angesichts des Umstands, dass die bürgerlichen Parteien sich einander annähern, so dass sie nun alle eine Mischung aus sozialen, liberalen und konservativen Ideen in ihrer Programmatische verkörpern, lässt sich doch ein prägnantes Kriterium finden, das durchgängig zu beobachten ist und auch für die aktuelle Erörterung Bestand haben sollte: Der alte Gegensatz »Staatspartei – Volkspartei«, aus dem im 19. Jahrhundert die Links-Rechts-Topologie hervorgeht, markiert die Spannung zwischen etatistischen und bürgerlich-gesellschaftlichen sowie personalistischen Prinzipien.¹² Dieses Merkmal kann auf allen Ebenen politisch-staatlichen Handelns (Bund, Länder, Gemeinden, Regionen, Europa) formale mit inhaltlichen Bewertungsmaßstäben von Politik verbinden.

Politik und politische Parteien haben auf die zunehmende Differenzierung des politisch-gesellschaftlichen Systems etwa seit den 70er Jahren mit einer zunehmenden Verwissenschaftlichung der Programmsprache reagiert. Vor allem die »sozialwissenschaftlichen Termini mit ihren zahllosen schwerverständlichen Kunstwörtern haben Eingang in die Sprache der Parteiprogramme gefunden«. Damit taucht, so kommentiert Theo Stammen, »ein ambivalentes Problem auf, zu dem zweierlei zu sagen ist. Auf der einen Seite wird man diese Verwissenschaftlichung der Programmsprache¹³ – speziell etwa im Zusammenhang mit den im Programm ja auch zu leistenden Realanalysen der gesellschaftlichen und politischen Gesamtsituation – als einen Zuwachs an Rationalität und kritischer Genauigkeit in diesem Aussagebereich bewerten können. Auf der anderen Seite ist jedoch unverkennbar, dass sich mit dieser Verwissenschaftlichung

12 EBD. S. 147.

13 Die Verwissenschaftlichung der Programmsprache setzt nach Stammen mit den Freiburger Thesen der FDP (1972) und dem Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985 der SPD ein.

chung das Problem der Kommunikation stellt: »Welche Bürger oder Parteimitglieder ohne akademische oder gar spezielle sozialwissenschaftliche Ausbildung sind noch in der Lage, einer derartigen rationalen und kritischen Gesellschafts- und Politikanalyse zu folgen?« Die Parteien hätten darauf Acht zu geben, dass »die (nicht zu verstehende) Rationalität« von Programmaussagen nicht »in eine Irrationalität der Wirkung, in eine neue Mythologie umschlägt« und dass durch die Verwissenschaftlichung der Programmsprache nicht grundlegende Funktionen eines Parteiprogramms gefährdet werden.¹⁴

Diese Entwicklung bringt also die Gefahr der Abkoppelung von der Alltagswelt mit sich; die Verwissenschaftlichung hat aber auch Rückwirkungen auf die politiktheoretische und ideengeschichtliche Analyse der Parteien. Die fortwährenden Differenzierungen der Parteienanalyse verändern auch den Blick zurück: Man entdeckt im politisch-geschichtlichen und ideologischen Spektrum neue Facetten, die bisher nicht oder nicht so wahrgenommen wurden. So bemerkt Axel Schildt, dass die 1950er Jahre in der Zeitgeschichtsforschung jetzt *neu vermessen* würden.¹⁵ Als Beispiel nennt er die wirtschaftlich-technischen Modernisierungstendenzen in der frühen Bundesrepublik Deutschland, die unter den »konservativen Auspizien« früherer Forschungsrichtungen nicht genügend wahrgenommen worden seien. So hatte sich in einzelnen Bereichen der Politik- und der Geschichtswissenschaft die Vorstellung der Restauration nach 1945 verbreitet – ein Bild, das es zu korrigieren gilt. Allerdings werden die angekündigten »Neuvermessungen« (A. Schildt) in wichtigen Punkten dann doch nur halbherzig vorgenommen. Ich habe an anderer Stelle bereits gezeigt, dass z.B. die am Rande der Unionsparteien angesiedelte *Abendländische Akademie* und die Gruppe um die Zeitschrift *Das Neue Abendland* nur Segmente darstellten, die aber keineswegs repräsentativ für die CDU und CSU waren.¹⁶ Das sieht wohl auch Axel Schildt; doch bleibt bei ihm und anderen Autoren unberücksichtigt, auf welche Art und Weise es zu den Fehlcharakterisierungen der frühen Bundesrepublik Deutschland gekommen ist.¹⁷ Diese Fehlcharakterisierungen beruhen näm-

14 T. STAMMEN (wie Anm. 4), S. 32f.

15 Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999, S. 4; Hans-Peter SCHWARZ, *Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – Herausforderung für die Forschung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36 (1982), S. 3ff., hier S. 6, hat schon früher die Modernisierungstendenzen der frühen Bundesrepublik hervorgehoben.

16 Vgl. Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 45ff.

17 Dies gilt auch für Guido MÜLLER/Vanessa PLICHTA, *Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1924–1957*, in: *Zeitschrift für Geschichte der Europäischen Integration* 5 (1999), Nr. 1, S. 17ff.

lich auf ideologischen Verengungen, die schon Anfang der 1950er Jahre in der Publizistik, seit Mitte der 1960er Jahre dann auch in Teilen der wissenschaftlichen Darstellungen Verbreitung fanden. Bemerkenswert ist, dass dabei ein Konservatismusbild gezeichnet wird, das sich vor allem aus einer Vermischung von Konservatismus und Christentum, christlicher Partei und religiös-kirchlicher Tradition zusammensetzt. Dieser spezifischen Konservatismustheorie wird sich der folgende Abschnitt widmen. Es soll gezeigt werden, dass entgegen der These der bisherigen Konservatismusforschung die Verbindung von Christentum und Parteiprogrammatik der Union nicht so sehr an traditionellen Ideen anknüpft, sondern vielmehr deren liberales Profil geschärft hat. Weiterhin ist aufzuzeigen, welche Typologien und Kriterien die Politik- und Geschichtswissenschaft zur Charakterisierung von Parteiprogrammatik anzubieten hat.

Die christliche Demokratie im herkömmlichen politischen Ideenspektrum

Die Mitte-Links-Rechts-Topographie und die ideenpolitische Trias liberal-konservativ-sozialistisch führen in Wissenschaft, Publizistik und Öffentlichkeit ein zählebiges Dasein. Dieses beruht wohl nicht nur auf der Gewöhnung an die historische Einteilung der politischen Bewegungen seit der Französischen Revolution 1789 und der Parlamentarisierung seit dem 19. Jahrhundert; vielmehr scheint das weitverbreitete Festhalten an dieser Typologie auf anthropologischen Konstanten zu beruhen. Versuche von Politikwissenschaftlern, diese Typologie wissenschaftstheoretisch zu modifizieren, fanden große Verbreitung. So wurde die von Wolf Dieter Narr entwickelte »Drei-Schulen-Lehre« in mehr oder weniger großen Modifizierungen und Ergänzungen fast von allen politikwissenschaftlichen Einführungswerken übernommen. Narr unterscheidet die »drei Theorietypen«: 1. die normativ-ontologische oder (ideengeschichtlich-)essentialistische Theorievariante, 2. die deduktiv-empirischen Theorie und 3. die dialektisch-historische Theorie. In der Sache war dieses Modell nur bedingt erfolgreich. Werner J. Patzelt bemerkt: »Bis zum Zusammenbruch der sozialistischen Staaten galten Politikwissenschaftler, die sich der historisch-dialektischen Schule zurechneten oder ihr zugeordnet wurden, nicht selten als die ›fortschrittlichen‹ Fachvertreter, während die als empirisch-analytisch oder gar als normativ-ontologisch ... etikettierten Politikwissenschaftler als ›konservativ‹ und allenfalls bedingt fortschrittlichen Ideen aufgeschlossen dargestellt wurden. Tatsächlich hatte die ›Drei-Schulen-Lehre‹ ein Stück weit die Funktion, die *politischen* Lager in der gespaltenen deutschen Politikwissenschaft zu markieren: Als ›links‹ und ›neomarxistisch‹ galten die Vertreter des historisch-dialektischen Ansatzes, als ›liberal‹ und der ›Mitte‹ zugehörend die Verfechter empirisch-analytischer Politikwissenschaft, als ›konservativ‹ und ›rechts‹ die ›normativen Ontologen‹. Für eine gewisse Zeit

konnte diese Einteilung durchaus als nützlicher Kompass dienen, zumal nicht wenige Politikwissenschaftler sie selbst zur Festlegung ihres persönlichen – auch politischen – Standorts übernahmen. Eine nähere Betrachtung zeigt freilich, dass die ›Drei-Schulen-Lehre‹ allenfalls dazu taugt, ein oder zwei Generationen von Politikwissenschaftlern zu klassifizieren, keineswegs aber geeignet ist, ein dem Fach angemessenes Selbstverständnis zu begründen. Inzwischen hat sie ihre Orientierungsfunktion denn auch verloren, und zwar mit gutem Grund.«¹⁸

Auffällig ist, dass der zur normativ-ontologischen Schule gerechnete politische Ideenkreis wie er in der ›Drei-Schulen-Theorie‹ von Narr vorliegt, weitgehend mit dem Konservatismusbild übereinstimmt, das der Autor bereits anhand der CDU-Programmatik bis 1965 gezeichnet hat. Es scheint, dass auch Narrs wissenschaftstheoretisches Ideensystem der ontologisch-normativen bzw. essentialistischen Theorie an dem Material herausgebildet ist, das auch seiner Studie ›CDU – SPD‹ zugrunde lag. Helga Grebing und andere sind ihm in seinen Charakterisierungen gefolgt. Nach der normativen Theorie hat »der Begriff des Politischen einen durchgehend präskriptiven Charakter Er findet in der öffentlichen Tugend, im guten Regieren, im standfesten Charakter von Herrschenden und Beherrschten sein *definiens*. Solcher Begriff (fast ist man geneigt zu sagen, solche Ontologie des Politischen) lässt dann Politikwissenschaft zu einem Zweig der *Moralphilosophie*, noch dazu antiquierten Musters, werden.«¹⁹ Beachtlich ist nun, dass diese Sichtweise einen Großteil der Charakterisierungen der CDU- und CSU-Theorie und -Programmatik geprägt hat.

Die christlich-demokratischen Ideen werden im Vergleich zum Liberalismus und demokratischen Sozialismus in der historisch-politikwissenschaftlichen Forschung in systematischer und ideengeschichtlicher Hinsicht selten behandelt, was zur Folge hat, dass die Eigenständigkeit der Christlichen Demokratie neben den herkömmlichen politischen Ideenkreisen und Bewegungen zumeist verkannt wird. So sucht man in den meisten politischen Wörter- bzw. Handbüchern das Stichwort *Christliche Demokratie* vergebens,²⁰ selbst in solchen Editionen, die differenziertere Artikel zur sozialen Demokratie oder zum

18 Werner J. PATZELT, *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*, Passau 2001, S. 207f.; zur Kritik an den drei metatheoretischen Schulen vgl. auch Ulrich MATZ, *Bemerkungen zur Lage der Deutschen Politikwissenschaft*, in: *Zeitschrift für Politik* 32 (1985), S. 1–7, hier S. 3ff.

19 Wolf-Dieter NARR, *Logik der Politikwissenschaft – eine propädeutische Skizze*, in: Gisela KRESS/Dieter SENGHAAS (Hg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, S. 13–36, hier S. 18.

20 Eine Ausnahme bildet der kurze Artikel »Christliche Demokratie« von Hans MAIER in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, hg. v. Joachim RITTER, Bd. 2, Basel 1972, Sp. 55f.

politischen Liberalismus enthalten.²¹ Man behilft sich dann seitens der Herausgeber damit, dass man Artikel wie christliche Soziallehre oder katholische und evangelische Sozialethik aufnimmt. Doch ist die christliche Sozialethik oder Soziallehre, zumindest was die Christliche Demokratie nach 1945 betrifft, nicht ohne weiteres als Politische Theorie der Unionsparteien anzusehen, auch wenn – wie in der Frühzeit – gewisse Affinitäten festzustellen sind. Dass es allerdings auch im Umfeld der Christlichen Demokratie diesbezüglich Verlegenheiten gab und gibt, kann nicht bestritten werden.²²

So enthält etwa auch der Band 1 der Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, »Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen – Aufbau – Ziele« aus dem Jahre 1967 keinen Artikel zur »Christlichen Demokratie«, obwohl die anderen politischen Bewegungen wie Sozialismus, Kommunismus, demokratischer Sozialismus und politischer Liberalismus ausführlich behandelt werden. Als Alternative zu einem solchen Artikel hat der Herausgeber zwei Aufsätze aufgenommen, die je aus katholischer und evangelischer Sicht das Thema »Staat und Politik« traktieren.²³

Zweifellos stellten katholische und evangelische Staatslehre nach 1945 wichtige Leitlinien für die Unionsparteien dar, aber dennoch können die kirchlich-konfessionellen Zugänge zu Staat und Politik nicht ohne weiteres als politische Theorie einer interkonfessionellen politischen Partei wie der CDU angesehen werden. Auch wenn die Unionsparteien in der Gründungs- und Konsolidierungsphase von der Katholischen und von Teilen der Evangelischen Kirche beträchtliche Unterstützung fanden, taugt die Sozialethik der beiden Kirchen nicht als unmittelbare Handlungsanleitung zur Ausgestaltung der einzelnen Politikbereiche, zumal beide Kirchen in vielen Sachfragen der politisch-rechtlichen Grundordnung ausgesprochen defensiv argumentierten.²⁴

Die Christliche Demokratie als in dieser Konstellation einzigartige Partei-formation stellte und stellt nicht nur an Politiker, sondern auch für den wissenschaftlichen Betrachter erhöhte Anforderungen, nicht zuletzt aufgrund des komplizierten Zusammenspiels von Religion und Politik, Kirchen und Staat, Theologie und Ethik und Partei. Diese politisch-weltanschaulichen Eigenhei-

21 Eine umfassende Übersicht über die Theorie und Geschichte der Christlichen Demokratie bietet neuerdings das *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. v. Winfried BECKER u.a., Paderborn 2002.

22 Vgl. Rudolf UERTZ, *Christliche Sozialethik und Christliche Demokratie. Zur Zukunftsfähigkeit des sozialetischen Dialogs*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 267ff.

23 Vgl. *Politische Bewegungen in Deutschland. Entwicklungen – Aufbau – Ziele* (Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd. 1), Bonn ²1967, S. 51–81, 83–116.

24 Auch der Artikel von Hermann Josef RUSSE, *Gesellschaftspolitik aus christlicher Verantwortung*, EBD. S. 117–178, vermag kaum eine politische Theorie der Christlichen Demokratie zu skizzieren, zumal sich dieser Artikel weitgehend auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränkt.

ten wurden schon früh und – vielfach vereinfachend – als die Frage nach dem »C« bezeichnet.²⁵

In gewisser Weise stilbildend für die Untersuchungen über die Programmatik und Theorie der Christlichen Demokratie war die Arbeit von Wolf-Dieter Narr: »CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945« aus dem Jahre 1966. Rund zehn Jahre zuvor hat Gerhard Schulz in der ersten umfanglicheren wissenschaftlichen Untersuchung über die CDU die theoretischen, programmatischen, historischen und parteisozilogischen Linien und Befunde solide herausgearbeitet und umsichtig bewertet. Für Schulz steht die Entscheidung zur Gründung der Union und zum Christlichen als Ausweis im Parteinamen vor allem unter dem Eindruck der nach 1945 wieder freigelegten Glaubensgrundlagen. »Eine fast allgemeine Beschäftigungslosigkeit des Geistes in der zerstörten technisch-materiellen Welt und die seelischen Depressionen nach Krieg, Tod, politischem Druck und jäher Entlastung mochten die massenhafte Hinwendung zum Metaphysischen psychologisch begünstigen.« Die religiös-sittliche Erneuerung und die verstärkte Hinwendung zum christlichen Glauben münden zunächst noch nicht in konkret fassbare Programme; doch sind christliche Ethik und christliche Weltanschauung insofern feste Orientierungslinien, als sie der Ideologie des Nationalsozialismus, Materialismus, Agnostizismus sowie dem Recht des »Führerstaats« schon vom Grundansatz her diametral entgegenstehen.²⁶ Die im Anfang vornehmlich mit kirchlichen und religiösen Vorstellungen angefüllten Äußerungen zum politischen und parteipolitischen Neuanfang, so formuliert Gerhard Schulz, vermochten der »Seele Halt« zu geben, »solange die materielle Welt in der totalen Zerstörung und der Ungewissheit der Zukunftsaussichten beinahe nichtig geworden zu sein schien«.

Doch habe die Umorientierung nach Kriegsende keine »dauerhafte habituelle Veränderung« bewirkt. Denn die Politik sei auch und gerade unter den modernen Bedingungen eine Angelegenheit »des modernen säkularisierten Menschen«. Was einzelne Theologen und Sozialethiker später mit einem Un-

²⁵ Hans Maiers große Untersuchung, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie*, München ³1973, behandelt lediglich die Anfänge der Christlichen Demokratie.

²⁶ Im Kommentar des nationalsozialistischen Staatsrechts, dem »Verfassungsrecht des Großdeutschen Reichs« von Ernst Rudolf Huber (1937, ²1939), S. 230 heißt es: »Der Führer vereinigt in sich alle hoheitliche Gewalt des Reiches; alle öffentliche Gewalt im Staat wie in der Bewegung leitet sich von der Führergewalt ab. ... Die Führergewalt ist umfassend und total ... (sie) ist nicht durch Sicherungen und Kontrollen, durch autonome Schutzbereiche und wohlerworbene Einzelrechte gehemmt, sondern sie ist frei und unabhängig, ausschließlich und unbeschränkt.« Auch wenn es katholischer- und evangelischerseits keine ausgefeilte Staats- und Verfassungslehre gibt, so ist doch die von Huber zusammengefasste Rechtsauffassung des Nationalsozialismus genau umgekehrt zu den Grundanschauungen der christlichen Sozialethik, der christlichen Auffassung vom Menschen, seinen Rechten und seinen Pflichten in Staat, Rechtsordnung und Gesellschaft.

terton des Bedauerns bemerkt haben,²⁷ ist für den Parteihistoriker ein Selbstverständnis moderner pluralistisch-gesellschaftlicher Bedingungen: dass auch eine christliche Partei genötigt ist, sich den Sachfragen der Politik zu widmen. Schulz sieht entsprechend im Programm der »Sozialen Marktwirtschaft«, den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949, und im Hamburger Programm von 1953, dem Programm für die zweite Bundestagswahl, eine konsequente Hinwendung zu konkreten politischen Sachbereichen und ordnungspolitischen Fragen. Die »Politik und Propaganda der CDU« sieht Schulz als ebenso »erfolgreich wie zielsicher« und psychologisch richtig angelegt »angesichts der latenten Erwartungen der Bevölkerung Westdeutschlands ... nach Wiederherstellung, Hebung und Sicherung des Lebensstandards«. ²⁸ Das religiöse Bemühen und damit der Charakter der CDU als »Weltanschauungspartei« seien dagegen zwangsläufig verblasst. Die materiellen Forderungen seien eben stärkere Gemeinsamkeiten als die geistigen Forderungen; denn »die Begriffe ›Weltanschauung‹ und ›Integration‹ scheinen sich als definitorische Hauptmerkmale auszuschließen«. Schulz spricht damit das Problem an, dass Katholiken und Protestanten ihre gemeinsamen politischen Programmpunkte unterschiedlich begründeten. Das aber hatte zur Konsequenz, dass eben religiöse Begründungen in der Programmatik mehr und mehr zurücktreten mussten.

Rund ein Jahrzehnt später hat sich die Fragestellung in der Parteienanalyse beträchtlich gewandelt. Auch Wolf-Dieter Narr konzediert, dass sich die Religion primär auf die Motive des Handelns beziehe; sie sei Sache des einzelnen und habe im öffentlichen Raum nur in sehr eingeschränkter Weise Platz: »Die Möglichkeit einer christlichen Politik als Politik christlicher Verantwortung gilt personal; sie duldet nicht die Übertragung auf eine politische Gruppe im ganzen.« ²⁹ Damit aber werde »auch schon die immanente Grenze der Integrationskraft des Christlichen deutlich«. Wohl schlossen Individualethik und Gruppenethik einander sicherlich nicht aus, doch sieht Narr – ähnlich wie Schulz – diesbezüglich doch beträchtliche Unterschiede zwischen katholischem und evangelischem Politik- und Sittlichkeitsverständnis, was eben auch der *christlichen Weltanschauung* als Integrationsfaktor Grenzen setze. »Es fällt auf, dass die Protestanten in der Union gewöhnlich mehr von christlicher Verantwortung und christlichen Grundsätzen ohne jeweils zwingenden Zusammenhang zur politischen Aktion sprechen, die Katholiken mehr von christlicher Weltanschauung, gottgewollter Ordnung und christlichen Naturrechten,

27 Vgl. Wilhelm WEBER, *Geschichte der katholischen Sozialbewegung in Deutschland*, in: *Katholisches Soziallexikon*, hg. v. Alfred KLOSE/Wolfgang MANTL/Valentin ZSIFKOVITS, Innsbruck/Graz ²1980, Sp. 442ff., hier S. 451f.

28 Gerhard SCHULZ, *Die CDU – Merkmale ihres Aufbaus*, in: *Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, 6), Stuttgart 1955, S. 3–157, hier S. 146.

29 Wolf-Dieter NARR, *CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart 1966, S. 177.

Vorstellungen, die sich auch in partiellen Sachforderungen und Handlungen Ausdruck verschaffen.«³⁰ Darin tue sich »ein nicht unwesentlicher Unterschied kund, der in der Wirkung aber offenbar peripher« bleibe. Denn Grundsätze und Weltanschauung hätten nun einmal das Merkmal an sich, dass sie keine unmittelbar hemmenden Vorschriften präjudizieren, sondern nur im Hintergrund fungieren, als Werte und Kampfinstrumente brauchbar, nicht als politische Leitlinien. Dazu bedürfe es der »Konkretisierung des C«, aber genau dies vermeide man schon der erheblichen Unterschiede wegen.

Wohl seien die religiösen, aus der Bikonfessionalität resultierenden Unterschiede nicht so groß wie die »sozialen Differenzierungen«, so dass sie auch kaum zu »Spannungen Anlass gegeben« hätten; außerdem habe man sie »mittels der Parität ›in kluger Weise‹ entschärft«. Doch bedeute dies eben eine »Entpolitisierung des Christlichen«, das damit »zum Bodensatz einer Partei« abgesunken sei. Die Hinneigung zu einem gemeinsamen *christlichen Grundverständnis* sieht der Autor nicht zuletzt durch die beiden Kirchen verstellt, deren theologisches Selbstverständnis der positiven Bezugnahme auf das Christentum durch eine politische Partei feste Grenzen ziehe.

Angesichts dieser theologisch-kirchlichen Befunde sieht Narr einer eigenständigen politischen Theorie der Christlichen Demokratie den Weg versperrt. Das Selbstverständnis der CDU und ihrer Programmatik als einer auf dem »Christentum« aufbauenden Partei, wie es etwa das Programm der CDU für die britische Zone 1946 ausweist, wird von dem Politologen nicht näher in Betracht gezogen. Ignoriert wird damit aber auch der Umstand, dass Konrad Adenauer in den von ihm weithin selbst formulierten frühen Programmen und Programmreden der CDU das *Christentum* aus konfessionell-kirchlichen Bezügen gelöst und als eine geistig-sittlich-kulturelle Kraft herausgestellt hat. Dabei formuliert Adenauer eine personalistische Ethik, indem er die Gestaltung für die politische und soziale Ordnung der Verantwortung der Person anheim stellt. Unverkennbar wird damit die Religion bzw. die »christliche Weltanschauung« nicht etwa auf Kirche und theologische Dogmatik beschränkt, sondern vielmehr als ein europäisch-abendländisches, d.h. *kulturchristliches Phänomen* gesehen. So heißt es im Programm von 1946 für die britische Zone: »Die christliche Weltauffassung allein gewährleistet Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre und echte Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchdringen soll. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturel-

30 EBD. S. 178.

len Leben unseres Volkes.«³¹ Eine weitere Unterscheidung vom kirchlich-doktrinären Verständnis unterstreicht Adenauer beim Naturrechtsgedanken. Würde von der christlichen Sozialdoktrin her das Naturrecht als ein fester Normenbestand angesehen, aus dem die katholische Kirche – zumindest noch bis zum II. Vatikanum (1962–1965) – konkrete politische Forderungen abzuleiten bestrebt war, so identifizierte Adenauer das Naturrecht mit den rechtlichen und sittlichen »Grundlagen der christlich-abendländischen Kultur« und der »christlichen Ethik«. Selbstbewusst entzog damit der CDU-Vorsitzende die sittlichen Grundnormen des Christentums der theologisch-dogmatischen Deutungshoheit, was einen wesentlichen Schritt hin zur Liberalisierung des christlichen Politik- und Sozialverständnisses bedeutete.

Von Narr werden solche Emanzipationsbewegungen des Christlichen in der CDU-Programmatik nicht wahrgenommen. Der Gedanke, dass das Christliche als Ausweis der Programmatik auch und vor allem ein *kulturchristliches* Phänomen darstellt, wird nicht ernstlich erwogen. Vielmehr scheint er das Christliche eher als Reservat der Kirchen anzusehen – eine Vorstellung, die z.B. auch in der Konzeption der bikonfessionell ausgerichteten Sozialethik des Handbuchs der Politischen Akademie Eichholz zumindest durchscheint.³²

Bei Narr heißt es: »Als ›gemeinchristliche‹ ist die Partei unmöglich und nur durch die gemeinsamen Gegner zu rechtfertigen, als katholische Partei ist sie, angesichts der mehr und mehr anerkannten pluralistischen Gesellschaft, entweder dazu verdammt, bloße kirchliche Interessenpartei zu werden oder aber der Demokratie vom Ansatz her zu widersprechen.« Bei seinem apodiktischen Urteil stützt sich Narr auf theologisch-kirchenamtliche Deutungen christlichen Naturrechts durch Oswald von Nell-Breuning,³³ so dass man meinen könnte, der wissenschaftliche Beobachter wolle das »C« im Parteinamen vor Verwässerung schützen und es allein der Definitionshoheit der Kirchen vorbehalten. So heißt es, dass »sich Strömungen innerhalb der katholischen Theologie und Laienbewegung (gebildet hätten), die das amtskirchliche Verständnis personal wesentlich anreichern wollen und somit zwar nicht zur gleichen, aber doch ähnlich begründeten Konsequenz wie der Protestantismus gelangen« wollten.³⁴

Was heißt dies in unserem Zusammenhang? Narr hat das Manuskript seiner Publikation fast zeitgleich mit dem Abschluss des II. Vatikanischen Konzils 1965 beendet. In dessen Dekreten konnten sich genau die Strömungen inner-

31 Gedr. in Helmuth PÜTZ (Bearb.), *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949*, Bonn 1975, S. 131.

32 Vgl. die Artikel von Peter HEYDE und Gerhard SCHREEB (wie Anm. 23), S. 51–81, 83–116.

33 Vgl. Oswald VON NELL-BREUNING, *Zur Programmatik christlicher Parteien*, Köln 1946, der einer positiven Bezugnahme auf Christentum oder christliche Ethik durch christliche Parteien kritisch gegenübersteht.

34 W.-D. NARR (wie Anm. 29), S. 178.

halb der katholischen Theologie und Laienbewegung bestätigt sehen, die Narr wegen ihrer Annäherung an den Protestantismus als nicht authentisch in Zweifel zieht. In seinen politik- und gesellschaftsrelevanten Dokumenten hat sich das II. Vatikanum³⁵ mit dem christlichen Personalismus dem sozialetischen Argumentationsstil angeschlossen, der der vom Protestantismus geprägten Verantwortungsethik ähnelt. Dass dieser Argumentationsstil seit 1965 kirchenamtlich bestätigt wurde, heißt aber nicht, dass es ihn nicht schon vorher gegeben hätte. Vielmehr hat der in den 30er Jahren von dem französischen Philosoph Jacques Maritain in die christliche Sozialethik und die Programmatik der christlichen Parteien eingeführte christliche Personalismus, der ein wichtiges Fundament für die Inkorporierung der Menschenrechte in die christliche Sozialethik darstellte, auch ohne ausdrückliche Bezugnahme auf den Autor im katholischen Nachkriegsdeutschland Verbreitung gefunden. Das bedeutet, dass das Konzil eine liberalkatholische Richtung bestätigt hat, die schon geraume Zeit vorher im politischen Katholizismus anzutreffen war.

Bemerkenswert ist allerdings, wie durch die Art und Weise, in der Narr einer christlich-ethischen und kirchlich-theologischen Legitimierung der CDU-Programmatik den Weg versperrt, das christliche Politikverständnis zu einer defensiven und antiquierten Größe mutiert. Denn obwohl die Union mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die ja eine Entideologisierung des frühen christlich-sozialistischen Anspruchs bedeutete, eine tiefgreifende Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik auf den Weg gebracht hat, erhält das Christliche als Namensbestandteil der Partei und ihrer Programmatik unverkennbar einen negativen Beigeschmack. So heißt es zum »C« im säkularisierten Staat: »Einerseits wollte und will man als politische Partei erscheinen, die den pluralistischen, säkularen Staat akzeptiert, gibt aber den grundsätzlichen Willen zur Verchristlichung nicht nur nicht auf, sondern bewährt sich in hohem Maße als kirchliche Belang-Partei oder, anders ausgedrückt, als Partei, die für kirchliche Interessen in besonderem Maße zugänglich ist. Andererseits will man als christliche Partei erscheinen, insoweit wenigstens, dass man eine ›Ordnung mit Gott‹ und ein ›christliches Deutschland‹ intendiert, war und ist aber nichts anderes als eine konservative, den gesellschaftlichen Zustand bewahrende politische Partei.«

Wohl unterscheidet sich die CDU von der Zentrumsparterie; ähnlich aber sei sie dem Zentrum darin, »dass sie ebenso wie dieses annimmt, auf Grund der Ewigkeitgeltung christlicher Grundsätze keiner Programmatik zu bedürfen; eine solche wird als Ideologie abgetan. Eine Realpolitik, d.h. eine Politik der

35 Vgl. Wolfgang OCKENFELS, Art. »Vatikanum II«, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 21), S. 671f.

anfallenden Tagesaufgaben ohne greifbare Richtlinien, wurde (und wird) als die neue Möglichkeit der christlichen Partei begriffen. Christlich insofern, als irgendwo die Gesinnung mit einem christlichen Haken verankert ist. Das Paradoxon entstand, dass die im ›Ewigen‹ gegründete politische Partei, da sie keine ›middle axioms‹, keine politische Theorie ›of the middle range‹ besaß, zur Partei der politischen Empirie schlechthin wurde und diese noch christlich verabsolutierte. – So erscheint die CDU als eine politische Partei auf dem Boden der Demokratie, christlich fermentiert, mit einer verborgenen, gar antidemokratischen Tendenz zum christlich-autoritären, zum christlich-exklusiven Staat.«³⁶

Bemerkenswert sind hierbei weniger die Bewertungen selbst als vielmehr deren Herleitung: Das Bild der CDU als konservativer Partei resultiert bei Narr fast ausschließlich aus ideologischen Überlegungen, so dass die Christliche Demokratie in der Bundesrepublik gar in eine geistige Nähe zum alten Zentrum und ihren konfessionalistisch-kirchlichen Engführungen rückt. Zweifellos kann der Parteienanalytiker für seine Behauptungen gute Belege anzuführen. In der Tat wurde »das C-Element« von einzelnen Pfarrern und Politikern in etwas vordergründiger Weise immer wieder als Wahlhilfe benutzt und das Christentum in kirchennaher Version als Integrationsfaktor geschätzt, wobei es mitunter in eine befremdliche Spannung zur pluralistischen Demokratie geriet. So gab es durchaus auch sich christlich verstehende Politiker und einzelne Kirchenvertreter, die die Religion integralistisch verstanden, der »Verchristlichung« von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur das Wort redeten³⁷ und in den Unionsparteien verlängerte Arme der Kirchen zu erblicken glaubten. Aber darf dies zwangsläufig zu einer solchen Gesamtbewertung führen? Ist es redlich, Teile des christlich-demokratischen und -sozialen Spektrums für das Ganze zu halten?

Das von Narr gezeichnete Bild der CDU als einer Partei, deren Konservatismus sich vor allem ihrer christlichen und kirchlichen Prägungen verdanke, finden sich in vier weiteren Arbeiten aus den Jahren 1971/72. Die wohl nachhaltigsten Eindrücke hinterließen die Studien von Martin Greiffenhagen und Helga Grebing, beide 1971, die sich in ihren Methoden und Ergebnissen ähneln. Für Greiffenhagen bietet vor allem der »katholische Konservatismus ... reiches Anschauungsmaterial« für die These, dass die frühe Bundesrepublik unter der Führung der christlichen Parteien CDU und CSU ein Restaurationsprogramm verfolgt habe. Die katholische Naturrechtslehre mit ihrer Ontologie

36 W.-D. NARR (wie Anm. 29), S. 180f.

37 Eberhard WELTY, *Die Entscheidung in die Zukunft. Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum*, Köln 1946, spricht z.B. von der »christlichen Gesamtlebensordnung«.

habe das theoretische Fundament für dieses Restaurationsprogramm geliefert,³⁸ wie es vor allem von Unionspolitikern vertreten worden sei.

Sicherlich ist die »Naturrechtsrenaissance« nach 1945 ein Faktum der Zeit- und Parteiengeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Zur wissenschaftlichen Verifizierung dieser These müsste man aber untersuchen, was denn die jeweiligen Protagonisten eines (christlichen) Naturrechts genauer meinen, wo und in welcher Weise sie mit ihren Ideen Spuren hinterlassen haben.³⁹ Auch das christliche Naturrecht konnte konservativ, genau so gut aber auch liberal interpretiert werden;⁴⁰ man konnte ins Zentrum den Gedanken des Gemeinwohls und »staatlicher Verantwortung« für Recht und Ordnung rücken, man konnte aber auch mit dem christlichen Naturrecht personaethische Normen wie die Personwürde und die Verantwortung des einzelnen verbinden, wie es Jacques Maritain – unter Bezugnahme auf Thomas von Aquin – getan hat.⁴¹ Immerhin konzedierte Narr ansatzweise ein liberalkatholisches Denken, auch wenn er es nicht in seine Untersuchungen einbezogen hat. Greiffenhagen hingegen zeichnet nur sehr schematische Züge des »christlichen Konservatismus katholischer Provenienz« dessen Naturrechtsverständnis er dem gesamten Katholizismus unterstellt. Das anthropologische Grundverständnis und das Staatsbild des Konservativen, so heißt es, seien von der »durchgängigen ›Gefährlichkeit‹ des Menschen« geprägt. »Der Mensch ist primär kein Vernunft-, sondern ein Sinnenwesen, das seinen Trieben lebt und deshalb in Zucht genommen werden muss.« Im übrigen führe »die pessimistische Anthropologie des Konservatismus ... ihn zu einer radikalen Unterscheidung von Moral und Politik«. ⁴² Als weitere Charakteristika nennt er die »organische Staatstheorie«⁴³, die Grundoptionen wie »ständische Bindung und ›ewige Werte‹« sowie »konstante Menschennatur«. Aber Greiffenhagen vertieft seine Thesen

38 Martin GREIFFENHAGEN, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1986, S. 273, 309f. Die Gruppe um *Das Neue Abendland* wird – unter Verweis auf Helga Grebing – als repräsentativ für den »katholischen Konservatismus« angeführt, der mit seiner »Ontologie ... der älteren Naturrechtslehre« die Grundlage für die »konservative Theorie« geliefert habe.

39 Für einzelne Bereiche ist der Einfluss des Naturrechts nach 1945 gut belegt; vgl. Anton RAUSCHER (Hg.), *Katholizismus, Rechtsethik und Demokratiediskussion 1945-1963*, Paderborn 1981. Der Band enthält auch einen Beitrag zur evangelischen Rechtsethik nach 1945. Die kritische Stellung weiter Kreise des Protestantismus zum Naturrecht kommt deutlich zum Vorschein bei Hermann EHLERS, *Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954*, hg. v. Karl Dietrich ERDMANN, Boppard 1991, S. 327.

40 Vgl. die Artikel »Christlicher Humanismus«, »Christliches Menschenbild« und »Naturrecht« von Peter WALTER, Alois BAUMGARTNER und Rudolf UERTZ in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 21), S. 475f., 478f., 601f.

41 Vgl. Jacques MARITAIN, *Christlicher Humanismus. Politische und geistige Fragen einer neuen Christenheit* (Original: *Humanisme intégral. Problèmes temporels et spirituels d'une nouvelle Chrétienté*, Paris 1936), Heidelberg 1950.

42 M. GREIFFENHAGEN (wie Anm. 38), S. 270f.

43 EBD. S. 202.

nicht und verweist stattdessen auf die detailliertere Studie von Helga Grebing. Jedenfalls betreffen seine theologisch-anthropologischen Befunde lediglich den augustinisch orientierten Protestantismus, nicht aber das thomasisch gefärbte katholische Naturrechtsdenken, dessen Erkenntnislehre realistisch oder gar optimistisch ist.⁴⁴

Bei Grebing finden sich nun in der Tat zahlreiche Belege für eine aus der katholischen Naturrechts- und Soziallehre abgeleitete Konservativtheorie mit starkem traditionalistischen Einschlag. Die Grundthese dieser Studie schließt sich unmittelbar dem Urteil von Walter Dirks an. Es gehe um die »Kontinuität der deutschen Geschichte. Tatsächlich ... ist diese Diskussion nie unterbrochen worden. Der ›restaurative Charakter der Epoche‹, dessen Kennzeichen das Wiederanknüpfen aller politischen Kräfte an die Zeit vor Hitler und der Versuch der Wiederherstellung der aus dieser Zeit stammenden Positionen, Rechte und Besitzstände waren, begünstigte auch die Bemühungen um eine ›Rekonstruktion‹ konservativer Haltungen vor Hitler. Das günstige Klima für solche Bemühungen wurde noch dadurch verbessert, dass Widerstand gegen den Nationalsozialismus für identisch gehalten wurde mit Option für Demokratie, und alsbald der Antikommunismus die Reflexion über die Grundlagen einer postfaschistischen deutschen Demokratie ersetzte.«⁴⁵

Nach Helga Grebing sind letztlich alle gesellschaftlichen Kräfte nach 1945 konservativ eingestellt; denn die Behauptung, dass es sich um eine »Wiederherstellung der ... Positionen, Rechte und Besitzstände« aus der »Zeit vor Hitler« gehandelt habe, lässt als gangbare Alternative nur den Schluss zu, dass die »fortschrittliche Alternative« nur die Position gewesen wäre, die radikal neu, bisher empirisch unerprobt gewesen wäre. Nachdem die nationalsozialistische Revolution so furchtbar zusammengebrochen ist, kann die »*versäumte Reform*« bzw. die ausgeschlagene Chance einer *umfassenden Gesellschaftsreform* letztlich nur die sozialistische Position sein, die ja auch bei Walter Dirks im Hintergrund wirkt.⁴⁶

Die – wie immer im einzelnen motivierte – Modernisierung der Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik (vgl. A. Schildt, H.-P. Schwarz), die Ausdehnung und Sicherung liberaler und sozialer Grundrechte, der Ausbau sozi-

44 Zu den konfessionspezifischen Differenzen von Katholizismus und Protestantismus in der CDU-Programmatik vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 50, 119.

45 Helga GREBING, *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1971, S. 16; vgl. Walter DIRKS, *Der restaurative Charakter der Epoche*, in: *Frankfurter Hefte* 5 (1950), S. 942ff.

46 Eine ähnliche These vertrat auch Otto Heinrich VON DER GABLENTZ in seiner Studie, *Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik*, Köln 1960.

alstaatlicher und sozialpolitischer Leistungen, an denen ja nicht zuletzt auch die christliche Soziallehre, kirchliche Verbände und die Sozialausschüsse der Union in hohem Maße beteiligt waren – Leistungen, wie sie kein sozialistisches System je zu zeitigen vermocht hatte, werden von Grebing ebenso ausgeklammert wie die Positionen des politischen Liberalismus, der nach 1945 praktisch von allen Parteien der Mitte vertreten wurde.

So unterscheiden sich für Grebing die dargestellten programmatischen Positionen letztlich nur durch ihren Grad an Rückwärtsgewandtheit. In einer Art Stufenmodell werden kapitelweise die konservativen Ideenkreise der christlichen Parteien dargestellt, die von einem Ultrakonservatismus und Traditionalismus christlicher Kreise über »ontologisch-normative Ordnung« bzw. Ordnungsideen, vor allem katholisch-kirchlicher Ideen (katholische Soziallehre) bis hin zu einem technisch-säkular geprägten Konservatismus reichen. Die Vertreter des liberalen Wirtschaftsflügels der CDU und CSU z.B. werden nicht als Ordo- oder Neoliberale tituliert; vielmehr spricht Grebing vom »Ordo des Kapitalismus«. Der Kapitalismus aber lässt sich für Grebing nicht erneuern, sondern entstammt vielmehr Positionen aus der Zeit vor 1933.⁴⁷

Wesentlich für diese Parteiencharakterisierung ist die Synthese von Konservatismus und Christentum. Obwohl die Autorin in anderen Untersuchungen einräumt, dass das Christentum bzw. christliche Sozialideen keineswegs bloß traditionalistisch orientiert sein müssen, sondern sehr wohl, etwa bei den sozialreformerischen Kräften innerhalb der Union zu linken Parteiprogrammen geführt haben,⁴⁸ ignoriert sie alle liberalkatholischen und christlich-sozialen Grundsätze und Programme. Wohl kann die Autorin für alle Behauptungen Belege anführen, aber man muss kritisch zurückfragen, wieweit Vorschläge und Forderungen einzelner Personen und Gruppen für die CDU und CSU als Ganzes gelten können. So hat etwa die Gruppe um das *Neue Abendland* nur eine Randexistenz innerhalb der Unionsparteien geführt und schließlich nach 1956 in ihren öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen von traditionalisti-

47 Panajotis KONDYLIS, *Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986, S. 37, bemerkt, dass für Grebing Konservatismus und Kapitalismus schon seit Marwitz und Gentz ursprünglich miteinander verwachsen seien, »so dass der bis heute herrschende bürgerliche Liberalismus nur konservativ bzw. reaktionär sein könne Die These Grebings ist nichts anderes als die Projektion der erwähnten linken Interpretation des nationalsozialistischen Phänomens bis in die ferne Vergangenheit hinein. Die historische Bildung der Autorin lässt übrigens viel zu wünschen übrig.« Als Belegstellen vgl. Helga GREBING (wie Anm. 45), S. 35, 38, 45, 47; DIES., *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*, Stuttgart 1974, S. 23ff., 32f.

48 Vgl. z.B. Helga GREBING, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick*, München 1966.

schen Vorstellungen Abstand genommen.⁴⁹ Anders verhält es sich bezüglich des Kapitels über die christliche Soziallehre. Selbstredend hat diese wesentliche Einflüsse auf die Programmatik und Politik der Unionsparteien, vor allem der Gründungs- und Konsolidierungsphase genommen. Auch die Grundthese, dass nach 1945 eine Naturrechtsrenaissance stattgefunden habe, ist nicht zu beanstanden. Aber man wird die Naturrechtsexegese der führenden katholischen Sozialethiker nicht ohne weiteres als programmatische Leitlinien der Union ansehen können, deren Verfassungs-, Rechts- und Staatsideen ungeachtet prinzipieller Übereinstimmungen in der Frage der Würde und Freiheit der Person hinsichtlich der theoretischen Begründung wie auch inhaltlicher Fragen abwichen.

Hinsichtlich der Bewertungen von Narr, Greiffenhagen und Grebing stellt sich eine einfache Gegenfrage: Wie sind die Positionen etwa der Protestanten innerhalb der Unionsparteien zu kennzeichnen? Folgten diese ohne weiteres den vorgestellten »katholischen« Ideen? Die genannten Verlegenheiten finden sich auch bei Volker Otto. In seiner Studie über das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rats 1948/49 konzediert er wohl, dass seine Typisierung »nicht eindeutig« sei und Einzeluntersuchungen noch ausstünden. Bemerkenswerterweise sieht der Autor das Naturrecht keineswegs in den spezifisch konfessionellen Engführungen, wie sie oben vorgestellt wurden, vielmehr erkennt er in diesem Begriff eine allgemeine Gegenposition zum Rechtspositivismus der Weimarer Staatslehre, den zu überwinden ein Anliegen praktisch aller Mitglieder des Parlamentarischen Rats gewesen sei. Ja, das Naturrecht versteht Otto durchaus in einem liberalen rechtsphilosophischen Sinn als »Betonung individueller Freiheitsrechte«.

Zu näheren Charakterisierung der CDU/CSU-Mitglieder heißt es: »Die christlich-konservativen Ratsmitglieder vertraten eine betont an der katholischen Staatslehre ausgerichtete Staatsauffassung, die sich als Teil der katholischen Soziallehre verstand: Subsidiarismus und Solidaritätsprinzip bestimmten die vom christlich-neothomistischen Naturrecht her begründete Vorstellung vom Staat als Organismus.«⁵⁰ Was Otto an Differenzierungen bezüglich des Naturrechts einführt, verliert er jedoch wieder mit seiner Charakterisierung der Staatsvorstellungen der CDU/CSU-Fraktion. Zweifellos lassen sich bei

49 Konrad Adenauer und andere Mitglieder des Vorstands der CDU haben keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die Vorstellungen der »Abendländischen Akademie« ablehnten; vgl. Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957*, S. 570f.; DERS. (Bearb.), *Adenauer: »Um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, S. 25 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16, 24), Düsseldorf 1990, 1994.

50 Volker OTTO, *Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1971, S. 211.

einzelnen Mitgliedern, wie etwa bei dem CSU-Abgeordneten Gerhard Kroll, organisch-ständische oder gar ständestaatliche Vorstellungen nachweisen.⁵¹ Aber fragwürdig ist es, wenn man die sozialphilosophischen Begründungen einzelner Abgeordneter oder Gruppierungen des Parlamentarischen Rates als Gesamtbild der CDU und CSU heranzieht, auch wenn etwa Politiker wie Adolf Süsterhenn, der wichtigste Vertreter der CDU im Parlamentarischen Rat neben Konrad Adenauer, mit seinen Ausführungen genau das zu belegen scheint, was Otto als Gesamtcharakteristikum zeichnet. So spricht etwa Süsterhenn vom »gegliederten Organismus und der Fülle von Lebensgemeinschaften eigenen Rechts«, dem Staat als Wahrer des Gesamtwohls und dem subsidiären Staatsaufbau und verweist wiederholt auf Thomas von Aquin und das neothomistische Naturrechtsdenken, dem gemäß »das Volk der naturrechtliche Träger der Staatsgewalt ist« und diese »also wesenhaft beim Volke liegt«. ⁵²

Das Problem, das dieser Art von Konservatismusdarstellung zugrunde liegt, ist grundsätzlicher Art. Die Autoren interpretieren Texte von katholischen Unionspolitikern sowie Verfassern von Parteiverlautbarungen, die gedanklich und sprachlich an die katholische Staats- und Soziallehre angelehnt sind. Analysiert man diese Texte näher, so lassen sich ihre Ideen über die päpstlichen Enzykliken zurückverfolgen bis zur mittelalterlichen Scholastik, der etwa der bei Süsterhenn belegte Gedanke des *Volkes als dem ursprünglichen Träger der Gewalt* entstammt.⁵³ Demgegenüber ist die moderne, säkulare Demokratietheorie und Volkssouveränitätslehre weniger philosophisch, sondern eher pragmatisch begründet.⁵⁴ Ein weiteres Problem kommt hinzu: Katholische und evangelische Kirche waren lange Zeit defensiv eingestellt gegenüber dem liberalen Rechtsstaat, der Demokratie und der liberalen Grundrechtsordnung. Man wird in der Tat darauf verweisen können, dass das Naturrecht von Teilen des Katholizismus, näherhin der Amtskirche, als Bezugspunkt einer Kritik am liberalen Verfassungsstaat aufgefasst wurde.

Ähnlich wie Helga Grebing stützt sich auch Gerhard Kraiker in seiner Arbeit »Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse« auf

51 EBD. S. 212, verweist u.a. auch auf die Kritik des Staats- und Völkerrechtlers von der Heydte, der den Parlamentarischen Rat beschuldigt hat, dieser habe »Christentum und Staatlichkeit der Länder« angegriffen; Friedrich August VON DER HEYDTE, *Das Weiß-Blau-Buch zur deutschen Bundesverfassung und zu den Angriffen auf Christentum und Staatlichkeit der Länder*, Regensburg 1948.

52 V. OTTO (wie Anm. 50), S. 199; vgl. Adolf SÜSTERHENN, *Parlamentarischer Rat*, 2. Sitzung vom 8.9.1948, S. 18, 22.

53 Vgl. A. SÜSTERHENN (wie Anm. 52), S. 18, 22.

54 Vgl. Peter GRAF KIELMANSEGG, *Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität*, Stuttgart 1994. Zur Entwicklung des Legitimitätsgedankens im katholischen Staatsdenken und in der Christlichen Demokratie vgl. Rudolf UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanum*, Paderborn (voraussichtlich 2003).

den Umstand, dass Programmaussagen, Reden und Verlautbarungen der CDU und CSU oft an die sozialetischen Dokumente der katholischen Kirche angelehnt sind.⁵⁵ Die Naturrechtsrenaissance nach 1945 wird damit zum entscheidenden Beleg der angeblichen Restaurationspolitik der christlich-konservativen Parteien nach 1945; dieser Programmatik, so heißt es, seien auch die evangelischen Unionspolitiker gefolgt.⁵⁶

Gegen solche Einseitigkeiten und Pauschalurteile hat Hartmut Jäckel schon bei der Besprechung der Arbeit von Wolf-Dieter Narr »CDU – SPD«⁵⁷ Bedenken angemeldet. Das »Bild der CDU dürfte um einiges zu grell, zu plakathaft ausgefallen sein Hier wird, fürchte ich, ein Teil für das Ganze gesetzt, nämlich die katholische Provinz (im Doppelsinn des Wortes) für die Masse einer Wohlstandsbürger- und -wählerschaft, die die Qualitäten des ›alten Fuchses‹ wohl doch nüchterner einzuschätzen wusste. Sie hat ihm zeit seines Amtes beifälligen Respekt gezollt, aber in ihm gewiss keinen Heiligen gesehen. Wäre Adenauer wirklich ›innerhalb und teilweise auch außerhalb‹ der CDU die ›nahezu übermenschliche Fei ergestalt‹ gewesen, als die Narr ihn referierend zeichnet – wie hat man sich dann, beispielsweise, zu erklären, dass sich ein solcher Gigant nicht einmal bei der Bestimmung seines unmittelbaren Nachfolgers durchzusetzen vermochte, dass seine Kassandrarufo von der eigenen Partei ungerührt in den Wind geschlagen wurden?«⁵⁸

Kriterien zur Charakterisierung der Christlichen Demokratie

Als Zwischenergebnis lässt sich festhalten: Alle vorgestellten Autoren haben ihr Konservatismusbild der CDU und der Politik der frühen Bundesrepublik

⁵⁵ Gerhard KRAIKER, *Politischer Katholizismus in der BRD. Eine ideologiekritische Analyse*, Stuttgart 1972, S. 78.

⁵⁶ Immerhin bemerkt Gerhard KRAIKER, EBD. S. 77, »dass spezifisch autoritäre Elemente der katholischen Staatstheorie und eines von ihr geprägten autoritären Demokratiebegriffs nach 1945 zwar publizistische Verbreitung fanden, für die politisch-staatliche Neuordnungskonzeption der CDU/CSU jedoch nicht maßgeblich waren«; in der Anm. 130, S. 163, konzidiert Kraiker bei der Behandlung des Grundgesetzes, dem er wesentliche Einflüsse durch die CDU und CSU zumisst, dass seine Grundthese, wonach das Naturrecht doch die Restauration der Bundesrepublik eingeleitet habe, im Widerspruch steht zum personalen Naturrechtsverständnis des Grundgesetzes. So heißt es: »Von dieser Feststellung (»spezifisch autoritäre Elemente der katholischen Staatstheorie und eines von ihr her geprägten autoritären Demokratiebegriffs nach 1945«) auszunehmen ist die – freilich nicht generelle, sondern jeweils bestimmte – Beschränkung der Volkssouveränität durch Verankerung von Naturrechten als Grundrechte im Grundgesetz und in Länderverfassungen.«

⁵⁷ W.-D. NARR (wie Anm. 29), S. 169, der in diesem Zusammenhang auch das berühmte Wort von Gustav Heinemann im Bundestag am 23.01.1958 zitiert: »Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben«; Sten. Ber. 3 WP, Bd. 39, S. 404.

⁵⁸ Hartmut JÄCKEL, *Konsens statt Konflikt. Schon vor der Großen Koalition wurden Programme und Methoden einander ähnlich*, in: *Die Zeit* v. 17. November 1967.

vornehmlich an bestimmten Positionen der katholischen Soziallehre festgemacht. Dabei konzentrierte man sich besonders auf die Positionen von Vertretern der *Abendländischen Akademie* in München und Eichstätt sowie von Repräsentanten der christlichen Staatslehre nach 1945. Zum entscheidenden Beleg avancierte dabei der Naturrechtsbegriff. Dieser wurde einseitig im Sinne kirchlich-theologischer Positionen interpretiert und den Unionsparteien in ihrer Ganzheit unterstellt. Dieser Interpretation ist entgegenzuhalten, dass Gustav Gundlach, Oswald von Nell-Breuning und Johannes Messner, um nur die wichtigsten zu nennen, als Theologen und Sozialethiker nun einmal keine Repräsentanten der Unionsparteien waren und auch nicht als deren Vordenker anzusehen sind.⁵⁹ Allein schon die Tatsache, dass sich die genannten Theologen distanziert und gar betont kritisch zum »christlichen Menschenbild« bzw. »christlichen Humanismus« als positivem Bezugspunkt christlich-demokratischer Programmatik äußern, lässt eine deutliche Spannung von Christlicher Demokratie und christlicher Soziallehre nach 1945 erkennen, die sich im Laufe der Zeit gar noch weiter auseinanderentwickelt haben. Die Vielfalt von Interpretationen, die das Naturrecht – ungeachtet kirchenoffizieller Normen – schon nach 1945 selbst innerhalb der katholischen Theologie und Sozialethik fand, werden von den genannten Autoren ignoriert.

Hans-Peter Schwarz bemerkt: Es gibt »auch 1945 nicht *die* moderne katholische Soziallehre, sondern mindestens zwei erkennbar verschiedene Ansätze. Der erste, an dem sich auch die Dominikaner in Walberberg orientierten, geht auf Thomas von Aquin zurück und stellt die Gemeinschaft über das Individuum. Die Theoretiker dieser Richtung sind davon überzeugt, dass sich aus sozialphilosophischen Grundsätzen über das Gemeinwohl vergleichsweise präzise ordnungspolitische Handlungsanweisungen ableiten lassen. Demgegenüber zweifelt die eher liberale Denkschule, deren Vorstellungen in der Enzyklika »Quadragesimo Anno« 1931 stark durchgeschlagen haben, grundsätzlich daran, ob die Prinzipien der Gesellschaft mehr sein können als Regulative, innerhalb derer die Politik über erheblichen Gestaltungsspielraum verfügt. Es sind damals vor allem die Jesuiten, die sich stärker an dem personal-individualistischen Staats- und Gesellschaftsverständnis orientieren. Dieser zweiten Denkschule ist auch Adenauer zuzuordnen.«⁶⁰

Diese Charakterisierung bedeutet nicht, dass Adenauer im theologisch-schulmäßigen Sinne der Morallehre der Jesuiten gefolgt wäre. Vielmehr gibt es neben dieser Doktrin auch eine weitere liberale, personal-individualistische

⁵⁹ Anders verhält es sich mit dem Dominikaner Eberhard Welty, der aber sozialreformistische Grundsätze vertrat und somit – zumindest für den gesellschaftspolitischen Bereich – nach der gängigen Charakterisierung mit seinem christlichen Sozialismus kaum als Konservativer gelten kann.

⁶⁰ Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 495f.

Staats- und Gesellschaftstheorie, wie sie vor allem von Laien vertreten wird. So heißt es bei Schwarz: Dass Adenauers »theoretischer Ansatz philosophisch reflektiert ist, mag bezweifelt werden. Aber er wurzelt in existentieller Erfahrung. Wie in allen christlich-demokratischen Programmen des Jahres 1945« wirkt auch im Entwurf des Programms für die CDU der britischen Zone »noch das Entsetzen über den totalitären Staat nach, der eben zusammengebrochen ist. Daraus ergibt sich für den künftigen Staats- und Gesellschaftsaufbau als zwingende Ausgangsidee der Primat der Grundrechte.«⁶¹

Eine christliche Sozialethik, die den Primat der Grundrechte zu ihrem Ausgangspunkt erhebt, hat die katholische Kirche erst mit der Soziallehre Johannes XXIII.⁶² und des II. Vatikanischen Konzils anerkannt. Mit dieser sozialetischen Neubesinnung seit 1961 wird der bis dahin dominierenden neuscholastischen Naturrechtslehre, dem sog. *christlichen Solidarismus*, der Grund entzogen und einer personalistischen Ethik der Boden bereitet. Das bedeutet nun aber keineswegs, dass nicht schon geraume Zeit zuvor Christen bzw. Katholiken einen *christlichen Personalismus* vertreten haben. Neben Frankreich wurde der christliche Personalismus bzw. Humanismus – wenngleich weniger intensiv – auch in Deutschland nach 1945 von verschiedenen Theologen und Philosophen gepflegt, wobei auch der Existenzialismus eine personalistische Ethik vertreten hat.⁶³ Das christliche Menschenbild, so formuliert es Alexander Schwan, enthält neben existentiellen Unterschieden »zugleich akzidentelle Berührungspunkte zur humanistischen Anthropozentrik ... Doch ist auch das christliche Menschenbild⁶⁴ nicht bloße Theorie, sondern die Grundlage der Selbstverständigung und des Weltverhaltens der Christen. Dieses Menschenbild und sein Verhältnis zum philosophischen Humanismus bestimmen daher die Frage mit, welche Art der ›Unterscheidung des Christlichen‹ (*Romano Guardini*), aber auch der Kooperation mit Menschen anderer Überzeugung den Christen in der modernen Lebenswelt obliegt.«⁶⁵

Christlicher Personalismus als Grundlage Christlicher Demokratie

Es also naheliegend, auch die programmatisch-theoretische Position der Christlich-Demokratischen Union seit Konrad Adenauers Wiedereintritt in die

61 EBD.

62 Vgl. Rainer BARZEL, »*Mater et Magistra*« und praktische Politik. Ein Diskussionsbeitrag aus dem politischen Alltag, Osnabrück 1962.

63 Vgl. Max MÜLLER/Alois HALDER, Art. »Person« (I), in: *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft*, Bd. 6, Freiburg 1961, Sp. 197–206.

64 Vgl. Alois BAUMGARTNER, Art. »Christliches Menschenbild«, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 21), S. 478f.

65 Alexander SCHWAN, *Humanismen und Christentum*, in: *Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft*, hg. von Franz BÖCKLE u.a., Bd. 19, S. 52.

Politik 1946 dem christlichen Personalismus zuzurechnen. Nur auf diesem verantwortungsethischen Fundament war eine gemeinsame Programmatik und Politik von Katholiken, Protestanten und Andersgläubigen möglich.⁶⁶ Die christliche Anthropologie und Ethik ist mit ihrer Wertordnung und ihren prinzipiellen Betrachtungen von Mensch, Familie, Arbeit, Gesellschaft, Macht, Recht und Staat annehmbar auch für diejenigen, die die tieferen theologischen Bezüge des Christentums für sich nicht anerkennen können. Hat die CDU als politische Partei auch historisch und ideengeschichtlich selbstredend eine Nähe zur katholischen und zur evangelischen Kirche, so ist sie weder ein Ausführungsorgan oder ein verlängerter Arm der Kirchen, noch ist ihre politische Theorie und Programmatik unmittelbar abgeleitet aus theologisch-philosophischen Prinzipien. Der Kern dieser personalen Ethik ist die – im Vergleich zur herkömmlichen neuscholastisch-naturrechtlichen Ethik – wesentlich größere Aufgeschlossenheit gegenüber der Person und dem subjektiven Ermessensspielraum des einzelnen (*Grundvertrauen*), seiner Handlungsdisposition (Freiheit) und seiner Entscheidung (*Verantwortung*) angesichts konkreter Umstän-
 debedingungen (*u.a. Interessen*). Bezogen auf Moral und Recht bedeutet dies, dass Grundwerte und Normen nie bis ins Einzelne Vorgaben oder Handlungsanleitungen sein können, sondern dass vielmehr Normen artifizielle Gebilde sind, die es ermöglichen eine sozial verträgliche und befriedende Ordnung zu konzipieren, die jedoch entsprechend den sich wandelnden Bedingungen anpassungsfähig sein muss. Dies bedeutet keineswegs eine Beliebigkeit oder Willkür, vielmehr bedeutet die Verantwortungsethik gemäß dem Grundsatz der Epikie, dass z.B. in Fällen, in denen formale Gerechtigkeit gegen die Vernunft steht, es widersinnig wäre, etwa einer Buchstabenerfüllung zu frönen.⁶⁷

Dass die personalistische Grundhaltung der Christlichen Demokratie nach 1945 in der Geschichts- und Sozialwissenschaft wenig beleuchtet wurde, mag mit zwei Umständen zusammenhängen. Zum einen ist darauf zu verweisen, dass erst etwa seit Mitte der 1960er Jahre sich vor allem in der Politik- und Rechtswissenschaft einzelne Wissenschaftler eingehend mit den politik- und rechtstheoretischen Grundlagen christlichen Denkens befasst haben – Unter-

66 In Deutschland vertraten christlich-personalistische Ideen die Theologen und Philosophen Romano Guardini, Albert und Alfons Auer, Werner Schöllgen, Theodor Steinbüchel und Max Müller. Die wichtigsten Schriften von Jacques Maritain wurden wohl ins Deutsche übersetzt; seine Rezeption aber verlief in Deutschland schleppend; vgl. Heinz HÜRTE, *Der Einfluss Jacques Maritains auf das politische Denken in Deutschland*, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 26 (1985), S. 213ff.; DERS. *Normative Orientierung christlicher Parteien. Eine historische Betrachtung*, in: *Stimmen der Zeit* 208 (1990), S. 407ff.; Sergio BELARDINELLI, *Die politische Philosophie des christlichen Personalismus*, in: Karl GRAF BALLESTREM/Henning OTTMANN (Hg.) *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*, München 1990, S. 243–262.

67 Zum Verhältnis von Verantwortungsethik, Gewissensfreiheit und Epikie vgl. Wilhelm KORFF, *Norm und Gewissensfreiheit*, in: DERS. *Wie kann der Mensch glücken? Perspektiven der Ethik*, München 1985, S. 84ff.

suchungen, die erst die Voraussetzung bilden, den christlich-demokratischen und -sozialen Ideenkreis, der vom Konservatismus deutlich unterschieden werden muss, eingehender zu analysieren. Zum anderen ist zu bedenken, dass die Unionsparteien quantitativ relativ wenige programmatische Aussagen zu ihren politiktheoretischen und staatsrechtlichen Ausrichtung aufzuweisen haben. Im wesentlichen sind dies die bereits vorgestellten Äußerungen Konrad Adenauers, näherhin das Programm der CDU für die britische Zone 1946 und die großen Programmreden des Vorsitzenden der Zonenpartei aus den Jahren 1946 bis 1949 sowie Äußerungen einzelner Persönlichkeiten wie etwa Ehlers und Gerstenmaier zur Verhältnisbestimmung von Christentum und Politik.

Dass die CDU in der Gründungs- und Konsolidierungsphase noch kein ausgefeiltes *Grundsatzprogramm* ausgearbeitet hat, ist u.a. auch darin begründet, dass eine detailliertere Bestimmung der grundsätzlichen sozialetisch-christlichen Positionen – nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf die Haltung der Kirchen – zum damaligen Zeitpunkt sachlich kaum zu bewältigen gewesen wäre. Zum anderen konnten die CDU-Politiker der Früh- und Konsolidierungsphase von einem christlich-demokratischen Selbstverständnis ausgehen, das auf den programmatischen und politischen Erfahrungen beruhte, die die ehemaligen Zentrumsmitglieder mitbrachten – ein Umstand, der auch von den evangelischen Unionsgründern immer wieder positiv vermerkt wurde.⁶⁸ Zu diesen Erfahrungen zählte selbstverständlich auch das Naturrecht, das schon in der Zentrumsprogrammatische ein gutes Stück freier interpretiert wurde als in der kirchlichen Sozialdoktrin. Aus den naturrechtlichen und sozialetischen Grundlagen des Christentums schöpfen die frühen Programme der Unionsparteien und die Grundsatzreden Konrad Adenauers. Freilich stellen die katholische und evangelische Sozialetik keine unmittelbaren Programmvorlagen dar, die es nur umzusetzen gelte; vielmehr enthalten sie ein religiös-ethisch fundiertes Grundwissen von Mensch, Gesellschaft, Staat, Recht und Politik, das Orientierungs- und Handlungswissen für die konkrete Politik im pluralistisch-säkularen Umfeld bietet. Die theoretischen Grundlagen der Christlichen Demokratie sind demnach alles andere als eine bloße Synthese katholischer und evangelischer Sozialetik, sowenig die Unionsparteien als ökumenisches Gebilde anzusehen sind. Sie sind vielmehr Ausdruck einer durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Weltkriegs beförderten ökumenischen Grundhaltung; das theoretische Fundament der Christlichen Demokratie ist somit ein eigenstän-

68 Vgl. H. EHLERS (wie Anm. 39), S. 87; Gustav HEINEMANN, *Demokratie und Christliche Kirche. Ein Beitrag zu einer »deutschen Demokratie«* (Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, Heft 9), Köln (1946), S. 7, betont »die reiche politische Tradition des katholischen Volksteiles«, die seit dem Kulturkampf erprobt sei, und eine »gute demokratische Schule«, der gegenüber »der protestantische Volksteil ... in dieser Hinsicht« zurückstehe; vgl. zum »C«: Eugen GERSTENMAIER, *Warum sich die CDU christlich nennt*, in: *Eckart* 28 (1959), S. 100ff.

diges Gebilde, das nicht zuletzt auch auf kulturechristlichen Ideen und Erfahrungen aufruht. Die politische Theorie der Christlichen Demokratie ist entsprechend ein eigenständiges Drittes neben der katholischen und protestantischen Ethik, mit denen sie historisch und systematisch zwar verbunden ist, zugleich aber als politisch-handlungsorientierte Bewegung autonom ist. Dies findet seinen erkennbaren Niederschlag in dem Selbstverständnis, vom christlichen Menschenbild und den Sozialprinzipien der christlichen Ethik her die Menschenrechte zur Grundlage ihres Programms und der Verfassung der Bundesrepublik und der Länder zu machen. Mit dieser Entscheidung war der *christliche Personalismus* der katholischen und evangelischen Sozialethik in politik- und rechtsethischer Hinsicht ein Stück weit voraus.⁶⁹

Die christlich-personalistischen Ideen sind die wesentlichen Grundlagen für die Erfolge der Christlichen Demokratie nach 1945. Sie ermöglichten politisch und parteisozilogisch die Integration der verschiedensten Richtungen und Gruppierungen, die sich in der Union zusammenfanden. Die sozialetischen Prinzipien der Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Gerechtigkeit ermöglichten es, in der Volkspartei soziale, liberale und konservative Kräfte zusammenzuführen. Im Grundsatzprogramm von 1994 heißt es: »Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten.« In ihr haben sich »katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen« zusammengefunden. »Ihre geistigen und politischen Wurzeln liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung.«⁷⁰ Im Grundsatzprogramm von 1978 wurden die anthropologischen und sozialetischen Grundlagen und Intentionen der Christlichen Demokratie erstmals in einem CDU-Programm eingehend entfaltet; es sind die Sozialprinzipien der Personalität, der Subsidiarität und Solidarität, die durchgängig die Programmatik der Partei – von ihrer Gründung 1945 an – bestimmen und angesichts der gesellschaftlich-politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik in einem veränderten Kontext interpretiert werden.

Selbstredend gilt, dass kein Theoretiker der Christlichen Demokratie je ein »allgemein anerkanntes und komplettes Ideengerüst« für alle Politikbereiche

⁶⁹ Zur *Evangelischen Sozialethik* und ihrer Bedeutung für die Christliche Demokratie vgl. Martin HONECKER, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 33–34.

⁷⁰ Grundsatzprogramm der CDU vom Februar 1994, Nr. 3.

vorgelegt hätte. Eine solche Vorstellung würde allzu leicht ein »Ableiten in einen unflexiblen Dogmatismus« bedeuten;⁷¹ es wäre daher eine Utopie zu glauben, von einem festen archimedischen Punkt her die Zukunft in allen Einzelheiten planen zu können. Grundsatzfestigkeit in der politischen Programmatik kann entsprechend lediglich ein prinzipielles Ideenraster meinen. Panajotis Kondylis bemerkt, dass die »großen Prinzipien ... Ordnung, Hierarchie, Tradition, Religion etc.« an sich schon stichhaltig seien, »also unabhängig von ihrem Inhalt und ihrem Fehlschlag in der Vergangenheit betrachtet werden können. Durch die bloße Tatsache seiner Durchsetzung hat ja der Liberalismus sehr anschaulich bewiesen, dass das, was die Konservativen im Lichte der Anwendung ihrer großen Prinzipien und Stichworte für unnatürlich schlechthin hielten, doch funktionsfähig war.« Es müssten daher, so folgert Kondylis, »allgemeine Prinzipien und konkrete historische Anwendung derselben voneinander getrennt werden, damit man sich auf die ersteren in der Zeit der geistigen und politischen Not berufen kann. Selbst in Bezug auf die christliche Religion, wo man eine Stabilität der Auffassungen am ehesten vermuten dürfte, ist die Akzentverschiebung unverkennbar und drastisch. Erschien dem historischen Konservativismus das Christentum vornehmlich in der Gestalt der soziale Hierarchien sanktionierenden oder verkörpernden und die sündhaft-anarchische Individualität disziplinierenden Kirche, so bleibt das Christentum der neoliberalen »Konservativen« individualitätsbezogen und personalistisch, es bildet den inneren Glauben und Rückhalt des innerhalb einer freien Marktwirtschaft auf eigene Verantwortung entscheidenden, handelnden und bestehenden Subjekts.«⁷²

Für Kondylis hat der neoliberale Konservatismus mit seiner personalistischen und verantwortungsethischen Ausrichtung und der daraus resultierenden Hinwendung zu den liberalen Menschenrechten und der Marktwirtschaftsidee eine Abwendung vom herkömmlichen traditionalistischen Denken demonstriert. Dem alten Konservatismus war eigen, dass er Recht und Stand für gewachsene, nicht gesetzte Größen hielt, so dass neue, bewusst gesetzte Ordnungen nicht möglich schienen. Der konservative Ideenkreis wurde mit Erhaltung, Sicherung und Festigung des Bestehenden und Bewahrenswerten identifiziert. Mit der Hinwendung aber zum christlichen Personalismus wird eine radikale Neuorientierung vollzogen, indem das Recht nicht mehr wie im alten Konservatismus als Vorgabe, als aus der Natur oder dem Volksgeist gewachsene Ordnung gesehen wird. Vielmehr bedeutet unter den prinzipiellen Neuorientierungen das Recht – freilich unter Anerkennung intangibler Grundwerte – die durch willentliche Setzung erfolgte Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. In dieser Hinwendung zum liberalen Verfassungs-, Rechts- und Demokratieverständnis hatte

71 Vgl. Hans-Peter FAGAGNINI, *Christlichdemokratische Parteien*, in: *Katholisches Soziallexikon* (wie Anm. 27), Sp. 369–388, hier Sp. 377.

72 P. KONDY LIS (wie Anm. 47), S. 37ff.

sich am eindringlichsten die Neuformierung des Konservatismus gezeigt. »Vor dem Gespenst des Kollektivismus«, so bemerkt Kondylis, »müssen sich personalistisches Christentum und ein mit christlich->konservativem< Gedankengut geimpfter und daher gemäßigter Liberalismus zusammenschließen.« Diese Form von »Verbürgerlichung, d.h. Personalisierung und Individualisierung des Christentums« stehe damit in einem unüberbrückbaren »Gegensatz zum historischen Konservatismus«. Kondylis erkennt wohl die Neigung christlich-religiöser Legitimitätsmuster, »etablierte Ordnungen als gottgegeben zu respektieren«, verbunden mit »der Überzeugung, christliche Innerlichkeit sei mit einer beliebigen Stellung in der sozialen Hierarchie zufrieden zu stellen, während der extrovertierte ›seichte‹ Nichtchrist, der wurzellos sei, den Typ des rücksichtslos nach oben Strebenden genauso wie den des verwöhnten Konsumenten abgebe«;⁷³ aber das liberale Christentum vermag eben zu unterscheiden zwischen historisch-kontingenten sozialen Bedingungen und den Sozialprinzipien, die zwangsläufig unter veränderten Bedingungen anders auszulegen sind.

Damit aber streift diese Art konservativen Denkens das Wesensmerkmal des *historischen Konservatismus* ab und öffnet sich den neuen Gegebenheiten, so dass dieser Konservatismus mit dem Altkonservatismus bzw. Traditionalismus sachlich-inhaltlich und formal nichts mehr gemein hat, weswegen Kondylis den neoliberalen »Konservatismus« stets in Anführungszeichen setzt. Ähnlich wie Kondylis spricht Ernst Topitsch von einem »aufgeklärten Konservatismus«; doch ignoriert Topitsch den liberal-katholischen bzw. liberal-christlichen Ansatz.⁷⁴ Für ihn ist die *christliche* Argumentation offenbar identisch mit Naturrecht, zu dessen entschiedenen Kritikern Topitsch zählt. Sicher wird man nicht abstreiten können, dass einzelne christliche Politiker und Theologen in den 1930er Jahren vom Naturrecht her eine Brücke zur nationalsozialistischen Weltanschauung konstruierten und nach 1945 »manche katholischen Naturrechtslehrer den heiligen Thomas von Aquin als den eigentlichen Ahnherren der westlichen und zumal amerikanischen Demokratie glaubhaft zu machen« versuchten;⁷⁵ doch übersieht Topitsch geflissentlich, dass mit der

73 EBD. S. 39.

74 Zum Spannungsfeld Konservatismus und Rationalismus vgl. Hans BUCHHEIM, *Moderner Konservatismus*, in: Manfred MOLS u.a. (Hg.), *Normative und institutionelle Ordnungsprobleme des modernen Staates. Festschrift zum 65. Geburtstag von Manfred Hättich*, Paderborn 1990, S. 13–23; Nikolaus LOBKOWICZ, *Ist der Christ verpflichtet, konservativ zu sein?*, in: *Die Krise des Westens und der geistige Auftrag Europas*, hg. v. Studienzentrum Weikersheim, Stuttgart 1981, S. 83–103.

75 Ernst TOPITSCH, *Aufgeklärter und unaufgeklärter Konservatismus*, in: *Criticón* 39 (1977), S. 9–13, hier S. 12. – Die Bemühungen von Friedrich ROMIG, *Das Wesen des Konservatismus. Im Lichte der katholischen Soziallehre*, in: *Criticón* 119 (1990), S. 135–139, den Konservatismus als Ausfluss der katholischen Soziallehre zu erklären, ignorieren, dass diese in die verschiedensten Schulen aufgespalten ist und kirchenamtlicherseits mit der personalistischen Ethik seit dem II. Vatikanum (1962–65) eine liberale Theorie grundgelegt hat.

christlichen Sozialethik und der von ihr entfalteten personalistischen bzw. verantwortungsethischen Position sehr wohl die liberale freiheitlich-demokratische und rechtsstaatlich-gewaltenteilige Verfassung begründet werden konnte und in breiten Teilen der Christlichen Demokratie auch begründet wurde.

Was Topitsch und andere Kritiker des Naturrechts nicht bemerkt haben, ist der Umstand, dass mittels der *personalistischen Sichtweise* die traditionellen philosophischen und theologischen Lehrinhalte und Prinzipien neu interpretiert wurden, so dass etwa der Bezug auf Aristoteles oder Thomas von Aquin keineswegs von vornherein eine antiquierte rechts- und sozial-ethische Position bedeuten musste. Die liberale Begründung der Ordnung hat im übrigen in der Philosophie- und Theologiegeschichte eine längere Tradition.⁷⁶ Wilhelm Korff bemerkt: »Das vom Gedanken der Gerechtigkeit bewegte, nach Rechtschaffenheit, Billigkeit und Angemessenheit verfahren- de Gewissen stimuliert so eine ganz neue gesellschaftliche Handlungsdynamik. Es wird zum Impulsgeber und Richtmaß *aller* an den ›öffentlichen Dingen‹ Beteiligten. Es bleibt nicht länger Privileg der normsetzenden und -verwaltenden Instanzen, der auf je größere Gerechtigkeit zielenden Tätigkeit des Gesetzgebers«, der Gerichte und der Administration, »sondern es gewinnt darüber hinaus jetzt auch maßgebliche Bedeutung für die Normadressaten selbst. Wahlrecht, Petitionsrecht, Streikrecht, Demonstrationsrecht sind ihrerseits bereits institutionalisierte und das heißt vom Recht selbst her legitimierte Formen des am eigenen und am öffentlichen Wohl vital interessierten, nach Billigkeit und Angemessenheit fragenden und verfahren- den Einzelgewissens. Der einzelne Staatsbürger schaltet sich auf diese Weise in den öffentlichen Prozess der sittlichen Urteilsfindung ein und übt so *mittelbar*, im Falle der Institution der Volksbefragung sogar *unmittelbar* Gestaltungsverantwortung für Normen aus.«⁷⁷ Die christliche Sozialethik ist ohne weiteres korrespondenzfähig mit den liberalen Staats-, Rechts- und Gesellschaftsvorstellungen.

Was hat nun die politische Theorie an Typologien zur Darstellung der politischen Ideenkreise anzubieten? Im Hinblick auf die wissenschaftliche Analyse ist die Nachricht für alle, die nach Vereinfachungen suchen, schlecht. Die Drei-Schulen-Lehre wollte ja eine erhöhte Plausibilität durch Vereinfachung und Systematisierung des Ansatzes erreichen. Sie hat damit zweifellos ein Grundgerüst für die politikwissenschaftliche Propädeutik geliefert, das nicht zuletzt auch der Selbstvergewisserung dieser Disziplin in den späten 1960er und den 1970er Jahren diente. Aber damit hat man sich zugleich von den ide-

76 Vgl. Hermann KRINGS, *Woher kommt die Moderne? Zur Vorgeschichte der neuzeitlichen Freiheitslehre bei Wilhelm von Ockham*, in: Otl AICHER/Gabriele GREINDL/Wilhelm VOSSENKUHL: *Wilhelm von Ockham. Das Risiko modern zu denken*, München 1987, S. 18ff.

77 Wilhelm KORFF, *Norm und Gewissensfreiheit*, in: DERS. (wie Anm. 66), S. 90.

engeschiedlichen Quellen entfernt.⁷⁸ Zutreffend bemerkt Patzelt, dass ein angemessenes politikwissenschaftliches Selbstverständnis von den politisch-sozialen Gegebenheiten auszugehen hat, d.h. »von vornherein multiperspektivisch und theorienpluralistisch« sein muss und »keine Frage- und Forschungstabus«, und keine Berührungsängste mit den verschiedensten Forschungsmethoden kennen darf. Auf die konservativen und christlich-demokratischen Ideenkreise bezogen bedeutet dies, dass die Interdisziplinarität von theologischen, philosophischen und sozialwissenschaftlichen Methoden grundgelegt werden muss.⁷⁹

Für den politischen Tagesgebrauch aber gilt, dass kurze und prägnante Typologien gefragt sind. Die herkömmliche Links-Mitte-Rechts-Unterscheidung ist wohl unausrottbar, weil sie anthropologisch-kulturell vermittelten Konstanten folgt. Allerdings sollte diese eher formale Klassifizierung mit einem Minimum an inhaltlichen Aussagen einhergehen. Die Verbindung von »links« mit *Fortschritt* und »rechts« mit *Tradition* entstammt historischen Momentaufnahmen, die obsolet geworden sind, seit alle politischen demokratischen Bewegungen Menschenrechte und Grundrechte, Demokratie, Gewaltenteilung, Marktwirtschaft einerseits, soziale und sozialstaatliche Sicherungen andererseits prinzipiell anerkennen. Ganz ähnlich kann man schon lange in den etablierten Parteien beobachten, dass Arbeitnehmer, Mittelstand, Unternehmer u.a. Interessengruppen parteiintern Arbeitsgemeinschaften bzw. Flügel gebildet haben. Ein Grundmuster, das zwar nicht allen, aber dem weitaus größten Teil politischer Handlungen zugrunde liegt, folgt der einfachen Frage, ob die politische Entscheidung individualistisch, kollektivistisch oder gruppenorientiert intendiert ist. Der Liberalismus betont die Rolle des Individuums, der Sozialismus die des Kollektivs, der Konservatismus die der Gruppe.⁸⁰ Auf die Grundwerte bezogen heißt dies: der Liberalismus steht für die Freiheit (in der Französischen Revolution: *liberté*), der Sozialismus für die Gleichheit (*égalité*;

⁷⁸ Paul NOACK, *Was ist Politik? Eine Einführung in ihre Wissenschaft*, München 1976, S. 87ff., ergänzt die differenziert gesehene wissenschaftstheoretische Einteilung der politisch-theoretischen Schulen bzw. Methoden um die klassischen politischen Ideenkreise Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus (S. 65ff.).

⁷⁹ Vgl. W. J. PATZELT (wie Anm. 18), S. 211; Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Politische Theorie und politische Theologie*, in: Jakob TAUBES (Hg.) *Der Fürst dieser Welt. Carl Schmitt und die Folgen*, München 1985, S. 16ff.

⁸⁰ Es war eine besondere Leistung der christlichen Sozialbewegung und des Konservatismus, die durch die Französische Revolution zerschlagenen intermediären Gebilde zwischen Einzelmensch und Staat im Sinne neuer sozialer Formen wiederbelebt zu haben. Seinen Ausdruck findet diese Entwicklung im Subsidiaritätsprinzip; vgl. die Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* (1931), Nr. 78f., in: *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*, mit einer Einführung von Oswald VON NELL-BREUNING, Köln 1977, S. 120f.

modifiziert heute: Gerechtigkeit), der Konservatismus für die Brüderlichkeit (*fraternité*; heute Solidarität).⁸¹

Diese Dreiteilung korrespondiert – ordnungspolitisch betrachtet – mit den Präferenzen des Liberalismus für die Privatinitiative, des Sozialismus für die staatlich-kollektive Steuerung, des Konservatismus für die verbandliche, genauer die subsidiäre Regulierungsidee (sog. intermediäre Gebilde zwischen Individuum und Kollektiv). Diese Einteilung lässt hinreichend Spielraum für die historischen Reminiszenzen der jeweiligen Ideenkreise, zugleich erlaubt sie eine Weiterentwicklung der Parteienprogrammatis. Bemerkenswert ist dabei sicherlich, dass der Konservatismus – ganz, wie es die Geschichte des Parlamentarismus zeigt – die Mitte einnimmt. Diese *vermittelnde Position* des Konservatismus bzw. des liberalen Konservatismus ist historisch belegbar. Dieser Ideenkreis meidet eine Ausformung seiner Programmatis in detailliertere, langfristige Staats- und Gesellschaftsideen; vielmehr reduziert er sein Konzept auf einen normativen Grundbestand, ein *Grundwissen von Politik*, das offen ist für weitere Entwicklungen.

Schluss

In der politik- und geschichtswissenschaftlichen Forschung wurde von einer Anzahl von Autoren die christlich-demokratische Bewegung als konservativ und restaurativ etikettiert und die Unionsprogrammatis teilweise in die Nähe der Programmatis der alten Zentrumspartei als konfessioneller Partei gerückt. Es konnte gezeigt werden, dass diese Charakterisierung lediglich auf Vertreter der katholischen Soziallehre in den 50er Jahren sowie die konservativen Kritiker im Umkreis einzelner Zirkel zutrifft. Diese »Ontologisierung« der christlich-demokratischen Ideen in der Parteienforschung pflegt einen Mythos, wenn die Christliche Demokratie bezichtigt wird, unkritisch der aristotelisch-thomistischen Theorie zu folgen, die grundsätzlich für unfähig gehalten wird, moderne Ordnungsideen begründen zu können.⁸² Das hier gezeichnete Konservatismusbild bezieht seine fragwürdige Plausibilität aus der Gleichsetzung von christlicher bzw. kirchenamtlicher Soziallehre und christlich-demokrati-

⁸¹ Vgl. E. TUCHTFELDT (wie Anm. 7), S. 86; E. PUNTSCH (wie Anm. 6), S. 98, ordnet dem Liberalen den Grundwert Freiheit, dem Sozialisten die Gerechtigkeit, dem Konservativen die Ordnung zu.

⁸² Vgl. dagegen die Kritik der jüngeren christlichen Sozialethik sowie der Politik- und Rechtstheorie an der katholischen Naturrechtslehre der Neuscholastik: Franz BÖCKLE/Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE (Hg.), *Naturrecht in der Kritik*, Mainz 1973; Franz BÖCKLE, *Fundamental-moral*, München ³1981, S. 87, bemerkt, dass Thomas von Aquin »nicht deduktiv, sondern induktiv-reflexiv« verfährt. Damit können sich der christliche Personalismus und die personale Ethik hinsichtlich ihrer flexiblen Theorie (gegenüber neuen Gegebenheiten) auf den Aquinaten berufen.

scher Programmatik. Zugute halten muss man allerdings den behandelten Darstellungen, dass es in der Gründungs- und Konsolidierungsphase durchaus eine Reihe CDU- und CSU-Politiker gab, die – u.a. auch aus wahltaktischen Gründen – die Programmatik der CDU und CSU an die kirchenoffiziellen Sprachregelungen heranrückten und spezifisch kirchliche Naturrechtsforderungen als Parteimeinung vertraten.⁸³ Doch rechtfertigen es diese Umstände nicht, die Vielgestaltigkeit und Flexibilität christlich-demokratischer Theorie und Programmatik zu ignorieren. Die Christliche Demokratie ist ein eigenständiger politischer Ideenkreis – neben Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus. Das »C« erweist sich als *kulturchristliches* Phänomen, das der Synthese von rechts- und wirtschaftsliberalen sowie konservativen und sozialen Grundsätzen in der CDU-Programmatik zugrunde liegt.

83 Vgl. Thomas ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München ²1955.

Josef Kardinal Frings und Konrad Adenauer

Von Norbert Trippen

Für die Möglichkeiten kirchlicher Einflussnahme auf die politischen und gesellschaftlichen Neuanfänge nach 1945 waren neben Prälat Böhler die persönlichen Beziehungen zwischen dem Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings und der entscheidenden politischen Gestalt dieser Jahre, dem früheren Kölner Oberbürgermeister und späteren ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, von besonderer Bedeutung.¹

Die gemeinsamen Kölner Jahre 1924–1933 und die Kriegsjahre bis 1945

Adenauer hatte in seiner Oberbürgermeisterzeit vor 1933, ohne zu Frings' Braunsfelder Pfarrei zu gehören, mit seiner Familie den Sonntagsgottesdienst in St. Joseph besucht. Pfarrer Frings hatte zwei der jüngeren Kinder der Familie zur Erstkommunion geführt. Dadurch hatte sich ein wohlwollend-freundschaftliches, jedoch die beiderseitige Unabhängigkeit wahrendes persönliches Verhältnis entwickelt. Den in seinem Rhöndorfer Haus ständig von der Gestapo überwachten Adenauer hat es nach 1940 etwas verwundert, dass der im benachbarten Honnef lebende Seminarregens Dr. Frings nicht einmal einen Spaziergang nach Rhöndorf zu Adenauers Haus wagte. Der Grund dürfte in der Sorge des Regens vor weiterer Gefährdung seines Seminars gelegen haben, vielleicht auch in der von Kardinal Schulte dem Priesterseminar nahegelegten politischen Abstinenz. Adenauer erhielt wie selbstverständlich eine Einladung zur Bischofsweihe am 21. Juni 1942, musste aber aus verständlichen Gründen absagen, an der Feier teilzunehmen, »die meine wärmsten Wünsche begleiten«.² Als Adenauer anlässlich der »Gewitteraktion« im August 1944 verhaftet wurde, gehörte er zu den namentlich genannten Persönlichkeiten, für die Frings seinen Freund Wienken am 31. August 1944 um Vorsprache im Reichssicherheitshauptamt in Berlin bat.³

1 Dazu: Rudolf MORSEY, *Adenauer und Kardinal Frings 1945–1949*, in: Dieter ALBRECHT u.a. (Hg.), *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Reppen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 483–501; Josef Kardinal FRINGS, *Erinnerungen an Konrad Adenauer*, in: Dieter BLUMENWITZ u.a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 1, Stuttgart 1976, S. 149–155. Einzelne Angaben Morseys wurden ergänzt durch persönliche Mitteilungen von Dr. Paul Adenauer, Bergisch Gladbach.

2 Adenauer an Dompropst Paschen 13. Juni 1942 (hs. Original): Hist. Archiv des Erzbistums Köln (HAEK) – Metropolitankapitel (MK) Nr. 33.

3 Frings an Wienken 31. August 1944 (hs. Entwurf): HAEK – Gen II 23.23a, 4.

Die erste Nachkriegszeit

Die Beziehung zwischen beiden nahm eine neue Qualität an, als sie nach Rückkehr des Erzbischofs in seine Bischofsstadt im April 1945 und der Berufung Adenauers zum Oberbürgermeister von Köln durch die Amerikaner für einige Monate beide im St. Elisabeth-Krankenhaus in Köln-Hohenlind Wohnung fanden. Der Wertung von Rudolf Morsey ist zuzustimmen: »Aus dieser räumlichen Nähe erklärt sich, dass in diesen Monaten keine Korrespondenz zwischen ihnen gewechselt – jedenfalls bisher keine bekannt geworden – ist. Für ihr offensichtlich gutes Verhältnis spricht, dass der Erzbischof Anfang Juni 1945 dem Oberbürgermeister die Denkschrift eines Mitarbeiters (Paul Westhoff) über die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Bekenntnisschule und des Privatschulwesens zuleitete.«⁴

Morsey hat bereits 1983 vor einer Überbewertung wie einer Fehlinterpretation der Beziehung Adenauers zu Frings gewarnt: Der Name des Kölner Kardinals taucht weder in Adenauers Memoiren (1965/68) noch in der autorisierten Biographie von Paul Weymar (1955) auf. Die von Journalisten aufgebaute Legende, Adenauer habe den Kardinal mit »Herr Frings« angeredet, erweist sich aus dem Schriftwechsel als unhaltbar. Die von Adenauer gebrauchte Briefanrede lautete »Sehr verehrte [oder: Hochverehrte] Eminenz«. Frings seinerseits sprach in seinen Briefen Adenauer als »Herr Vorsitzender«, »Herr Präsident« oder »Herr Oberbürgermeister« an, je nachdem, ob der Brief sich an den CDU-Vorsitzenden, den Präsidenten des Parlamentarischen Rates oder (1949) an den »Noch-nicht-Bundeskanzler« richtete.⁵ Die Korrespondenz war stets sachlich und frei von Kumpanei.

Dennoch lag in dieser zwar sachlichen, von gegenseitigem Respekt getragenen Beziehung zwischen Adenauer und Frings eine kirchliche Chance für die anstehenden politischen Neuregelungen, die von außen kritisch wahrgenommen wurde. Pastor Heinrich Albertz, 1949 SPD-Minister in Niedersachsen, schrieb für den »Schweizerischen evangelischen Pressedienst« im September 1949 über die Inaugurationsfeierlichkeiten der Bundesrepublik in Bonn u.a., »der Purpur der Kardinäle« sei »die wichtigste Farbe gewesen, die Bonn bei seiner Eröffnung zeigte. Es ist kein Geheimnis mehr, wer die politischen Entscheidungen Westdeutschlands wesentlich beeinflusst. Die Villa des Bundeskanzlers liegt nur 30 km von der Residenz des Kardinals Frings entfernt, und bereits die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat zeigten deutlich genug, wie man eine provisorische und der deutschen Wirklichkeit nicht ent-

4 R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 487.

5 Beleg dafür z.B.: Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer. Briefe 1947–1949* (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1984, S. 703 (Reg.) – Die Frings-Briefe an Adenauer werden nachfolgend ausgewertet.

sprechende Mehrheitssituation auszunutzen versuchte, um kulturpolitische Forderungen durchzusetzen«. ⁶

Wenn Albertz auch den Einfluss des Kölner Kardinals überschätzte, so ist doch das Kontaktgefüge Adenauer – Frings – Böhler für die politische Neugestaltung in Deutschland nach 1945 und die Geltendmachung kirchlicher Ansprüche nicht unwichtig gewesen.

Adenauers Bemühungen um eine eindeutige Haltung des Kardinals zur CDU

Noch im Sommer 1945 kam es in verschiedenen Städten des Rheinlandes und Westfalens, aber auch im übrigen Deutschland, im Zuge der Wiederbegründung von Parteien zu ersten Zusammenschlüssen christlicher Politiker auf interkonfessioneller Basis. Bei aller Unterschiedlichkeit früherer politischer Beheimatung der Teilnehmer und auch ihrer Einstellung zu manchen Gegenwartsfragen kam man überall rasch zu der Überzeugung, dass nach den gemeinsam durchlittenen Schreckensjahren des Nationalsozialismus die politisch zu aktivierenden Kräfte beider Konfessionen gemeinsam in einer Partei Einfluss auf die anstehende Neugestaltung der Staatsordnung nehmen sollten. Die an verschiedenen Gründungsorten zunächst unterschiedlich benannte Partei (CDP oder CDU) organisierte sich bald auf regionalen Ebenen. Im Bereich der britischen Besatzungszone schloss man sich Anfang 1946 zusammen und wählte den am 6. Oktober 1945 von General Barraclough wegen »Unfähigkeit« abgesetzten Kölner Oberbürgermeister zum Vorsitzenden der CDU des Rheinlandes und dann der britischen Zone, nachdem die Briten im Dezember das über Adenauer verhängte Verbot der politischen Betätigung aufgehoben hatten. ⁷

Daneben entschlossen sich im Herbst 1945 – in Westfalen mehr als im nördlichen Rheinland – ehemalige Zentrumskreise zu einer Wiederbegründung dieser traditionsreichen Partei der Katholiken. Bei ihrem Parteitag in Essen am 10. März 1946 wählten die Delegierten den ehemaligen Generalsekretär, den in Troisdorf lebenden Oberstudiendirektor Wilhelm Hamacher, zum Vorsit-

⁶ Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: Karl-Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 345–377, hier: S. 354; zu Pastor Heinrich Albertz: vgl. Jaques SCHUSTER, *Heinrich Albertz. Der Mann, der mehrere Leben lebte*, Berlin 1997.

⁷ Zur Frühgeschichte der CDU: Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963; Hans Georg WIECK, *Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953; Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945–1982*, Stuttgart 1993, S. 15–130; Peter HÜTTENBERGER, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 47–76; Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1988.

zenden, der allerdings schon im Herbst dieses Jahres aus Gesundheitsgründen zurücktreten und sein Amt dem westfälischen Pädagogen Johannes Brockmann überlassen musste.⁸

Die Zentrumsparlei blieb im Gegensatz zur CDU auf das Rheinland und Westfalen beschränkt, konnte also von ihrer früheren Größe und ihrem Einfluss in Zeiten der Weimarer Republik nur träumen. In manchen politischen Themen agierte sie nicht eindeutig, öfter, zumal auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet, näher bei der SPD als beim bürgerlichen Lager. Doch in der Vertretung kirchlicher Positionen stand sie eindeutig – manchmal geschlossener als die heterogener zusammengesetzte CDU! – zu den Forderungen der Bischöfe.

Schon früh wurde deutlich, dass diese Zersplitterung der christlich orientierten Kräfte in der Politik ihrem Einfluss auf die Gestaltung der neuen Ordnung nicht förderlich war. Doch wie sollten sich die Bischöfe – und zumal ihr Vorsitzender, Kardinal Frings – beiden Parteien gegenüber verhalten, an deren festem Willen, eine politische Neuorientierung auf der Basis christlicher Überzeugungen zu erreichen, nicht zu zweifeln war? Beide Parteien warfen den Bischöfen und zumal Kardinal Frings vor, sich entweder nicht eindeutig für ihre Partei zu entscheiden (Adenauer für die CDU) bzw. zu eindeutig auf der Seite der anderen Partei zu stehen (Hamacher für das Zentrum).

Schon am 6. September 1945 hatte eine Düsseldorfer Zentrumsgruppe bei Erzbischof Frings vorgesprochen und gefragt, welche Haltung die Kirche gegenüber den beiden christlichen Parteien einnehme. »Der Erzbischof hatte entgegnet: die Fuldaer Bischofskonferenz habe dazu noch keine Position bezogen, sie habe jedoch Zweifel geäußert, ob es ratsam sei, das Zentrum wieder unter dem alten Namen entstehen zu lassen ... Die CDP sei aus der Erwägung heraus gegründet worden, dem evangelischen Volksteil entgegenzukommen. Mit manchem sei man noch nicht restlos zufrieden, vor allem die Stellung in der Schulfrage sei schwierig. Von der Gründung des Zentrums in Düsseldorf und an anderen Orten nehme er ohne Bedenken Kenntnis. Aber eine rein konfessionelle Partei hielte er im Augenblick für nicht angebracht ...«⁹

Es wurde sehr bald deutlich, dass die deutschen Katholiken einschließlich der ehemaligen Zentrumsmitglieder, mehrheitlich der CDU zuneigten, die trotz gelegentlich weniger eindeutiger Vertretung katholischer Interessen auch bei zahlreichen Bischöfen Sympathie fand.

Am 23. März 1946 – also während der von der britischen Militärverwaltung angesetzten Elternabstimmung über die Bekenntnisschule in Nordrhein-West-

⁸ Zur Wiederbegründung des Zentrums vgl.: P. HÜTTENBERGER (wie Anm. 7), S. 77–96; Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*, Opladen 1987; H. G. WIECK (wie Anm. 7).

⁹ P. HÜTTENBERGER (wie Anm. 7), S. 80.

falen! – beschwerte sich Hamacher bei den in Werl versammelten westdeutschen Bischöfen¹⁰: »Wie dem Generalsekretariat der ... Deutschen Zentrums-
partei mitgeteilt wurde, haben die Hochwürdigsten Herren Erzbischöfe bzw.
Bischöfe von Trier, Hildesheim und Paderborn die ... Herren Geistlichen ihrer
Diözese offen angewiesen, sich für die Christlich-Demokratische Union ein-
zusetzen.« Die CDU ihrerseits habe sich darauf berufen, die letzte Fuldaer
Bischofskonferenz habe »sich inoffiziell für sie erklärt«. Katholische Arbei-
tervereine, die Katholische Jugend und das Kolpingwerk ließen ihre Sekretäre
parallel für die CDU tätig werden. Nach überzogenen Einschätzungen über
den Verbreitungsgrad der Zentrumsanhänger und die »Beunruhigung« des ka-
tholischen Bevölkerungsteils folgte der Hinweis, dass die Zentrums-
partei »wie von jeher, so auch jetzt, die kulturpolitischen Interessen der deutschen Katho-
liken mit unwandelbarer Klarheit und Entschiedenheit vertritt. So hat sich die
Zentrums-
partei als einzige deutsche Partei schon gleich bei ihrer Wiederbe-
gründung die Forderung nach der konfessionellen Schule zueigen gemacht und
diese auch öffentlich vertreten ...«

Es scheint, dass Frings' Antwort an Hamacher vom 29. März 1946 von den
westdeutschen Bischöfen abgesprochen (vielleicht von Böhler vorformuliert?)
wurde¹¹: »Seien Sie überzeugt, dass keiner der Herren sich für die CDU aus-
gesprochen hat, weil er deren Programm grundsätzlich für richtiger und besser
hält.« Man müsse lediglich »der Welt das Schauspiel einer politischen Spal-
tung und gegenseitigen Befehdung des deutschen Katholizismus ersparen. Ihre
Partei hat den Nachteil, zu spät auf dem Plan erschienen zu sein, als die CDU
bereits an vielen Orten sich konstituiert hatte. Wir haben daher im Interesse
der guten Sache und weil der Feind links, d.h. im Lager der materialistischen
Weltanschauung steht, an Sie die Bitte,

1. überall da, wo die CDU bereits Fuß gefasst hat, vorderhand, d.h. vor den
bevorstehenden Wahlen in diesem Sommer oder Herbst, von der Gründung
ihrer Partei abzusehen,
2. in den Versammlungen keine Befehdung der CDU zu gestatten,
3. alles zu tun, um zu einer Einigung oder wenigstens zu einem festen Bünd-
nis mit der CDU zu gelangen.«

Solche gut gemeinten Bemühungen der Bischöfe hatten nur begrenzten Erfolg.
CDU und Zentrum blieben bis 1954 in Nordrhein-Westfalen Konkurrenten
um Stimmenanteile aus dem Lager kirchlich orientierter Katholiken. Rudolf
Morsey hat die immer wieder zwischen Adenauer und Frings verhandelte
Problematik der beiden sich im Wege stehenden christlichen Parteien bereits

¹⁰ Deutsche Zentrums-
partei, Dr. Wilhelm Hamacher, an die Konferenz der Hochwürdig-
sten Herren Bischöfe, Werl, 23. März 1946 (Original): HAEK – Gen II 23.23a, 8.

¹¹ Frings an Hamacher 29. März 1946 (Abschrift): HAEK – Gen II 23.23a, 8.

1983 dargestellt.¹² Lediglich einige Kölner Aktenstücke seien zur ergänzenden Illustration erwähnt.

Am 27. April 1947 – wenige Tage nach der ersten nordrhein-westfälischen Landtagswahl mit 37,5 % Stimmen für die CDU und 9,8 % Stimmen für das Zentrum schrieb Adenauer einen geharnischten Brief an Frings¹³: Er habe feststellen müssen, »dass das Zentrum, namentlich in Westfalen, in einer geradezu schamlosen Weise gegen uns gehetzt hat«. Ein Flugblatt des Zentrums in Coesfeld trage die Unterschriften von drei Geistlichen und behaupte, »die CDU wolle eine neue christliche Kirche gründen«. »Nach den übereinstimmenden Mitteilungen durchaus zuverlässiger Mitglieder der CDU in Westfalen haben sich Angehörige des katholischen Klerus in Westfalen an der Agitation für das Zentrum und gegen die CDU in führender Weise beteiligt«. Düstere politische Zukunftsvisionen Adenauers gipfelten in der fast drohenden Feststellung: »Die Sozialdemokratie und die KPD sind in ihre Machtpositionen gekommen durch das Zentrum. Das Zentrum verdankt seine Existenz und seinen Zuwachs bei dieser Wahl sehr wesentlich der Tätigkeit katholischer Geistlicher. Für die politische Tätigkeit der katholischen Geistlichen sind wohl die Bischöfe verantwortlich ... Wenn es den Bischöfen nunmehr nicht gelingt, der drohenden Entwicklung, die durch ihre mehr oder weniger passive Haltung in Lauf gekommen ist, Einhalt zu tun, so werden die Bischöfe sich auch die Folgen in vollem Maße zuschreiben müssen.«

Der Kölner Kardinal stand – wie wahrscheinlich auch seine Mitbischöfe – noch einige Jahre unter massivem Druck beider Parteien. Anfang 1948 z.B. wollte Adenauer gehört haben, Generalvikar David neige zum Zentrum. Er bat (und erhielt) einen Gesprächstermin in Köln unter Zuziehung von Prälat Böhler.¹⁴ »In der Hauptsache«, so schrieb Adenauer an den Kardinal, »drängt es mich, mit Ihnen das Verhältnis CDU/Zentrum zu besprechen. Es ist unbedingt notwendig, dass eine dauerhafte Klärung und eine Zusammenarbeit – wenn möglich mehr – herbeigeführt wird. Die Trennung der auf christlichem Boden stehenden Wähler bedeutet – je länger, je mehr – eine Schädigung der kirchlichen Interessen.«

12 R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 489–493.

13 Adenauer an Frings 27. April 1947 (Original): HAEK – Gen 23.23a, 13. Der Zorn des CDU-Vorsitzenden erklärt sich daraus, dass die CDU im Landesdurchschnitt von 48,5 % (Kommunalwahlen Oktober 1946) auf 37,5 % (Landtagswahl April 1947) zurückgefallen war, während das Zentrum von 4,2 % auf 9,8 % angestiegen war. Die SPD hatte von 31,3 % auf 32 % zugelegt: Walter FÖRST, *Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Bd.1: 1945–1949, Köln–Berlin 1970, S.197–206 bzw. P. HÜTTENBERGER (wie Anm. 7), S. 241 u. S. 542f.; vgl. auch STAATSLIXIKON, Art. *Nordrhein-Westfalen*, Bd. 4, Freiburg ¹1988, S. 44 sowie H.-O. KLEINMANN (wie Anm. 7), S. 507.

14 Adenauer an Frings 7. Januar 1948 (Original): HAEK – Gen II 23.23a, 18.

Frings benutzte den im April 1948 fälligen Ad-Limina-Besuch in Rom, um dort am 22. April mit Msgr. Ludwig Kaas, dem letzten Zentrumsvorsitzenden bis 1933, zu sprechen.¹⁵ Er notierte sich darüber: »K[aa]s bedauerte die Spaltung der christlichen Parteien in Deutsch[land]. Offensichtlich steht er auf Seiten der CDU und schätzt Adenauer als den fähigsten [Politiker]. Von Spiecker [damals Zentrum] rückt er ab als den Sozialisten auch innerlich zu nahestehend, er sei in puncto konfess[ioneller] Schule nicht zuverlässig«.

Kardinal Frings' CDU-Beitritt am 2. November 1948

Die Uneinigkeit des christlichen Lagers erschien besonders gefährlich, als am 1. September 1948 in Bonn der Parlamentarische Rat zur Abfassung des Grundgesetzes zusammentrat. Am 1. November 1948 beklagte sich Adenauer bei Frings bitter darüber, dass Bischof Keller von Münster am 10. September seinem Klerus »erneut und dringend die Innehaltung striktester parteipolitischer Neutralität« auferlegt hatte¹⁶: »Es ist den Geistlichen untersagt, öffentlich für eine der christlichen Parteien derart einzutreten, dass darin eine Stellungnahme gegen die andere erblickt werden muss.« Auch im Dekanat Königswinter sei den Geistlichen »anempfohlen worden ..., keine Wahlversammlungen zu besuchen. Ich habe es infolgedessen erleben müssen, dass, als ich in Honnef als Redner auftrat, die katholische Geistlichkeit in auffälligerweise fehlte«. Adenauer unterstellte dem Episkopat »den gleichen« – nicht näher bezeichneten – »Fehler, den er 1933 begangen hat« und warnte vor dem Ausgang der ersten Bundestagswahl in einigen Monaten: »Wenn es der CDU/CSU nicht gelingt, bei diesen Wahlen eine Mehrheit zu bekommen, ist für die Vertretung der christlichen Interessen das Schlimmste zu befürchten, da die Sozialdemokratie weit überwiegend marxistisch und unduldsam eingestellt ist.«

In seinem Antwortschreiben vom 2. November 1948 gab Frings dem nun bald dreijährigen Drängen Adenauers nach¹⁷: »Sie wissen, wie sehr ich den Riss innerhalb des katholischen Volksteils bedaure und alles versuche, ihn zu schließen ... Der in Düsseldorf geltend gemachte Standpunkt, dass *eine* große führende christliche Partei vorhanden sein müsse, die den Oberbürgermeister und entsprechend die höheren führenden Männer zu stellen berufen sei, scheint mir berechtigt. Ich bitte, mich persönlich als Mitglied der CDU zu führen.« Die erfreute Reaktion Adenauers hat Morsey beschrieben¹⁸: »Der CDU-Vor-

15 Hs. Gesprächsnotiz »Besprechung mit Msgr. Kaas am 22.4.48«: HAEK – CR II 2.18 d. 3.

16 Adenauer (»Der Präsident des Parlamentarischen Rates Bonn 1948«) an Frings 1. November 1948 (Original): HAEK – CR II 16.10.4; Vgl. auch: R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 494f.

17 Frings an Adenauer 2. November 1948 (Hs. Entwurf): HAEK – CR II 16.10.4. Morseys Bemerkung, Frings' »Beitrittserklärung war bisher noch nicht zu ermitteln, auch nicht im Historischen Archiv des Erzbistums Köln« (S. 495 Anm. 59), ist damit überholt.

sitzende und ... Präsident des Parlamentarischen Rates gab diesen Schritt des Erzbischofs am 10. November in einer Sitzung der Unionsfraktion des Parlamentarischen Rates bekannt und dankte Frings noch am gleichen Tage ›herzlich‹ für seinen Entschluss, mit dem er ihm ›eine wirkliche Erleichterung von den schweren Sorgen, die mich bedrücken‹ verschafft habe.«

Morsey stellt dann Vermutungen über die Motive des Kardinals für seinen Schritt an: Wahrscheinlich ging es ihm angesichts der Verfassungsberatungen in Bonn und Düsseldorf um eine Bündelung der christlichen Kräfte. Der Schritt des Kardinals, der durch eine Pressekorrespondenz am 19. November 1948 in die Öffentlichkeit gelangte, fand ein lebhaftes und zum Teil kritisches Echo.¹⁹ Man sprach hier und da vom »Kardinalfehler«. Unangenehmer als die Diskussion in der Presse wurde die in der aktuellen Debatte des Parlamentarischen Rates. Dort ging es in diesen Wochen u.a. um die Fortgeltung des Reichskonkordats von 1933, das nach einer emotionalen Äußerung des FDP-Abgeordneten Höpker Aschoff kein Völkerrechtsvertrag, sondern den Vertrag des Papstes mit einer »Verbrecherbande« darstelle. Der CDU-Beitritt von Kardinal Frings wurde in dieser Debatte bewusst von SPD/FDP-Seite ausgeschlachtet. Im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates wurde mit Verweis auf Art. 32 RK gesagt: »Kein Mitglied des Klerus darf einer politischen Partei angehören. Wenn Herr Kardinal Frings der CDU beigetreten ist und auf der anderen Seite betonen sollte, dass das Reichskonkordat noch in Kraft sei, so würde er bereits durch seinen Eintritt in die CDU gegen diese Verpflichtung verstoßen haben.«²⁰ Auch der hessische Justizminister (und spätere Ministerpräsident) Zinn (SPD) warf der Kirche am 20. Januar 1949 mangelnde Konkordatstreue vor.

Wie sollte man den Schaden begrenzen? Ludwig Volk ermittelte²¹: »Angesichts der bedenklichen Entwicklung und auf Bitten Böhlers hin hatte inzwischen das päpstliche Staatssekretariat zu den Angriffen auf das Reichskonkordat Stellung bezogen. Laut P. Zeiger reagierte der Papst ›in der bekannt sauren Form durch ein langes Telegramm, das wir in geeigneter Form wissen lassen konnten.« Dieses Telegramm wurde Frings zugeleitet.

Volk kommt nach Darlegung der Einzelheiten zu dem Schluss: »Konkordatsrechtlich lagen die Verhältnisse keineswegs so eindeutig, wie sie ... erscheinen mochten. Gab es doch begründete Zweifel, ob der einschlägige Art.

18 R. MORSEY (wie Anm. 1), S. 495f.; vgl. auch: Ludwig VOLK, *Der Heilige Stuhl und Deutschland 1945–1949*, in: Anton RAUSCHER u.a. (Hg.), *Kirche und Katholizismus 1945–1949*, Paderborn 1977, S. 53–87, hier S. 78.

19 Der Schweizer Generalkonsul von Weiss berichtete darüber an seine Regierung in Bern am 23. November 1948: Markus SCHMITZ/Bernd HAUNFELDER, *Humanität und Diplomatie. Die Schweiz in Köln 1940–1949*, Münster 2001, S. 293f.

20 L. VOLK (wie Anm. 18), S. 78 Anm. 81.

21 EBD. S. 78.

32 des Reichskonkordats überhaupt Rechtskraft erlangt habe, da eine Vorbedingung nicht erfüllt war. Entgegen ihrer Zusage im Schlussprotokoll hatte es nämlich die Reichsregierung unterlassen, das Verbot parteipolitischer Betätigung auch auf die nichtkatholische Geistlichkeit auszudehnen«, wohl im Hinblick auf die der NSDAP höchst erwünschten Aktivitäten des »Reichsbischofs« Müller und seiner »Deutschen Christen«!

Doch solche juristischen und historischen Feinheiten fanden in der Hitze der aktuellen politischen Debatte kaum Beachtung. So musste ein Ausweg aus der misslichen Lage gesucht werden. Volk schildert²²: »Um den Vorwurf mangelnder Vertragstreue zu entkräften ..., legte Pius XII. größten Wert auf strikte Einhaltung von Art. 32. Er gab deshalb der Vatikanmission noch im Januar 1948 zu verstehen, dass die kaum drei Monate alte Parteibindung des Kölner Kardinals mit dem Konkordat nicht vereinbar und darum rückgängig zu machen sei.« In einem Interview mit dem Muench-Biographen Barry soll Frings 1963 ausgesagt haben, »wegen seines CDU-Beitritts habe er von Rom ›einen Ruffel‹ bekommen«.

Volk beschreibt den weiteren Verlauf der Dinge: »In Kronberg fürchtete man nun nicht ohne Grund, dass ein derartiges Abrücken des Episkopatsvorsitzenden von der CDU auf dem Höhepunkt der Bonner Grundgesetzdebatte katastrophale Folgen haben könne. Infolgedessen wurde die päpstliche Order zunächst zurückgehalten, aber auch, nachdem sie im April nach Köln weitergeleitet und der Parteiaustritt in aller Stille vollzogen war, bereitete die Frage der Bekanntgabe dieses Schritts weiterhin Kopfzerbrechen. Adenauer war gegen jede Unterrichtung der Öffentlichkeit, Frings hielt sich dazu für verpflichtet. Strittig blieb die Wahl des richtigen Zeitpunkts, ob vor oder nach der Annahme des Grundgesetzes, ob vor oder nach der Bundestagswahl. Nach längerem Hin und Her erschien die Nachricht Anfang Juni 1949 im ›Kirchlichen Anzeiger für die Erzdiözese Köln‹.²³ Die Fehldeutungen folgten auf dem Fuß. Der Kardinal habe Dr. Adenauer seine Missbilligung über die CDU-Politik ausgesprochen und werde sich deshalb dem Zentrum anschließen. Demgegenüber erklärte das Ordinariat, der Schritt des Kardinals habe mit den politischen Vorgängen und dem Bonner Grundgesetz nichts zu tun.«

Während Kardinal Frings schon in seinem Rundbrief an den Kölner Klerus vom 14. Juni 1945 – allerdings nicht mit Verweis auf Art. 32 RK, sondern auf c.139 § 2 CIC 1917 – jede Übernahme öffentlicher Ämter, etwa des Bürgermeisteramtes, untersagt hatte, hatte es in Bayern nach 1945 eine begrenzte Neuauflage des »politischen Prälaten« gegeben. Deshalb war Kardinal Faulhaber 1949 nicht bereit, der Anweisung des Papstes an Kardinal Frings zur

22 EBD. S. 82

23 Trotz dieser exakten Angabe Volks: KA 89, 1949 enthält diese Nummer die Nachricht über den Austritt des Kardinals aus der CDU *nicht* !

Befolgung von Art. 32 RK zu gehorchen. Volk berichtet²⁴: »Jeder Urgierung des Entpolitisierungsartikels widersetzte sich Faulhaber für den Bereich der bayerischen Diözesen mit aller Entschiedenheit. Für ihn nämlich stand schon nach der Unterredung mit Böhler fest: ›Um eine Erschütterung der gesamten christlichen Politik zur Zeit zu verhüten‹, werde ›von einer sofortigen, befehlsmäßigen Einhaltung des Art. 32 Abstand genommen‹«. Das darf wohl als Beleg dafür gelten, dass in Bayern die Uhren immer schon etwas anders liefen als im übrigen Deutschland und in der Weltkirche!

Eine besondere Bedeutung sollten diese gewachsenen Beziehungen zwischen Kardinal Frings und Konrad Adenauer während der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz haben. Für die anschließend in Düsseldorf anstehenden abschließenden Verhandlungen über die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen hatten es Böhler und Frings mehr mit Düsseldorfer CDU-Politikern zu tun. Nach Konstituierung der Bundesrepublik, der Wahl des ersten Bundestages und der ersten Bundesregierung unter Bundeskanzler Adenauer wurden die amtlichen Kontakte zwischen dem Kölner Kardinal und Adenauer zur seltenen Ausnahme.

24 L. VOLK (wie Anm. 18), S. 83.

Adenauers Verhältnis zu Polen und seiner Bevölkerung*

Von Krzysztof Ruchniewicz

In den Gesprächen Helmut Kohls mit Vertretern der neuen polnischen Regierung, die im Sommer und Herbst 1989 in Bonn stattfanden, spielte wiederholt die Person des ersten Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer und dessen Politik gegenüber Polen eine Rolle. Kanzler Kohl bezeichnete sich als »Verwirklicher« der Polenpolitik seines großen Vorgängers.¹ Er berief sich dabei auf die erste Regierungserklärung Adenauers vom 20. September 1949, in der Adenauer – so zumindest Kohl – die Aussöhnung mit Israel sowie den ehemaligen Kriegsgegnern, insbesondere Frankreich und Polen ankündigte. Doch wer die Regierungserklärung nachliest, dürfte ziemlich enttäuscht sein, besonders wenn er mit der Entwicklung des deutsch-polnischen Dialogs im vergangenen Jahrzehnt vertraut ist. Tatsächlich befasste sich Adenauer darin nur am Rande mit deutsch-polnischen Themen: Er protestierte gegen die seiner Meinung nach unrechtmäßige Annexion der Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie die »Austreibung« der deutschen Bevölkerung von dort; abschließend stellte er fest, dass »wir durchaus bereit (sind), mit unseren östlichen Nachbarn, insbesondere Sowjet-Russland und mit Polen, in Frieden zu leben«.² Bereitschaft zu einer Verständigung mit Polen, das noch kurz zuvor unter der Nazi Herrschaft gelitten hatte, war in diesen Worten nur schwer zu erkennen. Das Problem der Verantwortung NS-Deutschlands und seiner Bürger für die Verbrechen an Polen tauchte überhaupt nicht auf. Wenn wir also der Überzeugung sind, dass die Bewältigung der Vergangenheit Grundvoraussetzung für den Aufbau von etwas Neuem ist, so müssen wir feststellen, dass dieser Akzent im ersten offiziellen Auftritt Adenauers als Kanzler fehlte. Dies konnte in der polnischen Gesellschaft nur eine feindliche oder zumindest zutiefst skeptische Reaktion hervorzurufen, und zwar keineswegs nur bei dem Teil, der der neuen, kommunistischen Regierung nahe stand.

* Ins Deutsche übersetzt von Thorsten Möllenbeck.

1 Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Fraktionsvorsitzenden des Bürgerkomitees »Solidarnosc«, Geremek, Bonn, 7. Juli 1989, in: Hanns Jürgen KÜSTERS/Daniel HOFMANN (Bearb.), *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzlers 1989/90*, München 1989, S. 240; ferner: Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft »Solidarnosc«, Walesa, Bonn, 7. September 1989, EBD. S. 399.

2 Regierungserklärung von Bundeskanzler K. Adenauer vor dem 1. Deutschen Bundestag, Bonn, 20. September 1949 in: Hans-Adolf JACOBSEN/Mieczysław TOMALA (Hg.), *Bonn–Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation*, Köln 1992, S. 68f.

Offensichtlich versuchte Kanzler Kohl, in einem Augenblick, der sowohl für die deutsche Nachkriegsgeschichte, als auch für Mitteleuropa einen fundamentalen Wandel bedeutete, eine gewisse Kontinuität zwischen der Polenpolitik seiner Regierung und der Regierung Adenauers herzustellen. Dies ist leicht nachvollziehbar: Adenauer war ein Politiker von Format, eine charismatische Persönlichkeit, er legte die Grundlagen für die heutige Stellung der Bundesrepublik und ihre politische Westorientierung. Daher drängt sich die Vermutung geradezu auf, dass seine Regierungszeit auch für die Ost- bzw. Polenpolitik grundlegende Bedeutung gehabt haben muss – wenn auch nicht so sehr in konkreten Schritten, denn hier fehlt es an messbaren Erfolgen, so aber doch bei der Skizzierung von Grundsätzen und Perspektiven der Beziehungen zu Polen. Um so mehr stellt sich die Frage, welche Einstellung Kanzler Adenauer persönlich zu Polen und den Polen hatte, was seine Meinung zur Problematik der Aufnahme von Beziehungen zu Polen war und welchen Platz Polen in seinen Konzepten zu einem vereinigten Europas einnahm. Und schließlich lässt sich darüber nachdenken, ob Adenauer tatsächlich als Pionier der deutsch-polnischen Aussöhnung betrachtet werden kann – wie Kohl und jüngst auch einige polnische Publizisten, die sich mit internationalen Beziehungen beschäftigten, ihn zu beschreiben versuchten. Dieses Thema bildet – neben dem Problem der so genannten Oder-Neiße-Linie – in historischen Studien zu Adenauer und seiner Zeit jedoch nur eine Marginalie. Es gibt zu diesem Thema übrigens nicht viel Quellenmaterial, insbesondere nur wenige Äußerungen von Adenauer selbst. Am umfassendsten hat es bisher Dieter Bingen in seiner Arbeit über die bundesdeutsche Polenpolitik in den Jahren 1949 und 1991 behandelt.³

Über Adenauers Haltung zu Polen in seinen ersten Lebensjahrzehnten wissen wir nicht viel. Er wurde 1876 in Köln geboren, stammte aus einer Familie der Mittelschicht und wurde katholisch erzogen. Eventuell hat die Sympathie

3 Die Zahl der Studien ist so zahlreich, dass ich mich hier auf einige wenige Hinweise beschränken muß. Über Adenauers Verhältnis zu Polen schrieben u.a. Dieter BINGEN, *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla 1949–1991*, Kraków 1997; Hans Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Bd. 1, *Der Aufstieg: 1876–1952*, Bd. 2, *Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991; Hansjakob STEHLE, *Nachbar Polen*. Frankfurt 1968; Günter BUCHSTAB, *Adenauer und Polen* (Manuskript eines Rundfunkbeitrags von 1988); Axel FROHN, *Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1996, 4, S. 485–527; Engelbert HOMMEL, *Polnisch-deutsche Beziehungen in der Ära Adenauer: eine Tabula rasa?*, in: *Eichholz Brief. Zeitschrift zur politischen Bildung*, 1996, Nr. 2, S. 32–40; Christoph KLESSMANN, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1955–1961*, in: *Adenauer und die deutsche Frage*, hg. von Josef FOSCHEPOTH, Göttingen 1988, S. 61–79; Hans Peter SCHWARZ, *Adenauer und Polen*, in: *Konrad Adenauer – Niemiec i Europejczyk*, Warszawa 1996, S. 9–21; DERS., *Vortasten nach Warschau*, in: *Politische Meinung* 326 (1997), S. 87–95; Hansjakob STEHLE, *Adenauer, Polen und die Deutsche Frage*, in: *Adenauer und die deutsche Frage*, S. 80–99.

der Bevölkerung Westdeutschlands, der rheinischen Provinzen, der Pfalz und Badens für das Freiheitsstreben der Polen im 19. Jahrhundert einen gewissen Einfluss auf ihn ausgeübt. Womöglich nahm er die Polen auch als überzeugte Katholiken wahr, die während des Kulturkampfes immer wieder ihre Verbundenheit mit ihrer Konfession demonstrierten. Hier ist daran zu erinnern, dass die Katholiken in Preußen eine konfessionelle Minderheit waren, was Adenauers Sympathie für die Polen vielleicht noch verstärkte.

Adenauers Karriere in der öffentlichen Verwaltung begann in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Erfahrung der Schützengräben des Ersten Weltkriegs blieb ihm aus gesundheitlichen Gründen erspart. In den zwanziger Jahren führte er Gespräche mit Mitarbeitern des polnischen Konsulates in Köln, u.a. über die Wirtschaftsbeziehungen mit Polen.⁴ Protokolle über eines dieser Gespräche, das im Februar 1923 stattfand, sind erhalten geblieben: Es ging darin um die damals angespannten deutsch-französischen Beziehungen, die für die Stadt Köln aufgrund ihrer geographischen Lage besonders wichtig waren, sowie um eine eventuelle polnische Vermittlung im Konflikt um das Ruhrgebiet. Wir verfügen über zwei Berichte über dieses Gespräch; einer stammt vom polnischen Konsul in Köln, Eugeniusz Rozwadowski⁵, der andere von Adenauer selbst.⁶ Adenauer gab darin seinen Befürchtungen über die

4 Das Konsulat der Republik Polen, zunächst geleitet von Konsul Heliodor Sztark, wurde im Dezember 1919 auf dem Grundstück der ehemaligen Polnischen Mission eingerichtet, die zuvor wahrscheinlich mit der Vertretung des polnischen Regentschaftsrates in Berlin zusammengearbeitet hatte und nicht durch eine polnische Regierung autorisiert war. Das Konsulat beschäftigte sich u.a. mit Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, der Optionsfrage und auch mit der Umsiedlung von Polen aus Reichsgebieten, die vorübergehend von den Entente-Staaten besetzt waren (Rheinland, Westfalen). Vom 1. November 1922 bis 1. April 1928 leitete Eugeniusz Rozwadowski das Konsulat, anschließend Sylwester Gruszka. Im April/Mai 1928 wurde die Einrichtung nach Frankfurt a.M. verlegt und in ein Generalkonsulat umgewandelt. Ein Teil des Personals blieb jedoch in Köln, wo ab dem 1. April 1930 eine Außenstelle des Konsulats arbeitete. Weitere Informationen finden sich in der Einführung zum Inventar der Akten polnischer Konsulate in Deutschland, *Inwentarz akt konsulatów polskich w Niemczech 1918–1939*, opr. przez Edwarda Kołodzieja, Opole 1983

5 Es ist nur eine Abschrift dieses Dokuments in deutscher Sprache erhalten geblieben, die im Archiv des DDR-Außenministeriums aufbewahrt wurde. Sie befindet sich jetzt im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Botschaft Warschau, Politische Abteilung, Sign. A 3751). Das polnische Außenministerium hatte sie am 25. Juni 1957 auf Bitten der DDR-Botschaft in Warschau übersandt, da man im Zusammenhang mit den bevorstehenden Bundestagswahlen belastendes Material über Adenauer suchte. Zu den näheren Umständen siehe Aktennotiz über die Unterredung des Gen. Lungenheim mit Botschafter Katz-Suchy am 19. Juni 1957, MfAA der DDR, Botschaft Warschau, Politische Abteilung, Sign. A 3751. Versuche, dieses Dokument im Archiv des polnischen Außenministeriums und im Warschauer Archiv Neuer Akten (Archiwum Nowych Akt) aufzufinden, blieben erfolglos.

6 Ich danke an dieser Stelle Dr. H. P. Mensing, der mir eine Kopie des Berichts von Adenauer zur Verfügung stellte. Das Dokument befindet sich im Historischen Archiv der Stadt Köln, Sign. 902/253/3.

Möglichkeit eines neuen Kriegs infolge der damaligen deutsch-französischen Krise Ausdruck. Der Konflikt könne auf zwei Arten gelöst werden, so Adenauer: Entweder durch eine Teilung Deutschlands, ähnlich der Teilung Polens im 18. Jahrhundert, oder durch eine Verständigung mit Frankreich. Adenauer hatte nichts gegen eine Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie einzuwenden; er war jedoch überzeugt, dass diese Industrie nicht den Wert besaß, von dem die Franzosen ausgingen. In seinem Resümee zu diesem Gespräch schrieb Rozwadowski: »Es erscheint, dass Herr Adenauer den Standpunkt Polens in diesem Konflikt herausbekommen möchte, sowie auch die Möglichkeit der polnischen Vermittlung. Ich nehme an, dass er in solchem Falle eine hervorragende Rolle spielen möchte.«⁷ In diesem Gespräch machte sich bereits ein charakteristisches Element der späteren Außenpolitik Adenauers bemerkbar – das Suchen nach einer Verständigung mit Frankreich. Adenauer stellte den Verlauf des Gesprächs etwas abweichend dar; er glaubte nicht an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung durch direkte Verhandlungen. Adenauer informierte Reichskanzler Wilhelm Cuno über sein Treffen mit Rozwadowski und den darauf folgenden Besuch des polnischen Diplomaten in Paris. »Man habe diese Mitteilungen mit dem denkbar größten Interesse entgegengenommen«, so Adenauer. Allerdings blieb der polnische Vermittlungsversuch ergebnislos. »Zur Zeit sei die Lage in Frankreich so, daß selbst nicht einmal Polen, das doch ein Freund Frankreichs sei, es wagen dürfe, zu intervenieren.« Über weitere Kontakte Adenauers mit polnischen Diplomaten gibt es keine Quellen. In seinen Erinnerungen erwähnt er sie nicht, sie waren also sicher nicht allzu lebhaft und wesentlich. Da die Archivmaterialien des polnischen Konsulates in Köln im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden, können auch sie nicht herangezogen werden. Wir wissen nur, dass Adenauer 1928 wegen der Auflösung des polnischen Konsulates in Köln beim polnischen Außenministerium intervenierte.⁸ Möglicherweise ging es Adenauer darum, weiterhin eine gute konsularische Betreuung der polnischen Arbeitsemigranten im Rheinland zu gewährleisten; sicherlich beeinträchtigte die Auflösung des Konsulates aber auch das Prestige Kölns, um das Adenauer sich während seiner Amtszeit so sehr bemühte. Wie sah Adenauer also die deutsch-polnischen Beziehungen während der Weimarer Republik, die sich bekanntlich nicht allzu gut entwickelten? Offensichtlich beurteilte sie der spätere Bundeskanzler kritisch, allerdings aus einer gewissen Distanz – was angesichts seines Engagements auf der lokalen Ebene auch einleuchtend war. Jahre später sollte er jedoch feststellen, dass die schlechten deutsch-polnischen Beziehungen einer der Fehler der deutschen Außenpolitik zwischen 1918 und 1933 waren.⁹

7 Oberbürgermeister von Köln Dr. Adenauer über deutsch-französische Verständigung, EBD.

8 Wie Anm. 4, Einführung.

9 Hanns Jürgen KÜSTERS (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche 1950–1954*, Berlin 1984, S. 299.

1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht und enthoben Adenauer sämtlicher Ämter. Damit endete die erste Phase im öffentlichen Wirken Adenauers, also v.a. als Kommunalpolitiker. Bis Kriegsausbruch lebte Adenauer zurückgezogen als Privatmann, engagierte sich nicht politisch. Über den Verlauf der Kriegshandlungen gegen Polen im September 1939 erfuhr er wahrscheinlich aus den Erzählungen seines zweiten Sohnes Max, der als Soldat daran teilnahm. Er war jedoch weit davon entfernt, sich vom Kriegsenthusiasmus und von den raschen Erfolgen der deutschen Wehrmacht anstecken zu lassen. Am 19. Oktober 1939 schrieb er in einem Brief an Professor Walter Braunfels: »Es waren sorgenvolle Wochen, und eine sorgenvolle Zeit steht noch vor uns. Wir merken allerhand vom Kriege, viel durchmarschierende Truppen, Flugzeuge, deutsche und feindliche, Flakfeuer. Bei günstigem Wind hören wir auch das Artilleriefeuer der Westfront.«¹⁰ Adenauers Korrespondenz in der Kriegszeit enthielt – vermutlich aus Sicherheitsgründen – keinerlei Bemerkungen zur NS-Politik gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Ländern, zu denen auch Polen gehörte. Adenauer wusste allerdings von den Morden und Grausamkeiten, die seine Landsleute dort begingen. In den Nachkriegsjahren äußerte er sich mehrfach zu diesem Thema. Es lohnt sich, aus einem Brief Adenauers an Pastor Bernhard Custodis vom 23. Februar 1946 zu zitieren, in dem er von der Verantwortung der Deutschen, auch des deutschen Klerus, für die Verbrechen der Kriegszeit schreibt. »Im übrigen hat man aber auch gewusst – wenn man auch die Vorgänge in den Lagern nicht in ihrem ganzen Ausmaße gekannt hat –, dass die persönliche Freiheit, alle Rechtsgrundsätze, mit Füßen getreten wurden, dass in den Konzentrationslagern große Grausamkeiten verübt wurden, dass die Gestapo, unsere SS und zum Teil auch unsere Truppen in Polen und Russland mit beispiellosen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung vorgingen. Die Judenpogrome 1933 und 1938 geschahen in aller Öffentlichkeit. Die Geiselmorde in Frankreich wurden von uns offiziell bekannt gegeben. Man kann also wirklich nicht behaupten, dass die Öffentlichkeit nicht gewusst habe, dass die nationalsozialistische Regierung und Heeresleitung ständig aus Grundsatz gegen das Naturrecht, gegen die Haager Konvention und gegen die einfachsten Gebote der Menschlichkeit verstießen.«¹¹ Die Wiedergutmachung für die vom Dritten Reich unterdrückten Völker wurde in den folgenden Jahren zu einem der Ziele von Adenauers Politik, obwohl wir hier eine gewisse, für die Polen schmerzliche Asymmetrie beobachten können: Während es bereits zu Anfang der fünfziger Jahre zu Entschädigungszahlungen für die jüdische Bevölkerung kam, blieben die polnischen Opfer des NS-Terrors lange Jahre ausgeschlossen. Dies

10 Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer im Dritten Reich*, Berlin 1991, S. 353f.

11 Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer. Briefe 1945–1947* (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1983, S. 172.

befraf auch die Polen, die nach dem Krieg in der Bundesrepublik blieben und die während des Krieges Repressionen ausgesetzt gewesen waren. Vergeblich bemühten sie sich in den fünfziger Jahren um eine Entschädigung.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 nahm die Gestapo Adenauer fest und inhaftierte ihn in einem Arbeitslager in Köln-Deutz. Adenauer, der selbst nicht aktiv an der deutschen Widerstandsbewegung teilnahm, aber Kontakte zu verschiedenen Beteiligten unterhielt,¹² wurde im Zuge der Aktion Gewitter – wie Hunderte andere ehemalige Abgeordnete der Weimarer Parteien oder Gewerkschaftsführer verhaftet.¹³ In diesem Lager befanden sich auch Kriegsgefangene verschiedener Nationalität, u.a. Polen. Adenauer lernte dort polnische Offiziere kennen, betete mit ihnen in heimlich organisierten Messen. Jahre später erinnerte er sich, dass »die inhaftierten polnischen Offiziere sich mir gegenüber außerordentlich zuvorkommend benahmen.«¹⁴ Der künftige Kanzler bewunderte ihre katholische Frömmigkeit, ihre tadellose Haltung. Die polnischen Gefangenen wiederum notierten in ihren Erinnerungen über diese Zeit, dass Adenauer ihre Delegation empfing und allen polnischen Gefangenen wünschte, sie mögen in ihre Heimat zurückkehren können.¹⁵ Adenauer kam auch noch viele Jahre später immer wieder auf seine damaligen Erlebnisse und Beobachtungen zurück.¹⁶

Sicherlich konnte Adenauer aus diesen zufälligen und sporadischen Gesprächen nicht allzu viel über Polen erfahren. Dennoch müssen sie sein Polenbild auf die eine oder andere Weise geprägt haben. Erinnern wir uns daran, dass Adenauer auch mit Vertretern anderer Nationen vor 1945 keine intensiveren Kontakte hatte. Er unternahm keine Auslandsreisen, allerdings fühlte er sich als Rheinländer in »westeuropäischer« Atmosphäre wohler. Dabei muss jedoch betont werden, dass seine Einstellung zu Polen nicht von nationalistischen Überzeugungen geprägt war, wie sie für andere deutsche Politiker dieser Zeit charakteristisch waren. In dieser Zeit waren die deutsch-polnischen Be-

12 Adenauer nahm nicht aktiv am Widerstand teil, beteiligte sich auch nicht an den Planungen zum Attentat auf Hitler. »Ich habe nur immer den einen Wunsch und die eine Hoffnung gehabt«, sagte er 1962 im Gespräch mit D. Schorr, »daß die Welt erlöst würde vom Nationalsozialismus.« Dass Adenauer nicht in der Opposition aktiv war, lässt sich einerseits mit seiner großen Vorsicht und Furcht um das Schicksal seiner engsten Angehörigen und andererseits mit seinem Zweifel am Erfolg des Widerstands erklären. Dennoch bezogen verschiedene Widerstandsgruppen Adenauer in ihre Pläne ein. Ein Beispiel ist eine Notiz Paul York von Wartenburgs, eines Mitglieds des »Kreisaer Kreises«, vom 9. August 1943, laut der Adenauer, nach dem Sturz des Hitler-Regimes, als Landeshauptmann der Region Mittelrhein vorgesehen war. H. P. MENSING (wie Anm. 10), S. 17, S. 384–386, 393.

13 Vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 21990, S. 259–268.

14 H. P. MENSING (wie Anm. 10), S. 414f.

15 Vgl. die Aussagen von Mirosław Wierzbicki und Mirosław Zawodny, EBD. S. 415.

16 Vgl. Adenauers Rundfunkansprache zum 20. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs; Konrad ADENAUER, *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, Stuttgart 1975, S. 406.

ziehungen für Adenauer nicht von erstrangiger Bedeutung, waren sie doch von seiner Alltagsarbeit recht weit entfernt. Er war daher nicht gezwungen, in Bezug auf Polen ein Programm, eine ganzheitliche Vision auszubilden. Dies änderte sich freilich 1945.

Die Situation Nachkriegsdeutschland war fatal. In Besatzungszonen aufgeteilt, hatten die Menschen mit zahlreichen Problemen im Alltagsleben zu kämpfen. Die Lage verschlechterte sich noch durch den ununterbrochenen Zustrom von vertriebenen Deutschen aus Mittelosteuropa, die infolge der Grenzverschiebungen der Nachkriegszeit gezwungen wurden, ihre Wohnorte zu verlassen. Sie nahmen bald einen beträchtlichen Einfluss auf die deutsche Ostpolitik. Anlass zur Besorgnis gab auch die Deutschlandpolitik der Sowjetunion, die bestrebt war, ihre Einflussosphäre soweit wie möglich auszudehnen. Adenauer registrierte diese Entwicklung sehr aufmerksam. Seiner Meinung nach hielt die UdSSR kontinuierlich an ihrer Expansionspolitik fest. Im Ostteil Deutschlands, in Polen, Ungarn, einem Teil Österreichs und auf dem Balkan hatte sie ihren Einfluss bereits etabliert und sicherte ihn weiter ab, indem sie neue politische und wirtschaftliche Verhältnisse schuf. Die Folge war die Entstehung zweier »Europas«. Die Prognose in Bezug auf die Situation in Europa, die Adenauer Ende 1945 formulierte, sollte sich bereits innerhalb weniger Jahre bewahrheiten. Die einzige Chance für den Westteil Deutschlands, nicht in die sowjetische Sphäre eingesogen zu werden, bestand für Adenauer in einer möglichst engen Zusammenarbeit mit Westeuropa.

Adenauers Rückkehr in das Amt des Kölner Oberbürgermeisters 1945 blieb infolge eines Konfliktes mit den Briten nur eine kurze Episode. Als Adenauer das Rathaus verließ, bedeutete dies jedoch keineswegs das Ende seiner Karriere, sondern vielmehr den Anfang einer phänomenalen Entwicklung. Adenauer, der an der Gründung der CDU in der britischen Zone beteiligt war, erhielt nun endlich Gelegenheit, sein tatsächliches politisches Format zu demonstrieren und die lokale politische Szene zugunsten der nationalen und bald auch internationalen Bühne zu verlassen. Eines der Probleme, mit denen er sich vor 1949 befasste, war die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße. Zu den Faktoren, die die deutsch-polnischen Beziehungen bereits vor 1939 belastet hatten, kamen nun nicht nur die Kriegserfahrungen hinzu, sondern auch die Entscheidungen der Großmächte über Deutschlands Grenzen. Eine solche Ausgangslage, zu der noch der Antagonismus der politischen Systeme in Polen und der Bundesrepublik hinzu kam, verhiess für die Zukunft nichts Gutes. Adenauer formulierte seinen Standpunkt in dieser Frage in einem Brief an Adolf Kaschny vom 7. Januar 1947: »Kein Angehöriger der CDU werde m.E. einen Friedensvertrag unterschreiben, der die Oder-Neiße-Linie enthalte. Was die fernere Zukunft bringen wird, das steht ganz dahin. Kein Mensch kann es wissen. Uns bleibt nur eins übrig: alles zu tun, was in unseren

Kräften steht, um die gesunden und wertvollen Eigenschaften unseres Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln.«¹⁷ Das Programm schien also klar zu sein – die Dauerhaftigkeit der polnischen Verwaltung in diesen Gebieten abzulehnen und sich ansonsten auf die Stärkung der deutschen Gesellschaft zu konzentrieren. Hier ist zu fragen, ob Adenauer die Bedeutung der Grenzveränderungen für Polen und deren vielfältige soziale Implikationen, die keineswegs geringer waren als im Falle der deutschen Gesellschaft, wirklich verstand.

Die sich verfestigende Teilung Deutschlands beschleunigte die Karriere Adenauers. 1948 übernahm er den Vorsitz des Parlamentarischen Rates, der sich mit der Ausarbeitung einer Verfassung beschäftigte. Nach den Parlamentswahlen am 14. August 1949, die CDU und CSU gewannen, wurde Adenauer am 15. September jenes Jahres zum ersten Kanzler der Bundesrepublik gewählt, jenes Staates, der aus dem Westteil des besetzten Deutschlands entstanden war. Als seine Karriere als Kanzler begann, war Adenauer 73 Jahre alt. Er übte das Amt noch fast vier Wahlperioden lang aus – bis 1963.

Die Entstehung der Bundesrepublik, und darauf der DDR, besiegelte die Teilung Europas und der Welt in zwei sich bekämpfende Blöcke: Den Westen mit den Vereinigten Staaten und den Osten mit der Sowjetunion, zu dem auch das kommunistisch beherrschte Polen gehörte. Wichtigste Ziele in der Außenpolitik der neuen westdeutschen Regierung waren die Revision des Besatzungsstatutes und die Wiedererlangung der Souveränität. Dies war – so Adenauer – nur durch die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten des Westens zu erreichen. Im Laufe der Zeit wurde die prowestliche Politik Adenauers zur Priorität in der Außenpolitik der Bundesrepublik. Adenauer folgte dieser Richtung konsequent, wobei er sogar das Ziel der deutschen Einheit aufgeben hätte, wie seine Kritiker meinten. Der Kalte Krieg, die Bedrohung durch die UdSSR in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre kamen dieser Politik sehr entgegen. Adenauer glaubte an die Kontinuität der Expansionspolitik des Kreml, er war überzeugter Antikommunist und sah in den sowjetischen Vorschlägen lediglich taktische Manöver. Dies erklärt seine konsequente Ablehnung jeglicher Pläne einer Wiedervereinigung Deutschlands unter der Bedingung der Neutralität, die die UdSSR zu Beginn der fünfziger Jahre machte. »Das Ziel Sowjetrusslands sei die Neutralisierung Deutschlands«, sagte Adenauer auf der Sitzung des CDU-Bundesvorstands in Bonn am 13. Juni 1952, »um auf diesem Wege ihre Herrschaft über ganz Europa auszudehnen.«¹⁸ Nach Meinung Adenauers konnte nur ein starker Westblock, de-

17 H. P. MENSING (wie Anm. 11), S. 415.

18 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Quellen und Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 8), Stuttgart ²1986, S. 114.

ren integraler Bestandteil die Bundesrepublik war, sich der Bedrohung seitens der UdSSR entgegenstellen (»Politik der Stärke«). Auf Verständnis und Zustimmung trafen diese Bestrebungen Adenauers bei den Staaten des Westens, die nun mit Erfolg begannen, ihre Vorstellungen einer allmählichen Integration Europas zu verwirklichen – freilich begrenzt auf den westlichen Teil des Kontinents. Adenauer engagierte sich persönlich sehr stark in der Außenpolitik: Nach Einrichtung des Auswärtigen Amtes übernahm er anfangs – von 1951 bis 1955 – selbst den Aufgabenbereich des Außenministers. Auch später behielt Adenauer sich in Fragen der Außenpolitik stets das entscheidende Wort vor, was Ursache zahlreicher Missverständnisse zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt war. Wenn wir die Außenpolitik der Bundesrepublik in dieser Zeit bewerten, bewerten wir zwangsläufig zugleich das Vorgehen Adenauers.

Trotz der erwähnten Prioritäten in der Außenpolitik in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre verlor der Kanzler das Thema Osteuropa, und damit auch das Thema Polen, nicht völlig aus den Augen. Die bloße Existenz der DDR ließ dies nicht zu. Für Adenauer lag der Zusammenhang zwischen Deutschland- und Ostpolitik auf der Hand. Im Laufe der Zeit zeigte sich, dass polnische Themen angesichts der Sachlage keinen eigenständigen Bereich der Außenpolitik bilden konnten. Die Ausstrahlung innenpolitischer Fragen auf die Außenpolitik verkomplizierte die Situation zusätzlich. Die Millionen Vertriebenen, die im neuen Staat integriert werden mussten, ließen es nicht zu, die Grenzfrage zu ignorieren. Rasch wurden erste Gesetze erlassen, die ihre Lage verbessern sollten. Adenauer war sich bewusst, dass diese Gruppe eine gewaltige Gefahr für die Stabilität der neuen Demokratie darstellen konnte. Neben den Gesetzen, die die Integration dieser Gruppe in die Gesellschaft ermöglichen sollten, versuchte er, sie zu gewinnen, indem er die Vertreibung verurteilte, das unveräußerliche Recht dieser Bevölkerung auf Heimat betonte und ihnen die Rückkehr versprach. Adenauer war jedoch kein Träumer: Er war sich bewusst, dass er diese Ziele nur auf friedlichem Wege durch Verhandlungen erreichen konnte, was er in seinen Äußerungen übrigens vielfach wiederholte. Kaum vorstellbar übrigens, dass er an der Macht hätte bleiben können, wenn er sich anders geäußert hätte. Eine der Bedingungen war, größere Entscheidungsfreiheit zu erhalten, so dass diese Frage nicht nur in der Macht der Großmächte lag. Während der Diskussion über den Deutschlandvertrag stimmten die Großmächte der Formulierung in Artikel VII Absatz 1 zu, in dem die Regelung der Grenzfrage einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten blieb. Diese Festlegungen, an denen Adenauer während seiner gesamten Amtszeit festhielt und auf die er sich als Rechtsgrundlage bezog, begrenzten im Ergebnis beträchtlich die Freiheit in der Diskussion mit Polen. Adenauer war Realist – obwohl er die neue Westgrenze Polens ablehnte,

konnte er vor den Veränderungen, die sich im Laufe der Zeit in diesen Gebieten abspielten, nicht die Augen verschließen. Bei den sogenannten »Teegesprächen« mit deutschen und ausländischen Journalisten, die er seit Anfang der fünfziger Jahre regelmäßig abhielt, äußerte er mehrfach die Ansicht, dass die Gebiete östlich von Oder und Lausitzer Neiße für Deutschland verloren seien, und bezweifelte, dass die Vertriebenen jemals in ihre Heimat würden zurückkehren können. »Ich meine auch, dass wir die Frage der Oder-Neiße-Linie«, sagte er in einem Gespräch im Juli 1957, »mal beiseite legen sollten. Das ist eine Frage, die bei dem großen Arrangement gelöst werden muss. Man kann nicht alles wieder zurückdrehen, das halte ich für ausgeschlossen. Die Russen haben die Polen nach Westen gebracht, die Deutschen weiter nach dem Westen. Jetzt kann man nicht die Polen dahin zurückbringen.«¹⁹ Freilich konnte Adenauer sich nicht dazu durchringen, seine private Meinung hierzu in die Sprache politischer Schritte zu übersetzen. Sein »verbaler Revisionismus« ermöglichte es Adenauer nicht nur, die Vertriebenen auf seine Seite zu bringen; er konnte das Problem auch oftmals instrumentalisieren, um größere Vorteile für die Bundesrepublik zu erzielen. Doch nicht nur die Grenzfrage stand der Aufnahme von Beziehungen zu Polen im Wege. Adenauer bemühte sich, zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands, der Befreiung Mitteleuropas vom Kommunismus und der Entspannungs- und Abrüstungspolitik ein Junktim zu kreieren. Er war der Meinung, dass die UdSSR ihre Position in Mitteleuropa nur im Rahmen einer globalen Neuordnung räumen würde; gleichzeitig glaubte er nicht, dass die UdSSR ihr Imperium lange würde halten können. Diese Haltung des Kanzlers war für die weitere Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen von außerordentlicher Bedeutung. Einerseits lehnte Adenauer jegliche Vorschläge der UdSSR zur Lösung der sogenannten deutschen Frage ab (etwa ein wiedervereinigtes, aber neutrales Deutschland), solange die Sowjets auf ihrer Hegemonie über Mitteleuropa beharrten. Dabei verwies er – zur Überraschung der Westmächte – auf den Zusammenhang zwischen der Befreiung Ostdeutschlands und Polens. Andererseits war Adenauer der Meinung, dass allein Moskau den Schlüssel zur Lösung der Probleme Mitteleuropas besäße. Daher lehnte er kategorisch den Versuch ab, die Situation innerhalb des Ostblocks allmählich zu verändern, indem man Kontakte zu den Satellitenstaaten aufnahm. In der zweiten Hälfte der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre war er skeptisch angesichts der Möglichkeit, die Satellitenstaaten von der Vorherrschaft des Kremls zu befreien. Damit lässt sich auch seine Polenpolitik der Jahre 1956/57 – nach dem so genannten »Juni-Aufstand« und dem »Polnischen Oktober« 1956 – erklären, die voller Vorbehalte war. Als er bei einem »Teegespräch« am 24. Oktober 1956 nach seiner

19 »Teegespräch« am 17. Juli 1957, in: Hanns Jürgen KÜSTERS (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche 1955–1958*, Berlin 1986, S. 201f.

Einschätzung der Situation in Polen gefragt wurde, wollte Adenauer sich nicht festlegen, weil »man noch zu wenig unterrichtet ist und weil man die weitere Entwicklung gar nicht überschauen kann.«²⁰ Hierzu ist freilich anzumerken, dass eine solche abwartende Haltung, die jede aktive Politik blockiert, für alle Krisensituationen typisch ist. Auf zwei Aspekte der neuen Lage in Polen wies der Kanzler besonders hin: »Einmal, daß diese Vorfälle nicht einen akuten Anlaß haben, sondern der Ausbruch einer allgemeinen Unzufriedenheit sind, die doch die breitesten Volksmassen dort erfüllt, eine Unzufriedenheit mit dem sowjetrussischen Vasallentum, das die Satellitenstaaten ja nun einmal zur Zeit ertragen. Und das Zweite ist, daß eben deswegen Sowjetrußland, glaube ich, sich mit dem Gedanken vertraut machen muß, daß es in den Vasallenvölkern in den Satellitenstaaten nicht mehr absolut zuverlässige Werkzeuge hat.«²¹ Er mahnte jedoch zur Vorsicht, um die Lage der neuen polnischen Regierung nicht zu verkomplizieren. Seine Haltung gegenüber der neuen Warschauer Regierung verdeutlicht ein Gespräch Adenauers mit Journalisten am 17. Juli 1957. Auf eine Frage des amerikanischen Journalisten Korry – »Warum haben die Bundesrepublik und die Westeuropäische Union keine positiven wirtschaftlichen Schritte unternommen, um in Polen eine größere Freiheit zu fördern und zu unterstützen?« – antwortete Adenauer mit einer Gegenfrage: »Warum hat die UNO nicht den Freiheitskampf der Ungarn mehr unterstützt? Ich meine, der Widerhall, den der Freiheitskampf der Ungarn in der Welt gefunden hat, in der großen Welt, ist nicht sehr ermutigend für die Polen gewesen. Und bei allem, was wir tun, leitet uns die Rücksichtnahme ... auf Gomulka, damit Gomulka nicht Moskau verdächtig wird. Deswegen sind wir sehr vorsichtig.«²² In einem anderen Gespräch Anfang August 1957 sagte er: »Wir müssen da sehr vorsichtig sein. Wir dürfen Gomulka nicht gefährden. Es darf nicht dazu kommen, daß in Polen etwas Ähnliches passiert wie in Ungarn. Wir würden diplomatische Beziehungen mit Polen erst dann anknüpfen, wenn die Polen, Gomulka selbst der Auffassung ist, es schade ihnen nicht.«²³ Man könnte weitere, ähnliche Äußerungen aus dieser Zeit aufzählen. Diese übertrieben scheinende Vorsicht kann man nur als eine Art Rückversicherung interpretieren. Zugleich belegen diese Äußerungen, dass Adenauer die Mechanismen hinter der Entwicklung in Polen nicht verstand.

Mit Beginn der Entstalinisierung in der UdSSR und den Ländern Mittelosteuropas, darunter auch Polen, sowie den ersten Anzeichen des »Tauwetters« in den Ost-West-Beziehungen wurde die Frage nach der Aufnahme von Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR bzw. ihren Satelliten-

20 EBD. S. 153.

21 EBD.

22 EBD. S. 201.

23 EBD. S. 217.

staaten erneut aktuell. Die passive Haltung beider Seiten, die sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges durchaus hatte begründen lassen, erwies sich nun, unter den veränderten Umständen, immer mehr als unzureichend. Den ersten Schritt in Richtung einer Aufnahme von Beziehungen unternahm freilich die polnische Regierung, die bereits Anfang 1955 ihre Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik erklärte.²⁴ Die Bundesregierung – d.h. Adenauer – ignorierten diesen Vorschlag, wobei der stalinistische Hintergrund der polnischen Regierungsmannschaft als Begründung diente. In der zweiten Jahreshälfte 1955 entschloss sich der Kanzler, Beziehungen zur UdSSR aufzunehmen, die im Gegenzug Zugeständnisse in Einzelfragen machte, u.a. bei der Entlassung gefangener deutscher Zivilisten und Soldaten. Dieser Schritt erwies sich als voller Erfolg für Adenauer, war jedoch keineswegs Vorbote eines Umbruchs: Noch im selben Jahr wurde die so genannte Hallstein-Doktrin formuliert, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sowjetischen Satellitenstaaten beträchtlich erschwerte. Diese Doktrin war ein Symptom für die fehlende Bereitschaft Bonns, in den Beziehungen mit dem Osten aus der Sackgasse auszubrechen.²⁵ Die »Selbstfesselung der Außenpolitik«, um eine Formulierung von Dieter Bingen zu gebrauchen, wurde immer sichtbarer. Auch stellt sich die Frage, ob es konkrete Notwendigkeiten gab, die Bonn in Richtung einer Lösung der »polnischen Frage« gedrängt hätten: Für die Aufnahme von Wirtschaftskontakten war eine solche Lösung offensichtlich nicht erforderlich, ebenso wenig für eine Wiederaufnahme der Familienzusammenführung, d.h. der Ausreise von Deutschen aus Polen. Doch die Folgen des 20. Parteitags der KPdSU, der Posener Arbeiteraufstand und der »Polnische Oktober«, sowie die beträchtliche Liberalisierung in Polen, die sich u.a. in einer Öffnung zum Westen äußerte, gaben Anlass, über eine Regelung der (west-)deutsch-polnischen Beziehungen neu nachzudenken. In der Bundesrepublik erfuhr man damals mehr über Polen, die Handelsbeziehungen belebten sich, und nach Polen fuhren nicht mehr nur deutsche Journalisten, sondern auch Privatpersonen. Einige dieser Reisenden beschrieben dem Kanzler ihre Eindrücke in Briefen; es lohnt sich, aus einem dieser Briefe zu zitieren: »Seit Wladyslaw Gomulkas Regierungsantritt in Polen hat sich sehr viel gebessert. Die römisch-katholische Kirche und auch die Bevölkerung haben weitestgehende Freiheit erhalten, man hofft jedoch, daß es noch besser werden wird. Heute braucht in Polen keiner mehr zu hun-

24 Vgl. Beschluss des Staatsrates der Volksrepublik Polen über die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Polen und Deutschland, Warschau, 18. 02. 1955, in: H.-A. JACOBSEN/M. TOMALA (wie Anm. 2), S. 78–79. In diesem Beschluss war zu lesen, dass »die Volksrepublik Polen bestrebt ist, friedliche und gutnachbarliche Beziehungen mit dem ganzen deutschen Volk auf der Grundlage der Friedensgrenze an Oder und der Lausitzer Neiße herzustellen«.

25 Werner KILIAN, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973*, Berlin 2001.

gern. Nur Textilien sind sehr knapp, nicht von besonderer Qualität und sehr teuer.«²⁶ Bereits Ende 1956 fanden erste Touristenfahrten nach Polen statt, an denen v.a. »Vertriebene« aus den von Polen annektierten Gebieten teilnahmen. In jenen Monaten wurde Polen in der Bundesrepublik beinahe schon zu einem »Modeland«; in bundesdeutschen Zeitungen waren zahlreiche Reiseberichte aus Polen zu finden. 1957 akkreditierten die größten bundesdeutschen Tageszeitungen Korrespondenten in Warschau, etwa Hansjakob Stehle für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und Joachim Steinmayr für die Süddeutsche Zeitung. Sie wurden im Laufe der Zeit zu Vermittlern zwischen der polnischen und der bundesdeutschen Regierung. Eine bisher noch brachliegende Quelle sind die Protokolle von Gesprächen mit diesen Journalisten, die im Archiv des Warschauer Außenministeriums lagern.

Ende 1956 begannen erste Sondierungsgespräche über eine Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen, wobei diesmal die Initiative von deutscher Seite ausging. Erstmals spielte dabei das Thema Wirtschaftsbeziehungen eine Rolle. Die Gespräche wurden teilweise in den Hauptstädten der Westmächte (Washington, Paris, Belgrad) geführt, teilweise sandte die deutsche Seite Emissäre nach Polen, meist Journalisten, die die polnische Regierung über den deutschen Standpunkt unterrichteten. Auf eines dieser Gespräche, von dem bekannt ist, dass es mit Wissen Adenauers stattfand, möchte ich ausführlicher eingehen. Am 18. Dezember 1956 nahm ein Angehöriger der jugoslawischen Botschaft in Washington, F. Promożicz, Kontakt mit dem polnischen Diplomaten H. Jaroszek auf und schlug ihm ein Treffen mit A. von Kessel vor, einem Beauftragten der deutschen Botschaft, der ihn gebeten hatte, ein solches Treffen zu arrangieren. Warschau signalisierte sein Einverständnis, einen Monat später fand das Treffen im Hause Promożicz statt.²⁷ Von Kessel versicherte, dass seine Regierung sich sehr für die Entwicklung in Polen interessiere, und betonte, er habe mit dem Kanzler über dieses Thema gesprochen. Zwar nehme die Bundesrepublik lebhaft Anteil an den Veränderung in Polen nach 1956, sie wolle jedoch keinesfalls Einfluss auf die Innenpolitik Polens nehmen. Er betonte, im Namen der Regierung zu sprechen, und erklärte, dass die Zeit für eine Verbesserung der Beziehungen und eine Annäherung zwischen beiden Ländern nunmehr reif sei. In seiner Antwort erläuterte Jaroszek die Haltung der polnischen Regierung zur Aufnahme politischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen. Er betonte, die

26 Paul Kowalski berichtet von der Haltung der Deutschen in Polen und fordert Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Brief vom 24.09.1957, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Best. 10. 25–48.

27 Vgl. Notatka z rozmowy H. Jaroszka z ministrem do spraw politycznych ambasady RFN, Albrechtem von Kesselem. Waszyngton, 19.01.1957, A MSZ Departament IV Niemcy, 23/35/4.

polnische Regierung habe wiederholt ihre Bereitschaft zur Lösung dieses Problems erklärt. Er sprach auch die Frage der Remilitarisierung der Bundesrepublik an; von Kessel ging auf dieses Thema jedoch nicht ein. Stattdessen schlug er eine Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an Polen vor. »Von Kessel betonte«, so Jaroszek in seinem Bericht, »dass die Annahme des Vorschlags durch die polnische Regierung die Bedingungen für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen schaffen würde, indem sie die öffentliche Meinung darauf vorbereite. Sie würde auch zum Abbau antideutscher Vorurteile in Polen beitragen und ein für die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten geeignetes Klima schaffen.«²⁸ Von Kessel erwähnte eine Reihe von Schwierigkeiten, die – trotz der grundsätzlich positiven Einstellung Adenauers und seiner Regierung zur Aufnahme von Beziehungen zu Polen – eine sofortige Aufnahme von Bemühungen in dieser Richtung verhinderten. Das größte Problem sei der Bundestagswahlkampf: Die Aufnahme von Beziehungen noch vor den Wahlen könne von der Opposition als Wahlkampfmanöver betrachtet werden und der Regierung erhebliche Schwierigkeiten bereiten, v.a. von seiten der Vertriebenen-Organisationen. Weiterhin stand die Hallstein-Doktrin im Wege: Danach wurden mit Staaten, die die DDR anerkannten, grundsätzlich keine Beziehungen aufgenommen – mit Ausnahme der UdSSR, die als Besatzungsmacht einen Sonderstatus hatte. Nach Meinung von Kessels würde es nach den Wahlen leichter sein, von diesem Prinzip abzuweichen. Und schließlich wolle die Bundesregierung auch nicht den Eindruck erwecken, sie zeige eine übertriebene Kooperationsbereitschaft, um der neuen polnischen Führung die Arbeit nicht zu erschweren: »Schon jetzt«, so von Kessel, »haben wir Schwierigkeiten, Ihre Freunde [die UdSSR], von der Notwendigkeit engerer Beziehungen zwischen uns und Polen zu überzeugen.«²⁹ Nach den Wahlen – so von Kessel – würde sich diese ungünstige Situation verändern; er sei überzeugt, dass man in 12 bis 18 Monaten diplomatische Beziehungen mit Polen aufnehmen könnte. Das Grenzproblem erwähnte von Kessel nicht. Zusammenfassend schrieb Jaroszek in seinem Bericht über das Gespräch: »Der Vorschlag soll Adenauer einerseits politische Vorteile in den Wahlen bringen, andererseits ist er zweifellos mit weitreichenden deutsch-amerikanischen Plänen und Kalkülen in Bezug auf uns verbunden. Es scheint, dass er unter diesem Aspekt geprüft werden sollte.«³⁰ Von Kessel seinerseits informierte Außenminister von Brentano über das Ergebnis seiner Gespräche und bat um weitere Anweisungen. Ob es zu weiteren Treffen kam und welchen Inhalt sie hatten, wissen wir nicht. Allerdings wurde das Thema, diplomatische Beziehungen zu Polen, während Adenauers USA-Besuch im Mai 1957 erörtert, was

28 EBD.

29 EBD.

30 EBD.

darauf hindeutet, dass weitere Gespräche stattgefunden hatten.³¹ Von Brentano, der den Kanzler auf seiner USA-Reise begleitete, wies von Kessel an, die polnische Botschaft zu informieren, dass die Bundesrepublik das Thema diplomatische Beziehungen unmittelbar nach den Wahlen wieder aufgreifen werde.³² Dass deutsche Regierungskreise zu Gesprächen mit Polen bereit waren, belegt auch eine Empfehlung des Auswärtigen Amts, die Vertreter der Bundesrepublik zu Gesprächen mit polnischen Politikern und Diplomaten ermutigte. Kurz nach seinem Wahlsieg bekundete Adenauer in einem Fernsehinterview Interesse an einer deutsch-polnischen Annäherung durch eine Intensivierung der Handelsbeziehungen. Zudem beauftragte er den Außenminister, ein neues Konzept zur Ostpolitik zu erarbeiten und dem neuen Kabinett vorzulegen. »Dann ist auch die Frage zu entscheiden«, sagte Adenauer am 26. September 1957 vor Journalisten, »ob man ausschließlich mit Polen in ein diplomatisches Verhältnis kommen soll oder auch mit den anderen Satellitenstaaten.«³³ Auf die Frage eines Journalisten, ob er die Frage der Oder-Neiße-Grenze für nicht mehr aktuell halte, erwiderte Adenauer kurz: »Kann man ja ausklammern.«³⁴

Alles deutete also darauf hin, dass für die Aufnahme von Beziehungen zu Polen reale Chancen bestanden – dennoch sollte es nicht dazu kommen. Welche Ereignisse verhinderten eine Verwirklichung dieser Absichten? Bereits Ende August 1957 wurde bekannt, dass Jugoslawien bereit sei, die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Eine entsprechende Vereinbarung sollte während des nächsten Besuchs einer polnischen Partei- und Regierungsdelegation in Belgrad getroffen werden. Damit trat zum ersten Mal eine Situation ein, in der sich die Bundesrepublik entscheiden musste, ob sie die Hallstein-Doktrin anwendet oder ignoriert – womit sie signalisiert hätte, dass die bisherigen Grundlagen ihrer Außenpolitik einer grundsätzlichen Revision unterzogen würden. Auf eine solche Kehrtwende setzte u.a. der deutsche Botschafter in Jugoslawien, Karl Georg Pfeleiderer, der eine Annäherung an Polen energisch unterstützte. Adenauer entschied sich jedoch dagegen: Am 19. Oktober 1957 brach die Bundesrepublik ihre diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ab. Das Fundament der vermeintlichen neuen Ostpolitik hatte sich als sehr fragil erwiesen.

Bedeutete dies, dass es aus Adenauers Sicht noch zu früh war für einen Wandel? Auch die Opposition kritisierte übrigens die Entscheidung der

31 Vgl. Brief von Brentano an Adenauer vom 16. Mai 1957, in: Arnulf BARING, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964*, Hamburg 1974, S. 211.

32 EBD. S. 193f.

33 H.J. KÜSTERS (wie Anm. 19), S. 233.

34 EBD.

Regierung. »Nach Meinung westdeutscher Politiker und Journalisten«, berichtete der Presseattache der polnischen Militärmission in Berlin, Raczkowski, am 11. Dezember 1957 nach einem Gespräch mit Hansjakob Stehle, »tragen das Außenministerium, und insbesondere Leute wie Grewe und Hallstein (auch Brentano, weil letzten Endes immer alles auf die Meinung dieser beiden hinausläuft), die Hauptschuld am Abbruch der Beziehungen mit Jugoslawien und das Fiasko der ganzen Ostpolitik der Bundesrepublik. Diese Leute wirken bremsend und verzögernd auf die Aufnahme von Beziehungen mit Polen ein. Stehle erwähnte ein Grundsatzgespräch, das Pfeleiderer (kurz vor seinem Tode) mit Hallstein führte. Pfeleiderer verlangte vor dem Abbruch der Beziehungen mit Jugoslawien die sofortige Aufnahme von Beziehungen mit Polen, worauf Hallstein erwiderte: Ausgangspunkt unserer Gespräche mit Polen sind die Grenzen von 1937.«³⁵ Auch Adenauer muss dieser Meinung gewesen sein. Freilich behauptete Stehle, dass Adenauer die Aufnahme von Beziehungen zu Polen dennoch weiterhin befürworte. Ein weiteres Ereignis, das möglicherweise dazu beitrug, dass die Pläne zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen verworfen wurden, war der Plan einer atomwaffenfreien Zone, zu der auch die Bundesrepublik gehören sollte, den der polnische Außenminister Adam Rapacki Anfang Oktober 1957 in der UN-Vollversammlung vorstellte. Adenauer betrachtete den Plan des polnischen Außenministers als einen weiteren Versuch der UdSSR, die Bundesrepublik zur Anerkennung der DDR zu bewegen und Deutschland zu neutralisieren, was er bekanntlich vehement ablehnte. Dennoch überrascht es, dass er diesem Vorschlag so wenig Aufmerksamkeit schenkte: Er hätte seinerzeit durchaus erkennen können, dass es sich um einen Versuch Polens handelte, etwas mehr Handlungsfreiheit in der internationalen Arena zu erlangen. Dies bestätigen die späteren Versionen des Rapacki-Plans, die die deutsch-deutsche Sonderproblematik berücksichtigten und eine Plattform für Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Polen offerierten, ohne dass dazu die DDR hätte anerkannt werden müssen. Doch auch diese Vorschläge lehnte der Kanzler ab.

Hier stellt sich eine Reihe von Fragen: Fühlte Adenauer sich womöglich in gewisser Weise durch diese rasche Entwicklung der Lage überfordert? Verbargen sich hinter den Erklärungen des Kanzlers gegenüber Polen tatsächliche Schritte? Welchen Einfluss hatte die Unterstützung der oppositionellen SPD für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen, die zur Einrichtung eines Sonderausschusses zur Prüfung dieser Frage führte, sowie für den Rapacki-Plan auf die Entscheidungen des Kanzlers? Anfang Juni 1958 informierte Joachim Steinmayr J. Czyrek, Abteilungsleiter im polnischen Außen-

³⁵ Vgl. Wyciąg z notatki z rozmowy attache prasowego Misji Wojskowej PRL w Berlinie tow. Raczkowskiego z dr. Hansjakobem Stehle, redaktorem FAZ, Warszawa, 11 grudnia 1957, A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/106/13.

ministerium, dass »sich in Bonn ganz Adenauers These durchgesetzt hat, wonach für die BRD nur ein Gesprächspartner im Osten existiert – die UdSSR. Daher ist die Frage der Aufnahme von Beziehungen zu Polen und anderen sozialistischen Ländern immer weniger aktuell und hört auf, Gegenstand des Interesses der Regierungskreise der BRD zu sein«, so Steinmayr. »Zwar soll der außenpolitische Ausschuss des Bundestags demnächst einen Antrag der Opposition zur Normalisierung der Beziehungen mit Polen erörtern, aber einem eventuellen Beschluss des Ausschusses wird keine größere Bedeutung beigemessen.«³⁶ Nachdem Adenauer also einem zaghaften Schritt in Richtung Polen zugestimmt hatte, zog er sich schnell wieder zurück. Dahinter steckte wahrscheinlich der Grundsatz, dass sämtliche bundesdeutschen Initiativen ohnehin nur Sondierungscharakter hätten und allenfalls den wirtschaftlichen Austausch fördern könnten.

Die ablehnende Haltung der Bundesrepublik angesichts des Rapacki-Planes verstärkte in Polen die bereits seit einigen Monaten laufende intensive Propaganda gegen Adenauer. Dabei lieferte die Annahme der Ehrenritterwürde des Deutschen Ordens durch den Kanzler im März 1958 den polnischen Kommunisten ein ausgezeichnetes Propagandaargument. Angesichts dessen kann man durchaus die These aufstellen, dass Adenauer, obwohl er zeitweise Interesse für polnische Fragen zeigte, die polnische Spezifik im Grunde nicht verstand. Aufgrund der schlechten Quellenlage ist schwer zu beurteilen, ob den Kanzler Informationen über das polnische Echo auf seine Annahme der Ehrenritterwürde erreichten. Man darf jedoch davon ausgehen, dass die polnische Reaktion ihn auch nicht sonderlich interessierte, zumal das Projekt, offizielle Beziehungen aufzunehmen, immer unrealistischer wurde. Davon überzeugte sich Stanisław Stomma 1958 auf einer Reise durch die Bundesrepublik: Der polnische Parlamentarier, ein unabhängiger Katholik, wäre geradezu ein »Traumpartner« für inoffizielle Gespräche gewesen, falls Bonn solche gewünscht hätte. Diese Hoffnung hatte übrigens nicht nur Stomma, sondern auch die Warschauer Regierung. Das Interesse an dem Gast aus Polen war jedoch gering. Immerhin kam es zu einer längeren Unterredung mit Bundesaußenminister Heinrich von Brentano und zu einem Gespräch mit Staatssekretär Hans Globke im Kanzleramt.³⁷

Der Ausbruch der zweiten Berlin-Krise begrub dann endgültig alle diesbezüglichen Hoffnungen – lieferte sie Adenauer doch einen weiteren Beweis, dass die Politik der Satellitenstaaten vollkommen vom Krenl kontrolliert wur-

36 Vgl. Notatka z rozmowy z naczelnika wydziału MSZ J. Czyrka z korespondentem »Süddeutsche Zeitung« J. Steinmayrem (10 czerwca 1958), A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/107/13.

37 Vgl. Wolfgang PAILER, *Stanislaw Stomma. Nestor der polnisch-deutschen Aussöhnung*, Bonn 1995, S. 75–82.

de. In dieser Phase begann auch Polen, seine Haltung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik zu revidieren. Bisher war man bereit gewesen, ohne jegliche Vorbedingungen Beziehungen aufzunehmen, d.h. man akzeptierte den abweichenden Standpunkt der Bundesrepublik in der Grenzfrage. Inzwischen jedoch konnte von einer Aufnahme von Beziehungen ohne Vorbedingungen keine Rede mehr sein. Gomułkas antideutsche Überzeugung verfestigte sich durch Adenauers Passivität endgültig.

Ende der fünfziger Jahre tauchte in diesem komplexen internationalen Spiel ein weiterer Faktor auf – die Haltung der Westmächte zur Oder-Neiße-Grenze begann sich zu verändern. Im März 1959 wurde Adenauer unangenehm von Charles de Gaulle überrascht, als dieser erklärte, er könne sich eine deutsche Wiedervereinigung ohne vorherige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht vorstellen. Nach einer Intervention des Kanzlers verzichtete de Gaulle auf eine weitere Erörterung des Themas, aber das Signal war eindeutig. Eine ähnliche Haltung nahmen die Amerikaner in der Grenzfrage ein; sie versicherten den Polen, »auch in Zukunft« den polnischen Standpunkt in der Grenzfrage zu unterstützen. Zwar waren dies nur verbale Anzeichen einer neuen Haltung, doch ihre Häufigkeit war kein Zufall. Gegen Ende der fünfziger Jahre suchten die Westmächte, und v.a. die USA, immer öfter nach Möglichkeiten zu einem Dialog mit der UdSSR und deren Satelliten, um ernsthafte Konflikte zu vermeiden. Dieser neuen Politik des Westens musste sich, wenn auch widerwillig, auch Adenauer unterordnen. Seit der zweiten Jahreshälfte 1959 ließen sich wieder vermehrt Bemühungen Adenauers um einen Dialog mit Polen beobachten. Offensichtlich sollte die Rundfunkansprache des Kanzlers zum zwanzigsten Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs ein Signal für den neuen Kurs sein. Erwähnenswert ist, dass Adenauer nicht den vom Auswärtigen Amt vorbereiteten Text verlas, sondern die Ansprache selbst verfasste. Doch statt des erhofften Effekts ertete der Kanzler in Polen nur Kritik. Besonders scharf reagierte der polnische Premier Józef Cyrankiewicz auf die Ansprache.³⁸ Es musste so kommen – so hatte der Kanzler u.a. gesagt: »Ein besonderes Wort aber muss heute dem Volke gelten, das durch den Einfall der Truppen Hitler-Deutschlands *und der Sowjetunion* das erste Opfer des Kriegs geworden ist.«³⁹ Hinzugefügt sei, dass die Wochenzeitschrift *Polityka* die Rede Adenauers wenige Tage später komplett abdruckte, einschließlich der zitierten Passage.⁴⁰

38 Aus der Rede des Ministerpräsidenten in Warschau, 1. September 1959, in: H.-A. JACOBSEN/M. TOMALA (wie Anm. 2), S. 95–97.

39 Rundfunkansprache von Bundeskanzler K. Adenauer zum 1.09.1939, Bonn am 31.08.1959, in: EBD. S. 94f.; Hervorhebung d. Autors.

40 Jak kanclerz RFN uczcił dwudziestą rocznicę Września, in: *Polityka*, Nr. 36 vom 05.10.1959, S. 10.

Adenauer hatte damit ein Tabuthema angesprochen – die Mitverantwortung der UdSSR für die Niederlage Polens im September 1939 – und dies musste die Haltung der kommunistischen polnischen Regierung zwangsläufig verhärten. Auch der Botschafter der Bundesrepublik in der UdSSR, Hans Kroll, war nicht mit Adenauers Ansprache zufrieden und äußerte dies im Gespräch mit dem polnischen Botschaftsrat Korolczyk. Dieser notierte nach dem Gespräch: »Kroll ist nicht mit der Passage in Adenauers Ansprache an das polnische Volk vom 1. September einverstanden, in der er von der Rolle der UdSSR im September 1939 spricht. Dieser Teil der Ansprache war völlig überflüssig, besonders jetzt, da ›das Eis schmilzt‹. Kroll informierte den Kanzler umgehend über seine negative Beurteilung. Unglücklich war auch der Zeitpunkt, zu dem Adenauers Rede gehalten wurde. Auf keinen Fall hätte man dies aus Anlass des Jahrestages des September machen dürfen.«⁴¹ Kroll merkte jedoch an, dass die Rede Cyrankiewicz zu scharf gewesen sei und eine Neuaufgabe der deutsch-polnischen Gespräche verhindert habe. »Kroll unterstrich nachdrücklich«, so Korolczyk weiter, »dass Adenauer den Polen die Hand reichen will, aber in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, die nicht die wichtigste ist, muss Adenauer vorsichtig vorgehen, weil er viele Gegner hat, und die öffentliche Meinung in der BRD in dieser Frage ebenfalls gespalten ist.«⁴² Anzumerken ist, dass sich Ende der fünfziger Jahre in der Einstellung der deutschen Gesellschaft zur Normalisierung der Beziehungen mit Polen eine Veränderung beobachten lässt, wie Umfragen vom September 1959 belegen.⁴³ Auf die Frage »Sind Sie der Meinung, dass wir uns stärker als bisher um freundschaftliche Beziehungen zu Polen bemühen sollten?« antworteten 66 % der Befragten mit Ja, nur 12 % waren dagegen und 22 % hatten keine Meinung. Von den Personen, die wenigstens einmal in Polen waren, antworteten sogar 77 % mit Ja. Auf die Frage »Wären Sie dafür oder dagegen, wenn wir jetzt diplomatische Beziehungen mit Polen aufnähmen?« antworteten 59 % der Befragten mit »dafür«, 11 % »dagegen« und 30 % waren unentschieden. Interessant ist, dass über die Hälfte der Vertriebenen (57 %) bereit war, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen. Dies war ein deutliches Signal an die Regierenden, die sich beim Thema Kontakte mit Polen nicht selten auf die Sensibilität der Gesellschaft beriefen. Ob Adenauer diese Daten kannte? Es ist bekannt, dass er alle Meinungsumfragen genau studierte. Vielleicht war die Erklärung des Kanzlers vom 17. Oktober 1959, man müsse für den von Hitler provozierten Krieg bezahlen, eine Folge dieser Studien. K. Kowalczyk, der mit dem bundesdeutschen Botschaftsrat Knocke über diese Äußerung

41 Notatka z rozmowy ambasadorem RFN w Moskwie, Krollem, Moskwa, 6 października 1959 r., A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/109/14.

42 EBD.

43 Pressearchiv des Herder-Instituts in Marburg.

sprach, übermittelte die Meinung seines Gesprächspartners wie folgt: »Dies bedeutet das Verlassen der geschlossenen Schützengräben des Kalten Krieges und den ersten Schritt zu Zugeständnissen an Polen.«⁴⁴ Dieses Zugeständnis sollte – so Knocke – die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Gesellschaft der Bundesrepublik sein.

Adenauers Bereitschaft zu Gesprächen mit Polen zeigte sich noch einmal Ende 1960, als der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Bertold Beitz, mit seinem Wissen nach Polen reiste. Anfang Januar 1961 war Beitz erneut in Polen zu Gast, um der polnischen Regierung konkrete Angebote zu machen. Als Beitz' Mission in der Bundesrepublik bekannt wurde, entstand jedoch beträchtlicher Aufruhr, nicht nur die Vertriebenen schlugen Alarm. Noch während sich Beitz in Polen aufhielt, gab ein Pressesprecher eine Erklärung ab, wonach Beitz nicht von der Bundesregierung bevollmächtigt sei, über die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen zu sprechen. Diese Erklärung machte einen Erfolg der Mission bereits im Anfangsstadium zunichte.

Es vergingen weitere zwei Jahre, bis es zur Einrichtung von Handelsmissionen in Warschau und Köln kam. Wenige Monate später musste Kanzler Adenauer von seinem Amt zurücktreten.

Gegen Ende seiner Regierungszeit war sich Adenauer des Scheiterns seiner Polenpolitik bewusst. Sehr zutreffend sagte er am 10. März 1962 im Interview mit *Le Monde*: »Wenn es um Polen geht, so habe ich im Laufe der letzten Jahre in vielen Fällen versucht, eine gewisse Annäherung herbeizuführen; jedes Mal brachten diese Anstrengungen ein Fiasko, was – meiner Kenntnis nach – auch in vielen polnischen Kreisen als bedauernswert betrachtet wurde. Die polnische Nation erfreut sich in gewisser Hinsicht größerer Freiheit als andere Satellitenländer. Dennoch bestimmt Gomulka nicht die (polnische) Außenpolitik. Moskau hat Gomulka in der Hand und bestimmt die Außenpolitik.«⁴⁵ Der Kanzler blieb also bei seiner Meinung, dass die polnische Außenpolitik vollständig dem Kreml untergeordnet sei, was eine Regelung deutsch-polnischer Themen unmöglich mache. Diese Sichtweise war nicht geeignet, ein neues, konstruktives Programm hervorzubringen. Die Ergebnisse der Ostpolitik Adenauers waren minimal, selbst wenn man ihre innenpolitischen und internationalen Bedingungen berücksichtigt. Sie standen völlig im Schatten der großen Errungenschaften des Kanzlers in der westeuropäischen Politik. Treffend gibt dies eine satirische Zeichnung von 1961 wieder: Wir sehen ein prächtiges Ross, das die Westpolitik verbildlicht und verwundert

44 Notatka K. Kowalczyka z rozmowy z radcy ambasady RFN Knocke na przyjęciu w ambasadzie Iranu w dniu 26 października 1959, A MSZ, Departament IV Niemcy, 10/109/14.

45 Zit. nach: *Polityka niemieckiej Republiki Federalnej wobec Polski w latach 1958–1966*, Warszawa 1966, S. 37f.

zusieht, wie in die Box nebenan ein hölzernes Spielzeugpferd gebracht wird – das Symbol für Adenauers Ostpolitik.

Kann man Kanzler Adenauer angesichts dessen zum Schirmherren der heutigen deutsch-polnischen Beziehungen stilisieren? Sicher war er nicht der »Polenfresser« und Revanchist, als den man ihn in Polen darstellte. Er hatte ein positives Bild vom polnischen Volk und wünschte ihm, dass es seine Freiheit erlange; er wünschte, die Völker Europas mögen in Frieden leben. In seiner letzten Rede, in der er über die europäische Integration sprach, sagte er, dass diese ohne die Länder Osteuropas unvollständig bleibe. Sicherlich, und dies gilt es festzuhalten, dachte er dabei vor allem an Polen. Doch in der Politik erzielt man kaum Fortschritte, indem man auf dem Standpunkt »alles oder nichts« verharrt. In der Realität der fünfziger und sechziger Jahre war Freiheit für den Ostblock nur eine entfernte Vision, dessen war sich Adenauer bewusst. War es richtig, die drängende Frage der Beziehungen zu Polen aufzuschieben, bis sich dieser Traum erfüllen würde? Es war Adenauer nicht möglich, zu einem Ausgleich mit Polen und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu kommen. Immerhin wurde noch im letzten Amtsjahr seiner Kanzlerschaft ein deutsch-polnisches Handelsabkommen abgeschlossen.

Dem alten Kanzler, der sich um die Entwicklung seines Landes ungewöhnlich verdient gemacht hat, gelang es nicht mehr, in den Beziehungen zum Osten ein solcher Pionier zu werden, wie er es mit seiner pro-westlichen Politik gewesen war.

Im Außenpolitischen Rennstall



»So steht doch die Box wenigstens nicht mehr ganz leer ...«

Aus: *Adenauer. Teegespräche 1959–1961*, bearb. v. Hans Jürgen Küsters (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1988.

Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969

Von Franz Möller

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger hatte in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Großen Koalition am 13. Dezember 1966¹ neue Ansätze in der Ost- und Deutschlandpolitik (»neue Ostpolitik«) verkündet. Sie zielten auf mehr Öffnung nach Osten und auf Erleichterungen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ab. Kiesinger erneuerte für die CDU/CSU- und SPD-Koalition das Angebot für ein Gewaltverzichtsabkommen mit den Staaten des Warschauer Paktes und erklärte sich gleichzeitig auch zur Zusammenarbeit mit den »Behörden im anderen Teil Deutschlands« bereit.² Er gab den Aspekten der Friedenserhaltung und der Entspannung³ eine besondere Note. Zwar erwähnte er den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung, zeigte sich aber zu mehr Annäherung an die Ostblockstaaten bereit. Mit Rumänien wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Aufnahme »solcher Kontakte (zu DDR-Behörden) bedeute jedoch keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates«.⁴ Dieser Versuch einer »geschickten Isolierungspolitik Kiesingers gegenüber der DDR«⁵ stieß jedoch rasch auf die entgegengesetzten Interessen der Sowjetunion, und auch der amerikanische Außenminister Dean Rusk warnte vor einer zu starken und zu schnellen Intensivierung der innerdeutschen Kontakte.⁶ Die Isolierung

1 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sten. Ber. 5. WP, 13.12.1966, S. 3656–3665. Vgl. Kiesingers Rede zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1967 in: *Bulletin* des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung v. 20.6.1967, S. 541ff.

2 Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 31995, S. 98f. Zur Entwicklung der Deutschlandfrage in der Großen Koalition vgl. Karl CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, hg. von Kai VON JENA/Reinhard SCHMOECKEL, Boppard 1993, S. 764ff.

3 Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 1999, S. 463.

4 Sten. Ber. (wie Anm. 1), S. 3664. Vgl. Daniela TASCHLER, *Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition 1966–1969* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 132), Düsseldorf 2001, insbes. S. 117ff.

5 Dirk KROEGEL, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd 52), München 1997, S. 225ff.; Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung*, Bd. 2, München 2000, S. 258ff.

6 D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 119.

der DDR schlug bald ins Gegenteil um: Moskau verschärfte erneut seine Propaganda gegen die Bundesrepublik und seine Angriffe gegen West-Berlin.⁷ Und die DDR schuf sich eine eigene Staatsbürgerschaft, grenzte sich mehr und mehr gegenüber der Bundesrepublik ab und forderte, die »politische Einheit West-Berlin solle ihr Verhältnis zur DDR normalisieren«.⁸ Ein Briefwechsel zwischen DDR-Ministerpräsident Willi Stoph und Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger brachte keinerlei Lockerung der Beziehungen – vielmehr bestand die SED auf förmlicher Anerkennung der Zwei- bzw. Drei-Staaten-Entwicklung, bevor sie über andere Fragen zu verhandeln gedenke.⁹ Auch innerhalb der Großen Koalition und besonders in der CDU/CSU-Fraktion kam es zu schweren Kontroversen um die Deutschlandpolitik.¹⁰ Noch ehe sie richtig begonnen hatte, war die »neue Ostpolitik« der Großen Koalition in einer Sackgasse gelandet, aus der sie bis 1969 nicht mehr herauskam.¹¹ Die Okkupation der Tschechoslowakei am 21. August 1968 durch sowjetische Truppen *unter Beteiligung der DDR* (Ende des Prager Frühlings) machte das Scheitern der Entspannungspolitik grausam deutlich.¹²

Das zeigte sich insbesondere im Vorfeld der Wahl eines neuen Bundespräsidenten, die nach der Erklärung von Heinrich Lübke über den Zeitpunkt seines vorzeitigen Rücktritts (30. Juni 1969) am 5. März 1969 stattfand.

Bundesversammlung 1969 wieder in Berlin?

Nach Artikel 54 Absatz 4 des Grundgesetzes wird die Bundesversammlung vom Präsidenten des Bundestages einberufen. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hat bei der Frage nach dem richtigen Tagungsort für die Wahl des Bundespräsidenten nie einen Zweifel daran aufkommen lassen,¹³ dass er die 5. Bundesversammlung wieder nach Berlin einberufen werde, obwohl ihm

7 Vgl. V. BOLDYRJEV, *Völkerrechtliche Aspekte der Stellung Westberlins*, in: *Dokumentation der Zeit* (Ostberlin), 1969, Heft 1/2, S. 3–17; EBD. Heft 8/1969, »Die Bonner Westberlin-Provokation«, S. 11–22, ist die Tagung der Bundesversammlung noch einmal als »vorsätzlicher erster Anschlag auf den Status der selbständigen Einheit West-Berlin ... und als Attacke gegen den Frieden und die Sicherheit Europas« bezeichnet worden, S. 11.

8 D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 229 mit Hinweis auf die Karlsbader Deklaration v. 26.4.1967.

9 R. MORSEY (wie Anm. 2), S. 99.

10 Vgl. D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 119ff. u. 339ff.; Reinhard SCHMOECKEL, in: Reinhard SCHMOECKEL/Bruno KAISER: *Die vergessene Regierung*, Bonn 1991, S. 82ff.

11 M. GÖRTEMAKER (wie Anm. 3), S. 463.

12 Vgl. FAZ v. 22.8.1968.

13 In: ARD, *Monitor* v. 9.3.1968; *Frankfurter Rundschau* v. 9.3.1968 und *Berliner Morgenpost* v. 2.11.1968.

schon 1959¹⁴ und 1964¹⁵ von verschiedener Seite dringend abgeraten worden war, Berlin zum Tagungsort der Bundesversammlung zu machen. Auch 1968 waren deutliche Zeichen erkennbar, dass mit Hinweis auf mögliche Bedenken der alliierten Schutzmächte von Berlin abgeraten werde. Gerstenmaier wurde das Recht bestritten, allein über den Sitzungsort zu entscheiden. Dabei wollte er gar nicht selbstherrlich entscheiden, sondern genau wie 1964 wissen, welche Meinung die Fraktionen und insbesondere die westlichen Verbündeten zu dieser außenpolitisch schwierigen Frage hatten. Deshalb führte er viele Gespräche mit Diplomaten und wichtigen Vertretern der einzelnen Fraktionen. Das war nötig, weil die SED und die staatlichen Organe der DDR – mit Unterstützung des Kremls – bemüht waren, die Bundesversammlung in Berlin zu verhindern. Sie wollten »das völkerrechtswidrige Vorhaben« einer Amtshandlung der Bundesrepublik in Westberlin zu Fall bringen.¹⁶ Die Versuche der DDR wurden verstärkt als bekannt wurde, dass 22 Mitglieder der Bundesversammlung der NPD angehörten.

Diplomatische Bemühungen, Gerstenmaier vom Tagungsort Berlin abzubringen

Wie die inzwischen veröffentlichten »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik von 1968 und 1969« erweisen, gab es auf diplomatischer Ebene in diesen Monaten auf Seiten der Bundesregierung und der westlichen Schutzmächte immer wieder Versuche, den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier doch zu einem Verzicht auf Berlin als Tagungsort der Bundesversammlung zu bewegen. Das ging bis in den Februar 1969, als Gerstenmaier schon zurückgetreten und Kai-Uwe von Hassel am 8. Februar zum neuen Bundestagspräsidenten gewählt worden war. So befürchtete Ministerialdirektor Ruete

14 Heinrich KRONE, *Tagebücher, 1945–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 28), Düsseldorf 1995, S. 364 mit Hinweis auf Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Fraktion und auf zögernde Haltung von Adenauer; »Westmächte gegen Wahl in Berlin« in: *Die Welt* v. 4.6.1959; »Bedenken gegen Wahl Berlins« in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 7.6.1959; *FAZ* v. 12.6.1959; ferner Brief Adenauers an Außenminister von Brentano v. 15.6.1959 über eine längere Aussprache zwischen Gerstenmaier, Krone und Adenauer, in: Konrad ADENAUER, *Briefe 1957–1959* (Rhöndorfer Ausgabe), Paderborn 2000, S. 291. Gerstenmaier hielt 1959 (anscheinend) die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin für »politisch unrichtig«, wegen der Verunsicherung der Berliner bei Nichtabhaltung aber für gefährlich. Karl Carstens, der damals Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt war und diesen Brief Brentano in Genf überbrachte, berichtet in seinen »Erinnerungen« dazu nichts.

15 »Protest gegen Präsidentenwahl in Westberlin« in: *Stuttgarter Nachrichten* v. 27.6.1964; »Brandt verwahrt sich gegen östliche Proteste« in: *FAZ* v. 29.6.1964; »Gelassene Aufnahme der Sowjetnote in Bonn« in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 29.6.1964:

16 Hubertus KNABE, *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999, S. 222, der auch über die Maßnahmen der DDR-Regierung berichtet. Vgl. Gerhard WETTIG, *Ost-Berlin im Schatten der Moskauer Deutschland-Politik*, in: *Außenpolitik* 26 (1969), S. 261–272 (269).

vom Auswärtigen Amt in Bonn in einer Aufzeichnung vom 6. November 1968 über einen ungestörten Verlauf von Berlin-Veranstaltungen, »dass die Bundesversammlung in der östlichen Propaganda jetzt mehr und mehr in den Vordergrund zu treten scheint«. ¹⁷ Bei einem Treffen mit dem US-Außenminister Dean Rusk während der NATO-Ministerratstagung in Brüssel erwähnte Bundesaußenminister Willy Brandt am 13. November 1968 ¹⁸ auch »die Frage der Bundesversammlung. Wir wüssten noch nicht den endgültigen Standpunkt der drei Schutzmächte. Die Franzosen ¹⁹ und Briten ²⁰ hätten uns ihre Besorgnisse bzw. ihren Ratschlag übermittelt, die Veranstaltung nicht in Berlin durchzuführen.« Außenminister Rusk stellte dazu fest: »Nachdem die drei letzten Bundesversammlungen in Berlin stattgefunden haben, sei die Verlegung der nächsten an einen anderen Ort problematisch. Gegenwärtig befänden wir uns in einer besonders schwierigen Periode des Verhältnisses zur Sowjetunion. Die Sowjets suchten überall nach Schwächemomenten des Westens. Von dort versuchten sie ihren Druck weiter zu verstärken. Wir sollten daher gerade in dieser Periode nicht nachgeben und Fehlkalkulationen auf sowjetischer Seite vorbeugen.«

Auf einer gemeinsamen Konferenz der vier Außenminister von Großbritannien, Frankreich, den USA und der Bundesrepublik am Tag darauf (14.11.1968) kam das Thema Bundesversammlung wieder in die Diskussion. ²¹ Der britische Außenminister Michael Stewart meinte, die Bundesversammlung sei eine Angelegenheit, »in der wir [die Deutschen] selbst entscheiden müssten. Falls man die britische Regierung frage, so halte sie es nicht für klug, in der gegenwärtigen Lage die Bundesversammlung in Berlin abzuhalten.« Der französische Außenminister Debré war besorgt, dass die NPD-Teilnahme als Provokation aufgefasst würde. Dean Rusk blieb jedoch bei seiner Meinung vom Vortag: »Was die Bundesversammlung angehe, so würden die USA über eine Änderung der bisherigen Übung besorgt sein. ... Die Amerikaner wünschten zwar, dass Berlin, nicht aber dass die NPD verteidigt werde.«

Das hat wohl Eindruck bei den Beamten des Auswärtigen Amtes gemacht: Einige Tage später ²² hielt Ministerialdirektor Ruete fest: »Die Verbündeten

17 *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968* (AAPD), hg. v. Hans-Peter SCHWARZ, München 1999, Bd. II, Dok. 365, S. 1428; vgl. »Kampagne gegen die Bundespräsidentenwahl« – aus westdeutscher Sicht, in: *Deutschland Archiv* 2 (1969), S. 297–316.

18 Aufzeichnung von Ruete, AAPD, 1968, Dok. 372 v. 13.11.1968, S. 1456.

19 AAPD, 1968, Dok. 350 und 354.

20 AAPD, 1968, Dok. 372, Anm. 9 mit Hinweis auf ein Gespräch mit dem britischen Botschafter v. 13.11.1968, der Sorge wegen der Teilnahme von NPD-Vertretern geäußert hatte.

21 AAPD, 1968, Dok. 377, Aufzeichnung v. Ruete v. 16.11.1968, S. 1468, 1470f.

22 AAPD, 1968, Dok. 394, Aufzeichnung v. Ruete v. 28.11.1968, S. 1525.

sind geneigt, die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin als eine politische Tradition und als Bestandteil des Status quo zu betrachten.«

Am 15. Dezember 1968 informierte aber der deutsche Gesandte Oncken in Washington per Fernschreiben Bundesaußenminister Willy Brandt über »deutsche Versuche, auf die amerikanische Position zur Bundesversammlung in Berlin Einfluss zu nehmen. ... Etwa am 5. Dezember 1968 hätten sich die Herren Schulze-Gaevernitz (amerikanischer Staatsbürger, früher Mitarbeiter von Allen Dulles) und Bundesrichter von Schlabrendorff von Tegernsee aus mit Kissinger, ihm und McCloy fernmündlich in Verbindung gesetzt und Bedenken gegen die Bundesversammlung in Berlin zum Ausdruck gebracht. Kissinger und er hätten sich bei diesen Gesprächen rezeptiv verhalten. Über die Reaktion von McCloy sei nichts bekannt. ... Die großzügige Geste eines Verzichts auf Berlin als Ort der Bundesversammlung würde zur Entspannung beitragen.«²³ Es ist nicht aufzuklären, ob es eine solche Intervention aus Deutschland mit Hinweis auf Bundestagspräsident Gerstenmaier von dem aus dem Widerstand gegen die Nazis befreundeten ehemaligen Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff gegeben hat. So wie ich damals Herrn von Schlabrendorff kennen gelernt habe, hat er sicher nicht den Sowjets nachgeben und die erklärte Absicht von Gerstenmaier unterlaufen wollen, die Bundesversammlung nach Berlin einzuberufen. Jedenfalls blieb auch die neue amerikanische Regierung bei der festen Linie für Berlin. Kissinger soll intern den Standpunkt vertreten haben, »dass man in Berlin in dieser Frage einer klaren festen Linie folgen müsse«.

Aber Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger hatte offensichtlich immer noch Bedenken wegen Berlin als Tagungsort der Bundesversammlung. Als Bundesvorsitzender der CDU hatte er schon – angesichts von Schikanen der DDR auf den Transitstraßen – gezögert, den CDU-Bundesparteitag nach Berlin einzuberufen und dort abzuhalten.²⁴ Erst nach vorsichtigen und vertraulichen Sondierungsgesprächen von Generalsekretär Bruno Heck mit Vertretern der alliierten Schutzmächte entschied er sich für Berlin als Tagungsort für den Parteitag, der trotz Störung durch Kriegsflugzeuge der UdSSR abgehalten werden konnte. Nach diesen Erfahrungen und um die Sowjetunion in der ange-

23 AAPD, 1968, Dok. 413 v. 15.12., S. 1599.

24 Vgl. D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 285f.; Otfried HENNIG, *Die Bundespräsenz in Westberlin* (Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 16), Köln 1975, S. 81. Schon im Sommer 1968 (17.7.1968) hatte der amerikanische Botschafter in Bonn, Henry Cabot Lodge, in vorsichtigen Wendungen die Frage gestellt, ob es »notwendig sei, in diesem Herbst zwei Bundestagswochen in Berlin abzuhalten«. Eugen Gerstenmaier verlegte jedenfalls die für den 23. bis 27. September 1968 in Berlin vorgesehene Sitzungswoche nach Bonn (AAPD 1968, Dok. 222, Aufzeichnung Staatssekretär Duckwitz, S. 873, Anm. 5). – Eugen Gerstenmaier schildert zurückhaltend seinen Beitrag zur »Berlin-Frage« in seinem Lebensbericht: *Streit und Frieden hat seine Zeit*, Frankfurt 1981, S. 392–395.

spannten Lage nach den Prager Ereignissen nicht zu provozieren, wollte der Bundeskanzler sich dafür einsetzen, die Bundesversammlung nicht in Berlin stattfinden zu lassen. Man müsse sich eine elegante Begründung für eine Verlegung einfallen lassen.²⁵ Über ein Gespräch mit Außenminister Rusk vom 2. Dezember 1968 hat er festgehalten²⁶: »Ich äußerte meine Sorgen und fragte den Außenminister, ob die Amerikaner wirklich so nachdrücklich dazu rieten, die Bundesversammlung in Berlin zu halten. Er sagte, so sei es auch wieder nicht. Man könne es auf die Formel halb und halb bringen. Ich bat ihn, das Problem noch einmal genau zu überdenken.«

Die Franzosen hielten sich erkennbar zurück: Am 10. Dezember 1968 notierte Willy Brandt über ein Gespräch mit Außenminister Michel Debré: »Er konnte nichts Endgültiges über den Tagungsort Berlin sagen, habe aber nicht den Eindruck, dass die Sowjetunion in dieser Frage bei der französischen Regierung besondere Schritte unternommen hätte.«²⁷

In der westdeutschen Presse wurden ebenfalls Vorbehalte und Sorgen um den Tagungsort Berlin fleißig geschürt. Von Herbst 1968 bis nach der Bundesversammlung am 5. März 1969 überschlugen sich verschiedene Organe mit Meldungen und Schlagzeilen, die vor Berlin warnen wollten. Auch die in Opposition befindliche FDP erklärte sich gegen Berlin als Tagungsort.²⁸

Die sowjetische Regierung versuchte immer weiter, Bonn von der Bundesversammlung in Berlin abzubringen. Der damalige Ideengeber von Bundesaußenminister Willy Brandt, Ministerialdirektor Egon Bahr, hielt in einer Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem sowjetischen Diplomaten Bondarenko vom 16. Dezember 1968, die Brandt vorgelegt wurde, fest: »Das Gespräch verschärfte und verhärtete sich als das Thema der Bundesversammlung in Berlin erwähnt wurde, nachdem ich als persönliche Erwartung den Ort Berlin genannt hatte. Bondarenko betonte mehrfach, er habe keinen Auftrag, Vorstellungen zu äußern, steigerte sich aber von Runde zu Runde. ... Die Bundesversammlung würde die ureigenen Interessen der Sowjetunion ebenso wie die der Mitglieder des sozialistischen Lagers berühren. ... Dieser Gesprächsteil hat fast eine dreiviertel Stunde gedauert. Ich habe mit wachsender Härte unsere

25 Vgl. D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 320.

26 AAPD, 1968, Dok. 399, Aufzeichnung Kiesingers.

27 AAPD, 1968, Dok. 405 v. 10.12., S. 1568.

28 »FDP befürchtet Reaktionen Moskaus« in: *Süddeutsche Zeitung* v. 6.11.1968. Einige Tage später sahen die Freien Demokraten »keinen sachlichen Anlass, die Wahl des nächsten Bundespräsidenten nicht in West-Berlin vorzunehmen«. Walter Scheel, damals FDP-Bundesvorsitzender, in: *FAZ* v. 25.11.1968. Schlagzeilen der Presse vom 23.10.1968 bis 7.3.1969 sind aufgeführt in: *Die Bundesversammlungen von 1949 bis 1979. Eine Dokumentation aus Anlass der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984*, hg. v. Deutschen Bundestag, S. 171ff.

Auffassung zu Berlin vertreten und davon gesprochen, dass eine derartige heftige Reaktion ... für mich eine wirkliche Überraschung sei.«²⁹

Gerstenmaier wusste über diese diplomatischen Aktivitäten im Hintergrund offensichtlich Bescheid, war aber nicht im einzelnen informiert. Er ahnte insbesondere die ambivalente Meinung von Bundeskanzler Kiesinger. Am 14. November 1968 hatte er Bundespräsident Lübke auf dessen Wunsch aufgesucht und ihm »über die Gespräche und Anhörungen, insbesondere zum Ort der Bundesversammlung« berichtet, die aber noch nicht abgeschlossen seien, zumal er noch nicht mit dem Bundeskanzler habe sprechen können. Lübke bat Gerstenmaier, den Termin so festzulegen, dass »die Bundesversammlung nicht stattfände vor oder während der von ihm für Februar 1969 beabsichtigten Afrika-Reise«.³⁰ Gerstenmaier machte deutlich, dass es wohl auf einen Termin in der ersten März-Hälfte hinauslaufe.

Parlamentsinterne Abstimmung am 5. Dezember 1968

Um Klarheit über die deutsche Haltung, insbesondere der Bundesregierung zu bekommen, lud Gerstenmaier auf Bitten des Vorsitzenden des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Egon Franke (SPD), für den 5. Dezember 1968 zu einem Gespräch ein, an dem ich teilgenommen und darüber eine Aufzeichnung gemacht habe. Weil die Überlegungen der einzelnen Teilnehmer an dieser entscheidenden Beratung für die Zeitgeschichtsforschung von Bedeutung sein können, soll der Text der Aufzeichnung hier wiedergegeben werden, soweit er den Tagungsort betrifft:³¹

A u f z e i c h n u n g

über ein Gespräch, das der Herr Bundestagspräsident mit Vertretern der Fraktionen und politischen Parteien am 5. Dezember in seinem Amtshaus führte

Thema: Ort und Zeitpunkt der Bundesversammlung

Der Herr Bundestagspräsident hatte zur Vorbereitung seiner Entscheidung über den Ort und den Zeitpunkt der Bundesversammlung auf Bitten des Vorsitzenden des gesamtdeutschen Ausschusses verschiedene Vertreter des Gesamtdeutschen und des Auswärtigen Ausschusses, die zuständigen Bundesminister und weitere Persönlichkeiten zu einer Besprechung ins Amtshaus gebeten. Daran nahmen teil:

Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier,
 Bundesaußenminister Brandt,
 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner, MdB,
 Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger, MdB,

²⁹ AAPD, 1968, Dok. 417 v. 17.12.

³⁰ Aufzeichnung Gerstenmaier v. 14.11.1968, in meinem Besitz.

³¹ NL Gerstenmaier im ACDP I-210-037. Die Aufzeichnung war von mir zunächst als »geheim« eingestuft; sie ist später von Gerstenmaier freigegeben worden.

der Regierende Bürgermeister von Berlin Schütz,
der Vorsitzende des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Franke
(Hannover), MdB,
der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Kopf, MdB,
Bundesminister a.D. Dr. Gradl, MdB,
der Vorsitzende der FDP-Fraktion Mischnick, MdB,
der stellv. Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Müller-Hermann, MdB,
Staatssekretär a.D. von Eckardt, MdB,
H. Bauer (Wasserburg) (CSU), MdB,
H. Mattick (SPD), MdB,
der Direktor des Deutschen Bundestages Trossmann,
Regierungsdirektor Dr. Möller.

I. Ort der Bundesversammlung

Zu Beginn des Gesprächs berichtet Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier über die steigende Anzahl von Eingaben aus der Bevölkerung zum Ort der Bundesversammlung und über die Berichte in der Presse zu diesem Thema. Der weitaus überwiegende Teil der Briefe, die im Präsidialbüro dazu eingingen, spreche sich gegen Berlin als Ort der Bundesversammlung aus. Er habe sich bislang immer für Berlin ausgesprochen. Ein ihm soeben vorgelegter Bericht des Bundesnachrichtendienstes bestärke ihn in dieser Entscheidung. Die Entscheidung für Berlin werde aber erschwert, weil von Seiten Großbritanniens inoffiziell Bedenken geäußert worden seien. Zwar habe sich die bisherige Administration der USA nicht gegen Berlin ausgesprochen, es müsse aber die Haltung der neuen Administration abgewartet werden. Er habe Informationen erhalten, nach denen die Nixon-Administration möglicherweise kritisch zu dieser Frage stehe. Solange er eine verlässliche Information namhafter Vertreter der kommenden Administration nicht erhalten habe, müsse er die Entscheidung zurückstellen, die er an sich in der kommenden Woche im Bundestag habe verkünden wollen.

Bundesaußenminister Brandt

macht darauf aufmerksam, dass in den letzten Jahren stets eine Statusminderung Berlins habe registriert werden müssen. Für die Bundesversammlung gälten aber besondere Bestimmungen. Nach seiner Auffassung sei die Bundesversammlung das einzige Bundesorgan, in dem die Berliner Abgeordneten volles Stimmrecht hätten. Er habe sich als Regierender Bürgermeister stets für Berlin als Sitz der Bundesversammlung ausgesprochen. Davon habe er jetzt nichts zurückzunehmen. Die sowjetische Führung sei nicht an einer Verstärkung einer Krise interessiert. Jedoch könne er diese Aussage nur unter Vorbehalt tun. In Brüssel hätten die westlichen Außenminister ernste Bedenken erhoben insbesondere wegen der Teilnahme von NPD-Vertretern. Daraus sei aber kein Veto entstanden. Rusk sei später den in Brüssel geäußerten Bedenken entgegengetreten und habe dabei auch für die Große Koalition in Washington gesprochen. Aber auch Rusk habe gewisse Bedenken wegen der NPD nicht beiseite schieben können. Das State Department habe dagegen später übermitteln lassen, die USA könnten nicht verstehen, wenn man sich nicht für Berlin entscheiden würde.

Bundesaußenminister Brandt berichtet weiter von dem Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMVtdg. in den USA, dem gegenüber der amerikanische Verteidi-

gungsminister Clifford die Hoffnung ausgedrückt habe, die allgemeine politische Situation lasse die Wahl in Berlin zu. Wenn der BND-Bericht zutreffe, den der Bundestagspräsident verlesen habe, spreche alles dafür, die Entscheidung für Berlin vor dem 20. Januar 1969 bekannt zu geben.

Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner macht pflichtgemäß auf Bedenken aufmerksam, weil durch die Teilnahme der NPD-Vertreter der Vorwand für direkte Behinderungen seitens der Machthaber Pankows gegeben sei. Außerdem könne die Tagung in Berlin ein nachträglicher Berufungsgrund für Maßnahmen gegen Berlin sein: Umkehrung der Berliner Blockade (Kontrolle der Lieferungen aus Berlin), Verschärfung der Visum-Frage etc.

Abg. Dr. Müller-Hermann betont, wenn jetzt auf eine Sitzung in Berlin verzichtet werde, müsse das faktische und psychologische Rückwirkungen haben. Aber gewisse Risiken seien nicht übersehbar. Deshalb müsse enge Verbindung mit den Schutzmächten gehalten werden. Er glaube nicht, dass die UdSSR es soweit treiben werde, dass es zu Schwierigkeiten mit der neuen Administration in den USA komme. Sein Vorschlag sei, die Bundesversammlung nach der alphabetischen Reihenfolge der deutschen Landeshauptstädte einzuberufen. Dann sei im nächsten Jahr zunächst Berlin an der Reihe. An Berlin müsse auf jeden Fall festgehalten werden.

Dr. Gradl, MdB

ist der Auffassung, dass man einer Krise nicht deshalb entgehe, wenn man auf Berlin verzichte. Je länger man jedoch mit der Entscheidung warten würde, desto unsicherer könnten die Alliierten werden. Es sei deshalb äußerst wesentlich, sich schnell für Berlin zu entscheiden. Er glaube nicht daran, dass die Russen einen Gesichtverlust erleiden würden, wenn sie keine ›Maßnahmen‹ gegen Berlin ergreifen. Dr. Gradl gab den Rat: ›Schnell entscheiden, Berlin wählen!‹

Abg. Dr. Kopf

spricht sich gegen Berlin als Sitz der Bundesversammlung aus. Zwar sei kein großer Konflikt mit Russland zu erwarten, wohl auch kein durchgreifendes Veto der Alliierten. Aber die Risiken, die in einer Entscheidung für Berlin lägen, müssten respektiert werden: Dauernde Behinderung für Berlin-Verkehr mit dauernder Schädigung des Status Berlin und der Lage der Bevölkerung. Der Riss mit Berlin würde unverkennbar größer werden. Deshalb sein Rat: Wahl nicht in Berlin.

Abg. Mattick

stellt zunächst die Frage, was damals der aktuelle Anlass des Visumzwanges gewesen sei. Er komme zu dem Ergebnis, dass kein gravierender Anlass vorgelegen habe. Wenn die SBZ den Verkehr von und nach Berlin behindern wolle, tut sie es so oder so – auch ohne Anlass. Wenn der Bundestagspräsident sich jetzt nicht für Berlin entscheide, dann hätten die Berliner das Gefühl des Verlassenseins. Die große Mehrheit der Berliner würde Verständnis auch für evtl. Risiken aufbringen. Wenn jetzt nachgegeben werde, würden die Russen unverkennbar nachstoßen. Er spricht sich für Berlin aus.

Abg. von Eckardt

äußert Zweifel, ob eine Entscheidung für Berlin richtig ist. Es müsse gefragt werden, ob die USA eine Entscheidung für Berlin als eine Behinderung des Dialogs mit Moskau betrachten könnten. Deshalb solle schnell mit den außenpolitischen Vertrauten des designierten Präsidenten Nixon Kontakt aufgenommen werden. Er sei zwar grundsätzlich für Berlin als Ort der Bundesversammlung, könne aber die Bedenken nicht übersehen.

Abg. Mischnick,

der Vorsitzende der FDP-Fraktion, zeigt sich überrascht über die Mitteilung des Herrn Bundestagspräsidenten über mögliche Bedenken der neuen amerikanischen Administration. Dennoch sollten auch Risiken in Kauf genommen werden. Pankow werde so oder so Behinderungen des Berlin-Verkehrs erfinden und durchsetzen können. Er spricht sich eindeutig für Berlin aus. Eine schnelle Entscheidung über Zeit und Ort sei leichter.

Abg. Bauer (Wasserburg)

schließt sich der Argumentation und dem Vorschlag von Abg. Mischnick völlig an. Auch er ist der Meinung, dass eine Entscheidung für Berlin nur ein Anlass für Behinderungen sei, die die Machthaber in Pankow auch so verhängen könnten. Er gibt den Rat, die Entscheidung für Berlin noch im Dezember bekannt zu geben.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier

erwidert darauf, er habe ursprünglich die Entscheidung für Berlin im Plenum des Bundestages bekannt geben wollen in der kommenden Woche. Er hoffe trotz der Bedenken, über die er berichtet habe, den Termin noch einhalten zu können.

Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger

hält den Gedanken, abwechselnd in den Hauptstädten der deutschen Bundesländer reihum zu wählen, für recht gut. Aber das Volk werde dann skeptisch äußern, jetzt habe sich der Bundestagspräsident ja eine schöne Lösung ausgedacht. Bei der bevorstehenden Wahl des Bundespräsidenten komme man aber an Berlin nicht vorbei. Berlin sei verfassungsrechtlich ein Teil der Bundesrepublik. Wenn jetzt nicht in Berlin gewählt werde, sei das eine selbstverschuldete Statusminderung. Die Machthaber in Pankow würden auch andere Anlässe für Behinderungen finden. Eine schnelle Entscheidung sei zur Vermeidung weiterer Pressepolemiken dringend anzuraten.

Abg. Franke

bedauert, dass die Überlegungen über den Ort der Bundesversammlung so spät angestellt worden seien. Wenn jetzt gegen Berlin entschieden werde, werde die Lage katastrophal. Der Status Berlins sei auch dadurch bestimmt, da es keine berechenbare Reaktion der Russen gäbe. Je früher die Entscheidung für Berlin falle, desto besser.

Regierender Bürgermeister Schütz

bestätigt, dass der Bundestagspräsident vor einer schwierigen Entscheidung stehe, aber er könne gar nicht anders, als Berlin zu wählen. Für einen deutschen Bundestagspräsidenten gebe es keine andere Entscheidung, Wer sich in den vergangenen Berlinkrisen 1948, 51 und auch 59 für Berlin entscheiden habe, könne nicht heute entgegengesetzt votieren. Die Frage, ob heute neue oder andere Momente als 1959 gegeben seien, könne er nur negativ beantworten. Er habe davon nichts gemerkt. Die Geschäftsgrundlage

für Berlin habe sich nicht geändert. Deshalb sein Rat: Eine möglichst schnelle Entscheidung für Berlin.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier

nimmt die Bemerkung vom Regierenden Bürgermeister Schütz auf und betont, dass er sich gegen Berlin werde aussprechen müssen, wenn die Alliierten ernsthafte Bedenken vorbringen würden. Aus den Äußerungen der Gesprächsteilnehmer komme er jetzt zu folgendem Resultat:

9 Stimmen für Berlin (ohne Bedingungen)

2 Stimmen für Berlin, aber mit Vorbehalten (Wehner und Eckardt)

1 Stimme gegen Berlin (Dr. Kopf).

Weitere Attacken gegen Berlin als Tagungsort nach der Entscheidung Gerstenmaiers

Nach dieser Erörterung am 5. Dezember 1968 legte Gerstenmaier gegenüber dem Bundestag und der Presse den Termin und den Tagungsort fest: *5. März 1969 in Berlin*.³² In einem ergänzenden Interview³³ mit der Deutschen Welle erläuterte er am 10. Dezember 1968 die Entscheidung für Berlin: »Hier stand die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik zur Probe, und diese Probe musste bestanden werden. Diese Entscheidung hat also einige Fehlentscheidungen und falsche Kalkulationen beseitigt, und die Entscheidung hat anderen geholfen zu erkennen, für wie wichtig es die deutsche Politik hält, dass die Bindungen Berlins an das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem des freien Deutschland so erhalten bleiben, wie wir sie über die Jahre hin entwickelt haben.«

Zum Hauptmotiv für die Wahl verwies er auf die bisherige Praxis der Bundesversammlung in Berlin in den Jahren 1954, 1959 und 1964: »Die Frage für mich stellte sich also so: Warum nun eigentlich dieses Mal ausgerechnet nicht? Und da fand ich kein hinreichendes und durchschlagendes Argument.« Eugen Gerstenmaier betonte, die »Schutzmächte nicht konsultiert« zu haben, weil »das Grundgesetz dem Bundestagspräsidenten die Verantwortung allein auferlegt« habe. Die Schutzmächte hätten »Bedenken erheben können, Einspruch geltend machen können, wenn sie das gewollt hätten. Sie haben es nicht getan!« Einsprüche gab es nicht; hinter dem diplomatischen Vorhang wurden

32 *Dokumente zur Deutschlandpolitik V/2*, S. 1618. *Bundesversammlung Berlin 1969 – Eine Dokumentation*, zusammengestellt von der Wissenschaftlichen Abteilung/Pressedokumentation des Bundestages, enthält 82 Dokumente: Das US-State-Department erklärte am 14.12.1969 zur Bundesversammlung: »Die Wahl des Tagungsortes bleibt deutschen Stellen überlassen.«

33 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Kommentarübersicht Nr. 212 v. 20.12.1968, Anhang.

aber *Vorbehalte gegen den Tagungsort Berlin* aufrechterhalten: Die sowjetische Regierung versuchte in der Folgezeit weiterhin die Sitzung in Berlin zu verhindern bzw. die Bundesregierung für die Folgen verantwortlich zu machen. Die britische Regierung hielt die Entscheidung Gerstenmaiers erneut für »unglücklich«.

Am 24. Dezember 1968 unterrichteten sich die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs, dass sie in Moskau am 23. Dezember 1968 »einzeln in das sowjetische Außenministerium gebeten worden seien, um dort eine mündliche Protesterklärung gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin entgegenzunehmen«. ³⁴ Zwar glaubte das Auswärtige Amt in Bonn, dass »die Sowjetunion einen harten Kurs gegen die Bundesversammlung vermeiden wolle«, es musste aber zur Kenntnis nehmen, dass die sowjetische Regierung die Bundesversammlung in Berlin »als illegale Aktivität betrachtete, die die Sicherheit des Zugangs in Frage stelle«. ³⁵ Die Entscheidung von Gerstenmaier »sei für die sowjetische Seite von bemerkenswerter Deutlichkeit, und die sich daraus ergebenden Folgen werde die Bundesregierung allein zu tragen haben«, wie es der stellvertretende Außenminister der UdSSR Semjonow dem deutschen Botschafter in Moskau am 3. Januar 1969 angekündigt hatte. ³⁶ Auch der britische Außenminister Michael Stewart »äußerte starke Besorgnisse über die Folgen der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin. Er hielt den Entschluss des Bundestagspräsidenten für unglücklich. Hier sei ohne Not den Russen willkommener Sprengstoff geliefert worden, über dessen Gefährlichkeit wir uns ... noch kein Bild machen könnten.« ³⁷

Diese Äußerungen aus sowjetischer und britischer Sicht haben »dem Auswärtigen Amt Veranlassung gegeben, den Beschluss des Bundestagspräsidenten zu überdenken«. Obwohl die amerikanische Regierung sich schon öffentlich erklärt hatte, ³⁸ gab Staatssekretär Duckwitz in einem »streng geheimen Fernschreiben« dem deutschen Botschafter in Washington die Weisung, mit der neuen amerikanischen Regierung zu klären, ob die Amerikaner bereit seien, den »Russen zu erklären, dass sie bereit seien, auf die Bundesregierung einzuwirken, von der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin abzusehen.« Als Ansprechpartner für diese Überlegungen wurde Prof. Kissinger empfohlen, »von dem angenommen wird, dass er kein Befürworter der Abhaltung

34 AAPD, 1968, Dok. 427 v. 24.12., S. 1646.

35 AAPD, 1969, München 2000, Dok. 16, Anm. 8.

36 Fernschreiben der deutschen Botschaft in Moskau an Außenminister Brandt v. 5.1.1969, AAPD, 1969, Dok. 2, S. 69.

37 Aufzeichnung Staatssekretär Duckwitz v. 20.1.1969, AAPD, 1969, Dok. 25, S. 96f.

38 R. Morsey (wie Anm. 2) S. 99

der Bundesversammlung in Berlin ist, wenn er sich auch öffentlich anders ausgesprochen hat.«³⁹

Wie brisant die Frage des Tagungsortes inzwischen geworden war, kam auch in einer Warnung des sowjetischen Botschafters in Ostberlin, Abrassimow, in einem Gespräch am 31. Dezember 1969 mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz, der für Berlin votiert hatte,⁴⁰ zum Ausdruck: »Die UdSSR sei niemals damit einverstanden gewesen, dass die Bundesversammlung in Berlin abgehalten würde. Ihre Langmut sei einmal zu Ende, und er müsse auf die ernststen Folgen hinweisen, die sich für die Bevölkerung der Stadt ergeben könnten, wenn jetzt die Bundesversammlung in Berlin abgehalten würde.«⁴¹

Bei einem Besuch des sowjetischen Botschafters Zarapkin bei Bundesaußenminister Brandt auf der Bühlerhöhe am 6. Februar 1969 konnte Willy Brandt ihm »allerdings heute nicht in Aussicht stellen, dass die vom Bundestagspräsidenten seinerzeit getroffene Entscheidung wegen der Präsidentschaftswahl geändert werde.«⁴² Diese Klarstellung war sicherlich realistisch. Eugen Gerstenmaier war zu diesem Zeitpunkt zwar schon zurückgetreten, er hatte aber – trotz seiner persönlichen Probleme wegen der Wiedergutmachung und der dadurch öffentlich erzwungenen Rücktrittserklärung – die Entscheidung für den 5. März 1969 mit Tagungsort Berlin so festgezurrert, dass eine Umkehr für seinen Nachfolger nicht mehr möglich wurde.

Passierschein-Abkommen als Tausch für die Verlegung des Tagungsortes der Bundesversammlung?

Nach der Entscheidung Gerstenmaiers für Berlin bot die DDR am 21. Februar 1969 in einem Brief an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt für Ostern 1969 Passierscheine für West-Berliner an, wenn im Gegenzug die Bundesversammlung in eine andere Stadt verlegt werde.⁴³ Bundeskanzler Kiesinger, der über dieses Schreiben an Brandt von Herbert Wehner informiert wurde, lud den sowjetischen Botschafter in Bonn Zarapkin zu einem Gespräch über dieses Thema nach Stuttgart ein. Dabei machte Kiesinger deutlich, dass es mit der einmaligen Ausgabe von Passierscheinen gegen den Verzicht auf Berlin als

39 Staatssekretär Duckwitz an Botschafter Pauls v. 23.1.1969, AAPD, 1969, Dok. 29, S. 109f. Am 5.11.1968 war Richard Nixon mit knapper Mehrheit zum US-Präsidenten gewählt worden. Er berief Prof. Henry Kissinger (am 2.12.1968) zu seinem Sicherheitsbeauftragten. Vgl. Henry A. KISSINGER, *Memoiren 1968–1979*, München 1979, S. 47ff.

40 Aufzeichnung des Gesprächs v. 5. 12. 1968.

41 AAPD, 1969, v. 17.2., Dok. 46, Anm. 6.

42 Gespräch Brandt z.Zt. Bühlerhöhe mit Zarapkin, AAPD, 1969, v. 6.2., Dok. 46, S. 154.

43 Einzelheiten bei: D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 293ff. und D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 321.

Tagungsort nicht getan sei, notwendig sei vielmehr eine langfristige Besuchsregelung für West-Berliner.⁴⁴ Gerhard Wettig hat über dieses »Passierschein-Intermezzo« zeitnah und ausführlich berichtet.⁴⁵ Die Erwartung Kiesingers, dass die Sowjets auf seine Forderung eingehen würden, wurde bald enttäuscht. Es kam zu keinem Nachgeben des Kreml, obwohl die Drohungen aus Moskau und die Attacken aus Ostberlin offensichtlich Eindruck bei wichtigen Politikern der Bundesrepublik gemacht hatten.

Erneut Bedenken gegen Berlin

Am 20. Februar 1969 erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Dietrich Genscher, »die Bereitschaft seiner Partei, zusammen mit der Bundesregierung die ›endgültige Ortswahl‹ für die Bundesversammlung zu überprüfen: Der FDP-Abgeordnete sagte, die Freien Demokraten würden der Regierung nicht in den Rücken fallen, wenn der Bundeskanzler aufgrund neuer Informationen sein Votum für Berlin ändere. Berlin sei für die FDP keine Prestigefrage und kein Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen.«⁴⁶

Auch Egon Bahr bedauerte offensichtlich, »dass wir nicht einmal die Möglichkeit des Wechsels von Gerstenmaier zu Hassel ausgenutzt haben«, eine Änderung herbeizuführen. »Es kann sein, dass wir für die Bundesversammlung sehr teuer bezahlen.«⁴⁷ Helmut Schmidt – so Bahr in diesem Brief an Brandt – teile die Auffassung von Bahr, ebenso Herbert Wehner, der sich jedoch in einer schwierigen Lage befinde, da er immer »gegen Berlin gewesen sei«. In einem Schreiben vom 27. Februar 1969 an den Verbindungsmann zur DDR-Regierung, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel (Ostberlin), versuchte Wehner einen Weg zu einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der DDR aufzuzeigen: »Die Bundesversammlung muss nicht in Berlin tagen«, andererseits: »speziell Berliner Probleme, insbesondere die Möglichkeiten zur Aufhebung der Benachteiligung West-Berlins im Verkehr mit dem anderen Teil Deutschlands sollten zu verhandeln sein.«⁴⁸ Bei der interfraktionellen Besprechung über den Tagungsort der Bundesversammlung beim Bundestagspräsi-

44 D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 295.

45 Gerhard WETTIG, *Die Berlin-Krise 1969. Ein Musterfall des Zusammenspiels von Sowjetdiplomatie und -propaganda*, in: *Osteuropa* 19 (1969), S. 685–697.

46 AAPD, 1969, Bahr an Brandt v. 21.2., Dok. 72, S. 151.

47 AAPD, 1969, EBD. S.151. Auch Bundeskanzler Kiesinger äußerte am 21.1.1965 in der CDU/CSU-Fraktion erneut Bedenken, aber auch die Hoffnung, »dass wir uns mit dieser einmal eingenommenen und beschlossenen Haltung (Tagung in Berlin) so durchsetzen werden, dass keinerlei Störungen erfolgen«. (Protokoll der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ACDP VII-001-1018/1, S. 30).

48 D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 298f.

den am 5. Dezember 1968 hatte Wehner lediglich pflichtgemäß Bedenken gegen Berlin vorgetragen.⁴⁹ In einer Sondersitzung des CDU-Bundesvorstandes am 11. Februar 1969 erklärte Bundeskanzler Kiesinger deutlich: »Die Entscheidung ist gefallen.«⁵⁰

Kai-Uwe von Hassel übernimmt Gerstenmaiers Entscheidung für Berlin

Gerstenmaier hatte die alte Hauptstadt Berlin als Tagungsort⁵¹ der Bundesversammlung gegen vielfältige offene und verdeckte Bedenken durchgesetzt und dadurch die Position dieser Stadt entscheidend gestärkt. Der neue Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel übernahm die Entscheidung seines Vorgängers und berief die Bundesversammlung nach Berlin ein, nachdem er mit dem Bundeskanzler, dem Außenminister, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Fraktionsvorsitzenden beraten und festgestellt hatte, dass »kein Anlass bestehe, die Bundesversammlung an einen anderen Ort zu verlegen«.⁵²

Trotz der Ankündigungen des sowjetischen Vertreters in der damals für die Luftsicherheit um Berlin verantwortlichen »Alliierten Luftsicherheitszentrale«, die Sowjetunion könne nicht mehr für die Sicherheit des Flugverkehrs nach Berlin garantieren, verliefen die Flüge von und nach Berlin reibungslos.⁵³ Am Tag der Präsidentenwahl sperrten die DDR-Behörden zwar für drei Stunden die drei Autobahnverbindungen nach Berlin, der Verkehr über die Bahn und in der Luft verlief aber normal.⁵⁴

Bei seiner Eröffnungsansprache vor der Bundesversammlung hat Kai-Uwe von Hassel die Wahl Berlins als Sitz der Bundesversammlung noch einmal deutlich unterstrichen: »Wir haben uns zum vierten Male in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hier in der alten deutschen Hauptstadt Berlin zur Wahl des Bundespräsidenten versammelt. Die Sowjetunion und andere europäische Staaten haben sich in diplomatischen Erklärungen gegen die Einberufung nach Berlin ausgesprochen. Die Sowjetunion und die Behörden im anderen Teil Deutschlands haben mit großen propagandistischen Anstrengun-

49 Siehe oben S. 103.

50 ACDP VII-001-017/4. In dieser Sitzung hat Gerstenmaier seine Entscheidung nur noch kurz angesprochen, dagegen aber ausführlich zur Friedenspolitik der CDU Stellung genommen. Max Schulze-Vorberg äußerte Bedenken gegen die Bundesversammlung in Berlin.

51 Karl CARSTENS, damals Staatssekretär im Bundeskanzleramt, hat in seinen *Erinnerungen* (wie Anm. 2), S. 766f. berichtet, dass sich die Bundesregierung mehrfach mit der Bundesversammlung in Berlin befasst habe. Kiesinger sprach sich zunächst im Oktober 1968 in internen Besprechungen dagegen aus. »Nachdem der Bundestagspräsident die Bundesversammlung nach Berlin einberufen habe, sei eine Änderung dieser Entscheidung nicht mehr möglich. Dem stimmten alle Mitglieder des Kabinetts zu.«

52 D. TASCHLER (wie Anm. 4), S. 321 und D. KROEGEL (wie Anm. 5), S. 290.

53 FAZ v. 4.3.1969.

54 FAZ v. 6.3.1969.

gen, mit der Ankündigung neuer Verkehrsbeschränkungen, mit Pressionen und einem verschärften Nervenkrieg versucht, unsere Anwesenheit hier in Berlin zu verhindern. Die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit hat sich mit dem Für und Wider auseinandergesetzt. Ich habe selbst manchen Brief erhalten, in dem die Sorge um Berlin und um den Frieden in oftmals bewegten Worten ihren Ausdruck fand. Die 5. Bundesversammlung ist nicht zusammengetreten, um irgendjemanden zu provozieren. Wer uns dennoch Provokationen vorwirft, übersieht oder verschweigt, dass wir nichts beanspruchen, was uns nicht zusteht. Wir beeinträchtigen niemanden in seinen Rechten, wir können deshalb auch niemanden provozieren. ... Im Namen der Bundesversammlung danke ich den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika dafür, dass sie die Sicherheit und die Freiheit Westberlins solidarisch gewährleisten. ... Diese 5. Bundesversammlung will mit ihrer Anwesenheit im geteilten Berlin zum Ausdruck bringen, dass sie sich zum Frieden, zur Freiheit und zum Recht für alle Menschen in der ganzen Welt bekennt.«⁵⁵

Gustav Heinemann (SPD)⁵⁶ wurde im dritten Wahlgang gegen Gerhard Schröder (CDU/CSU) mit 512 gegen 506 Stimmen bei 5 Enthaltungen zum neuen Bundespräsidenten gewählt.⁵⁷ Mit seiner Wahl trat »ein Stück Machtwechsel« in Deutschland ein, wie es Heinemann in einem Zeitungsinterview mit der Stuttgarter Zeitung selbst interpretiert hat.⁵⁸ So kam es denn auch. Nach der anschließenden Bundestagswahl 1969 bildeten Brandt und Scheel die erste sozial-liberale Bundesregierung. Die Koalition von SPD und FDP hielt bis zum 1. Oktober 1982 als Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt wurde.

Die Entscheidung für Berlin war durchgesetzt – Gerstenmaier wurde zermürbt

Die Bemühungen der DDR, mit Hilfe der Machthaber in der UdSSR auf diplomatischer Ebene den Bundestagspräsidenten von der Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin abzubringen, waren in den Monaten zuvor begonnen, ständig verstärkt und mit perfiden Angriffen auf Eugen Gerstenmaier wegen seiner Tätigkeit im Dritten Reich begleitet worden. Von westdeutschen

55 Sten. Ber. 5. WP, Bd. 69, Anhang S. 1-9; *Die Bundesversammlung 1949–1979* (wie Anm. 28), S. 164ff.

56 Zur Persönlichkeit Heinemanns: Walter HENKELS, in: *FAZ* v. 6.3.1968 und *Stuttgarter Zeitung* v. 27.9.1967.

57 Über die Rolle der FDP in dieser Bundesversammlung hat Klaus HILDEBRAND überzeugend berichtet: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4), Mannheim 1984, S. 393ff.

58 Vgl. M. GÖRTEMAKER (wie Anm. 3), S. 496 und R. MORSEY (wie Anm. 2), S. 112; insbes. Arnulf BARING, *Machtwechsel, die Ära Brandt/Scheel*, München 1984, S. 121f.

Presseorganen wurden diese Verdächtigungen geflissentlich aufgenommen, vorwurfsvoll aufbereitet und millionenfach verbreitet.⁵⁹ Sie gipfelten in dem Vorwurf, dass Gerstenmaier sein Todesurteil durch den Volksgerichtshof durch Verrat an den Mitverschwörern des 20. Juli 1944 verhindert habe.⁶⁰ Er war immerhin zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In dieser Kampagne gegen ihn wurde dann behauptet, er habe die Wiedergutmachung nach dem Wiedergutmachungsgesetz zu Unrecht in Anspruch genommen und führe den Professorentitel zu Unrecht. Diese Verdächtigungen verleiteten eine Reihe von Bundesbürgern zu Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft wegen Betruges und anderer strafrechtlicher Delikte.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Gerstenmaier

Nach dem Rücktritt vom Amt des Bundestagspräsidenten mit Wirkung vom 1. Februar 1969 leitete die Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren ein, das fast sechs Jahre dauerte: Am 25. Oktober 1974 stellte sie – unter deutlicher Zurückweisung der Anzeigen – das Verfahren ein. Fast sechs Jahre hat die Staatsanwaltschaft Bonn mehr als zwei Dutzend Anzeigen gegen Gerstenmaier geprüft – sehr sorgfältig, sehr gründlich, langsam und anfangs wohl auch mit einem gewissen Anflug von Voreingenommenheit, aber immer korrekt.

Gerstenmaier berichtet in seinem Lebensbericht⁶¹ relativ kurz über dieses Verfahren. Man spürt, wie ihm durch diese Anzeigen Unrecht geschehen ist und wie sehr er sich den Veröffentlichungen aus der DDR ausgeliefert fand, auf die sich die Anzeigersteller fast ausschließlich beriefen. Er hat Recht mit seiner Klage über »die bestürzende Ungleichheit der Waffen gegenüber den Massenmedien, vor allem gegenüber Rundfunk und Fernsehen«. Selbst nach seinem Tod fiel der Westdeutsche Rundfunk in seinem »Kritischen Tagebuch vom 27.12.1992«⁶² noch einmal mit Behauptungen, Vermutungen und Andeutungen über ihn her, die aus der früheren Fälscherwerkstatt der Stasi stammten und längst von der Staatsanwaltschaft Bonn widerlegt waren. Von der Einstellung

59 Die Seelenverwandtschaft und Kumpanei bekannter westdeutscher Journalisten und ihre »Affinität zu den kommunistischen Diktatoren«, insbesondere die Rolle des »Stern« legt offen: Hubertus KNABE, *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin 2001, insbes. S. 250ff. (»Die Gerstenmaier-Kampagne«). Ferner Roger ENGELMANN, *Gefangener der Voreingenommenheit*, in: FAZ v. 27.7.2001; H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16).

60 H. KNABE, *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59), S. 257.

61 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 592f.

62 WDR 3, Sendemanuskript 921227 Otto Köhler; zu Köhler vgl. H. KNABE, *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59), S. 468, Anm. 245; Helmut MÜLLER-ENBERGS (Hg.): *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit*, Berlin 1996, S. 228, Anm. 975. – Durch Urteil des Landgerichts Köln (Az: 28 O 188/93) wurden Otto Köhler einige falsche Behauptungen über Eugen Gerstenmaier untersagt.

des Verfahrens und den dabei getroffenen Feststellungen der Staatsanwaltschaft wurde in diesem Tendenzbericht des WDR mit keinem Wort gesprochen.

Mit der definitiven Festlegung des Tagungsortes Berlin für die Bundesversammlung hatten die Agitatoren der Stasi ihr Ziel zwar verfehlt, aber Gerstenmaier gestürzt. Ihm blieb nur der lange und deprimierende Weg eines Beschuldigten in dem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren. So sehr es zu beklagen ist, dass das Verfahren von 1969 bis 1974 so lange gedauert hat, so sehr ist anzuerkennen, dass der Erste Staatsanwalt Jürgen Zädow peinlichst genau alle Vorwürfe, Vermutungen, Andeutungen und Anwürfe geprüft hat und dann auch überzeugend zur Einstellung des Verfahrens gekommen ist, durch die praktisch alle Anschuldigungen aus der DDR eindeutig widerlegt wurden.⁶³

Die Einstellungsverfügung der Bonner Staatsanwaltschaft ist 250 DIN A4-Seiten⁶⁴ lang und eine deutliche *Rehabilitierung Gerstenmaiers*. Sie kam nur viel zu spät, als die Zeit über ihn hinweggegangen war. Historiker und die politische Wissenschaft werden sich auf diese Arbeit der Bonner Staatsanwaltschaft stützen können, weil der Lebensweg Gerstenmaiers durch den Nationalsozialismus bis ins Detail nachgezeichnet und belegt worden ist.

Ich kann hier nur einige mir wegen ihrer politischen Bedeutung besonders wichtig erscheinende Punkte herausgreifen, die Gegenstand der Anzeigen und der Prüfung durch die Staatsanwaltschaft waren.

Gerstenmaier – Ziel brauner und roter Verfolgung!

Gerstenmaier ist Zeit seines Lebens brauner und roter Verfolgung ausgesetzt gewesen. Am Tag des Attentats auf Adolf Hitler durch Oberst Klaus Graf Schenck von Stauffenberg wurde er in der Bendlerstraße in Berlin verhaftet, musste mit standrechtlicher Erschießung rechnen und wurde anschließend in der Haft gefoltert und gequält. Im Januar 1945 verurteilte ihn der Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Roland Freisler zu sieben Jahren Zuchthaus, die er im Zuchthaus in Bayreuth verbringen musste. Am 14. April 1945 wurde er von den Amerikanern befreit. Er hat diese Zeit in seinem Lebensbericht anschaulich geschildert.⁶⁵ Über »Gerstenmaier im Dritten Reich« hat der Widerstandskämpfer und spätere Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff 1965⁶⁶ überzeugend berichtet. Auf diese Dokumentation über das

63 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 592f.

64 Staatsanwaltschaft Bonn – 8 Js 544/69 v. 2.10.1974.

65 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 61), S. 223ff. Brigitte GERSTENMAIER hat nach dem Tod ihres Mannes *Briefe und Berichte 1939–1969* unter dem Titel: *Zwei können widerstehen*, Bonn 1992, veröffentlicht, in dem Briefe aus dem Zuchthaus enthalten sind.

66 Fabian VON SCHLABRENDORFF, *Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Stuttgart 1965.

Verhalten Gerstenmaiers im Dritten Reich beziehen sich fast alle späteren Untersuchungen.⁶⁷

Gerstenmaier hatte nach seiner Promotion zum Lic. theol.⁶⁸ in Rostock sich 1936/37 durch eine Arbeit »Die Kirche und die Schöpfung« habilitiert. Diese Habilitationsschrift erschien 1938 im Furche-Verlag. Wegen seiner dezidierten Ablehnung des Nationalsozialismus wurde Gerstenmaier aber die Ausübung der Lehrbefugnis als Dozent und auch die Ernennung zum Professor verweigert. Seine »politische Unzuverlässigkeit« im nationalsozialistischen Sinne verhinderte den angestrebten akademischen Lebensweg. Er wurde wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und am 8. April 1941 Konsistorialrat im kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands. Nach Beendigung des Krieges gründete er das »Evangelische Hilfswerk Deutschlands«, dessen Leitung er bis zum 30. September 1951 inne hatte. Wegen seines Wechsels in die Politik nach der Wahl in den Bundestag 1949 beendete er diese wichtige Aufgabe. Mit Wirkung vom 25. Januar 1947 war ihm das Recht verliehen worden, den Titel Oberkonsistorialrat zu führen.

Wegen seines Widerstandes gegen die Nazis, seiner Zugehörigkeit zum Kreisauer Kreis und insbesondere wegen seiner akademischen Titel kam er schon in den 50er Jahren in die Schusslinie sowohl von ehemaligen Aktivisten aus der Nazizeit als auch der Propagandisten des DDR-Regimes unter Ulbricht. In einer Rede vor dem Bundesparteitag der CDU in Stuttgart hatte Gerstenmaier das »Wiederlautwerden alter ungeläuterter Hitler-Anhänger« angeprangert und dabei u.a. die »Remers und die Ramkes« erwähnt. Das brachte den ehemaligen General der Fallschirmjäger Ramke auf die Palme. Zusammen mit dem Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Maßmann, Kiel, verdächtigte Ramke zwischen August 1957 und Dezember 1963 in verschiedenen Schreiben an die Synode der Evangelischen Kirche Gerstenmaier wegen seiner politischen Haltung während der Nazizeit. Gerstenmaier stellte Strafantrag gegen Dr. Maßmann und General Ramke, als sie ihm auch noch unterstellten, seine Freunde

67 Vgl. Ger VAN ROON, *Neuordnung im Widerstand*, München 1967, S. 187–194; Joachim FEST, *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*, Berlin ⁴1994, S. 314f. Albrecht VON MOLTKE, *Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, Köln 1990, S. 42, Anm. 148; Ulrich KARPEN/Andreas SCHOTT (Hg.): *Der Kreisauer Kreis. Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmut James Graf von Moltke*, Heidelberg 1995; Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf ²1990, S. 239–247; Hans MOMMSEN, *Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42 (1994), S. 361–377; Klaus HORNING, *Der Kreisauer Kreis und die deutsche Zukunft*, in: *Politik und Zeitgeschichte* 28 (1994), S. 22ff.; Roman BLEISTEIN (Hg.), *Dossier: Kreisauer Kreis, Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1987.

68 Was einem Dr. theol. entsprach und später auch so umgestellt wurde.

im Widerstand verraten zu haben, um dadurch »seinen Kopf zu retten«. ⁶⁹ Die gerichtliche Voruntersuchung wurde beim Landgericht Kiel eröffnet und Anklage gegen Dr. Maßmann und General Ramke wegen Beleidigung nach § 187a StGB erhoben. Zu einem Abschluss des Gerichtsverfahrens durch Urteil ist es nicht gekommen. Auf nachhaltige Bitten des Verteidigers von Ramke kam es zu einem »Vergleich«. Die beiden Angeklagten nahmen mit dem »Ausdruck des Bedauerns die gegen Gerstenmaier erhobenen Vorwürfe zurück«. General Ramke zahlte außerdem eine Geldbuße von 3.000 DM. Darauf nahm Gerstenmaier den Strafantrag zurück. Das Verfahren wurde eingestellt, aber mit dem Verfahren war ein Stein ins Wasser geworfen worden, der immer weitere Kreise zog und auch die ostdeutsche Propaganda und Hetzkampagne auf den Plan rief. Gerstenmaier hat später bekannt, »wie schwer ihm der Vergleich gefallen ist« ⁷⁰. Mir gegenüber hat er wiederholt geäußert, »er hätte sich nie und nimmer zu diesem Vergleich überreden lassen dürfen«.

Für die Machthaber in Pankow war Gerstenmaier inzwischen zu einem erklärten Gegner des Kommunismus geworden, den es zu bekämpfen galt. Mit verleumderischen Andeutungen und Hinweisen auf Gerstenmaier als »Hitler-Anhänger« und als »Neokolonialist« trat der damalige Staatssekretär im Außenministerium der DDR, Otto Winzer, am 4. November 1960 vor die Presse in Ostberlin und legte ein Pamphlet vor: »Kreuzritter des Neokolonialismus«, das Gerstenmaier in seinen außenpolitischen Ambitionen treffen sollte. Für diese Pressekonferenz lag Winzer eine Anweisung vor, was mit dieser »Dokumentation« erreicht werden sollte: »Wir wollen heute dazu beitragen, dass diese Afrika-Woche den gebührenden Ausklang und Abschluss findet, der keine Zweifel an den neokolonialistischen Absichten der Bonner Regierung und ihrer monopolkapitalistischen Hintermänner lässt. ... In diesem Dokument tritt uns Herr Gerstenmaier als frömmelnder Propagandareisender Hitlers und Ribbentrops entgegen. Im Talar eines eifernden evangelischen Christen war und ist dieser Herr Gerstenmaier, damals Kirchliches Außenamt, heute Präsident der Deutschen Afrika-Gesellschaft, stets ein Wegbereiter der Eroberungspolitik des aggressiven deutschen Imperialismus. Die Ämter haben gewechselt, aber Ziel und politischer Inhalt der Tätigkeit des Herrn Gerstenmaier sind die gleichen geblieben.« ⁷¹ Ohne jeglichen Beweis und ohne stichhaltige Dokumente wird Gerstenmaier als »Vorreiter der Hitler-Aggression« und als »Kriegshetzer in christlichem Gewande« dargestellt.

69 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 386.

70 EBD. S. 585.

71 Vgl. Otto WINZER, *Kreuzritter des Neokolonialismus*, Ostberlin 1961, S. 5, 14; dieser Sprechzettel ist im NL Gerstenmaier ACDP I-210-24/2 enthalten.

Das kommunistische »Neue Deutschland«⁷² und die ebenso hetzerische »Deutsche Volkszeitung«⁷³ legten noch einmal in dieser Verleumdungskampagne nach. Man merkte: Die kommunistische Propaganda hatte sich besonders auf Gerstenmaier eingeschossen. In der »Dokumentation der Zeit« wurde Gerstenmaier 1965 als »Steigbügelhalter der Nazis«⁷⁴ bezeichnet, seine Beteiligung am Widerstand und seine Verurteilung durch den Volksgerichtshof 1945 aber völlig verschwiegen. Im sogenannten Braunbuch von 1965, in dem die östlichen Agitatoren gegen die Bundesrepublik ihre Angriffe fortsetzten, war Gerstenmaier erneut Zielscheibe scharfer Attacken.⁷⁵

Hubertus Knabe berichtet, dass die Stasi 1967 eine »belastende Dokumentation erarbeitete mit dem Ziel, die Person Gerstenmaier zu einem geeigneten Zeitpunkt zu entlarven«.⁷⁶ Der an der Besprechung bei der Stasi teilnehmende KGB-Oberst Kondraschow⁷⁷ »meinte jedoch, dass er momentan (1967) keine Notwendigkeit sehe, Gerstenmaier zu entlarven«. »Der passende Zeitpunkt« schien dann 1968/69 mit der für das Jahr 1969 vorgesehenen Bundesversammlung gekommen. Mit einer Broschüre: »Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten – Die Karriere des Eugen Gerstenmaier« erreichte die hetzerische Propaganda der DDR-Regierung ihren Höhepunkt. Dieser sogenannte »Dokumentarbericht« wurde zeitlich und zielgerichtet so gestaltet, dass er zur Bundesversammlung 1969 die gewollte Stimmungsmache gegen den Tagungsort Berlin verursachte und noch weiter verstärkte: Gerstenmaier sollte so diskreditiert werden, dass er seine beabsichtigte Entscheidung für Berlin nicht durchsetzen könnte. Der Tenor und die Überschriften in dieser Broschüre sind von einem perfiden Verleumdungscharakter und zeigen das Ziel deutlich auf.

Forschungsergebnisse in der Gauck-Behörde im Jahr 2000

In der Gauck-Behörde (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes) finden sich die Vorarbeiten für diese Broschüre mit Durchschlägen der Originalfassung.⁷⁸ In einem Aktenvermerk vom 24. Januar 1969,

72 *Neues Deutschland* v. 11.5.1961.

73 *Deutsche Volkszeitung* v. 28.4.1961.

74 *Dokumentation der Zeit* (Ostberlin) 1965, Heft 334, S. 32f.

75 *Braunbuch* (1965), S. 324ff.

76 H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16), S. 130; vgl. DERS., *Die West-Arbeit und ihre Wirkungen. Bericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes*, Berlin 1999. In seinem neuen Werk beschreibt Knabe die »Gerstenmaier-Kampagne« des Staatssicherheitsdienstes in den 50er und 60er Jahren: H. KNABE, *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59), insbesondere S. 250ff. Hubertus KNABE, *Agitieren, diffamieren, destabilisieren*, in: *Der Tagesspiegel* v. 20.5.2001:

77 Kondraschow ist in dem Werk: George BAILEY/Sergey A. KONDRASCHOW/David E. MURPHY, *Die unsichtbare Front*, Berlin 1997, darauf nicht eingegangen.

78 BStU, Archiv der Zentralstelle MfS-HA IX/11 AV 14/87, Ordner 1–50.

von dem »ein Exemplar an Gen. Wolf«⁷⁹ ging, ist von »weiterer Sichtung des Materials« gegen Gerstenmaier die Rede. »Ziel der Sichtung des Materials sei u.a.: Auswertung sämtlicher erarbeiteten sowie der in Archiven der DDR lagernden Materialien über die Vergangenheit der Mitglieder des westdeutschen Bundestages, den zur ›Bundesversammlung‹ gehörenden Mitgliedern der westdeutschen Landtage mit dem Ziel der Nachweisführung, dass mit dem geplanten Stattfinden der ›Bundesversammlung‹ in Westberlin die neonazistische und revanchistische Expansionspolitik der reaktionären Kräfte in Westdeutschland einen neuen Höhepunkt erreichen soll. Zur Unterstützung der im Ergebnis dieser Feststellungen möglichen agitatorischen Auswertung (z.B. Pressekonferenz, evtl. Erarbeitung einer Dokumentation als *Zirkularmaterial für die UNO*) ist weiterhin vorgesehen ... *Durch diese Maßnahmen wird angestrebt, das Stattfinden der ›Bundesversammlung‹ zur Wahl des westdeutschen Bundespräsidenten am 5. März 1969 in Westberlin zu verhindern.*«⁸⁰ Mit der Öffnung der Akten des Staatssicherheitsdienstes kommen diese diabolischen Hintergründe und Absichten der kommunistischen Machthaber gegen Repräsentanten und Organe der Bundesrepublik ans Tageslicht und damit auch die Verhetzung von Bürgern, die zu solch unsäglichen Anzeigen führte, wie sie im Fall Gerstenmaier mit den jahrelangen staatsanwaltlichen Ermittlungen die Folge waren.

Die Staatsanwaltschaft Bonn konnte diese Machenschaften der Stasi nicht erkennen und brauchte deshalb so lange Zeit, um trotzdem zu einer klaren Einstellung des Verfahrens zu gelangen. Es mutet heute sicherlich naiv an, dass die Staatsanwaltschaft im Januar 1973 den Generalstaatsanwalt der DDR mit einem Rechtshilfeersuchen eingeschaltet und darum gebeten hat, »Dokumente zugänglich zu machen, die der vom Staatsverlag der DDR herausgegebenen Broschüre zugrunde liegen«. Von dem kommunistisch-totalitären System der DDR Rechtshilfe erlangen zu wollen, ist schon arg vertrauensselig. Der Generalstaatsanwalt der DDR hat dann auch 65 Blatt Ablichtungen von im Besitz der DDR »befindlichen Schriftstücken übersandt«, aus denen sich verständlicherweise keine neuen Erkenntnisse ergaben.⁸¹ Bei meinen Recherchen im Jahr 2000 zu den Angriffen der DDR-Organen gegen Gerstenmaier habe ich etwa 60 Ordner einsehen können, in denen auch Konvolute enthalten sind, »die eine gewisse Entlastung für G. darstellen« oder Faszikel mit der

79 Markus (Mischa) Wolf, Spionagechef im Ministerium für Staatssicherheit der DDR, von 1952–1986 war er Leiter der Hauptabteilung Aufklärung, dem Auslandsnachrichtendienst der Stasi. Vgl. Christoph ANDREW/Wassili MITROCHIN, *Das Schwarzbuch des KGB*, Berlin 1999, S. 535.

80 BStU (wie Anm. 78), Ordner 39; H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16), S. 221–226 berichtet über weitere Aktionen der SED gegen die Bundesversammlung mit verschiedenen Belegen, u.a. BStU, ZA, SdM 1439. Hervorhebung des Verf.

81 Einstellungsverfügung S. 235f.

Aufschrift: »Entlastung für G.«⁸². Dass diese Unterlagen der Bonner Staatsanwaltschaft nicht zugeleitet worden sind, liegt auf der Hand und war kaum zu erwarten. Um so höher ist zu bewerten, dass die Staatsanwaltschaft Bonn nach langwierigen Untersuchungen doch zu einer deutlichen Rechtfertigung von Gerstenmaier gekommen ist.

Wesentliche Ergebnisse der Staatsanwaltschaft Bonn:
Rehabilitierung Gerstenmaiers

Die Staatsanwaltschaft Bonn hatte aufgrund der Anzeigen, die von den Veröffentlichungen in den Medien (insbesondere »Stern« und »Spiegel«) ausgingen, Vorwürfe des Betruges zu prüfen. Darin wurde behauptet, »er habe sich die vom Bundesministerium des Innern durch Bescheid vom 8. Dezember 1965 im Wege der Wiedergutmachung zugesprochenen Versorgungsbezüge als emeritierter außerordentlicher Professor durch unrichtige Angaben verschafft. Gerstenmaier wurde vorgehalten, er könne keine Habilitation nachweisen, ihm habe auch eine Lehrbefugnis nicht zugestanden, die ihm auch nicht versagt worden sei.« Eine Wiedergutmachungsleistung habe ihm nicht zugestanden, weil er – wie in der Stasi-Broschüre erwähnt – Mitglied der SA, des NS-Studentenbundes und der NSDAP gewesen und er durch seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt den Nationalsozialismus gefördert habe.⁸³ Es wurde in den Anzeigen außerdem behauptet, der Wiedergutmachungsbescheid des Bundesinnenministeriums sei nicht ordnungsgemäß zustande gekommen. Dabei hatte der Präsident des Bundesrechnungshofes bereits am 26. September 1969 nach sorgfältiger Prüfung festgestellt: »Die Überprüfung der Wiedergutmachungsangelegenheit des früheren Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Prof. em. Dr. Gerstenmaier durch den Bundesrechnungshof hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben.«⁸⁴

Zur Frage der Habilitation kommt die Staatsanwaltschaft in ihrer umfangreichen Einstellungsverfügung ganz deutlich zur Feststellung: »*Dass sich Dr. Gerstenmaier am 24. Juni 1938, wie er im Wiedergutmachungsverfahren angegeben hatte, an der Universität Rostock habilitiert hatte, ist durch die Ermittlungen bestätigt worden.* Diese Habilitation geht aus den im Laufe des Verfahrens ermittelten Unterlagen hervor.«⁸⁵ Zur Lehrbefugnis erklärt die Staatsanwaltschaft klipp und klar: »Aufgrund dieser Erkenntnisse steht fest, dass Dr. Gerstenmaier die Voraussetzungen für die Verleihung einer Lehrbe-

82 BStU, MfS-HA IX/11, AV 14/87, Ordner 8.

83 So Vernehmungsprotokoll vom 2.11.1971 – 8 Js 544/69, S. 1f.

84 Schreiben des BRH-Präsident an Bundestagspräsident von Hassel v. 26.9.1969 in: NL Gerstenmaier ACDP I-210-022/1.

85 Einstellungsverfügung StA Bonn – 8 Js 544/69 v. 25.10.1974, S. 49.

fugnis erfüllt hatte.«⁸⁶ »Es ist deshalb davon auszugehen, dass Dr. Gerstenmaier zum Dozenten hätte ernannt werden können, wenn diese Ernennung nicht wegen seiner ›politischen Unzuverlässigkeit‹ über den Mai 1940 hinaus verzögert worden wäre.«⁸⁷ Dass die »Voraussetzungen für die Habilitation« Gerstenmaiers erfüllt sind, ergibt sich aus einem Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 17. Februar 1938 an den Reichs- und Preußischen Minister für kirchliche Angelegenheiten, doch wird getügt, dass Gerstenmaier »den Nationalsozialismus als Weltanschauung im Grunde ablehnt«.⁸⁸

Über Gerstenmaiers aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus kommt die Staatsanwaltschaft nach langen und intensiven Prüfungen zu der unmissverständlichen Feststellung: »Aufgrund der Tatsache, dass Dr. Gerstenmaier wegen seiner Verbindungen zur Widerstandsbewegung durch den sogenannten Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist davon auszugehen, dass er den Nationalsozialismus aktiv bekämpft hat und deswegen verfolgt worden ist.«⁸⁹ Gerstenmaiers klare Ablehnung des nationalsozialistischen Gedankengutes wird in vielen Schreiben und in anderen Unterlagen aus den Jahren 1938/39 deutlich, die in der Gauck-Behörde vorliegen, aber der Bonner Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen vom Generalstaatsanwalt in Ostberlin verständlicherweise vorenthalten wurden. Am deutlichsten kommt dies in einer »Beurteilung des Lic. habil. Eugen Gerstenmaier vom 30.2.39« gegenüber der Reichsstudentenführung Berlin zum Ausdruck: »Gerstenmaier gilt als ein ungewöhnlich kluger und kritischer Kopf mit ausgesprochener wissenschaftlicher Begabung und hat in seinem studentischen Amt sachlich sehr gute Arbeit geleistet. ... Es hat sich ... eindeutig gezeigt, dass G. ein fanatischer Anhänger der Bekenntniskirche ist, der sich aus dieser Anhängerschaft ganz klar gegen die nationalsozialistische Weltanschauung ... gestellt hat. ... Lic. habil. Gerstenmaier ist aufgrund seiner buchstabenmäßigen kirchlichen Bindung *Gegner des Nationalsozialismus als Weltanschauung*.« Der Reichsstudentenbund, Dienststelle Berlin, schließt sich dieser Stellungnahme an: »Ich halte Herrn Gerstenmaier charakterlich für einen einwandfreien

86 Ebd. S. 93.

87 Ebd. S. 101.

88 BStU, MfS-HA IX/11, AV 14/87, Ordner 8, Blatt 47. In diesem Ordner ist eine Reihe weiterer Unterlagen über Gerstenmaier enthalten, in denen er ab 1938 stets als »Dr. habil.« bzw. »Lic. habil. Dr. Gerstenmaier« bezeichnet wird und in denen seine wissenschaftliche Anerkennung festgehalten ist.

89 Einstellungsverfügung, S. 122; im Haftbefehl des »Ermittlungsrichters des Volksgerichtshofes vom 11. Oktober 1944« gegen Helmuth von Moltke, Eugen Gerstenmaier u.a. wurden sie beschuldigt, »zusammen mit anderen es unternommen zu haben, die nationalsozialistische Regierung, nötigenfalls mit einer gegen den Führer gerichteten Gewalttat, zu stürzen, um sich selbst oder ihre Gesinnungsgenossen in den Besitz der Macht zu bringen«. – Haftbefehl und Urteil des VGH in: NL Gerstenmaier, ACDP I-210-005/2.

Mann, der aber ein Kämpfer für politische Ziele ist, die der nationalsozialistischen Bewegung absolut entgegen stehen.«⁹⁰

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, der formell für die Genehmigung einer akademischen Lehrbefugnis zuständig, aber seinerseits von der Zustimmung des »Stellvertreters des Führers« abhängig war, unterrichtete am 22. November 1939 das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten »betr. die Verleihung der Lehrbefugnis an Lic. theol. habil. Gerstenmaier«: Gerstenmaier »wird vorgeworfen, dass er der Exponent stark kirchlich und konfessionell gebundener Kreise« sei. »Der Stellvertreter des Führers hält es daher vorläufig für nicht angebracht, dass G[erstenmaier] eine Dozentur erhält.«⁹¹ Diese Mitteilung der zuständigen Behörde bestätigt die wiederholte Erkenntnis von Eugen Gerstenmaier, dass von höchster Naziebene [Stellvertreter des Führers – Rudolf Heß] ihm die *venia legendi* vorenthalten worden ist, weil er ein »unversöhnlicher Gegner des Führers und der Bewegung« gewesen ist.⁹² Der Leiter des Kirchlichen Außenamtes der Evangelischen Kirche, Bischof Theodor Heckel, versuchte zwar noch einmal, die Vorbehalte wegen Gerstenmaiers »politischer Unzuverlässigkeit« auszuräumen und eine positive Entscheidung herbeizuführen.⁹³ Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, dem die Stellungnahme von Bischof Heckel offensichtlich vorgelegt worden war, teilte aber am 5.9.1940 dem Kirchenministerium definitiv mit, dass es »davon absehen muss, die Frage einer Dozentur an Lic. theol. habil. Gerstenmaier weiter zu verfolgen.«⁹⁴ Die Bonner Staatsanwaltschaft ist nach eingehender Prüfung gerade auch dieses Komplexes zu dem Ergebnis gekommen, dass Gerstenmaier »zum Dozenten hätte ernannt werden können, wenn nicht Bedenken gegen die politische Zuverlässigkeit« geäußert worden wären.⁹⁵

Für die in der Stasi-Broschüre angegebene Karteinummer P 38/546 gilt das, was Bohnsack/Brehmer – zwei langjährige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit – über die Arbeit ihrer Abteilung IX/11 innerhalb der Stasi

90 Schreiben an den NS-Dozentenbündelführer v. 22.2.1939, BStU (wie Anm. 89), Bl. 61–63. In dem Ordner Nr. 26 ist ein »Dokumentenverzeichnis« mit 52 Dokumenten von 1938 bis 1945 (Bl. 3–12) enthalten, die gemäß einer Verfügung eines »Majors Reimann« nicht wegzugeben sind. Bei diesen Dokumenten sei »Einsichtnahme nur mit Genehmigung des Ref.-Ltrs. I« möglich. Es ist als sicher anzunehmen, dass diese Unterlagen für eine Agitation gegen Gerstenmaier nicht geeignet und sogar kontraproduktiv waren.

91 BStU HA IX, Ordner 8.

92 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 106 und F. VON SCHLABRENDORFF (wie Anm. 66), S. 19.

93 Schreiben an den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten v. 5.6.1940, in: BStU HA IX, Ordner 9.

94 Ebd.

95 Einstellungsverfügung S. 98f. und 101.

im Jahre 1992 zugegeben haben:⁹⁶ »Das Fälschen von Pässen und Unterschriften wurde zu einer der einfachsten und gebräuchlichsten Übungen. Personalakten aus der NS-Zeit wurden »vervollständigt durch Dokumente aus eigener Fertigung. Also ergänzten wir das vorliegende Material, so dass es zweifelsfrei bewies, was wir beweisen wollten. Fakten haben uns nie gestört.« Die Staatsanwaltschaft Bonn hat dieser Karteikarte ohnehin keine große Bedeutung beigemessen, aber doch auf zwei Fehler in der Schreibweise hingewiesen. Dabei stellte sie fest, dass es keinerlei Anhaltspunkte dafür gebe, »dass es Agentennummern der angegebenen Art gegeben hat.«⁹⁷

Die besonders perfide Verleumdung gegen Gerstenmaier durch die Behauptung in der Stasi-Broschüre, die dann von Gegnern und Anzeigerstatistern aufgegriffen wurde, nämlich die vermeintliche geringe Höhe der Zuchthausstrafe sei ein Indiz dafür, dass er dem Nationalsozialismus nahegestanden haben müsse, wird von der Staatsanwaltschaft überzeugend zurückgewiesen und als abwegig bezeichnet: »Die in der Broschüre des Staatsverlags der DDR aus der Höhe der von dem Volksgerechtshof gegen den Beschuldigten verhängten Strafe gezogene Schlussfolgerung ist schon deshalb abwegig, weil nicht ersichtlich ist, weshalb es überhaupt einer Verurteilung des Beschuldigten bedürft haben sollte, falls dieser ›in den Kreisauer-Kreis lanciert‹ worden sein sollte, um ›Kronzeuge der Gestapo‹ zu werden. Im übrigen ist die *unmittelbare Beteiligung des Beschuldigten an den Ereignissen des 20.7.1944*, ... in dem Verfahren gegen Ramcke und Maßmann nach umfangreichen Erhebungen festgestellt worden. *Zweifel an diesen Feststellungen sind nicht begründet.*«⁹⁸ Die Staatsanwaltschaft Bonn kam nach ihren umfangreichen Ermittlungen und Prüfungen am 24. Oktober 1974 zu der längst überfälligen und richtigen Erkenntnis: »Anhand der der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehenden Erkenntnisse sind Dr. Gerstenmaier unrichtige Behauptungen im Wiedergutmachungsverfahren nicht nachzuweisen, ... *unrichtige Angaben sind nicht festgestellt worden.*«

Seine ordnungsgemäßen Rechte als Hochschullehrer mit Promotion und Habilitation waren eindeutig bestätigt und sein Widerstand gegen die Nazis bestandskräftig festgestellt. Nur darum und um nichts anderes war es Gerstenmaier gegangen! Die angestrebte Karriere als Wissenschaftler war ihm verwehrt worden.⁹⁹ Gerstenmaiers langjähriger Vizepräsident Richard Jaeger hat in einem Nachruf völlig zu Recht betont: »Ich bin davon überzeugt, dass für

96 Günter BOHNSACK/Herbert BREHMER, *Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte*, Hamburg 1992, S. 28, 49, 56 u. 59.

97 EBD. S. 143.

98 EBD. S. 149f.

99 Matthias STICKLER, *Eugen Gerstenmaier*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie*, Paderborn 2002, S. 247–249.

Eugen Gerstenmaier das Wiedergutmachungsverfahren nur dem Zweck gedient hat, die Kritiker und ihre Angriffe zu widerlegen.«¹⁰⁰ Korrekt wie die Staatsanwaltschaft ist, hat sie den Einstellungsbeschluss richtigerweise gerichtet an »Oberkonsistorialrat i.R. Prof. D. Dr. Eugen Gerstenmaier«. Das Ergebnis war zweifellos eine deutliche und wahre Rehabilitation Gerstenmaiers.

Die Presse berichtete – wie nicht anders zu erwarten war – gar nicht oder nur in beleidigender Kürze über diese späte offizielle Rechtfertigung. Lediglich Dr. Alois Rummel – ein heute noch bekannter Bonner Journalist und langjähriger Chefredakteur des »Rheinischen Merkur« – nahm in der »Saarbrücker Zeitung« am 13. November 1974 ausführlich Stellung: »Mit dieser bekannt gewordenen Einstellung des gerichtlichen Verfahrens jedenfalls ist ein Mann hochhoffiziell rehabilitiert worden, ... dessen Würde auf unangemessen schadenfrohe und unwürdige Weise mit Füßen getreten worden ist.«

Die CDU Deutschlands ließ im Deutschland-Union-Dienst verlauten: »Durch die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist nun vor aller Welt klar, was in der CDU nie zweifelhaft war: Ein Ehrenmann, der dem Nationalsozialismus bis zur Gefährdung seines Lebens widerstand, der die Narben der erfahrenen Misshandlungen noch heute trägt, wurde dem allzu willfährigen Zeitgeist geopfert. Kaum versteht man 1974 noch die Mentalität von 1969. Die CDU bekennt aus dem gegebenen Anlass noch einmal: Sie ist stolz auf Eugen Gerstenmaier und auf das, was er vielfach für unser Land und unser Volk geleistet hat.«¹⁰¹

Professor Klaus Hildebrand hat schon 1984 die Zusammenhänge zwischen Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin und den Angriffen gegen Gerstenmaiers Antifaschismus und Antikommunismus erkannt: »Dass Gerstenmaier zum engeren Kreis der aktiven Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gezählt hatte, galt auf einmal wenig. ... Der in seinen Motiven ethisch begründete konservative Widerstand geriet mehr und mehr ins Zwielicht. ... Eugen Gerstenmaiers entschiedener Antikommunismus war landauf, landab sattsam bekannt und nicht dazu angetan, seine Beliebtheit in einer liberal und entspannungsfreundlich gestimmten Öffentlichkeit zu steigern.«

Eugen Gerstenmaier hat in seinem Lebensbericht die späte öffentliche und amtliche Rehabilitation durch die Staatsanwaltschaft in Bonn recht knapp und

100 Richard JAEGER, *Eugen Gerstenmaier zum Gedenken*, in: *Veröffentlichung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Bundestages*, 1986, S. 7.

101 DUD v. 8.11.1974, S. 6f. Friedrich Karl FROMME, langjähriger Korrespondent der FAZ hat in: *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland*, hg. v. Walter L. BERN-ECKER/Volker DOTTERWEICH, Göttingen 1982, Bd. 1, S. 155–167, das politische Wirken Gerstenmaiers fair gewürdigt; die Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens lagen ihm nicht vor. Den »Mann der Kirche, den Theologen Gerstenmaier«, schildert Jochen-Christoph KAISER, *Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945*, in: *Protestanten in der Demokratie*, hg. v. Wolfgang HUBER, München 1990, S. 69–91.

mit wenig Genugtuung, aber auch mit einer spürbaren Verletzung durch das Verfahren zurückhaltend so beschrieben: »Das Ermittlungsverfahren lief über Jahre. Es missfiel mir, aber ich konnte mir nur die bündige Widerlegung der Pankower Bezeichnungen davon versprechen. Das erwies sich als richtig. Der Erste Staatsanwalt, Zädow, in Bonn, der die Sache bearbeitete, scheute weder Zeit noch Mühe, um nach dreißig Jahren auch den letzten Einzelheiten nachzugehen. Er war ein höflicher und streng bemühter Mann. Er las, was immer ich geschrieben hatte, einschließlich Dissertation und Habilitationsschrift. Er vernahm jeden noch lebenden ehemaligen Angehörigen des Reichssicherheitshauptamts, der obersten Behörde des Himmlerschen SD. Es waren an die fünfhundert. Alles was der Ramcke-Prozess zutage gebracht hatte, wurde bestätigt und noch mehr dazu. Als sich gar nichts mehr finden ließ, tat die Staatsanwaltschaft ein übriges. Sie informierte den Generalstaatsanwalt der sogenannten DDR von dem Ergebnis und fragte nach weiterem, nach anderem Belastungsmaterial. Der Herr ließ sich Zeit, viel Zeit. Ergebnis gleich null. Die Bonner Staatsanwälte, so schien es meinem Anwalt und mir, waren im Begriff, die Pankower Böcke zu den Gärtnern, sprich zu den Herren des Verfahrens, werden zu lassen. Wir protestierten. An dem redlichen Zädow lag es sicher nicht. Ich wurde den Eindruck lange nicht los, dass das Justizministerium der Regierung meines ehemaligen Bundestagskollegen Kühn, nunmehr sozialdemokratischer Ministerpräsident in Düsseldorf, keinen Gefallen daran finden wollte, mich hochamtlich von den Bezeichnungen der Pankower Kommunisten freizustellen.¹⁰² Aber schließlich fand sich doch ein anständiger Mann, der das Unvermeidliche tat.«¹⁰³

Nach seinem Tod am 13. März 1986 wurde Eugen Gerstenmaier mit einem Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn am 22. März 1985 von den höchsten Vertretern unseres Staates geehrt. Bundestagspräsident Philipp Jenninger sagte u.a.: »Eugen Gerstenmaier hat sich um das Vaterland verdient gemacht.« Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte ihn so: »Auf seine Art ist Eugen Gerstenmaier – wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher – ein Glücksfall für die deutsche Geschichte in der Mitte dieses Jahrhunderts. Er hat die Zeit geprägt als Politiker, der Maßstäbe setzte.« Bundespräsident Richard von Weizsäcker stellte fest: »Eugen Gerstenmaier war ein Wächter. Er war im Tiefsten ein Mann der Tat. Deshalb stieß er zum Wi-

102 Der damalige Bundesverfassungsrichter Fabian von Schlabrendorff berichtete am 17.7.1974 an einen Freund Gerstenmaiers über Informationen aus Düsseldorf, dass die Akte der StA Bonn wieder zurückgegeben worden sei mit der »Auffassung, das Verfahren nicht einzustellen ›wegen erwiesener Unschuld‹, sondern ›wegen Mangels an Beweisen‹. Bonn ist aber fest geblieben.« NL Gerstenmaier, ACDP I-210-064.

103 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 24), S. 592.

derstand und war am Tage des Attentats am 20. Juli 1944 zusammen mit den Verschwörern in der Bendlerstraße in Berlin.«

In seinen Erinnerungen und Erfahrungen hat Karl Carstens 1992 über Eugen Gerstenmaier bekundet: »Er war als Widerstandskämpfer nach dem 20. Juli 1944 verhaftet worden, hatte aber die Namen von Mitverschworenen nicht preisgegeben.¹⁰⁴ Hätte er nicht dem Widerstand angehört, wäre er mit Sicherheit Professor geworden. Wenn es ein ehrenhaftes, ja bewundernswürdiges Verhalten in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft gegeben hat, dann war es das von Gerstenmaier.«¹⁰⁵ Karl Carstens hat Recht – und den Mut gehabt, es auch zu sagen!

Seit Januar 1969, als die Anzeigen von besorgten Bürgern und von einseitig informierten Presseorganen über Gerstenmaier hereinbrachen, bis Oktober 1974 waren fast sechs Jahre verstrichen. Ich hatte Gerstenmaier Mitte Januar 1969 von seiner Absicht zurückzutreten nicht abbringen können. Der Druck von vielen Seiten – aus Presse, Politik, Bürgerschaft und Familie – war so stark geworden, dass der kämpferische, immer streitbare Mann zu resignieren begann. Leider ließ er sich in meiner Abwesenheit an dem Wochenende vom 11./12. Januar 1969 von seinem Pressereferenten zu einer Pressekonferenz verleiten, auf der er durch einige Formulierungen (»Nazi hätte man sein müssen« und »Staat des Berechtigungswesens«) die Entrüstung bei den Presseleuten noch vertiefte.¹⁰⁶ Auch durch ein Gespräch mit Gerhard Löwenthal und Rudolf Woller im ZDF-Magazin¹⁰⁷ am 15. Januar 1969 konnte die Stimmung gegen ihn nicht wieder umgekehrt werden. Mein Versuch, durch eingehende Informationen den verantwortlichen Redakteur für Politik des Südwestfunks in Baden-Baden, Günter Gauss,¹⁰⁸ zu einer objektiven und offenen Berichterstattung zu veranlassen, brachte ebenfalls keine Änderung. »Gerstenmaier war

104 Die Verteidigungsstrategie der Angeklagten in der mündlichen Verhandlung vor Freislers Volksgerichtshof am 11.1.1945 hat E. GERSTENMAIER in seinem Lebensbericht (wie Anm. 24, S. 215ff.) geschildert. Siehe auch seinen »Bericht aus Tegel vom 13./14.1.1945«, abgedruckt in: B. GERSTENMAIER (wie Anm. 65), S. 97–127. Ludwig Freiherr von Hammerstein-Equord, ein Beteiligter am 20. Juli 1944, schreibt über das Verhalten bei den Vernehmungen durch die Nazi-Schergen: »Natürlich haben die, die ausgesagt haben, nicht die Wahrheit gesagt. Sie wollten sich retten. Und wenn ich z.B. die Vernehmungsakten meiner Kameraden ansehe, dann staune ich, wie gut und geschickt diese Herren gelogen haben.« In: U. KARPEN/A. SCHOTT (wie Anm. 67), S. 23.

105 K. CARSTENS (wie Anm. 2), S. 377.

106 Rolf ZUNDEL, *Dramaturgie eines Skandals. Der Fall Gerstenmaier*, in: *Die Zeit* v. 31.1.1969.

107 Manuskript dieses Gesprächs: BPA, Abteilung Nachrichten, in meinem Besitz.

108 Beim Studium der Werke von H. KNABE, insbes. *Stasi und die Westmedien* (wie Anm. 59, S. 20, 32, 102 u. 253) sind mir Zweifel gekommen, ob Günter Gauss der Richtige war, die Wahrheit zu verbreiten: »Günter Gauss entwickelte ein in hohem Maße affirmatives Verhältnis zur SED-Diktatur.« Und zeichnete sich später durch »beschönigende Beschreibungen der DDR-Wirklichkeit« aus.

reif zum Abschuss.« So war die Meinungsbildung in vielen Redaktionen.¹⁰⁹ Die von der »DDR ausgestreuten Verdächtigungen« und nicht »zuletzt sein dezidierter Antikommunismus« brachten ihn zu Fall.¹¹⁰

Gerstenmaiers Abschied

Am 23. Januar 1969 zog Gerstenmaier die Konsequenzen und teilte seinem Vertreter im Amt, Bundestagsvizepräsident Erwin Schoettle, mit, dass er mit Wirkung vom 31. Januar 1969 sein Amt als Bundestagspräsident niederlegen werde. Auch die für ihn und über sein Verhalten während der Nazi-Zeit positiven Ergebnisse von Untersuchungen der CDU durch den ehemaligen Generalbundesanwalt Max Güde¹¹¹ und der SPD-Fraktion durch Martin Hirsch¹¹², Fritz Sänger¹¹³ und Kurt Gscheidle¹¹⁴ konnten ihn nicht von seinem Entschluss abbringen.¹¹⁵

Fritz Sänger, damals SPD-MdB und vorher Chefredakteur der Deutschen Presseagentur, stellte am Tage der Rücktrittserklärung von Gerstenmaier fest: »Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben Gerstenmaier bestätigt, dass er weder das Gesetz verletzt, noch versucht hat dies zu tun, dass er sich nicht bereichert hat, sondern beantragt und entgegennahm, was das Gesetz ihm zustand. Von rechtlicher Ausgangsbasis ist ihm kein Vorwurf gemacht worden.«¹¹⁶ Helmut Schmidt (damals Fraktionsvorsitzender der SPD) hatte sich zuvor »nobel und fair« hinter den Bundestagspräsidenten gestellt. Durch die präzise begründete Einstellung des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft 1974 wurden die Erklärungen der Fraktionen von Januar 1969 überzeugend bestätigt.

109 Insbes.: *Der Spiegel* v. 20. u. 27.1.1969. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (RegDir Helmut Brinkers) riet damals in einem Gutachten zu Recht von einem gerichtlichen Vorgehen gegen den »Spiegel« ab.

110 M. STICKLER (wie Anm. 100), S. 248.

111 Güde, Max (1902–1984), Staatsanwalt und Richter, Bundesanwalt und von 1956–1961 Generalbundesanwalt, MdB 1961–1969.

112 Hirsch, Martin (1913–1992), Rechtsanwalt, MdL Bayern 1961–1969, MdB 1961–1971, dann Bundesverfassungsrichter bis 1978.

113 Sänger, Fritz (1901–1984), Lehrer, Redakteur, zuletzt Chefredakteur der Deutschen Presseagentur dpa, Mitglied des Kuratoriums »20. Juli 1944«, MdB 1961–1969.

114 Gscheidle, Kurt (geb. 1924), Feinmechaniker, Gewerkschaftler, MdB 1961–1969 u. 1976–1980, Staatssekretär, Bundesminister.

115 *Der Bayernkurier* v. 1.2.1969 (Heinz VIELAIN) brachte es damals schon auf den Punkt: »Ein perfekter Rufmord!« Er zitiert Max Güde, der von »Lynchjustiz« gesprochen habe.

116 SPD-Pressedienst v. 24.1.1969. Siehe auch Martin HIRSCH, in: *Abendzeitung* v. 31.1.1969. Vgl. Andrea SCHNEIDER, *Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition*, Paderborn 1999, S. 245. Sie lässt aber eine kritische Analyse der Hintergründe von Gerstenmaiers Rücktritt und eine Würdigung seines Widerstandes gegen Hitler leider vermessen und kommt zu leichtfertigen Schlussfolgerungen. Sie hat frei zugängliche Schriften nicht ausgewertet.

Dass Eugen Gerstenmaier mit erneuten und weiteren Angriffen der kommunistischen Brunnen-Vergifter im Ministerium für Staatssicherheit in Ostberlin hätte rechnen müssen, habe ich belegt gefunden: Bei der Stasi waren weitere Dokumente aus seiner Studentenzeit, über seine Habilitation, über seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche, über seine politische Tätigkeit in der Bundesrepublik nach dem Krieg und vieles mehr gesammelt worden, die für eine neue Kampagne aus Dichtung und Wahrheit zusammengefälscht worden wären. Diese sogenannte »Dokumentation über die Tätigkeit Gerstenmaiers bei der Verwirklichung der Kriegsziele Hitler-Deutschlands und im Rahmen der neonazistischen und revanchistischen Entwicklung in Westdeutschland« – so der beabsichtigte Titel – war fertig ausgearbeitet und umfasste 537 DIN A4-Schreibmaschinenseiten.¹¹⁷ Bei der Durchsicht dieses Machwerks stellte ich bald fest, dass frühere Dokumente mit anderen Worten, aber mit der gleichen verleumderischen Tendenz aufbereitet worden waren. Allein die Gliederung für dieses Gemisch aus Fälschung, Verfälschung und Unterstellungen ist fünf Seiten lang. Die Stasi hätte innerhalb kürzester Frist erneut zuschlagen können.

Die »Fälscherwerkstatt« mit ihrem »Desinformationsapparat« und der »Destruktionsarbeit« der Stasi¹¹⁸ war in der Lage Gerstenmaier weiter zu diskreditieren, zu verleumden und schließlich politisch zu vernichten, wie es der kommunistischen Agitation mit Hilfe willfähriger Presseorgane (insbesondere in Nannens »Stern«) mit Heinrich Lübke gelungen war¹¹⁹ und wie sie es mit anderen über Jahre versucht hat.¹²⁰ Die Spionage- und Agitationszentrale von Markus Wolf hat auch Willy Brandt zum Rücktritt als Bundeskanzler gezwungen.¹²¹

Gerstenmaier ist durch seinen Rücktritt am 31. Januar 1969 vieles Weitere erspart geblieben. Die Hetze aus Ostberlin wäre weitergegangen, Helfershelfer im Westen hätten leichtfertig und gerne mitgemacht. Gerstenmaier, der zum engeren Kreis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gegen den National-

117 BStU-MfS-HA IX/11, AV 14/87, Ordner 12.

118 Bezeichnungen von ehemaligen Stasi-Offizieren G. BOHNSACK/H. BREHMER (wie Anm. 97), S. 15, 28, 31 u. 46.

119 Hier ist besonders auf die Forschungsergebnisse von Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke – Eine politische Biographie*, Paderborn 1996, S. 540ff., zu verweisen.

120 H. KNABE, *Republik* (wie Anm. 16), S. 153 u. 175 und *Stasi und Westmedien* (wie Anm. 59) passim; vgl. auch Heike AMOS, *Die Westpolitik der SED 1948–61*, Berlin 1999, S. 215ff. Über die gnadenlose Kampagne der DDR-Dienststellen gegen Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer, Bundesminister für Vertriebene von 1953–60, berichtet Philipp-Christian WACHS, *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt 2000. Darin wird im wesentlichen bestätigt, was schon Kurt ZIESEL, *Der rote Rufmord*, Tübingen 1961, über die Machenschaft der kommunistischen Machthaber in der DDR und ihre »publizistischen Handlanger« im Westen aufgedeckt hat.

121 C. ANDREW/W. MITROCHIN (wie Anm. 79), S. 545f.

sozialismus gehörte, und der ein entschiedener Kämpfer gegen den Kommunismus war, ist den kommunistischen Agitatoren und ihren Gehilfen im Westen zum Opfer gefallen«. ¹²²

¹²² Vgl. K. HILDEBRAND (wie Anm. 57), S. 387f.; M. STICKLER (wie Anm. 100), S. 249: »War man (in der CDU) erleichtert, den Mahner loszuwerden?«

Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende« von 1982/83

Von Andreas Wirsching

Darüber, dass die modernen Massenmedien die Kommunikationsformen der Politik, die Struktur der Willensbildungsprozesse und möglicherweise auch die politischen Inhalte selbst verändern, besteht weitgehende Einigkeit. Entsprechend ergiebig ist das Arbeitsfeld, das sich die politik- und kommunikationswissenschaftliche Forschung im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte erschlossen hat.¹ Die »Inszenierung« der Politik, ihre rechtlichen, technischen und ökonomischen Grundlagen, ihre symbolische und sprachliche Form, schließlich ihre Wirkungen auf die Rezipienten umreißen den gegenwärtig aktuellen Fragenkomplex.² Eingehend untersuchte Einzelaspekte betreffen darüber hinaus z.B. die Probleme des »Agenda-Setting« unter dem Einfluss der Medien,³ die »Amerikanisierung« von Wahlkämpfen,⁴ aber auch bestimmte politische Ereignisse wie die Rede Philipp Jenningers zum 9. November 1988 oder die umstrittene Nachfolge Hans-Dietrich Genschers im Amt des Außenministers 1992.⁵

1 Als Überblick mit weiterer Literatur siehe Jochen HOFFMANN/Ulrich SARCINELLI, *Politische Wirkungen der Medien*, in: Jürgen WILKE (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln u.a. 1999, S. 720–748. Vorliegender-Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 18. Januar 2002 vor dem Krone-Ellwanger-Kreis in Eichholz bei Bonn gehalten hat. Die Vortragsform wurde im wesentlichen beibehalten und um einige Nachweise ergänzt.

2 Vgl. aus der Fülle der Literatur insbesondere: Andreas JANSEN/Rosaia RUBERTO, *Mediale Konstruktion politischer Realität. Politikvermittlung im Zeitalter der Fernsehdemokratie*, Wiesbaden 1997; Ulrich SARCINELLI (Hg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*, Bonn 1998; Thomas MEYER/Rüdiger ONTRUP/Christian SCHICHA, *Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen*, Wiesbaden 2000; Peter SILLER/Gerhard PITZ (Hg.), *Politik als Inszenierung. Zur Ästhetik des Politischen im Medienzeitalter*, Baden-Baden 2000.

3 Frank BRETTSCHEIDER, *Agenda-Setting. Forschungsstand und politische Konsequenzen*, in: Michael JÄCKEL/Peter WINTERHOFF-SPURK (Hg.), *Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation*, Berlin 1994, S. 211–229.

4 Barbara PFETSCH/Rüdiger SCHMITT-BECK, *Amerikanisierung von Wahlkämpfen? Kommunikationsstrategien und Massenmedien im politischen Mobilisierungsprozess*, in: EBD. S. 231–252.

5 Astrid LINN, »... noch heute ein Faszinosum ...« : *Philipp Jenninger zum 9. November 1938 und die Folgen*, Münster 1991; Otfried JARREN/Klaus-Dieter ALTMIPPEN/Wolfgang SCHULZ, *Parteiintern – Medien und innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Die Nachfolge Genschers und die Kür Engholms zum SPD-Kanzlerkandidaten*, in: Wolfgang DONSBACH u.a. (Hg.), *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen*, Gütersloh 1993, S. 111–157.

Einigkeit besteht weiterhin darüber, dass in den 1980er Jahren entscheidende Weichen für die Medienentwicklung in Deutschland gestellt wurden. Die Einführung des »dualen« Rundfunksystems öffnete neben den fortbestehenden öffentlich-rechtlichen Sendern auch privaten Anbietern den Markt. Dies ermöglichte einerseits eine bis dahin nicht gekannte Programmviefalt, führte andererseits aber zur fortschreitenden Kommerzialisierung von Hörfunk und Fernsehen.⁶ Über die Folgen dieser Öffnung wird bis heute kontrovers diskutiert. So mangelt es nicht an grundsätzlich kritischen Stimmen, die – eher kulturpessimistisch – die »Desinformation« der Gesellschaft oder – ideologiekritisch – einen neuartigen reduktionistischen, kommerzialisierten und manipulativen Charakter der öffentlichen Kommunikation über Politik beklagen.⁷

Unabhängig von normativen Wertungen dürfte indes kaum ein Zweifel bestehen, dass sich der »theatralische« Charakter von Politik in den 1980er Jahren steigerte. Zumindest entsprach dies dem Eindruck, den eine Vielzahl von Beobachtern gewann. Der folgende Beitrag geht von der daraus resultierenden These aus, dass im Zeitalter verstärkt »inszenierter« Politik auch der diskursive Aufwand steigt, der notwendig ist, um für politisch-programmatische Ziele zu werben, sie mehrheitsfähig zu machen und sie schließlich in konkrete Gesetzgebung umzusetzen. Ob diesem nach außen gewendeten Aufwand dann ein adäquates sachliches Ergebnis entspricht, steht auf einem anderen Blatt und bedarf der jeweils konkreten empirischen Überprüfung. Im Hinblick auf die »Wende« von 1982/1983 sind diesbezüglich jedenfalls Zweifel angebracht. Einer gewaltigen Dramatisierung und »Theatralisierung« von »Wende«-Befürwortern wie -Gegnern folgte zwar eine gewisse politisch-sachliche Kurskorrektur. Über deren Größenordnung und Reichweite kann aber trefflich gestritten werden, und keinesfalls standen sie in einem vernünftigen Verhältnis zum zuvor betriebenen diskursiven Aufwand. Im folgenden wird zunächst diese Auffassung eingehend begründet. Dabei geht es zunächst um die Frage, welche Konzeption hinter dem Begriff der »Wende« lag und in welcher Weise er das öffentliche Reden über Politik strukturierte – das öffentliche Reden, von dem politisches Handeln in der Demokratie ja entscheidend abhängt. Ein zweiter Gedankengang stellt einige allgemeinere Überlegungen an und fragt, ob und inwieweit sich die Politik der achtziger Jahre von früheren Zeiten unterschied und welche Konsequenzen das für unser heutiges Bild politischen Handelns haben könnte.

6 Siehe Rüdiger STEINMETZ, *Initiativen und Durchsetzung privat-kommerziellen Rundfunks*, in: J. WILKE (Hg.), *Mediengeschichte*, S. 167–191, hier S. 179ff.

7 Karl STEINBUCH, *Die desinformierte Gesellschaft. Für eine zweite Aufklärung*, Herford 1989, S. 237ff.; Holger SPÄTH, *Meinung und Partizipation. Über Entmündigung und Meinungsmanipulation in kulturindustriellen Kommunikationsformen. Kritik und Handlungsperspektiven*, Stuttgart 2000.

Die »Konstruktion« der »Wende«

Die Regierung Kohl/Genscher hatte die »Wende« zum gewissermaßen exklusiven Markenzeichen ihres Neuanfangs erhoben. Bis Mitte, teils sogar bis zum Ende der achtziger Jahre fand daher ein Heer von Journalisten und Kommentatoren in der Analyse der »Wende« einen intellektuellen Lieblingssport. Dabei war es leicht, auf Defizite hinzuweisen. Denn tatsächlich hatte ja die Rede von der »Wende« oder gar der »geistig-moralischen Wende« einen so hohen Anspruch erhoben, dass sie zum wohlfeilen Bezugspunkt des politischen Diskurses werden *musste*. Der öffentlich festgestellte Stand der »Wende« bestimmte also bis Mitte, Ende der achtziger Jahre stets auch über die Verteilung von Deutungsmacht in der politisch-kulturellen Auseinandersetzung.

In ihren Ursprüngen ging das Konzept der »Wende« bis in die Mitte der siebziger Jahre zurück, als die oppositionelle Union nach neuen Orientierungen und Konzepten suchte, um wieder mehrheitsfähig zu werden. Die Strategen der Union erkannten damals, dass die Rückkehr zur Macht nur über den Gewinn der Meinungsführerschaft und damit auch über die schlagkräftige Besetzung politischer Schlüsselbegriffe führen würde. »Indem die SPD positiv besetzte politische Begriffe (Freiheit, Friede, Reform, Solidarität, Mitbestimmung, Mündigkeit, Emanzipation) für sich beschlagnahmt«, so analysierte 1975 der damalige Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, die Situation, »lässt sie den politischen Gegner nicht nur als bar jeder Konzeption erscheinen, sie macht ihn im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos, d.h. er ist nicht mehr in der Lage, ohne ständige Übernahme auch der geistigen Konzeption des politischen Gegners sich auszudrücken und wird so als mögliche politische Alternative gar nicht mehr wahrgenommen. Zu Frieden und Freiheit, zu Solidarität und Mitbestimmung gibt es nämlich keine mehrheitsfähige Alternative.«⁸

Seit Mitte der siebziger Jahre aber gelang es der Union, unter dem Oberbegriff der geforderten »Wende« eine Krisendiagnose zu stellen, die im Kontext der sogenannten »Tendenzwende« im Kampf um die politische Meinungsführerschaft bestehen konnte. Vordergründig betrachtet, errichtete das Wendekonzept eine starke Kampfstellung gegen die sozial-liberale Koalition. Denn deren rechts- und innenpolitische Reformgesetzgebung wurde als der Quell all jener Krisensymptome gedeutet, die eben eine grundlegende »Wende« erforderten: Die auf Emanzipation zielende sozial-liberale Politik hatte demzufolge entscheidend dazu beigetragen, gewachsene Bindungen aufzulösen, Autorität zu zerstören und die Familie zu diskriminieren. Der ausufernde Sozial- und »Betreuungsstaat« tendierte dazu, den Leistungswillen des Einzelnen zu

8 Zit. nach Hans USKE, *Die Sprache der Wende*, Bonn 1986, S. 14f.

lähmen, und die Abkehr von der Geschichte zog Orientierungslosigkeit und Identitätsverlust nach sich.

Keinesfalls aber erschöpfte sich das Konzept der Wende in Regierungskritik und Kulturpessimismus. Denn auf die umfassende Krise, die es in Politik und Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft diagnostizierte, suchte es durch die Modernisierung überkommener, konservativer Positionen neue Antworten zu geben. Der strategische Kern des Konzepts bestand daher in dem Bestreben, einen neuen, auf »Modernität« verpflichteten Fortschrittsoptimismus hervorzu-bringen unter gleichzeitiger Rückbesinnung auf traditionelle Lebensweisen und wertkonservative Inhalte. Im einzelnen hieß das: den technischen Fortschritt zu akzeptieren und als Chance zu begreifen, zugleich aber an einem christlichen Menschenbild festzuhalten; an die Eigeninitiative des Einzelnen zu appellieren und zugleich gesellschaftliche Solidarität neu zu definieren; den Kräften des Marktes, der Eigeninitiative und des Wettbewerbs wieder stärkere Geltung zu verschaffen und zugleich die Familie zu fördern; die Geschichte als Stifterin kollektiver Identität in Anspruch zu nehmen und zugleich die spezifisch deutsche Verantwortung vor der Geschichte nicht zu leugnen; schließlich an der Offenheit der deutschen Frage festzuhalten, zugleich aber die Resultate der neuen Ostpolitik anzuerkennen. Indem also das Konzept der »geistig-moralischen Wende« in eigentümlicher Weise konservative, liberale und fortschrittsorientierte Elemente miteinander verknüpfte, stellte es ein gewissermaßen »progressiv«-konservatives Gesellschaftskonzept zur Krisenbewältigung dar. Und als solches erwies es sich als effizientes Instrument zur Erringung diskursiver Meinungsführerschaft und zur demokratischen Eroberung der Macht.

Natürlich fällt es im Rückblick leicht, die unaufhebbaren Widersprüche des Wendekonzepts zu diagnostizieren. Allein der Begriff »progressiv«-konservatives Gesellschaftskonzept weist ja bereits auf den Grundwiderspruch hin. Aber sein langanhaltender, in Helmut Kohl personifizierter Erfolg erklärte sich eben dadurch, dass es ganz unterschiedliche Bedürfnisse bediente. In ihm konnten sich zumindest kurzfristig diejenigen wiedererkennen, die die »Kulturrevolution« der sechziger und siebziger Jahre verdammt und auf ein umfassendes gesellschaftspolitisches »roll back« hofften; jene, für die die nationale Frage von Bedeutung war, mochten glauben, der Regierungswechsel eröffne die Aussicht auf eine kräftigere Deutschlandpolitik und womöglich auf eine Überwindung des deutschlandpolitischen Status quo. Die Familien konnten sich von der sie hofierenden Sprache der Wende umhegt fühlen und mochten dies positiv mit dem langen familienpolitischen Stillstand unter der sozialliberalen Koalition kontrastieren. Und wie das Ergebnis der Bundestagswahl vom 6. März 1983 unterstrich, zog das Wendekonzept auch große Teile der jungen Generation an, die nach vorn blickten und von der Zukunft ihre Lebenschance erwarteten. So unterschiedliche Bedürfnisse die »Wende« also be-

diente, so vielfältige Funktionen erfüllte sie auch. In ihrer Rhetorik versöhnte sie die wertkonservativen Schichten zumindest vorübergehend mit der unaufhaltsamen Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft und bereitete sie damit auf den nächsten Modernisierungsschub vor. Der Wirtschaft versprach sie die Entfesselung der Marktkräfte und den Rückzug des (Sozial-) Staates auf seine Kernaufgaben. Den technokratischen, aufstiegsorientierten Eliten flößte sie neuen Optimismus ein und gab ihnen neue Ziele vor. Und den verbreiteten Zukunftsängsten begegnete sie mit der Rede von Subsidiarität und Solidarität, kleinen Räumen und einer Gesellschaft mit »menschlichem Gesicht«.⁹

Mit solchen Wendungen suchte die Regierung Kohl/Genscher die Deutungshoheit über den politisch-kulturellen Prozess zu bewahren. Unter den oppositionellen Kräften verknüpfte sich die »Wende« freilich mit düsteren Befürchtungen vor einer gesellschaftspolitischen Reaktion auf breiter Front, einer Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze und einer autoritären Kulturpolitik. Was sich tatsächlich als »Wende« vollzog – oder nicht vollzog – wurde somit zu einer eminent wertbehafteten Grundsatzfrage der politischen Auseinandersetzung. Jenseits der eher nüchternen Alltagspragmatik wurden die unterschiedlichen Wendemuster gleichsam diskursiv »konstruiert« und je nach Opportunität als rhetorische Waffe im politischen Meinungskampf eingesetzt. So suchten Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die ihr nahestehenden Medien und Intellektuellen, aber auch weiteste Teile des linksalternativen Spektrums ein öffentliches Bild von der »Wende« durchzusetzen, das den Regierungswechsel in extremer Weise dramatisierte und darüber hinaus als bloße soziale und kulturelle Reaktion perhorreszierte. Die »Wende« war aus dieser Sicht ein Schritt in die »Ellbogengesellschaft«¹⁰ oder bestenfalls ein »Strohfeuer von drei Monaten«, gefolgt von einer »Rolle rückwärts in die fünfziger Jahre«¹¹. »Verteidigt die Republik«, so lautete z.B. das Motto einer Großveranstaltung, die Anfang Februar 1983 in Essen zahlreiche prominente Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller, Gewerkschafter und Politiker aus dem In- und Ausland versammelte, unter ihnen Heinrich Böll, Lew Kopelew und Pavel Kohout. »Wieder einmal hat uns die Vergangenheit eingeholt«, so gab der Veranstalter, der Heidelberger Grafiker und Karikaturist Klaus Staeck, den Ton an. »Der Klassenkampf von oben ist in vollem Gange. Die Wende rückwärts in die 50er Jahre ist schon schlimm genug. Wer aber gibt uns die Garantie, dass es dabei bleibt und nicht noch weiter zurück-

⁹ Regierungserklärung Kohls vor dem Deutschen Bundestag am 13.10.1982, in: Helmut KOHL, *Reden 1982–1984*, Bonn 1984, S. 35.

¹⁰ So das Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, in: *Handelsblatt* v.19.10.1982.

¹¹ *Der Spiegel* v. 18.10.1982, S. 17, 19.

geht?«¹² Und der SPD-Politiker und frühere Erste Bürgermeister von Hamburg, Hans-Ulrich Klose, sekundierte: »Die geistig-politische Wende des Kanzlers Kohl entpuppt sich nach wenigen Monaten als drastischer Schwenk in eine steile Rechtskurve. Wir sind auf dem Wege in eine andere, eine christdemokratische Republik: einen Klassenstaat, der – wie gehabt – Klassenkampf von oben nach unten betreibt, der Güter und Freiheiten von unten nach oben umverteilt.«¹³

Mit erheblichem diskursiven Aufwand suchten ungezählte Redner, Autoren und Künstler dieses Bild der Wende als bloße Reaktion oder gar als spezifische Form der kulturpolitischen Gegenrevolution im öffentlichen Raum durchzusetzen. Und in dem Maße, wie der »Wende« eine eigenständige politische Substanz bestritten wurde, geriet ihre Sprache als primäres Angriffsobjekt ins Visier. Die »Sprache der Wende« wurde zu einem beliebten Studienobjekt; mit ihrem ausladenden Appell an Familie und Gemeinschaft, Mitmenschlichkeit und Solidarität erschien sie nicht wenigen als ideologische Camouflage einer interessengeleiteten Umverteilungspolitik: »Da die Politik der Wende soziale Lasten auf die Bürger abwälzt, muss Kanzler Kohl die ›Familie‹ geistig-moralisch runderneuern. Den niedrigen ›materiellen‹ Geldinstinkten wird der Kampf angesagt. Wenn die Tochter keine Lehrstelle hat, Omas Rente nicht mehr reicht und der Vater arbeitslos wird – dann brauchen die Familienmitglieder tatsächlich ›Mitmenschlichkeit‹, ›Partnerschaft‹ und ›Solidarität‹, um nicht durchzudrehen. Auferzwungene Tugenden, zu denen wir mit Kanzler Kohl ›Ja‹ sagen sollen: ›Wer Ja sagt zur Familie, der sagt Ja zu seinem Leben, der glaubt an die Zukunft, der sagt Ja zur Mitmenschlichkeit, zur Partnerschaft und Solidarität.‹ Ganz viele ›Jas‹ verbergen hier das ›Nein‹ zur staatlichen sozialen Absicherung. Geld gibt es nicht, dafür aber spendiert uns Kohl ganz viel Wertschätzung.«¹⁴

Den Bonner Machtwechsel begleitete also ein tosender Schwall der Worte, durch den die »Wende«, je nach politischem Standpunkt, gefordert, gefürchtet und bekämpft wurde. Aber wurde sie auch politisch exekutiert? Entsprach der diskursiven Aufregung eine Substanz der politischen Entscheidungen? Schon nicht wenige zeitgenössische Kommentatoren hegten ihre diesbezüglichen Zweifel. »Kohl« so kommentierte die Zürcher »Weltwoche« unmittelbar nach dem konstruktiven Misstrauensvotum, »ist letztlich ein konservativer Pragmatiker, der zwar große Worte liebt (›Ich werbe für die geistige Wende‹), sie aber durch seine bisherige Tätigkeit relativiert.«¹⁵ Zwar forderte Strauß auf

12 Klaus STAECK (Hg.), *Verteidigt die Republik*, Göttingen 1983, S. 25.

13 EBD. S. 67.

14 H. USKE (wie Anm. 8), S. 200. Ähnlich Uwe WESEL, *Die Sprache der Wende*, in: *Die Zeit* v. 3.6.1988.

15 Peter HARTMEIER, *Kohls schwierige erste hundert Tage*, in: *Die Weltwoche* v. 6.10.1982.

dem Bundesparteitag der CDU, am 26. Mai 1983, die »Wende« dürfe nicht auf die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beschränkt bleiben, vielmehr sei auch die »geistig-moralische Wende in Gesellschaft und Staat erforderlich«; und dabei verwies er auf den § 218 und das Ehescheidungsrecht.¹⁶ Aber diejenigen, die sich von der Wende einen entsprechend tiefgreifenden gesellschaftlichen »Wertewandel«¹⁷ erhofften, sahen sich alsbald getäuscht. Und der Blick auf einige Indikatoren ließ erkennen, warum eigentlich weder hüben noch drüben zu übermäßiger Aufregung Grund bestand. Anders als es manche Rhetorik wollte, trieben die sozialpolitischen Sparbeschlüsse niemanden in die Verarmung. Die Gesamtsumme des Etats für 1983 stieg um 2,9 %, die Neuverschuldung auf 41 Mrd. DM im Vergleich zu 40 Mrd. im Vorjahr; und Gerhard Stoltenberg glaubte in seiner ersten Bewertung des Haushalts den Umstand hervorheben zu müssen, dass dessen Investitionsquote gegenüber dem Entwurf der alten Regierung von 13 % auf 13,1 % gestiegen sei!¹⁸

Sehr schnell wurde also deutlich, dass sich die neue Regierung bei ihrem Amtsantritt in einem unauflösbaren Dilemma befand zwischen der akuten Haushalts- und Wirtschaftskrise einerseits und ihrem eigenen, medial inszenierten »Wende«-Profil andererseits. Das Ergebnis konnte nur widersprüchlich sein: So musste die Koalition auch dort relativ tief in konsumtive Ausgaben hineinschneiden, wo sie gerne mehr ausgegeben hätte: im Bereich der Familienpolitik, wo im Jahre 1983 1,3 Mrd. DM eingespart wurden. Umgekehrt stießen sich die wirtschaftsliberalen Forderungen aus Union und F.D.P. an der Macht der sozialen Tatsachen, die der ökonomische Strukturwandel bewirkte. Das betraf insbesondere die Krisenbranchen Stahl, Kohle und den Schiffsbau, aber auch die Landwirtschaft. Die neue Regierung stellte rasch fest, »dass es in der Opposition bedeutend leichter ist, über die Kürzung von Subventionen zu reden, als die dann de facto ... durchzuführen.«¹⁹ Das gleiche galt für die Arbeitslosigkeit. Intern konzedierte man sehr bald, dass es hiergegen keine einfachen Rezepte gab und dass sich der Arbeitsmarkt weitgehend unabhängig vom politischen Willen entwickelte: »Die Situation ist doch dadurch gekennzeichnet«, so resümierte etwa der CSU-Bundestagsabgeordnete Falthäuser im September 1983, »dass wir ... ein Niveau der Arbeitslosigkeit haben, das wir nur schwer mit unseren Instrumenten herunterbringen. Und wir wissen alle – Wissenschaftler, Gewerkschafter, Arbeitgeber, auch wir – nicht so recht, wie wir das machen sollen. Wir sind also doch etwas ratlos.«²⁰

16 Zit. n. Archiv der Gegenwart, 25.5.1983.

17 FAZ v. 8.3.1983 (»Die Wende«).

18 Süddeutsche Zeitung v. 29.10.1982.

19 So der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Voss, in der Fraktionssitzung der CDU/CSU am 28.10.1982, S. 3, Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), VIII-001-1070/1 und 1068/2.

20 ACDP VIII-001-1071/1, Fraktionssitzung am 6.9.1983, S. 45.

Es war daher nicht überraschend, dass die neue Regierung, in der ja Teile der alten fortbestanden, sehr schnell von der Mühseligkeit der alltäglichen Politik eingeholt wurde. Anfangs ließen sich nur einige wenige, zudem mühsam ausgehandelte wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Kurskorrekturen durchsetzen. Ansonsten glich die »neue Ära« einem »Aufbruch ins Unverbindliche«.²¹ Vergeblich forderten Politiker der Union dazu auf, den »Verkauf« der eigenen Politik zu verbessern und den Sachverhalt bewusst dramatisch darzustellen und zu »emotionalisieren«. Beklagt wurde in diesem Zusammenhang, dass man immer in der »Defensive« sei, »als ob wir uns immer entschuldigen müssten«. Demgegenüber gelte es die richtige Wortwahl zu finden, »den Leuten das klarzumachen, den Leuten draußen zu vermitteln über die Mattscheibe, dass wir es schaffen, weil wir eine geschlossene Truppe sind.« Insbesondere Bundesfinanzminister Stoltenberg wurde – »wo wir ja jetzt die Dreckarbeit leisten müssen« – zu mehr »Emotionalisierung« und dazu aufgefordert, auch vor dem Bildschirm die Sachverhalte »etwas demagogisch« darzustellen.²²

Auch in die »Hochstimmung« des 6. März 1983 hielt rasch wieder die »ernüchternde Realität des ökonomischen Alltags« Einzug.²³ Die komplexen und mit mannigfachen Sachzwängen behafteten politischen Materien blieben bestehen. Sie harrten der Bearbeitung, während die »geistig-moralische« Rhetorik, die den Regierungswechsel begleitet hatte, rasch entbehrlich wurde. Am 11. Oktober 1983, rund ein Jahr nach dem Regierungswechsel, platzte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm der Kragen: »Ich bin es wirklich leid, diese Party-Gespräche, mit dem Sektglas in der Hand zu sagen: Wo bleibt denn die Wende? Was habt ihr denn eigentlich getan? Ich bin es wirklich satt! Wenn einer gemeint hat: Wende wäre so, wie man die Heugabel dreht, dann hat er sich allerdings in uns getäuscht, muss ich sagen. Solide muss das Ganze sein. Und dieses ständige Miesmachen: Das hebt nicht nur nicht die Stimmung in der Wirtschaft, es nimmt uns auch den Schwung.«²⁴

Aber auch die Anhänger einer wirklichen »geistig-moralischen Wende«, jene im engeren Sinne wertkonservativen Stimmen, die auf die gründliche Korrektur der »Fehlentwicklungen« der siebziger Jahre hofften, sahen sich bald in ihren Erwartungen getäuscht. Gerade in dieser Hinsicht trug die neue Regierung lange an der Hypothek, die ihr die eigene Wenderhetorik aufgebürdet hatte: »Dieser Begriff«, so kommentierte die »Süddeutsche Zeitung« maliziös, »wurde von den Unionsleuten philosophisch so hoch befrachtet, dass sie

21 Gunter HOFMANN, *Gemischte Gefühle, wohin man blickt*, in: *Die Zeit* v. 7.1.1983.

22 ACDP VIII-001-1068/2, Fraktionssitzung v. 12.10.1982, S. 41–50 (u.a. Jagoda, Link, Stoltenberg).

23 Jürgen JESKE, *Ungeduld mit der Wende*, in: *FAZ* v. 26.7.1983.

24 ACDP VIII-001-1071/1, Fraktionssitzung v. 11. Oktober 1983, S. 38.

nun Mühe haben, den weltanschaulichen Ballast wieder abzutragen. Nicht allein von einer Richtungsänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sprachen sie ja (dazu hatten sie ein plausibles Mandat!), sondern von einer ›Wende‹ im geistig-moralischen Leben. ... Die wirtschafts- und sozialpolitische Kursänderung war gewiss notwendig, doch die weltanschauliche Überhöhung der ›Wende‹ missriet ins Lächerliche – und dies zur Verwirrung derer, die daran buchstäblich *glaubten*. Nun stehen sie da und reiben sich die Augen.«²⁵

Tatsächlich erkannten jene, die den mangelnden geistig-moralischen Gehalt der »Wende« empfanden, einen Hauptgrund hierfür in der Koalition der Union mit der F.D.P. Im besonderen betraf dies die Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik. »Hier gibt es keine Wende«, konstatierte die FAZ im Herbst 1984, »und noch nicht einmal Bewegung.«²⁶ Das gesamte Tableau sozialliberaler Reformpolitik der siebziger Jahre, so lautete die Klage, sei so gut wie unangetastet geblieben. Aus dieser Perspektive gingen die als Verfallserscheinung gewerteten gesellschaftlichen »Emanzipations«-Bewegungen und »Individualisierungs«-Prozesse der jüngsten Vergangenheit ungebremst und zum Schaden der Bundesrepublik weiter. Unter anderem betraf dies »bis zur Unkenntlichkeit entschärfte Strafnormen gegen Gewalt bei Demonstrationen, ein bis auf einen fast komisch wirkenden Rest abgebautes Sexualstrafrecht; die weitgehende Gestattung des Verkaufs von Pornographie; die Überantwortung der Wehrpflicht ins Belieben des Einzelnen; eine nicht sachgerechte Ordnung der Entscheidungsprozesse an der Universität; ein ungerechtes Scheidungsfolgenrecht. ... Das hatten sich viele Bürger anders vorgestellt. Sie hatten erwartet, die neue, von der Union geführte Regierung werde mit Elan darangehen, wenigstens einige Resultate einer Rechtspolitik zu beseitigen, die den politischen und moralischen Positionen der Union zum größten Teil grundsätzlich widersprochen hatte und von deren führenden Politikern jahrelang angegriffen worden war.«²⁷

War also die »Wende« nur eine rhetorische Figur, eine Konstruktion für die Öffentlichkeit ohne politische Substanz? Eine diskursive Waffe bestenfalls, geschmiedet für den Parteienkampf und für die Auseinandersetzung um kulturelle Hegemonie? Obwohl vieles für eine solche Auffassung spricht, so würde sie doch zu kurz greifen; zumindest wirft dies die Frage nach dem allgemeineren historischen Kontext auf, in den die damalige Rhetorik der »Wende« einzuordnen ist.

25 Hans HEIGERT, *Am Ende der Wende*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 28.7.1983.

26 Johann Georg REISSMÜLLER, *Wo alles beim Alten bleibt*, in: *FAZ* v. 6.9.1984.

27 Ebd.

Die »Medialisierung« der Politik

Zunächst entsprach (und entspricht) es den besonderen institutionellen Bedingungen der Bundesrepublik, dass politische Entscheidungen nur in kleinen, meist unspektakulären Schritten erfolgen konnten (und können). Die Handlungsspielräume der Politiker waren (und sind) begrenzt; umfassendere »Wende«-Konzepte bzw. -Maßnahmen hätten sich rasch an den machtpolitischen Gegebenheiten der föderalen Verfassung und den Veto-Positionen der Verbände und Interessengruppen gestoßen. Die Logik der Bonner Politik folgte nicht dem »Westminster«-Modell, in dem die Souveränität des Parlaments und die Macht der Zentralregierung den Ausschlag geben.²⁸

Dies erklärt zum einen, dass in der Bundesrepublik der achtziger Jahre »typischerweise weniger, später und langsamer ›gewendet‹ [wurde] als in den anderen großen westlichen Industriestaaten«.²⁹ Zum anderen verweist dieser Befund aber auch auf die Tatsache, dass selbst geringfügige Kurskorrekturen eines erheblichen diskursiven Aufwandes bedurften, um in der Öffentlichkeit ausreichend legitimiert und in praktische Politik umgesetzt werden zu können. Die pluralistische Verfasstheit der modernen Massendemokratie und ihre mediale Inszenierung verlangten (und verlangen) nach einer stetigen öffentlichen und die öffentliche Zustimmung erheischenden Präsentation der Absichten wie der konkreten Projekte von Regierung und Opposition. Zwischen der öffentlichen Präsentation von Politik einerseits und dem Gehalt, aber auch den Zwängen konkreter Sachpolitik andererseits tat sich mithin eine Kluft auf. Die Geschichte der »Wende« von 1982/83 ist mithin ein gutes Beispiel für die Doppelstruktur demokratischer Politik im modernen Medienzeitalter: Auf der einen Seite erfolgte in der Öffentlichkeit die »Konstruktion« und mediale Vermittlung der Politik der »Wende«; das Handeln von Parteien und Politikern wurde dabei in einem Maße als voluntaristisch und als von der Intention der Akteure abhängig dargestellt, das zu den realen Möglichkeiten politischer Gestaltung in keinem vernünftigen Verhältnis stand. Denn die auf der anderen Seite durchzuführende Sachpolitik stieß stets und unerbittlich auf die engen Grenzen des Machbaren, des Finanzierbaren und des politisch Durchsetzbaren.

Nun wohnte eine solche Ambivalenz, eine Doppelstruktur, massenpartizipatorischen Politikformen schon immer inne; wurde sie aber durch die Dominanz der modernen elektronischen Medien nicht in entscheidender Weise qua-

28 Vgl. Martin GREIFFENHAGEN/Sylvia GREIFFENHAGEN, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, Neuauf. München u. Leipzig 1993, S. 239f.; Josef SCHMID, *Der Machtwechsel und die Strategie des konservativen Bündnisses*, in: Werner SÜSS (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren. Innenpolitik, Politische Kultur, Außenpolitik*, Opladen 1991, S. 19–34, hier S. 29ff.

29 Douglas WEBBER, *Das Reformpaket: Anspruch und Wirklichkeit der christlich-liberalen »Wende«*, in: W. SÜSS (wie Anm. 28), S. 152–170, hier S. 166.

litativ verstärkt? Politische Beobachter jedenfalls empfanden es Mitte der achtziger Jahre als zumindest teilweise neues und zugleich beunruhigendes Phänomen, in welcher unverhüllter, ja »aufreizender« Weise die Spitzenpolitiker aller Parteien sich selbst in den Medien darzustellen suchten: »wie sehr die Frage des ›Erscheinungsbildes‹, des ›Images‹ selbst zum innenpolitischen Thema wird. In unserem Medienzeitalter tritt die Wirksamkeit von Öffentlichkeitsarbeit, von ›Public Relations‹ mindestens gleichrangig neben andere Instrumente öffentlicher Erfolgskontrolle.«³⁰ Und viele sangen das Klagelied über die Entleerung, die formelhafte Erstarrung und damit die Austauschbarkeit öffentlich inszenierter Politik sowie über die Rückwirkungen, die dies auf Rekrutierung und Verhalten des politischen Personals hatte. Man stellte eine Tendenz zur »Hysterisierung« fest; allzuoft würden die politisch tiefergehenden und eigentlich entscheidenden Fragen von der »Hektik des politischen Betriebs, seiner Produktion von Worten und Widerworten« verdrängt.³¹ Und die Öffentlichkeit beschleiche »zunehmend der Eindruck, dass Wortschwall und Eitelkeit der Medien-Selbstdarstellung die politische Kultur kaum bereichern, sondern ständig aushöhlen. Das trifft zum einen gerade die, die sich in der elektronisch vermittelten Öffentlichkeit herausgehoben fühlen. Nicht nur die immer strapaziöseren Tagesgeschäfte, mindestens ebenso die pausenlosen Auftritte in den Medien verschleißten die Politiker, die darüber ihre Sprache verlieren. Die gestanzten, floskelhaften, abgepackten Statements in Fernsehzeiten sind längst zur zweiten Sprache der Politik geworden. Positionen und Personen werden in dieser Praxis immer austauschbarer, der Wunsch nach den großen politischen Persönlichkeiten scheint auch so immer illusionärer. Die Folgen sind mittlerweile absehbar: das sich gegenseitig möglichst übertönende Interview- und Erklärungsgetöse trägt Aggressionen in eine Gesellschaft, die den ruhigen, sachlichen Dialog braucht. Eine idealistisch besehene selbstbewusste, konsequente und kontinuierliche Politik reagiert unter dem Beschuss der pausenlos veröffentlichten Meinung und Selbstdarstellung immer kurzfristiger, lässt sich sogar nötigen.«³²

Solcher Logik entsprach es, wenn auch für die Regierung Kohl und ihre Repräsentanten die Frage, wie sie die eigene Position in der Öffentlichkeit »verkauften«, phasenweise zum eigentlichen Inhalt der Politik wurde. Dass der Kanzler selbst zu den Medien ein gespaltenes Verhältnis hatte und »kein wirksamer Darsteller seiner Politik« war, leugneten auch diejenigen nicht, die ihm nahestanden. Andererseits gehörten »Schauspielerei, Sprachartistik ... nun einmal zum Kanzlergeschäft.«³³ Ob er es wollte oder nicht: Der Kanz-

30 Jens WENDLAND, *Die Selbstdarsteller*, in: FAZ v. 20.12.1984.

31 Helmut HERLES, »Was der Bonner Politik fehlt«, in: FAZ v. 7.1.1984.

32 J. WENDLAND (wie Anm. 30).

33 Johann Georg REISSMÜLLER, *Von unmetallischer Härte*, in: FAZ v. 18.6.1986.

ler selbst war ein entscheidendes »Medium« der Politik, in dem sich politische Aussage und politische Kritik bündelten. Kohl selbst war sich dieser medialen Rolle seiner Person bewusst. Das »Wesen des Fernseh-Zeitalters« sei es, »dass Politik sich heutzutage mehr als in früheren Zeiten ... personalisiert. Und ... es [ist] ganz klar, dass die Spitzen-Figuren und der Spitzen-Mann ... eine ganz besondere Rolle spielen. Und jede Demontage des Spitzenmannes hat natürlich Auswirkungen auf das Gesamte der Politik, die dargestellt wird.«³⁴ Insofern wirkte der schwere Stand, den Kohl zumindest in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft bei einem Großteil der Medien hatte, auf den Gesamtzustand der Koalition zurück. Hinzu kamen die regelmäßigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition, die allzu häufig in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Zusammen ergab dies ein Erscheinungsbild, mit dem auch die Mitglieder des Regierungslagers notorisch unzufrieden waren. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU etwa diskutierte häufig die Frage, wie die Politik der Regierung »verkauft«, wie sie »draußen« vertreten werden könne und in welche »Semantik« sie für diesen Zweck gekleidet werden müsse.³⁵

Solche vielfach diagnostizierte »Medialisierung«, »Visualisierung« und inhaltliche Reduzierung der Politik bildeten während der achtziger Jahre einen zunehmend wichtigen Gegenstand der politik- und kommunikationswissenschaftlichen Analyse. Auch Politikwissenschaftler erhoben die Klage, das Fernsehen müsse komplexe Inhalte und Vorgänge extrem verkürzen und personalisieren. Der Zwang zur Visualisierung begünstige die »im Sinne des Wortes im Rampenlicht Stehenden – bei Empfängen, Reisen, Konferenzen, mit glamourösem Ambiente, Händeschütteln«, nicht aber die »politischen ›Arbeiter‹ in den Hinterzimmern des Parlaments und anderen Koordinationszentren.« Das mache Politik scheinbar oberflächlich und kurzatmig – und zwar ganz im Gegensatz zur komplexen Wirklichkeit, die immerzu mehr Sachverstand, Detailkenntnis, Rationalität und Entscheidungskompetenz abverlangt. Der Widerspruch drohe auf die Politik selbst zurückzuschlagen, sie zum ›Theater‹ zu machen, zur bloßen Kunst der Darstellung, des ›Verkaufs‹.³⁶

Tatsächlich war (und ist) es verführerisch, den häufig trüben Zustand der alltäglichen Politik am Idealzustand »vernünftiger« Sachpolitik und eines »rationalen Diskurses« zu messen und infolgedessen zu verwerfen. Die »Fernsehdemokratie« erschiene dann als eine weitere Etappe im »Strukturwandel« oder

34 ACDP VIII-001-1074/1, Fraktionssitzung v. 11.6.1985, S. 17f.

35 Siehe z.B. ACDP VIII-001-1068/2, 1070/2, 1070/1, 1071/1 und 1072/1; Fraktionssitzungen v. 12. u. 28.10.1982; 20.1.1983, S. 2; 23.3.1983; 6. u. 27.9.1983 und 25.5.1984.

36 Hans HEIGERT, *Wer in der Demokratie den Ton angibt*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 22./23.10.1988; vgl. Heinrich OBERREUTER, *Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel*, in: Frank E. BÖCKELMANN (Hg.), *Medienmacht und Politik. Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel*, Berlin 1989, S. 31–41.

auch im Verfall »bürgerlicher Öffentlichkeit«. ³⁷ Ohne Schwierigkeiten lässt sich daher die vielfach erhobene Klage über die »mediatisierte Politik« in die Kategorien der Parlamentarismuskritik von Carl Schmitt bis zu Jürgen Habermas einordnen. Die Politik der ursprünglich im Parlament deliberierenden Versammlung und des in der Öffentlichkeit vernünftig rasonierenden Publikums wären im Fernsehzeitalter endgültig zur permanenten Show degeneriert.

Aber es ist fruchtlos und historisch inadäquat, als Quelle politischen Übels »die Medien« verantwortlich zu machen. Angemessener dürfte es sein, die beschriebenen Phänomene – deren politische Wirkung unstrittig ist – innerhalb eines Modells zu begreifen, das die doppelte Struktur demokratischer Politik ohnehin als gegeben annimmt. Demokratie und Meinungsfreiheit hängen historisch ursächlich miteinander zusammen und lassen sich nicht trennen. Insofern war und ist das Reden über Politik, aber auch die Verkürzung und »Theatralisierung« politischer Inhalte, dem demokratischen Prozess wohl unvermeidlich inhärent. Ein vor dem Publikum inszenierter, gleichsam agonaler Zug demokratischer Politik ist die Folge. Und eine Vielzahl von historischen Forschungen legt die Vermutung nahe, dass dieser »konstruktivistische« Charakter von Politik mit der Entstehung der Öffentlichkeit seit dem 17. Jahrhundert wesenhaft verknüpft ist und seitdem fort dauert. ³⁸ Insofern wären auch die neuen Erscheinungen der »Fernsehdemokratie« und der »Mediatisierung« der Politik, wie sie in der Bundesrepublik der achtziger (und neunziger) Jahre diskutiert wurden (und werden), in einen weiteren historischen Zusammenhang zu stellen. Und die Geschichte der »Wende« von 1982/83 wäre hieraus nur ein kleiner Ausschnitt.

³⁷ Vgl. Jürgen HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Darmstadt 1962, S. 211ff.

³⁸ Vgl. zum historischen »Modellfall«, auf den sich auch Habermas bezog, Andreas WIRSCHING, *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1990, S. 343ff.

Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder: Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug*

Von Hanns Jürgen Küsters

Niemand glaubte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an eine unmittelbar bevorstehende Wende in der Nachkriegsgeschichte. Konnten wir es wirklich nicht ahnen? »Alle großen historischen Ereignisse«, meinte Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen, »treten fast nie in stürmischer Entwicklung von heute auf morgen ein«. Die »auf Grund innerer Entwicklungen mit Naturnotwendigkeit eintretenden Veränderungen« seien zwar »langsamer, aber erfolgreicher«.¹

War vielleicht der Fall der Mauer in Wirklichkeit gar kein schlagartiger Umschwung, sondern lediglich der Endpunkt einer behäbigen Schritt-für-Schritt-Politik, deren Erfolg kaum jemand mehr für möglich hielt? Wir können die Frage auch anders stellen: Was hat die Bundesregierung unter Helmut Kohl zum Fall der Mauer beigetragen?

Jene komplexen Entwicklungen, die zur Beseitigung der Teilung Deutschlands und Europas 1989/90 führten, kann nur verstehen, wer drei grundsätzliche Aspekte in Betracht zieht. Erstens sind die deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen, unter denen die christdemokratisch-liberale Regierung Kohl/Genscher im Oktober 1982 ihr Amt antrat, und ihre Zielsetzungen darzulegen. Als Zweites ist zu fragen, inwieweit hat die Politik der Regierung Kohl die Entwicklungen des Jahres 1989 beschleunigt. Und drittens bleibt zu prüfen, welche kurzzeitig, konstellationsbedingt wirksamen Faktoren die Ereignisse des 9. November 1989 begünstigten.

Ausgangssituation

Der nach dem Regierungswechsel 1982 befürchtete radikale Kurswechsel in den innerdeutschen Beziehungen als Folge des sich verschlechternden Ost-West-Klimas nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979/80 und der Verhängung des Kriegsrechts 1981 in Polen blieb aus. Vielmehr knüpfte die Regierung Kohl an die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers und Willy Brandts an, indem sie Prinzipientreue in der Systemabgrenzung und

* Erweiterte Fassung eines Vortrags am 23. Oktober 2001 in Berlin im Rahmen der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Reihe »Deutschlandpolitik nach dem Mauerbau«
1 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 242.

beim Offenhalten der deutschen Frage bewies.² Durch ihre Pacta-sunt-servanda-Politik der Anerkennung des Grundlagenvertrages mit der DDR von 1972 und der Respektierung der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten stellte sie Kontinuität her. Die neue Regierung in Bonn respektierte de facto die DDR, weil diese nicht mehr zu ignorieren war und weil der bundesdeutsche Wähler aus dem Geist der Zeit ein auf Entkrampfung ausgerichtetes Nachbarschaftsverhältnis mit der DDR mehr honorierte als ein unveränderter Parteienstreit um die Entspannungspolitik. Das war keinesfalls selbstverständlich. Immerhin hatten CDU und CSU den Grundlagenvertrag im Deutschen Bundestag abgelehnt, sich beim Moskauer Vertrag von 1970 der Stimme enthalten³ und dem KSZE-Prozess äußerst skeptisch, ja teils ablehnend gegenüberstanden.

Unverändert aber bildeten der Auftrag des Grundgesetzes zur Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands und der Brief zur deutschen Einheit vom 12. August 1970 den rechtlichen Rahmen der Deutschlandpolitik. Die Bundesregierung folgte dem vereinbarten Modus vivendi mit der DDR,⁴ Felder gemeinsamer Zusammenarbeit zu suchen. Das wiederum implizierte auch: Beide Seiten wussten, es gibt offene Fragen, die derzeit nicht lösbar waren.

Genau genommen stellten die Regierungserklärungen Helmut Kohls vom Oktober 1982 und Mai 1983⁵ einen Kompromiss dar aus Elementen der Kontinuität zur Regierung Helmut Schmidt hinsichtlich der Prioritäten praktischer Kooperation, was die Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs, vor allem für Berlin, und den innerdeutschen Handel anbelangte, und einigen Gegenakzenten zum bisherigen deutschlandpolitischen Kurs. Kohl erwähnte den Nationalstaat der Deutschen, der »zerbrochen« sei, doch betonte er zugleich den Fortbestand der deutschen Nation. Damit setzte er den Kontrapunkt zur Regierungserklärung Brandts von 1969, der erstmals »zwei Staaten in Deutschland« anerkannte. Als Konzession an den Koalitionspartner bekräftigte Kohl den Satz Hans-Dietrich Genschers »Deutschlandpolitik ist europäische Friedenspolitik«. In der Folgezeit benutzte der Kanzler die Formel »Zusammenarbeit der deutschen Staaten« oder sprach von »beide Staaten in Deutschland«. Das implizierte die Anerkennung der Realitäten und die Akzeptanz dessen, was schon Adenauer wusste, aber öffentlich nie zu sagen gewagt hatte: Nämlich, dass sich die Wiedervereinigung nur zwischen den beiden

2 Regierungserklärung Kohls, 13. Oktober 1982, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Sten.Ber., 9. WP, Bd. 122, S. 7213–7229, hier S. 7227f.

3 Peter GRAF KIELMANSEGG, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 210–212.

4 Zu diesbezüglichen Bemühungen der von SPD und FDP geführten Bundesregierung in den siebziger Jahren: Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945–2000*, Stuttgart–München 2001, S. 177–209.

5 Regierungserklärung Kohls, 4. Mai 1983, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Sten.Ber. 10. WP, Bd. 124, S. 56–74, hier S. 73f.

deutschen Staaten und Berlin abspielen werde.⁶ Doch auch Kohl hielt die Überwindung der Teilung »nur in historischen Zeiträumen« für denkbar.

Aus dem fundamentalen Dissens zwischen Regierung und Opposition seit 1969 über die De-facto-Anerkennung der DDR war nunmehr Konsens entstanden. Allerdings existierten weiterhin Auffassungsunterschiede über die Frage, ob nicht auch der Legitimitätsvorbehalt gegenüber dem SED-Regime fallengelassen werden solle. Damit verband sich das Problem, ob die deutsche Frage noch als offen zu bezeichnen sei. Kohl betonte den ideologischen Gegensatz zur DDR und lehnte insbesondere Erich Honeckers Geraer Forderungen nach endgültiger Anerkennung der innerdeutschen Grenze, eigener DDR-Staatsbürgerschaft und Abschaffung der Erfassungsstelle in Salzgitter angesichts von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl⁷ ab.

Letztlich verfolgte die Regierung Kohl einen Mittelkurs zwischen Konfrontation gegenüber der DDR und dem Anspruch einer europäischen Friedenspolitik. Doch was erreichte sie mit der Fortsetzung der pragmatischen Deutschlandpolitik?

Erstens, im September 1983 wurde zunächst die erste, allerdings noch ziemlich schwache Rechtsgrundlage für Ausreiseanträge geschaffen, die ab 1984 zum Anstieg der Bewilligung von Übersiedlungsanträgen führte. Nachdem die Zahl der Westreisen von Bürgern aus der DDR unterhalb des Rentenalters 1984 bei 61 000 und 1985 bei 66 000 gelegen hatte, schnellte 1986 die Besucherzahl in die Höhe von knapp einer viertel Million (244 000) – ein Niveau, das in den siebziger Jahren niemand für möglich gehalten hätte. 1987 und 1988 lag die Zahl bei jeweils mehr als 1,2 Millionen Besuchern,⁸ von denen nicht einmal jeder Zweihundertste in der Bundesrepublik blieb. Immerhin konnten sich zwischen 1986 und 1988 aufgrund »dringender Familienangelegenheiten« knapp 3 Millionen Deutsche aus der DDR, also jeder Sechste, selbst einen Eindruck von westlichen Lebensverhältnissen verschaffen. Durch diese schleichende, aber qualitative Veränderung in den innerdeutschen Beziehungen bekam die Mauer weitere Risse und wurde poröser.

Zweitens, die ökonomische Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik wuchs in den achtziger Jahren zusehends.⁹ Bei den Auseinandersetzungen über

6 Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000, S. 610–613.

7 Rede Honeckers zur Eröffnung des SED-Parteilehrjahres 1980/81 in Gera, 13. Oktober 1980, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe II/Bd. 8, 20. März 1980 – 1. Oktober 1982, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1983, S. 170–179, hier S. 177–179.

8 Angaben in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehung (Hg.), *Jahresbericht 1985*, Bonn 1986, S. 19; *Jahresbericht 1986*, Bonn 1987, S. 20; *Jahresbericht 1987*, Bonn 1988, S. 25.

9 Siegfried KUPPER, *Eine »schonungslose offene« Information. Der wirtschaftliche Leistungsvergleich der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR im Vorfeld des Honecker-Besuchs in Bonn 1987*, in: *Deutschland Archiv* 34 (2001), S. 759–768.

die Bürgschaft für einen Milliardenkredit der DDR bei westdeutschen Banken 1983 handelte es sich vordergründig um einen Streit über unterschiedliche Handlungsstrategien. Franz Josef Strauß bezweckte nach dem Prinzip Leistung und Gegenleistung, die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen als Hebel zu benutzen, um die SED-Führung zu humanitären Zugeständnissen zu veranlassen.¹⁰ Kohl und Genscher hingegen wollten nie so recht am innerdeutschen Handel rühren, weil die Menschen in der DDR darunter zu leiden hätten. Jeder neue Impuls in den deutsch-deutschen Beziehungen stärkte nach Meinung Genschers aber zugleich den Zusammenhalt der Nation und diente der Stabilität in Europa.¹¹

Mit Gewährung des Kredits, der Entscheidung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen und neuen Integrationsanstrengungen nach der Deklaration der Europäischen Union im Juni 1983 entbrannte in der Bundesrepublik die Diskussion über drei zentrale Fragen: Erstens, soll langfristig gesehen die europäische Einigung oder die Wiedervereinigung Priorität haben? Zweitens, wie soll das Verhältnis von sicherheitspolitischer Westbindung zum Ziel der Wiedervereinigung gestaltet werden? Und drittens, wie weit sollen Anstrengungen gehen, die Teilung durch innere Anerkennung und Legitimierung der SED-Führung zu überwinden?¹² Im Kern betraf es die strategische Grundsatzfrage der Weiterführung oder tendenziellen Abkehr von dem von Egon Bahr und Willy Brandt seit 1963 propagierten Konzept »Wandel durch Annäherung«. Niemand konnte vorhersagen, ob die Bundesregierung mit dem Milliardenkredit Systemstabilisierung im Sinne der SED betrieb oder ob die DDR-Führung vielleicht flexibler reagieren würde, sobald wirtschaftliche Stabilität geschaffen wäre, und sich dadurch die Voraussetzungen für die Überwindung der Teilung Deutschlands verbesserten, wenn es zu weitergehender Kooperation mit der DDR käme.

Vereinfacht gesehen, herrschten in den Unionsparteien zwei Denkschulen vor: die Verteidiger der alten Rechtspositionen – allen voran Franz Josef Strauß, Theo Waigel, Alfred Dregger, Herbert Hupka und Herbert Czaja¹³ – hielten am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und der Abgrenzungsstrategie gegenüber der DDR fest. Sie konnten daher sehr gut mit dem Sechs-Punkte-Forderungskatalog der CSU vom 25. April 1983¹⁴ leben. Dieser

10 Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 470–483.

11 Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 489.

12 Wolfgang JÄGER, *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen der CDU/CSU-FPD-Koalition (Kohl/Genscher), die Diskussion in den Parteien und in der Öffentlichkeit 1982–1989*, in: Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*, 12. WP, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1572–1611, hier S. 1595.

13 Herbert CZAJA, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik*, Frankfurt/Main 1996, S. 612–621.

14 »Die CSU legt Sechs-Punkte-Katalog zur Deutschlandpolitik vor«, in: FAZ v. 26.4.1983.

verlangte den Abbau der Schikanen bei der Grenzabfertigung, Einhaltung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung, beharrte auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973¹⁵ in der Absicht, das Bewusstsein der nationalen Einheit und das Ziel der Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten und die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft nicht in Frage zu stellen.

Dagegen sahen die mehr dem damaligen Entspannungsdenken Anhängenden, zu denen Volker Rühle, Eberhard Diepgen und Karl Lamers zählten, die damalige Rechtslage in Deutschland als weitgehend festgezurr an. Sie setzten zum Zwecke des Fortkommens in den innerdeutschen Beziehungen auf einen pragmatischen Kurs. Der Streit drehte sich im Grunde darum, ob eher eine Offensiv- oder mehr eine Defensivstrategie zum angestrebten Ziel führen werde.¹⁶

Die Strategie der Bundesregierung zielte zunächst darauf, praktische Kooperation und finanzielle Unterstützung der DDR von Fortschritten im Reiseverkehr, humanitären Erleichterungen und der Senkung des Mindestumtauschs abhängig zu machen. Die DDR dagegen setzte auf friedenspolitische Parolen in der Hoffnung, den Druck der Straße, den die Friedensbewegung in der Bundesrepublik gegen die Regierung Kohl ausübte, auszunutzen und sich selbst als Vorkämpferin der Rüstungskontrolle in der westlichen Öffentlichkeit zu profilieren.

Kein Bonner Politiker brachte in jener Zeit den Milliardenkredit mit dem in Verbindung, was er für die SED in Wirklichkeit bedeutete: eine Überlebensfrage der DDR. Insgeheim meinten viele, die SED-Führung versuche die Bundesrepublik zu erpressen nach der Devise: Entweder erhalte Ost-Berlin Hilfe, oder die innerdeutschen Beziehungen würden sich im Zuge der unnachgiebigen sowjetischen Haltung in den Verhandlungen über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen abkühlen.

Kohl war sich – wie er später äußerte – anscheinend der mit der Kreditbürgschaft verbundenen Machtstabilisierung der SED sehr wohl bewusst,¹⁷ meinte aber, dadurch könne die Grenze weiter geöffnet werden. Der Strategie der Bundesregierung lag die Annahme zugrunde, je mehr sie mit Ost-Berlin kooperiere, desto stärker werde die DDR penetriert und unterminiert. Die bundesdeutsche

15 »Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung des Gesetzes zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juni 1973«, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe II/Bd. 1, 22. Juni 1973 – 18. Februar 1974, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1975, S. 79–110.

16 Darstellung der unterschiedlichen Auffassungen bei Matthias ZIMMER, *Nationales Interesse und Staatsraison. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989* (Studien zur Politik, Bd. 18), Paderborn 1992, S. 85–111.

17 Ausführungen Kohls in der 53. Sitzung der Enquete-Kommission, 4. November 1993, in: *Materialien der Enquete-Kommission* (wie Anm. 12), Bd. V/1, S. 915–926, hier S. 919f.

Politik basierte auf der Philosophie, bessere Lebensumstände der Bevölkerung in der DDR seien die Voraussetzung für jegliche politische Entspannung in Europa. Angesichts der Entwicklungen in Polen befürchtete die Bundesregierung den Ausbruch von Unruhen auch in der DDR mit unkontrollierbaren Folgen für die Bundesrepublik und den gesamten mitteleuropäischen Raum.

Dem Kanzler kam das Milliardenkreditgeschäft durchaus gelegen, weil es gleich mehrere politische Vorteile implizierte. Der Kredit signalisierte Kooperationsbereitschaft, setzte in der Raketenrüstungsdiskussion ein Zeichen, eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen zu vermeiden, und brachte Bewegung auf innerdeutscher Schiene. Zudem war Kohl ein geschickter koalitionspolitischer Schachzug gelungen, indem er die Streithähne Genscher und Strauß eingebunden hatte. Allerdings bekam der Bundeskanzler ein Problem der Glaubwürdigkeit seiner Politik in den eigenen Reihen, weil er vom Prinzip Leistung und Gegenleistung abrückte.

Wegen der katastrophalen Wirtschaftslage war auch Honecker an einem Sonderverhältnis und praktischen Lösungen interessiert. Die DDR hielt sich daher bei der sowjetischen Sanktionspolitik als Reaktion auf die Umsetzung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses bei den Mittelstreckenwaffen merklich zurück. Schließlich war es die deutsch-deutsche Entspannungspolitik, die Honecker Möglichkeiten zur größeren außenpolitischen Selbständigkeit bot. Die DDR-Führung lehnte zwar das Junktim Kredit gegen vertragliche Verpflichtungen zu humanitären oder sonstigen Leistungen ab, dennoch lenkte sie stillschweigend in drei Punkten ein: beim Abbau der Selbstschussanlagen, später auch der Minenstreifen, bei der Ermäßigung des Pflichtumtauschsatzes bei Rentnern und Reisen von Jugendlichen bis 14 Jahren und hinsichtlich der Erleichterungen bei der Familienzusammenführung.

Im Grunde verfolgte die Bundesregierung eine Politik der Vorleistung in der Erwartung, die Gegenseite besitze genügend Moral, diese zu honorieren. Vertrauen gegen Vertrauen zu setzen – darin bestand der eigentliche Deal, auf den sich Bonn und Ost-Berlin einließen.

Internationale Rahmenbedingungen

Welche internationalen Entscheidungen wirkten auf die Deutschlandpolitik ein? Eine zentrale Rolle spielte erstens der Streit um den NATO-Doppelbeschluss. Das Vertrauen der Reagan-Administration in die Bundesregierung beruhte ganz wesentlich darauf, dass Kohl die Stationierung der Pershing-Raketen gegen den Druck großer Teile der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik durchgesetzt hatte.¹⁸ Er demonstrierte damit Bündnissolidarität auch

¹⁸ Ronald REAGAN, *Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben*, Berlin 1990, S. 584f.

auf die Gefahr möglicher sowjetischer Sanktionen in den bilateralen Beziehungen oder im deutsch-deutschen Verhältnis hin.

Zweitens, den Generationswechsel in der Krenmlführung von Leonid Breshnew über Jurij W. Andropow und Konstantin U. Tschernenko zu Michail Gorbatschow und dessen Politik der Perestroika sah Kohl im Gegensatz zu Genscher¹⁹ anfangs nicht als Chance für einen fundamentalen Wandel im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Kohls große Skepsis hinsichtlich sowjetischer Reformankündigungen zeigte sich in dem Interview mit »Newsweek« Mitte Oktober 1986, als er Gorbatschow bescheinigte, das Public-Relations-Geschäft zu verstehen wie einst Joseph Goebbels.²⁰ Zwar distanzierte sich Kohl anschließend mit Entschiedenheit von dieser Äußerung,²¹ doch belastete sie unweigerlich das Verhältnis Bonns zu Moskau. Um so nachhaltiger wirkte Kohls Entschluss im August 1987, auf die Modernisierung der Pershing-Ia-Raketen zu verzichten.²² Damit kam die Bundesregierung der sowjetischen Forderung entgegen, ebnete den Weg zum erfolgreichen Abschluss des INF-Abkommens und entzog Honeckers Friedenskampagne endgültig den Boden.

In dieser Umbruchphase Mitte der achtziger Jahre erwies sich der Kanzler einmal mehr als verlässlicher Partner der Vereinigten Staaten. Die Bundesregierung stellte mit dieser Vorleistung unter Beweis, dass sie es mit ihrer Bereitschaft zu wirklicher Entspannung ernst meinte. Mit der gleichzeitigen Unterstützung des von Ronald Reagan verkündeten SDI-Forschungsprogramms für ein weltraumgestütztes nichtnukleares Raketenabwehrsystem signalisierte Bonn die unveränderte Gültigkeit der seit dem Harmel-Bericht²³ befolgten NATO-Doktrin, die Sicherheit und Entspannung als zwei Seiten einer Medaille ansah. Demonstrativ testete Reagan den sowjetischen Reformwillen, als er Gorbatschow in Berlin zum Abriss der Mauer aufforderte.

19 Vgl. seine Rede vor dem World Economic Forum in Davos, 1. Februar 1987, in: Hans-Dietrich GENSCHER, *Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit*, Berlin 1991, S. 137–150, Text S. 139–150. H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 292, 374f., 527f.

20 »I'm not a fool: I don't consider him [Gorbatschow] to be a liberal. He is a modern communist leader who understands public relations«, sagte Kohl der englischen Übersetzung zufolge (»Kohl to Reagan: »Ron, Be Patient««, in: *Newsweek* v. 27. Oktober 1986, S. 19f., hier S. 20) und fügte hinzu: »Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too.«

21 Zur Übergabe des von Kohl autorisierten Textes der Richtigstellung an Gorbatschow: H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 517f.

22 Erklärung Kohls vor der Bundespressekonferenz zu Pershing I a am 26. August 1987, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 80, 27. August 1987, S. 682.

23 Helga HAFTENDORN, *The Adaption of the NATO Alliance to a Period of Détente: The 1967 Harmel Report*, in: Wilfried LOTH (Hg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963–1969* (Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bd. 8), Baden-Baden–Brüssel 2001, S. 285–322.

Wachsendes Selbstbewusstsein Honeckers gegenüber der jahrelang schwächelnden Kremlführung und das Wissen der SED-Führung, den eigenen Statusvorbehalt seitens der Bundesregierung nur in direkten Beziehungen aus der Welt schaffen zu können, waren wichtige Motive für den eigenständigeren Kurs Ost-Berlins gegenüber Moskau. Nach zwölfjährigen Verhandlungen gelang es dann auch, im Mai 1986, das Kulturabkommen unter Einschluss der West-Berlin-Klausel abzuschließen.

Dass die innerdeutschen Zeichen auf Entspannungskurs standen, dazu trugen maßgeblich die beiden persönlichen Begegnungen zwischen Kohl und Honecker am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Andropow am 13. Februar 1984 und für Tschernenko am 12. März 1985 in Moskau bei. Vor allem das zweite Zusammentreffen empfanden Kohl und der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble, als Weichenstellung, bei dem ihnen ein gewisser Durchbruch in Fragen des Besucher- und Reiseverkehrs gelang. Obwohl Honecker zunächst nicht bereit war, auf die Forderung nach Senkung des Reisealters für Rentnerinnen einzugehen, signalisierte er doch Bereitschaft, über diese Frage ebenso weitere Verhandlungen zu führen wie über Ausreisen in dringenden Familienangelegenheiten. Damit wurde die Grenze einen weiteren Spalt durchlässiger. Die noch nicht im Rentenalter befindlichen Menschen erhielten Gelegenheit, ihre Verwandten im westlichen Teil Deutschlands zu besuchen.

Schäuble spielte anschließend die Zugeständnisse der Bundesregierung herunter. Die von Horst Teltschik, Leiter der Außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes, und Frank-Joachim Herrmann, Leiter der Kanzlei des Staatsratsvorsitzenden der DDR, ausgehandelte »Moskauer Erklärung«, die von SED-Seite als förmliche Anerkennung der Souveränität der DDR durch die Bundesregierung interpretiert wurde, deutete Schäuble lediglich als deklaratorische Festlegung. Insofern hatte er recht, denn die Bundesregierung hatte keiner Änderung der Rechtsgrundlagen zugestimmt, sondern nur dem, was schon in der KSZE-Schlussakte von 1975 niedergelegt war. Die DDR-Führung sprach fortan jedoch von einer neuen Qualität in den deutsch-deutschen Beziehungen. Sie ließ keine Gelegenheit aus, auf die vereinbarte »Unverletzlichkeit der Grenzen«, die »Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen« als »grundlegende Bedingung für den Frieden« hinzuweisen und darauf, dass »von deutschem Boden« nie wieder Krieg ausgehen dürfe, sondern nur Frieden.²⁴

Obwohl Honecker verstärkt auf Zusammenarbeit eingestellt war, dauerte es noch zweieinhalb Jahre, bis er im September 1987 mit Segen Gorbatschows die 1981 von Bundeskanzler Schmidt ausgesprochene Einladung nach Bonn

²⁴ Gemeinsame Erklärung über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR in Moskau, 12. März 1985, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 28, 14. März 1985, S. 230.

wahrnehmen konnte. In Kenntnis der Vorgänge betrachtet, die 1989/90 zur Wiedervereinigung führten, liegt natürlich die Frage nahe: Beging die Regierung Kohl mit dem Empfang Honeckers in Bonn vergleichbar einem Staatsoberhaupt mit Fahnen, Hymnen, Ehrenformationen und anderem Pomp nicht einen gravierenden Fehler, weil sie zwei Jahre vor dem Zerfall die SED-Diktatur unnötig aufwertete und der Besuch international ziemlich einhellig als Quasi-Schritt zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, will heißen: endgültiger Teilung Deutschlands, bewertet wurde? Oder handelte es sich damals einfach nur um einen genialen Schachzug?

Der eigentliche Erfolg des Treffens²⁵ lag in den verbesserten Beziehungen. Honecker sah in dem Besuch eine Investition in die Zukunft, indem er glaubte, nunmehr die Anerkennung durch die Bundesrepublik erreicht zu haben. Wichtiger als Äußerlichkeiten des Staatsempfangs waren der Bundesregierung hingegen Dialogbereitschaft der DDR und das Aussetzen des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze. Dem SED-Chef wurden für die ersehnte demonstrative Anerkennung Konzessionen beim Reiseverkehr und Jugendaustausch, bei Städtepartnerschaften und Einfuhrbestimmungen abverlangt, die ihn schrittweise zwangen, die Mauer durchlässiger zu machen, um den erhöhten Druck im Inneren seines Staatsgefüges nachzugeben, weil er steigende Bedürfnisse der Bevölkerung nach Reisefreiheit und Konsumgüter des Westens nicht mehr befriedigen konnte.

Kohls Rede in der Godesberger Redoute²⁶, auf alle Fallstricke hin von Schäuble abgeklopft, bekräftigte die Politik pragmatischer Zusammenarbeit und ließ – übrigens zum ersten Mal vor der gesamtdeutschen Fernsehöffentlichkeit in West und Ost – nicht das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, zur Einheit der Nation und zum Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes fehlen. Honecker musste nicht nur den erneuten prinzipiellen Vorbehalt der Bundesrepublik gegenüber der De-jure-Anerkennung der DDR gegenwärtigen. Er musste ebenso hinnehmen, dass die Bundesregierung unverändert auf keinen Fall den Status quo bejahte, sondern zu überwinden suchte.

Seit dem Besuch Honeckers verbesserte sich der Reise- und Besucherverkehr spürbar. Abfertigungen durch die Behörden der DDR an den Grenzübergängen liefen reibungsloser ab. Ähnlich positiv verlief die Kurve der Reisen von Bundesbürgern in die DDR. Von 1986 hielt die Entwicklung mit 3,89 Millionen Reisenden 1987 mit über 5 Millionen Personen an. Dagegen verzeichnete der innerdeutsche Handel nach einer zwanzigjährigen Aufwärtsentwicklung in den

25 Gesprächsunterlagen und Vermerke über die Delegationsgespräche am 7./8. September 1987, in: Bundesarchiv (BArch), B 136/20572.

26 Rede Kohls bei einem Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Honecker am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 83, 10. September 1987, S. 705–707.

Jahren 1986 und 1987 einen Rückgang um etwa 10 v.H. bzw. 5. v.H. Auch 1988 wurde ein leichter Rückgang registriert. Während die Lieferungen aus der Bundesrepublik in die DDR um 14 v.H. sanken, stiegen die Bezüge aus der DDR um 11 v.H. Von großer Bedeutung für die Führung in Ost-Berlin war in diesem Zusammenhang der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über die Transitpauschale und die Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für die neunziger Jahre am 5. Oktober 1988. Als Gegenleistung sagte die DDR-Regierung die Öffnung eines dritten Grenzübergangs in Berlin sowie die Grunderneuerung einer Teilstrecke des Berliner Rings und der Transitaubahnen zwischen Berlin und Hof bzw. Berlin und Herleshäusen zu.²⁷ Es war wieder einmal ein kleiner Schritt, mehr Freizügigkeit für die Menschen in der DDR herzustellen, um Mauer, Grenze und Schießbefehl zu überwinden.

Gegenüber Ministerpräsidenten, die ihn im ersten Halbjahr 1989 aufsuchten, erklärte Honecker wiederholt, es gebe keinen Schießbefehl. Im übrigen sei das, was die bundesdeutsche Seite als Schießbefehl bezeichne, aufgehoben worden.²⁸ Gegenüber dem SPD-Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel²⁹ behauptete er Ende Mai, generell werde an der Grenze nicht geschossen. Ausnahme seien Angriffe auf und Widerstand gegen Grenztruppen. Wenn diese gezielt schießen würden, hätten sie tödliche Wirkung zu vermeiden; auf Frauen und Kinder dürfe überhaupt nicht geschossen werden.³⁰ Honeckers Signale waren unmissverständlich: Über das Grenzregime wollte er nicht verhandeln.

Auch beim Besuch des neuen Kanzleramtschefs, Rudolf Seiters, am 3./4. Juli in Ost-Berlin³¹ bezeichnete der SED-Generalsekretär jede Politik der Grenzveränderungen als illusionär. Vom Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 zu sprechen, erklärte Honecker für unhaltbar, weil »das Deutsche Reich untergegangen sei«. Das Grenzregime sei geändert worden, so »dass es keinen Schießbefehl mehr gebe«. Damit gab Honecker erstmals gegenüber einem Vertreter der Bundesregierung die frühere Existenz des Schießbefehls zu.

27 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Vermerk: Stand der innerdeutschen Beziehungen, 15. Juni 1989, in: BArch, B 136/20236, 221 De 1 NA 7 Bd. 2.

28 Vorlage Duisbergs an Kohl, Treffen von Ministerpräsident Späth und von Bürgermeister Voscherau mit Generalsekretär Honecker in Berlin (Ost) [23. und 24. Februar 1989], 221-35016-Ve 40 NA 1, 27. Februar 1989, in: BArch, B 136/21334.

29 Hans-Jochen VOGEL, *Nachrichten. Meine Bonner und Berliner Jahre*, München-Zürich 2¹⁹⁹⁶, S. 283f.

30 Vorlage Duisbergs an Kohl, Gespräch des Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Vogel, mit GS Honecker am 25.05.1989 in der DDR (Hubertusstock), 221-35016-Ve 40, 30. Mai 1989, in: BArch, B 136/21334.

31 Offizieller Besuch des Bundesministers Seiters in Berlin (Ost), 3./4. Juli 1989, in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS/Daniel HOFMANN, München 1998, S. 323–336, hier S. 333.

Mit ihrer Deutschlandpolitik beschriftet die Bundesregierung in den achtziger Jahren im Grunde eine stete Gratwanderung zwischen unvermeidlicher Kooperation und völkerrechtlicher Nichtanerkennung. Diese wurde um so schwieriger, weil zum einen Honecker an den Geraer Forderungen festhielt und zum anderen die SPD mit der SED auf Parteiebene auf eigene Faust Deutschlandpolitik betrieb. Die Sozialdemokraten schmerzte, CDU und CSU in ihrem seit 1969 als ureigenem Kompetenzbereich betrachteten Politikfeld agieren zu sehen. Deshalb handelten SPD und SED drei von den Parteigremien im Juli 1988 förmlich unterzeichnete Vertragstexte über chemiewaffenfreie Zonen und einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa sowie eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa aus.³²

Damit übte die SPD nicht bloß politischen Druck auf die Regierung Kohl aus; mehr noch, sie stellte ihre Loyalität zum Grundsatz der Nichtanerkennung in Frage. Tonangebend waren jene Kräfte in der Sozialdemokratischen Partei, die elementare Bindungen Westeuropas an die Vereinigten Staaten von Amerika in der NATO durch eine auf »Sicherheitspartnerschaft« mit dem Ostblock gegründete europäische Sicherheitsordnung in Europa ersetzen wollten. Darin erblickte die Bundesregierung die Gefahr der moralischen Kapitulation. Denn vorbehaltlos wurden zwei Sicherheitskonzepte nebeneinandergestellt, die das gemeinsame Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED über den »Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«³³ vom August 1988 ergänzte, das ebenfalls ohne Einschränkungen das Demokratiekonzept der Bundesrepublik und das der DDR als gleichrangig anerkannte und die Unterschiede zwischen westlicher Demokratie und östlicher Parteidiktatur verwischte.

Eigentlicher Streitpunkt von CDU/CSU und wesentlichen Teilen der SPD, die diesen Einstellungswandel vollzogen hatten, war die Frage, ob um den Erhalt des Friedens willen die Anerkennung der Legitimität der Diktatur in der DDR unabdingbar sei oder hierin die Gefahr der Verharmlosung von Menschenrechten bestünde. Auch im Bewusstsein breiter Teile der westdeutschen Bevölkerung wurde mit dem Friedenspostulat, aus der die Entspannungspolitik ihre ideologische Rechtfertigung bezog und das die DDR-Propaganda geschickt mit der Parole »Schwerter zu Flugscharen« untermauerte, der Systemgegensatz übertüncht. Nicht wenige Oppositionsbewegungen in Osteuropa empfanden diese Entwicklung als kontraproduktiv.

32 Gemeinsames Kommuniqué SPD-SED: Vorschlag für eine »Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa«, 7. Juli 1988, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe III/Bd. 6 – 1988, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1989, S. 262f.

33 Gemeinsames SPD-SED-Papier: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, 27. August 1987, in: *Politik*, Informationsdienst der SPD, Nr. 3, August 1987.

Das änderte nichts an dem spürbaren Meinungstrend in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ab Mitte der achtziger Jahre, die Teilung als unumkehrbare Entwicklung der Nachkriegsgeschichte hinzunehmen und durch Anerkennung der DDR einen gewissen Schlussstrich zu ziehen.³⁴ Gewöhnungseffekte, die Macht des Faktischen, der Generationswechsel – weit mehr als die Hälfte der Bundesbürger war inzwischen nach 1945 geboren, kannte ein geeintes Deutschland nicht mehr aus eigener Anschauung und fühlte sich von der Teilung nicht unmittelbar betroffen –, Zweifel an der Möglichkeit, diese zu beseitigen, die Wahrnehmung der DDR als gesellschaftliches Alternativmodell, das bewusste Hinnehmen des Stacheldrahts und das Nichtbeachten der Stasi-Aktivitäten, trugen dazu bei. Brandt tat gar das Ziel der Wiedervereinigung als »Lebenslüge der Bundesrepublik« ab³⁵ und erntete dafür nicht geringe öffentliche Zustimmung.

An der CDU ging die Diskussion über das Wiedervereinigungsziel keineswegs spurlos vorbei. Zwar blieben die Legitimationsvorbehalte gegen die SED-Diktatur weiterhin unumstritten. Doch in dem Entwurf einer programmatischen Entschließung zum Wiesbadener Parteitag 1988, erarbeitet von der Kommission unter Leitung des damaligen Generalsekretärs, Heiner Geißler, war mit keiner Silbe von Wiedervereinigung die Rede, sondern alles auf den Fortgang der europäischen Einigung abgestellt. Das mobilisierte den Widerspruch derjenigen in der CDU, die eine Abkehr von dem seit Adenauers Zeiten gültigen deutschlandpolitischen Ziel der Partei witterten und daher dessen erneute Bekräftigung forderten.³⁶ Hinter dem Streit um den Begriff verbarg sich in Wirklichkeit ein Kampf um zukünftige Prioritäten einer pragmatischen oder doch stärker normativ ausgerichteten Deutschlandpolitik der CDU, in dem viele zugleich ein weiteres Feld des Machtkampfs zwischen Generalsekretär und Parteivorsitzendem sahen. Heftiger Protest auch aus verschiedenen Ecken der Bundestagsfraktion führte schließlich dazu, dass das Wort Wiedervereinigung in den Leitantrag hineingeschrieben wurde.³⁷ Nichtsdestotrotz: Die Deutschlandpolitik stand allgemein in diesen Jahren in dem Geruch, unter das Räderwerk der Bürokratie geraten zu sein.

34 Gerhard HERDEGEN, *Perspektiven und Begrenzungen – Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage. Teil 1: Nation und deutsche Teilung, Teil 2: Kleine Schritte und fundamentale Fragen*, in: *Deutschland Archiv* 20 (1987), S. 1259–1273 und 21 (1988), S. 391–403.

35 Willy BRANDT, *Erinnerungen*, Frankfurt/Main 1989, S. 156f.

36 Zur Kritik an dem Diskussionsentwurf eines programmatischen Antrags der CDU zur Deutschlandpolitik auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden: Schreiben Barzels an Kohl mit Anlage: Votum zum »Diskussionsentwurf« (Deutschlandpolitik), 20. Februar 1988, in: Rainer BARZEL, *So nicht! Für eine bessere Politik in Deutschland*, Düsseldorf–Wien 1994, S. 63–70. Antwortschreiben Kohls an Barzel, 22. März 1988, EBD. S. 75.

37 Darstellung der Kontroverse bei Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (Geschichte der deutschen Einheit, 4 Bde.), Stuttgart 1998, Bd. 1, S. 398–409.

Faktoren des Mauerfalls

Hat die Politik der Regierung Kohl, so bleibt zu fragen, wirklich zum Zusammenhalt der Deutschen beigetragen, oder war sie nur Verwalterin einer administrativen Politik des *modus vivendi*, die wie dereinst Adenauer auf den Wandel der politischen Lage eines fernen Tages hoffte, der ihr die Chance zu wirklichen Verhandlungen über die Wiedervereinigung bescheren werde?

Genauer betrachtet, setzte die Bundesregierung auf die langdauernden Effekte ihrer Penetrationsstrategie. Je mehr Deutsche in der DDR Westfernsehen sahen und selbst in die Bundesrepublik reisen durften, desto stärker trug dies zur Erosion ihres ideologischen Bewusstseins bei, das die SED ihnen einzupflanzen suchte. Der Widerspruch wurde täglich eklatanter, blieb in der Bundesrepublik jedoch weitgehend unbeachtet, weil für gesellschaftliche Veränderungsprozesse innerhalb der DDR kaum öffentliches Interesse bestand.

In Wirklichkeit vollzog sich kein Wandel durch Annäherung, auch keine Liberalisierung durch Stabilisierung des SED-Systems. Vielmehr war es ein Wandel durch innere wirtschaftliche Erosionsprozesse und die Unglaublichkeit des sozialistischen Systems, das sich als unfähig erwies, für modernen Lebensstandard, soziale Gerechtigkeit, Prosperität und Sicherheit zu sorgen. Hinzu kam, dass auch in der DDR eine neue Generation herangewachsen war, die ihre eigenen Systemerfahrungen gemacht hatte, kaum mehr bereit war, die SED-Autoritäten anzuerkennen, sich ein- bzw. unterzuordnen und über viel Zivilcourage verfügte. Diese Faktoren bewirkten allmählich die Destabilisierung. Der Mauerfall kam auf leisen Sohlen daher; vom Westen zwar erhofft, aber nicht gezielt gesteuert.

Mithin waren es neben den langfristigen Wirkungen letztlich das Zusammentreffen verschiedener kurzzeitiger internationaler und innerer Entwicklungen im Laufe des Jahres 1989, die schließlich die Mauer zum Einsturz brachten.

Ein ausschlaggebendes Moment war zweifelsohne die seit 1986 andauernde Reformpolitik Gorbatschows und der grundlegende Wandel deutsch-sowjetischer Beziehungen. Wirtschaftliche Versorgungsschwierigkeiten zwangen den KPdSU-Chef zur Reduzierung der Rüstungsausgaben und zu einer flexibleren Haltung in rüstungskontrollpolitischen Fragen. Bei der Durchsetzung seiner Perestroika setzte er zunehmend auf die Hilfe der Bundesrepublik und eine verstärkte Kooperation.³⁸ Erst 1988 testete Kohl nach heftigem Drängen Gen-

38 Michail S. GORBATSCHOW, *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, Berlin 1999, S. 58f.; Anatolij TSCHERNJAJEW, *Die Deutschlandpolitik Gorbatschows aus russischer Sicht*, in: Boris MEISSNER/Alfred EISFELD (Hg.), *50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis* (Studien zur Deutschlandfrage, Bd. 14), Berlin 1999, S. 189–191; Horst TELTSCHIK, *Die Deutschlandpolitik Gorbatschows*, in: EBD. S. 179–187, hier S. 180–182.

schers³⁹, inwieweit Gorbatschows Politik für Bewegungen in der Deutschlandpolitik von Nutzen sein könnte.⁴⁰ Bei seinem Besuch im Oktober 1988 in Moskau spürte Kohl den Wandel und gewann die Überzeugung, Gorbatschow meine es mit seiner Reformpolitik ernst. Beide waren sich nach einer offenen Aussprache einig, ihre unterschiedlichen Bewertungen in Grundsatzfragen dürften nicht praktischer Kooperation im Wege stehen. Vor allem Gorbatschow zeigte sich an einem deutsch-sowjetischen Rapprochement interessiert, weil er ohne die finanzielle Unterstützung der Bundesrepublik seine Reformziele nicht erreichen konnte.⁴¹

Ein weiteres Moment waren die Akzente, die der seit Januar 1989 amtierende neue amerikanische Präsident George Bush in den Beziehungen zum Ostblock setzte. Er wollte die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung bei gleichzeitiger Entwicklung einer politischen Strategie für konventionelle Abrüstungsschritte zur Senkung der Verteidigungskosten aufrechterhalten und befürwortete die Unterstützung der Reformkräfte in Osteuropa.⁴² Washington wies außerdem mit der Formel »partner in leadership« den deutsch-amerikanischen Beziehungen einen besonderen Stellenwert zu⁴³; sehr zum Verdruss der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die in dieser Akzentverschiebung zugunsten der Deutschen einen Angriff auf die besonderen anglo-amerikanischen Beziehungen sah, was sie zutiefst verärgerte. Die britische Regierung fühlte sich trotz der Beteuerungen Bushs, Großbritannien sei »führender Partner«, verletzt.⁴⁴ Argwöhnisch beobachteten Regierungskreise in London die strategischen Überlegungen der Bush-Administration. Sie wollte das Dilemma von Rüstungskontrolle und nuklearer Abschreckung überwinden und zugleich Gorbatschows Philosophie der Perestroika am Beispiel der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts der osteuropäischen Staaten testen.

Gradmesser für die Bereitschaft der sowjetischen Führung zu Dialog und Kooperation waren vornehmlich die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüs-

39 H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 507f.

40 Karl KAISER, *The Federal Republic of Germany: The case of a Reluctant Latecomer*, in: Gregory FLYNN/Richard E. GREENE (Hg.), *The West and the Soviet Union. Politics and Policy*, London 1990, S. 80–108.

41 Anatolii CHERNIAEV, *Gorbachev and the Reunification of Germany: Personal Recollections*, in: Gabriel GORODETSKY (Hg.), *Soviet Foreign Policy 1917–1991. A Retrospective*, London–Portland 1994, S. 158–169, hier S. 163.

42 Zum Strategiepapier des Nationalen Sicherheitsrates (NSR Strategic Review on the Soviet Union), 14. März 1989: George BUSH/Brent SCOWCROFT, *A World Transformed*, New York 1998, S. 40, 43f.

43 James A. BAKER/Thomas M. DEFRANK, *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace 1989–1992*, New York 1995, S. 159.

44 Margaret THATCHER, *Downing Street No. 10. Die Erinnerungen*, Düsseldorf u.a. 1993, S. 1092f.; Geoffrey HOWE, *Conflict of Loyalty*, London 1994, S. 560.

tung. Nach Ansicht Brent Scowcrofts, Sicherheitsberater von Präsident Bush, musste eine Vision für die Zukunft Europas im Ansatz eine Lösung für die deutsche Frage einschließen. Zwar wollte auch Scowcroft keine politische Wiedervereinigung verheißen, die Vereinigten Staaten sollten aber einen Wandel versprechen.⁴⁵ Am 20. März meinte der Nationale Sicherheitsrat allerdings, es liege nicht im amerikanischen Interesse, die Initiative zu übernehmen. In einem von Robert B. Zoellick, Berater im State Department, am 17. Mai 1989 unterbreiteten Positionspapier »Germany« zur Vorbereitung der NATO-Frühjahrskonferenz Ende Mai in Brüssel war allerdings erneut die Rede davon, dass die Deutschlandfrage auf die Tagesordnung zurückkehre und der sowjetische Präsident sie möglicherweise aufgreifen werde.⁴⁶

Bush äußerte in einem Schreiben an Kohl vom 12. Mai 1989⁴⁷ Zuversicht, »dass sich uns eine historische Chance bietet«, die Ost-West-Beziehungen zu verändern. Vierzig Jahre lang sei es mit der Strategie der Eindämmung gelungen, sowjetischen Expansionsdrang in Schach zu halten und die Führung in Moskau davon zu überzeugen, dass sich Konfrontationspolitik nicht durchsetze. Ziel müsse es nun sein, tiefgreifende Änderungen und grundlegende Umstrukturierungen der sowjetischen Institutionen und Streitkräfte einzuleiten. Bemühungen ihrer Führer um bessere Einhaltung der Menschenrechte im eigenen Land und eine weniger konfrontative Haltung gegenüber dem Ausland wertete Bush als deutliche Anzeichen des Interesses in Moskau an neuen internationalen Konstellationen. Bush wollte den ideologischen Kampf fortführen und die Sowjetunion drängen, ihre Erblasten der Oktoberrevolution von 1917 endlich abzuschütteln. Sie sollte von ihrem Glauben an den Klassenkampf ablassen, den mittel- und osteuropäischen Staaten das Selbstbestimmungsrecht gewähren und von den Hypotheken enormer Aufrüstung und weltweit verschärfter Regionalkonflikte der sechziger und siebziger Jahre Abstand nehmen. Letztlich ging es ihm um Systemveränderung: »Die Umwandlung der Sowjetunion von einem Faktor der Instabilität in eine produktive Kraft der Völkergemeinschaft ist ein langfristiges Ziel.« Dazu brauche der Westen Geduld und Kreativität. Diesem schwierigen Prozess wollte er mit Verständnis begegnen, wo sich die Sowjetunion veränderungsbereit zeige, und Unnachgiebigkeit demonstrieren, wo sie an ihrer herkömmlichen Politik festhalte.

Bush verpackte die Grundzüge seines Ansatzes gemeinsam mit ganz konkreten Verhandlungsangeboten in eine Rede, die er am gleichen Tag in

45 Robert L. HUTCHINGS, *American Diplomacy and the End of the Cold War. An Insider's Account of U.S. Policy in Europe, 1989–1992*, Washington (D. C.) 1997, S. 31.

46 Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge (Massachusetts) 1995, S. 26–28.

47 Schreiben Bushs an Kohl, Vertraulich, ohne Datum, übergeben von der Amerikanischen Botschaft in Bonn am 12. Mai 1989, in: BArch, B 136/29806, 212-30101 A 5 Am 4 Bd. 21.

der Texas A&M Universität hielt.⁴⁸ Im Juni sollten mit Moskau wieder Gespräche über den Umfang strategischer Streitkräfte aufgenommen und den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Paktes – unabhängig von allen laufenden Beratungen – vorgeschlagen werden, unbewaffnete Luftinspektionen durchzuführen; ein Vorschlag, mit dem schon 1955 Präsident Dwight D. Eisenhower das amerikanisch-sowjetische Verhältnis zu entkrampfen suchte.

Die Bundesregierung reagierte zunächst abwartend. Würde sie nämlich gesamtdeutsche Sicherheitsinteressen hervorkehren, wie Honecker es dem Bundeskanzler in einem Schreiben am 10. Februar 1989 nahegelegt hatte,⁴⁹ konnte das eine Wiederbelebung der deutschen Frage in neuer Form zur Folge haben und Moskau provozieren. Kohl begrüßte zwar das Verhandlungsangebot Bushs für konventionelle Streitkräfte auf dem Brüsseler NATO-Gipfel. Allerdings war der Kanzler entschlossen, die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen zu verzögern, um Gorbatschow zunächst nicht weiter in Bedrängnis zu bringen. Thatcher dagegen befürchtete, eine solche Entscheidung werde die NATO schwächen.

In jenen Tagen deuteten noch keine Anzeichen darauf hin, dass die sowjetische Regierung in der Deutschlandpolitik ihre orthodoxen Grundsatzpositionen gegenüber der Bundesregierung ändern könnte; und das erst recht nicht in Fragen der Einbeziehung West-Berlins in deutsch-sowjetische Vertragsvereinbarungen. Dessen ungeachtet hielt die Bundesregierung an ihren deutschlandpolitischen Grundprinzipien fest. Sie erhob keinerlei Gebietsansprüche gegen irgend jemanden. Die Grenzen aller Staaten in Europa und die territoriale Integrität betrachtete sie als unverletzlich. Doch konnte dem deutschen Volk nicht auf Dauer das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten werden. Die Überwindung der Teilung stellte ein legitimes Interesse dar, das mit dem legitimen Interesse der Nachbarstaaten, in sicheren Grenzen zu leben, in Einklang gebracht werden musste. Faktisch blieb die Bundesregierung in den Beziehungen zur DDR bis Januar 1990 unverändert bei ihrer Linie der schrittweisen Verbesserung der Kontakte und Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen.

Insbesondere in zwei Punkten schienen im Frühjahr 1989 die Auffassungen zwischen Bonn und Moskau unüberbrückbar zu sein. Die Sowjetunion strebte nach wie vor eine uneingeschränkte Anerkennung des territorialen und politischen Status quo in Mitteleuropa seitens der Bundesregierung an. Und: Sie enthielt den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung vor. Ein wichtiger Durchbruch gelang mit der Unterzeichnung der gemeinsamen deutsch-sowje-

⁴⁸ Rede Bushs vor der Texas Agriculture and Mechanical University in College Station (Texas), 12. Mai 1989, in: *Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush. 1989, Book I: January 20 to June 30 1989*, Washington (D. C.) 1990, S. 540–543.

⁴⁹ Schreiben Honeckers an Kohl, 10. Februar 1989, in: BArch, B 136/21328.

tischen Erklärung vom 15. Juni 1989 beim Besuch Gorbatschows in Bonn,⁵⁰ als zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg ein sowjetischer Führer das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung formell bestätigte.⁵¹

Schließlich aber bedeutete der Abbau der Invasionsfähigkeit für beide Seiten das entscheidende Element zukünftiger Beziehungen. Vor allem zeigte sich die sowjetische Führung an der Problematik der Kurzstreckenwaffen interessiert, demonstrierte aber eine gewisse Gelassenheit, weil sie sich nicht wie im Falle der Pershing II und der Cruise Missiles zentral bedroht fühlt. Gorbatschow entging bei den Unterredungen mit Kohl keineswegs der Hinweis, dass dieser eine Modernisierung der Lance-Raketen nicht vor 1992 ins Auge fasste. Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme und die Nuklearartillerie hielten beide für möglich, wenn es bei den Wiener Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) entsprechende Fortschritte gäbe. Selbst ein weltweites Verbot chemischer Waffen schien in Reichweite zu sein. Kohl riet Gorbatschow, im Umgang mit Bush zu bedenken, dass dieser zum »Geschäft« bereit sei. Die Vereinigten Staaten würden die gleichberechtigte Rolle der Sowjetunion respektieren.⁵²

Stärker als damals von der Öffentlichkeit wahrgenommen, begriffen die westlichen Staats- und Regierungschefs die Wahl der nichtkommunistischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki und die Demokratieentwicklung in Polen als Testfall für Gorbatschows Abkehr von der Breschnew-Doktrin und dessen Bereitschaft, mehr politische Freiheit und Selbstbestimmung in Osteuropa zuzulassen. Mit seiner wirtschaftlichen Unterstützungspolitik durch abgestimmte Kredithilfen⁵³ für Polen strebte Kohl zugleich einen politisch-psychologischen Durchbruch in den bilateralen Beziehungen an,⁵⁴ um zu einer wirklichen deutsch-polnischen Aussöhnung zu kommen.

Bei den Menschen in der DDR verstärkte die offensichtliche Reformunwilligkeit der SED-Führung die Perspektivlosigkeit. Daran änderte auch die leichte Abkehrbewegung Honeckers von der strikten Ablehnung jegli-

50 Aufzeichnung Teltschiks, Gespräch Kohl – Gorbatschow, Bonn, 13. Juni 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 287–292; Aufzeichnung Kaestners, Delegationsgespräch Kohl – Gorbatschow, Bonn, 13. Juni 1989, in: EBD. S. 295–299; Horst TELTSCHIK, *Die Reformpolitik Gorbatschows und die Perspektiven der West-Ost-Beziehungen*, in: *Außenpolitik* 40 (1989), S. 211–225.

51 Gemeinsame Erklärung, 15. Juni 1989, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 61, S. 542–544.

52 A. CHERNIAEV (wie Anm. 39), S. 163. Zur Verhandlungsbereitschaft des amerikanischen Präsidenten: Schreiben Bushs an Gorbatschow, 21. Juli 1989, in: George BUSH, *All the Best George Bush. My Life in Letters and other Writings*, New York 2000, S. 435–437.

53 Schreiben Kohls an Bush, 28. Juni 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 320–323.

54 Horst TELTSCHIK, *Die Bundesrepublik Deutschland und Polen. Eine schwierige Partnerschaft im Herzen Europas*, in: *Außenpolitik* 41 (1990), S. 3–14.

cher Reformpolitik⁵⁵ im Gespräch mit Gorbatschow Ende Juni 1989 in Moskau⁵⁶ nichts. Die im August 1989 beginnende Fluchtbewegung nach Ungarn und die Besetzung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR in Ost-Berlin setzten Honecker zusätzlich unter Druck. Die SED war unfähig, die Flüchtlingsbewegung in den Griff zu bekommen. Ihr Dilemma vergrößerte sich durch den Beschluss der ungarischen Regierung zur Öffnung der Grenze nach Österreich.⁵⁷ Diese Entscheidung basierte auf der Zusage des Bundeskanzlers von Kredithilfen an Ministerpräsident Miklós Németh. Es war mehr ein politischer denn ein humanitärer Akt.⁵⁸ Doch beschleunigte die Freilassung der Botschaftsflüchtlinge in Budapest⁵⁹, Prag⁶⁰ und Warschau die Demontage der SED-Führung.

Je mehr sich die Lage in der DDR ab September 1989 destabilisierte, desto mehr erkannte die Bundesregierung ihren wachsenden deutschlandpolitischen Handlungsspielraum. Allerdings hatte sie kein Interesse, die Entwicklung außer Kontrolle geraten zu lassen. Letzten Endes waren es die neu gegründeten Bürgerrechtsbewegungen und zunehmende Massendemonstrationen in der DDR, die im Oktober das SED-Regime ins Wanken brachten. Der schon seit einiger Zeit von DDR-Vertretern hinter vorgehaltener Hand avisierte Kollaps der eigenen Wirtschaft verschlimmerte die Lage.

55 Daniel KÜCHENMEISTER, *Wann begann das Zerwürfnis zwischen Honecker und Gorbatschow? Erste Bemerkungen zu den Protokollen ihrer Vier-Augen-Gespräche*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 30–40. Zu den Hintergründen im Frühjahr 1989: Iwan KUSMIN, *Die Verschwörung gegen Honecker*, in: EBD. 28 (1995), S. 286–290; Walter SÜSS, *Erich Mielke (MfS) und Leonid Schebarschin (KGB) über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Protokoll eines Streitgesprächs vom 7. April 1989*, in: EBD. 26 (1993), S. 1015–1034.

56 Niederschrift des Arbeitstreffens Honecker – Gorbatschow, 28.6.1989, in: SAPMO-BArch, J IV 2/2A/3228. Abdruck in: Daniel KÜCHENMEISTER (Hg.), *Honecker-Gorbatschow. Vieraugengespräche*, Berlin 1993, S. 208–239, hier S. 221–223.

57 *Zur Freiheit durch Ungarn. Die Öffnung der ungarischen Grenze in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989*, Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung am 8. September 1994 in Berlin, Dokumentation, Sankt Augustin 1994.

58 Vermerk Genscher, Gespräch Kohl – Németh, Horn, 25. August 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 377–380; H.-D. GENSCHER (wie Anm. 11), S. 640; Gyula HORN, *Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*, Hamburg 1991, S. 314, 316f., 319f.; István HORVÁTH, *Wie kam es zum 9. November 1989? Eine Sicht aus Ungarn*, in: Heiner TIMMERMANN (Hg.), *Die DDR – Erinnerung an einen untergegangenen Staat* (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 88), Berlin 1999, S. 59f.

59 Klaus-Hermann RINGSWALD, »Als alles begann – Budapest: 13 bis 19. August 1989«, in: *Auf Posten ... Berichte und Erinnerungen aus 50 Jahren deutscher Außenpolitik. Zum 125jährigen Jubiläum des Auswärtigen Amtes*, bearb. von Reinhard BETTZUEGE, München-Landsberg/Lech 1996, S. 121–127.

60 *Die Nacht von Prag – ein Augenzeugenbericht. Aus den Notizen von Frank Elbe*, in: EBD. S. 115–121.

Nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes schwankte in jenen Herbst-Wochen bei der Bevölkerung in der DDR die Stimmungslage zwischen Hoffnung auf Veränderungen und Ratlosigkeit über die weitere Entwicklung. Einerseits war Schadenfreude zu hören, dass der SED-Führung die Menschen weglaufen, andererseits wurden Selbstvorwürfe laut, bisher nicht den Mut zu einem solchen Schritt aufgebracht zu haben. Im Umfeld des jeden Montag stattfindenden »Friedensgebetes« in der Leipziger Nikolai-Kirche breitete sich eine Protestszene mit neuer Aufbruchstimmung aus, wie sie niemand von der anscheinend in Lethargie verfallenen Bevölkerung erwartet hatte. Die Menschen wollten gesellschaftliche Veränderungen und forderten Demokratie und Freiheit. Doch Rufen »Wir-wollen-raus« schallten ebenso Sprechchöre »Wir-bleiben-hier« entgegen. Viele der schon weit mehr als 200 000 Demonstranten sahen darin die letzte Chance, vor Ort etwas zu bewegen.⁶¹

Die Strategie der Bundesregierung lief auf ein Junktim hinaus, umfangreiche Finanzhilfen für das marode Wirtschaftssystem der DDR von der Gewährung der Freizügigkeit und politischer Reformen abhängig zu machen. Insbesondere sollten das Machtmonopol der SED abgeschafft, Oppositionsgruppen zugelassen und freie Wahlen abgehalten werden. Das hatte Seiters Anfang November bei der Begegnung mit Alexander Schalck-Golodkowski deutlich zu erkennen gegeben.⁶² Damit blieb die Bundesregierung ihrer seit 1950 offiziell vertretenen Linie treu, als erster Schritt zur Wiedervereinigung müsse den Menschen in der DDR das Recht zur Selbstbestimmung gewährt werden.

Die Bundesregierung sei bereit, die von der neuen SED-Führung angestrebte grundlegende Sanierung der DDR-Wirtschaft zu unterstützen, so lautete jedenfalls der am 6. November 1989 von den beamteten Staatssekretären gefasste Beschluss. Forderungen der DDR-Regierung nach mittelfristiger Liquiditätshilfe in Form von ungebundenen Finanzkrediten zur Absicherung der Reformen in den nächsten fünf Jahren in der Größenordnung von acht bis zehn Milliarden DM hielten sie jedoch für unrealistisch. Im Falle ausbleibender Reformen käme die Gewährung eines solchen Finanzvolumens nämlich einer »reinen Systemfinanzierung« gleich. Hauptinteresse der Bundesregierung war zunächst die Generalbereinigung der aus der Fluchtbewegung entstandenen Probleme, insbesondere die weitgehende Lockerung des Reiseverkehrs nach Westen, eventuell auch mit der Konsequenz, dass Ausreisen aus der DDR

61 Vorlage Jungs an Kohl, 3. November 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 478f.

62 Alexander SCHALCK-GOLODKOWSKI, *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, Reinbek/Hamburg 2000, S. 326f. Schreiben Schalck-Golodkowskis an Krenz, 7. November 1989, in: Peter PRZYBYLSKI, *Tatort Politbüro*, Bd. 2: *Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski*, Berlin 1992, S. 394f.

wieder rückgängig gemacht würden.⁶³ Angesichts dieser Lage sah sich die SED-Führung unter dem neuen Generalsekretär Egon Krenz geradezu genötigt, eine direkte Ausreiseregulation zu ermöglichen. Es war nur eine Frage des Zeitpunktes.

Letztlich machte die Ankündigung, das Reisegesetz zu ändern und den Menschen mehr Freiheit zuzugestehen, die Mauer so löchrig, dass sie beim ersten Ansturm sofort einstürzte. Dennoch hatte niemand damit gerechnet, selbst der Kanzler nicht. Wenige Minuten vor der Pressekonferenz Günter Schabowskis, damals Sekretär des Zentralkomitees der SED, am Abend des 9. November 1989 in Ost-Berlin warf Lech Walesa, damals Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes »Solidarität«, in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler in Warschau die Frage auf, was passiere, wenn in zwei Wochen die Mauer verschwunden sei. Sachlich und nüchtern antwortete Kohl: »Wenn die Zahl der Zufluchtsuchenden noch dramatischer anwachse, werde die DDR kollabieren.«⁶⁴

Fazit

Erstens, es waren innen- und außenpolitische Faktoren der Systemabgrenzung und Entspannungsbereitschaft, die teils langfristig wirkten, teils ziemlich kurzfristig während des Jahres 1989 zusammenkamen und den Fall der Mauer herbeiführten.

Zweitens, die Fortsetzung der Entspannungspolitik von Seiten der Regierung Kohl/Genscher, Reagans SDI-Programm, das die Sowjetunion zu einer Kursänderung zwang, die Koinzidenz von wirtschaftlichem Zerfallsprozess, Misswirtschaft des sozialistischen Systems in der DDR, rüstungspolitische und technologische Unterlegenheit, westliche Embargopolitik, ebenso wie der von Gorbatschow eingeleitete Umdenkungsprozess, dem sich die SED-Führung in Ost-Berlin nicht entziehen konnte und gegen den sie vergeblich kämpfte, verursachten den Kollaps.

Drittens, Zivilcourage der Bürgerrechtsbewegung und die Massendemonstrationen, jedoch auch der pure Zufall, besser gesagt: die historische Fügung, bescherten den Deutschen die Öffnung der Türe zur Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Wie hatte es Adenauer formuliert? – »Die auf Grund innerer Entwicklungen mit Naturnotwendigkeit eintretenden Veränderungen« sind zwar »langsamer, aber erfolgreicher«.

63 Besprechung der beamteten Staatssekretäre und Anlage 4: Vermerk Sterns, beide 6. November 1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 31), S. 482–489.

64 Gespräch Kohls mit Walesa, Warschau, 9. November 1989, in: EBD. S. 492–496, hier S. 493.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Die Medienpolitik der 80er Jahre. Einführung

Von Jürgen Wilke

Innerhalb einer Veranstaltungsreihe »Die Ära Kohl im Gespräch« über die Medienpolitik der 80er Jahre zu handeln, verlangt einige Vorbemerkungen. Denn es stellt sich zunächst einmal die Frage, welchen Stellenwert diese Thematik auf der politischen Tagesordnung der Ära Kohl hatte und ob sie diese in besonderer Weise geprägt hat.

Dass sich in den 1980er Jahren ein tiefgreifender Wandel in der deutschen Medienlandschaft vollzog, wird gewiss niemand bestreiten. Er war der weitgehendste seit der Neugestaltung der Medienordnung noch unter maßgeblich alliierter Einfluss nach 1945. Der Umbruch betraf im wesentlichen zwei Bereiche des Mediensystems, was sich auch im Programm dieser Veranstaltung niederschlägt.

Zum einen wurde das Tor aufgestoßen zur Zulassung privater Rundfunkanbieter. Damit kam es zur Entstehung des dualen Rundfunksystems, wie wir es heute kennen. Zum zweiten waren im Zuge der deutschen Vereinigung auch medienpolitische Entscheidungen gefordert. In beiderlei Hinsicht hat die Ära Kohl nachhaltige Spuren hinterlassen. Allerdings waren dafür der damalige Bundeskanzler und seine Regierung nicht allein verantwortlich. Als Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 in dieses Amt gewählt wurde, waren die Initiativen, privatwirtschaftlich organisierten Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren, längst im Gange. Da Helmut Kohl zu diesem Zeitpunkt fast ein Jahrzehnt Bundesvorsitzender der CDU war (und seit 1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), waren diese Initiativen auf Parteiebene unter seiner Ägide vorbereitet.

Gegenstand

Wenn wir von Medienpolitik sprechen, meinen wir jenes politische Handeln, das auf die Durchsetzung von Werten und Zielen in der öffentlichen Kommunikation ausgerichtet ist und sich insbesondere auf die Massenmedien, also Presse, Film, Rundfunk und neue Medien (einschließlich heute das Internet) bezieht. Bei diesen Medien handelt es sich um technische Mittel, die zur massenhaften Verbreitung von Informationen, Meinungen und Unterhaltung an ein breites Publikum geeignet sind.

Der Begriff »Medienpolitik« ist in der alten Bundesrepublik allerdings erst in den 1970er Jahren in Gebrauch gekommen. Wohl hat man schon im 19. Jahrhundert von »Pressepolitik« gesprochen. Politische Einwirkungen auf die gesellschaftliche Kommunikation reichen insofern weiter zurück. Dennoch indiziert die Karriere des Begriffs »Medienpolitik« im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, dass sich hier ein eigener, genuiner Politikbereich konstituierte und zu beträchtlicher Bedeutung aufstieg. Allerdings waren dessen Legitimation und Institutionalisierung prekär.

Kompetenzen

Wenn man die in der Bundesrepublik Deutschland betriebene Medienpolitik diskutieren will, muss man sich erst noch einmal klar machen, wie diese legitimiert und die einschlägigen Kompetenzen verteilt sind. Medienpolitik ist in einer liberalen Demokratie im Prinzip eine problematische Angelegenheit. Denn idealerweise soll sich die gesellschaftliche Kommunikation in einer solchen politischen Ordnung unabhängig vom Staat vollziehen. So ist jedenfalls auch das Grundgesetz zu verstehen, das in Art. 5 Meinungs- und Pressefreiheit als Abwehrrechte statuiert.

Deshalb hatte Johannes Gross mit seinem oft zitierten Spruch nicht unrecht, die beste Medienpolitik sei gar keine. Dennoch verkennt man mit einem derartigen altliberalen Credo, dass die (technische) Eigenart moderner Medien politische Gestaltungsaufgaben auch für den Staat unausweichlich nach sich zieht. Dies lässt sich auch durch die institutionelle Garantie der Presse- und Rundfunkfreiheit im Art. 5 GG rechtfertigen. Allerdings ist die Sachlage insofern paradox, als dem Staat selbst hier die Aufgabe zufällt, Staatsfreiheit zu organisieren. Ob er dazu bereit ist, ist eine sich in der Medienpolitik permanent stellende Frage.

Aus dem Grundgesetz lässt sich nicht nur ein – zumindest mittelbarer – Auftrag zur Medienpolitik ableiten. Die Verfassung enthält vielmehr auch Vorgaben, wer dafür überhaupt zuständig ist. Doch sind diese Vorgaben durchaus umstritten gewesen. Konrad Adenauer stützte seine Bemühungen zur Einführung eines Bundesfernsehens Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre bekanntlich auf den Art. 73 Nr. 7 GG, welcher der Bundesregierung das ausschließliche Gesetzgebungsrecht für das Post- und Fernmeldewesen (heute Telekommunikation) zuspricht. Seiner Auslegung hat das Bundesverfassungsgericht im Fernsehurteil 1961 widersprochen und die Kompetenzfrage hinsichtlich der Rundfunkorganisation gemäß Art. 70 Abs. 1 zugunsten der Bundesländer entschieden.

Grundsätzlich ergab sich daraus für die Folgezeit, dass die Bundesregierung nur über einen begrenzten Spielraum verfügt, selbst Medienpolitik zu betreiben. Das galt auch für die Regierung Kohl. Allerdings war dieser Spielraum

auch nicht unerheblich, weil sich medienpolitische Entscheidungsmöglichkeiten in jüngerer Zeit erst auf der Grundlage technischer Vorentscheidungen realisieren ließen. Die Kompetenzfrage blieb im übrigen aktuell, weil durch die neuen Techniken die Grenzen, was eigentlich Rundfunk sei (und damit den Ländern zur Regelung zustehe), fließend wurden.

Akteure

Durch die medienpolitische Kompetenzverteilung sind auch schon die wesentlichen Akteure der Medienpolitik benannt. Wenn man Politik streng als Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen definiert, fallen hier wie anderswo die Letztentscheidungen den Parlamenten zu, in erster Linie den Länderparlamenten, innerhalb des dem Bund verbleibenden Spielraums auch dem Deutschen Bundestag. Die politische Gestaltungsfunktion erfüllten gleichwohl die sich auf parlamentarische Mehrheiten stützenden Regierungen. Sie können jedenfalls auch auf administrativem Wege medienpolitisch agieren.

Doch wäre es verkürzt, Medienpolitik auf solche Letztentscheidungen und das Handeln der Administration zu reduzieren. Medienpolitik ist vielmehr ein Diskussions- und Verhandlungszusammenhang, an dem auch andere politische und gesellschaftliche Akteure beteiligt sind. Zunächst die Parteien, denen bei der politischen Willensbildung eine maßgebende Rolle zufällt, ferner gesellschaftliche Gruppierungen wie Kirchen und Gewerkschaften, nicht zuletzt die Medien und die sie tragenden Kräfte. Außer den organisierten Interessenverbänden der Verleger und der Journalisten können gerade die Letztgenannten selbst durch Veröffentlichungen auf den medienpolitischen Diskurs in der Öffentlichkeit einwirken. Dadurch sind die Betroffenen zugleich auch Akteure.

Wenn die Bundesregierung dann Ende der 80er Jahre im Zuge der deutschen Vereinigung eine medienpolitische Kompetenz wahrnahm, so geschah dies im Rahmen ihrer deutschlandpolitischen, ja quasi außenpolitischen Zuständigkeit. Mit-Akteure waren hier bis zum Beitritt der DDR deren letzte, aber frei gewählte Regierung bzw. die von ihr geschaffenen einschlägigen Gremien. Erst mit der Gründung der neuen Bundesländer wurde das Prinzip des medienpolitischen Föderalismus auch in Ostdeutschland wirksam.

Ziele

Wie zu Beginn gesagt, geht es bei der Medienpolitik um die Durchsetzung von Werten und Zielen im Bereich der öffentlichen Kommunikation. Jede Beschäftigung mit der Medienpolitik muss daher nach diesen Zielen fragen. Dabei lassen sich Ziele nach verschiedenen Ebenen und Dimensionen unterscheiden. Sie können implizit bestimmten erstrebten Zuständen innewohnen, aber auch explizit gemacht werden, beispielsweise in Parteiprogrammen oder so-

genannten Medienpapieren, wie die deutschen Parteien sie in den 1970er Jahren entwarfen.

Unter den Zielen lassen sich damals insbesondere folgende ausmachen: Ordnungspolitische, die sich an der Verfassung und dem Leitbild einer pluralistischen Demokratie orientieren. Das macht publizistische Vielfalt zu einem Leitziel. Zu nennen sind ferner technologische und ökonomische Ziele, denn Medien besitzen mittlerweile ein enormes Wirtschaftspotential. Aber es wäre gewiss blauäugig, wenn man ausklammern wollte, dass Medienpolitik auch ein Teil Machtpolitik ist.

Die Medienpolitik der CDU der 80er Jahre war auch motiviert durch negative Erfahrungen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der Überzeugung, diesem sei in seiner monopolartigen Stellung ein übermäßiges Machtpotential zugewachsen, das nicht immer normkonform eingesetzt werde (mangelnde Ausgewogenheit) und daher eines Gegengewichts bedürfe. Die Interessenlage der SPD war hier eine merklich andere.

Ordnungspolitische Überlegungen bestimmten auch den medienpolitischen Teil des deutschen Vereinigungsprozesses. Hier musste es darum gehen, das unter der DDR-Diktatur herrschende gelenkte Mediensystem in ein gemäß den Prinzipien der Bundesrepublik organisiertes zu überführen. Aber daneben spielten wiederum auch wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen hinein, die problematische Folgen hatten.

Vorstufen

Medienpolitik wurde in der Bundesrepublik Deutschland schon vor der Ära Kohl betrieben. Prägende Grundentscheidungen – Lizenzierung großer Regionalzeitungen und Gründung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten – waren durch die westlichen Besatzungsmächte getroffen worden. Diese Prägung ist von der CDU, zumindest von ihrer Führung, anfangs als ungeliebte Hinterlassenschaft angesehen worden. So ergriffen die Adenauer-Regierungen schon in den 1950er Jahren – wenn auch punktuell – medienpolitische Initiativen: Einerseits zur Schaffung eines Bundespressegesetzes, andererseits zur Einführung eines zweiten Fernsehprogramms unter maßgeblicher Beteiligung des Bundes. Das Scheitern des Projekts der Deutschland Fernsehen GmbH vor dem Bundesverfassungsgericht 1961 war gewiss eine der schmerzlichsten Niederlagen Konrad Adenauers, des sonst so erfolgreichen ersten Bundeskanzlers. In anderen heiß diskutierten medienpolitischen Fragen der 1960er Jahre – der Pressekonzentration und der »inneren Pressefreiheit« – positionierten sich Unionsparteien und Bundesregierung hingegen durch die Abwehr regulierender Eingriffe.

Insgesamt, so zeigt sich im Rückblick, waren die medienpolitischen Initiativen der Adenauerzeit formal noch stark fragmentiert und wenig koordiniert.

Und inhaltlich zielten sie, zumindest auf Parteebene der CDU, auf eine Stärkung von bundesstaatlichen Komponenten in der Medienordnung. Durch die föderalistischen Vorentscheidungen der Alliierten sah man sich auf Seiten der unionsgeführten Bundesregierung benachteiligt, was daher wettgemacht werden sollte. Den Vorteil des medienpolitischen Föderalismus erkannte man erst, als die Partei 1969 in Bonn von den Schalthebeln der Macht verdrängt wurde. Denn jetzt blieb den CDU und CSU-regierten Bundesländern hier immerhin eine Kompetenz erhalten, durch die sie die Entwicklung der Bundesrepublik ordnungspolitisch beeinflussen konnten.

Ausgangslage

Welches war die Ausgangslage für die Medienpolitik der 80er Jahre? Entscheidend für sie war, dass sich durch Kabel und Satelliten neue Übertragungstechniken einstellten. Damit zeichnete sich ein Ende ab für den Mangel an terrestrischen Frequenzen, der bis dahin die Entfaltung der elektronischen Medien eingeschränkt hatte und auch der wesentliche Grund für die Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch das Bundesverfassungsgericht gewesen war. Doch versprachen die hinzutretenden Techniken nicht nur eine Erweiterung des bisherigen Rundfunkspektrums, sondern auch zusätzliche Angebote, die unter dem Begriff »Neue Medien« firmierten. Eines davon, das vielversprechend schien, war Bildschirmtext.

Die damalige sozial-liberale Bundesregierung tat, was Exekutiven gerne tun, wenn sie sich mit einer ungeordneten Gemengelage konfrontiert sehen, also nicht entscheiden können, aber vielleicht auch nicht entscheiden wollen: Man setzt eine Kommission oder einen Rat ein. Die am 2. November 1973 beschlossene Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) sollte Vorschläge, wie es hieß, für ein wirtschaftlich vernünftiges und gesellschaftlich wünschenswertes Kommunikationssystem der Zukunft vorlegen. Am 27. Januar 1976 präsentierte sie ihren Bericht. Der Schwerpunkt des sogenannten Telekommunikationsberichts lag auf dem Ausbau des Fernsprechnetzes und seiner Nutzung für neue Kommunikationsformen. Zum Ausbau der Breitbandkommunikation äußerte sich die Kommission zurückhaltend. Sie sprach noch vom »Fehlen eines ausgeprägten drängenden Bedarfs« und sah auch bei den neuen Inhalten noch nicht klar, so dass sie zunächst Pilotprojekte (Modellversuche) empfahl.

Bis diese Empfehlung tatsächlich realisiert wurde, vergingen acht Jahre. Am 11. Mai 1978, mehr als zwei Jahre nach Vorlage des KtK-Berichts, einigten sich die Bundesländer erst einmal auf vier solche Pilotprojekte, und zwar in Dortmund, München, Berlin und Ludwigshafen/Mannheim. Aber auch danach wurde deren Beginn weiter verzögert, wobei insbesondere die hessische Landesregierung auf die Bremse trat. Ungeklärt blieb weiterhin län-

gere Zeit die Finanzierung. Die in der Öffentlichkeit verbreiteten Bedenken schlugen sich in der Forderung nach »Rückholbarkeit« nieder. Und befürchteten negativen Folgen sollte durch eine breite Begleitforschung begegnet werden.

Auch die SPD-geführte Bundesregierung beteiligte sich an der Verschleppung medienpolitischer Weichenstellungen. Am 26. September 1979 verkündete Bundespostminister Gscheidle den Beschluss, die Verkabelung von elf deutschen Großstädten zu stoppen. Einen Tag später führte der Minister im Bundestag gar aus, die Bundesregierung stelle Überlegungen an, wie die Empfangsmöglichkeiten für Satellitenprogramme der westlichen und südlichen Anrainer-Staaten unterbunden werden könnten – ein unerhörter Gedanke angesichts der damals internationalen Diskussion um den freien Informationsfluss.

Trotz dieser Hindernisse gingen die Vorbereitungen zu den Pilotprojekten zumindest in den unionsgeführten Bundesländern weiter, auch nachdem Baden-Württemberg von einer Beteiligung Abstand genommen hatte. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz legte am 4. Dezember 1980 ihren Gesetzentwurf über einen Versuch mit Breitbandkabel vor, der erstmals auch privaten Rundfunkanbietern die Möglichkeit eröffnete, unter der koordinierenden Aufsicht einer öffentlich-rechtlichen Instanz Programme zu veranstalten. Die organisatorischen Voraussetzungen dafür wurden durch die Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) seit 1982 geschaffen. Ähnlich liefen die Dinge in Bayern, wo der Ministerrat am 24. Juni 1980 eine Expertenkommission zur Vorbereitung des Kabelpilotprojekts München berief. Dabei war die Situation durch den Art. 111a der Bayerischen Verfassung, demzufolge dort Rundfunk nur in ausschließlich öffentlich-rechtlicher Trägerschaft erlaubt ist, etwas anders gelagert.

Derweilen musste sich die CDU auf Bundesebene mit Erklärungen und Forderungen begnügen. Schon am 26. November 1979, zwei Monate nachdem er in Kraft getreten war, hatte das Präsidium der Partei die Aufhebung des Verkabelungsstopps verlangt und kritisiert, dass die Bundespost als »Blockadeinstrument des technischen Fortschritts« benutzt werde. Der Bund habe technische Dienstleistungen zu erbringen, jedoch keine medienpolitischen Entscheidungen zu treffen.

Die Chance, solche Forderungen auch in die Tat umzusetzen, eröffnete der Regierungswechsel im Herbst 1982. Jetzt sollte auch ein medienpolitischer Stillstand überwunden werden. Nicht ohne Grund hatte die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, die er am 13. Oktober 1982 im Deutschen Bundestag abgab, einen medienpolitischen Teil: Der Weg zur Anwendung moderner Techniken, so sagte er, sollte freigemacht werden. Die deutsche Bundespost sollte durch den Ausbau der Kabelnetze, die Einführung neuer Dienste und die Einbeziehung der Satellitentechnik wirkungsvolle An-

stöße für Investitionen geben. Der Bundeskanzler kündigte eine Beendigung der politischen Blockade des Ausbaus moderner Kommunikationstechniken an. Die Vielfalt der Meinungen, die durch eine Vielzahl von Organisationsformen gewährleistet werde, sei Ingredienz einer freiheitlichen Ordnung.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung und damit, dass sie den Bundespostminister stellte, gewann die CDU 1982 auch bundesstaatlich eine medienpolitische Gestaltungskompetenz wieder. Anders als in den 50er Jahren machte sie davon aber nicht einseitig zugunsten einer Stärkung des bundesstaatlichen Zentralismus Gebrauch, sondern nutzte diese Kompetenz unter Respektierung der föderalen Elemente der deutschen Medienordnung, d. h. der Zuständigkeit und Interessen der Bundesländer.

Fragen

Wenn wir uns heute mit der Medienpolitik der 80er Jahre beschäftigen, so geschieht dies zunächst in der Absicht, sich eines wesentlichen Kapitels der politischen Ära unter Helmut Kohl zu vergewissern. Wie kam die medienpolitische Weichenstellung zustande, welche Ziele hatte sie und welche Widerstände gab es dagegen? Wer waren die Akteure und welche Schritte leiteten sie ein? Wie machten sie von ihren Kompetenzen Gebrauch, welchen Überzeugungen folgten sie oder welche Vorbehalte waren zu überwinden? Darüber heute in einem Rückblick zu sprechen, liegt nicht nur nahe, um Legenden, die sich leicht bilden, zu begegnen. Vielmehr auch um der nachwachsenden Generation, die nichts anderes mehr kennt als die duale Medienordnung, zu vermitteln, unter welchen Geburtswehen es dazu gekommen ist.

Aber wir sollten es heute nicht bei einer bloßen historischen Rekonstruktion bewenden lassen. Sondern nach zwei Jahrzehnten drängt sich selbstverständlich auch die Frage auf, wie die Initiatoren von damals ihre medienpolitischen Entscheidungen bewerten. Dass sie damit Erfolg hatten, ist kaum zu bestreiten. Aber haben sich alle Erwartungen erfüllt – und zwar nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die publizistischen? Und welche Ziele und Prognosen haben sich vielleicht (zunächst) nicht erfüllt? Und hat es schließlich Versäumnisse oder von heute aus gesehen problematische Entscheidungen gegeben? Eine solch kritische Prüfung braucht die Ära Kohl nicht zu scheuen.

Der Kampf um die neue Medienordnung. Initiativen und Innovationen

Von Bernhard Vogel

Ich möchte die Initiative, die wichtigsten politischen Reformen der Ära Kohl und ihre Hintergründe im Gespräch zu erörtern oder auszuleuchten, ausdrücklich begrüßen, und zwar weniger als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, sondern vor allem als handelnder Politiker – »Akteur« heißt das heute –, der seine erste Ernennungsurkunde als Kultusminister noch aus der Hand von Peter Altmeier entgegengenommen hat und leidenschaftlich daran interessiert ist, dass die Geschichte so dargestellt wird, wie sie »wirklich gewesen« ist, und dass sie nicht umgeschrieben wird. Dazu braucht man natürlich letztlich den Fachmann, d.h. nicht den Politiker, sondern den Historiker, denn wir Akteure – ich mache jedenfalls die Erfahrung – tun uns mitunter schwer, noch genau zu wissen, wie es damals gewesen ist. Die Reihenfolge der Kabinette der Weimarer Republik, die ich nicht miterlebt habe, lässt sich eher lernen und sicher festhalten als die Abfolge der Bundeslandwirtschaftsminister beispielsweise, die man miterlebt hat. Aber um den Historikern zu ermöglichen zu erforschen, wie es wirklich gewesen ist, kann wohl von uns ein kleiner Beitrag geleistet werden. Und das gilt natürlich auch für den Mediensektor, einen, wie wir gerade von Herrn Professor Wilke gehört haben, besonders heiß umstrittenen Reformbereich der Ära Kohl.

Ich freue mich, dass ich nicht allein dazu spreche, sondern dass Claus Detjen dabei ist, der im Mittelpunkt des Geschehens gestanden hat, über das ich zu reden habe, dass Christian Schwarz-Schilling dabei ist, der wohl medienfreundlichste Bundesminister, den je eine Bundesregierung hatte, allerdings fußend auf der schon zweimal zitierten Regierungserklärung von 1982, der Weichenstellung, die Helmut Kohl damals vorgenommen hat. Und ich freue mich, dass Klaus von Dohnanyi unter uns ist, wohl der Politiker, mit dem ich zumindest zeitlich am längsten die Fragen beraten habe, um die es hier geht, nirgendwo länger und intensiver als im Gästehaus des Hamburger Senats, in dem man – während er im Morgengrauen mit dem Rad nach Hause fuhr – auch noch Übernachtung finden konnte.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Medienbereichs wird in der Literatur und auch in Vorträgen gern von der »Einführung des privaten Rundfunks« gesprochen. Einführung, das klingt so, als hätte irgend jemand eine Idee gehabt, alle hätten ihr zugestimmt, es sei beschlossen und verkündet und

dann eingeführt worden, und der private Rundfunk war da. Davon kann aber keine Rede sein. Es bedurfte vielmehr eines jahrelangen, damals mit großer Erbitterung geführten Kampfes, fast nach der Art eines Glaubenskrieges, bis die Tür für private Veranstalter zunächst einen winzigen Spalt geöffnet war. Im Landtag von Rheinland-Pfalz wurde mir von der verehrten Opposition vorgeworfen, mit Hilfe eines privaten Rundfunks die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zerschlagen zu wollen, ganz zu schweigen vom absoluten kulturellen Niedergang, der allein schon mit dem Beginn der kleinen Versuchsprogramme einhergehen würde. Es gab auf beiden Seiten Schwarz-Weiß-Malerei. Die einen zeichneten das düstere Bild eines platten Kommerzfunks und sahen die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks massiv bedroht, für die anderen war das öffentlich-rechtliche Rundfunkwesen über jeden Zweifel erhaben und schien in jeder einzelnen seiner Sendeminuten nur Kultur- und Informationsprogramm zu sein. Die Gewerkschaften sagten den neuen Medien den Kampf an – »aus Sorge um die Arbeitsplätze«, man muss sich das heute überlegen, »aus Sorge um die Arbeitsplätze«! Teile der Kirchen, ihre offiziellen Mediensprecher zumal, schlossen sich dem an. Die Bundesregierung stoppte aus Sorge um »die humane Demokratie« die Breitbandverkabelung und der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt warb nachdrücklich für einen fernsehfreien Tag.

Zur Erinnerung einige Daten: Im Februar 1974 setzte die Bundesregierung eine unabhängige Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems ein. Ende 1975 schloss die sogenannte KtK (Kommission für den Ausbau der technischen Kommunikationssysteme) ihre Arbeit mit einem umfassenden Telekommunikationsbericht ab. Ein wesentliches Ergebnis war, dass in Zukunft eine schier unbegrenzte Anzahl von Rundfunkprogrammen technisch möglich sein würde. Dies war für mich persönlich und für andere entscheidend: Die technischen Kapazitäten, die Übertragbarkeitskapazitäten, waren nicht mehr knapp und mussten folglich nicht mehr bewirtschaftet werden. So wie ich es nach 1945 erlebt hatte, als anfangs das Papier knapp war, und es deswegen nur eine überregionale Zeitung gab, die dreimal in der Woche erschien und bei dem Zigarrenverkäufer abgeholt werden musste. Der Mangel an technischen Kapazitäten, der zur Beschränkung auf zwei öffentlich-rechtliche Programme geführt hatte, war jetzt nicht mehr gegeben. Am 11. Mai 1978 verständigten sich die Länder entsprechend den Empfehlungen dieser Kommission auf vier Versuche mit neuen Medien in zwei Unions-geführten und in zwei SPD-geführten Ländern, und zwar in Berlin, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, wobei aber nur eines dieser Projekte, nur das rheinland-pfälzische, ein privates Ordnungsmodell erproben sollte. Zunächst war von Ludwigshafen/Mannheim die Rede gewesen, aber der bedächtige Filbinger und der stürmische Kohl konnten sich auf die Federführung nicht einigen. Filbinger überließ die Sache damals dem in den Vorverhandlungen vor 1976 noch

als Ministerpräsident amtierenden rheinland-pfälzischen Ministerpräsident Kohl. Deswegen ist von dieser Zeit an nur noch von Ludwigshafen und nicht mehr vom baden-württembergischen Mannheim die Rede.

Bei einem Treffen vom 12. bis 14. November 1980, zwei Jahre nach der Einigung auf diese Pilotprojekte, kam es endlich zu dem sogenannten Kronberger Beschluss der Ministerpräsidenten, der die gemeinsame Finanzierung der vier Pilotprojekte regeln sollte: Man verständigte sich auf den sogenannten Kabelgroschen, auf 20 Pfennige Aufschlag auf die Gebühren zur Finanzierung dieser vier Projekte. In Wahrheit verständigten sich die Ministerpräsidenten nicht in ihrer offiziellen Sitzung am 12. November, sondern in Wahrheit kam die Vereinbarung in der Bar des Schlosshotels Kronberg in der Nacht vom 12. auf 13. zustande, indem es gelang, den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Börner davon zu überzeugen, dass seine Überzeugung allein die Überzeugung der anderen nicht majorisieren dürfe, und dass er zwar nicht seine Bedenken, aber sein Veto zurückstellen müsse gegen eine gemeinsame Beschlussfassung.

Das Pilotprojekt Ludwigshafen war die Keimzelle des dualen Rundfunksystems, auch wenn bei seinem Beginn zwischen den wirtschaftspolitischen Vorstellungen und den kulturpolitischen Vorstellungen noch weit unterschiedliche Meinungen vorhanden waren. Der entscheidende Mann für die Verwirklichung, für die Umsetzung dieses Pilotprojektes wurde Claus Detjen, zunächst als Geschäftsführer des Zeitungsverlegerverbandes eigentlich mehr ein Bedenkenträger, aber durch Hanns-Eberhard Schleyer bekehrt, dann der Verwirklicher dieses Projektes, auf den ich mich auch bei den folgenden Ausführungen beziehe.

Auf Seiten der SPD überwog die Ablehnung der privatwirtschaftlichen Öffnung der Märkte von Hörfunk und Fernsehen. Die Gewerkschaften unterstützten Kampagnen gegen den verkabelten Menschen; in der öffentlichen Meinung konnten sich die Gegner des Kabel- und Satellitenfunks erheblich leichter Gehör verschaffen als die Befürworter einer neuen Rundfunkordnung. Die Auffassung der Gegner, dass es für mehr als zwei oder maximal drei Programme bundesweit keinen Markt gäbe, fand viel leichter öffentliche Zustimmung als die Gegenposition der Befürworter von Privatfunk.

Das Design des Pilotprojektes war weitsichtiger angelegt als die von Vorurteilen geprägte Haltung seiner Gegner. Es orientierte sich gemäß den politischen Vorgaben der Landespolitik. Hier muss ich anmerken, dass im Dezember 1980 zum ersten Mal ein Landesgesetz über einen Versuch mit Breitbandkabel im rheinland-pfälzischen Landtag beschlossen wurde, ein Gesetz, das die rechtlichen Grundlagen für private Programmanbieter geschaffen hat und die Zustimmung des Landtages nur fand, weil es verbunden war mit der Einrichtung einer unabhängigen Begleitkommission, die einige Jahre später entscheiden sollte, ob der Versuch fortgesetzt werden könne oder nicht. Es

sollte also nach der politischen Vorgabe der Landespolitik eine duale Entwicklung öffentlich-rechtlicher und privater Veranstalter entstehen, und zwar von vornherein unter Einbeziehung von bundesweiter Satellitenübertragung.

Knapp drei Monate nach Beginn des Projektes in Ludwigshafen wurde der ECS (European Communication Satellite) – der Arbeitsgemeinschaft ECS 1 Westbeam – der Zuschlag für das erste private deutsche Satelliten-TV-Programm gegeben, und es begann am 1. Januar 1985 unter dem Namen SAT 1. Es war der 1. Januar 1984, als endlich das erste Pilotprojekt mit privater Beteiligung in Ludwigshafen gestartet wurde, der oft zitierte Urknall, der eigentlich darin bestand, dass Herr Schwarz-Schilling und ich auf einen roten Knopf gedrückt haben. Berichtet worden ist, dass eben nicht Köln, nicht München, Berlin oder Düsseldorf, sondern Ludwigshafen der Medienfokus von Deutschland wurde, wenn auch nur für kurze Zeit.

In einem Kellerstudio am Rande der Chemiestadt, zwischen einem Friedhof und einem Schlachthof gelegen, startete diese erste Aktion eines Privatfernsehens pünktlich um 10.30 Uhr am Neujahrstag 1984. Unterlegt mit Klängen von Bach begann die erste Sendung und ein Jahr später – wie gerade schon ausgeführt – mit SAT 1 das erste deutsche kommerzielle Fernsehprogramm. Es war also kein dröhnender Urknall, aber ein Urknall mit Wirkung. Ludwigshafen stand am Beginn einer Entwicklung, die politisch wie wirtschaftlich gewollt und von der rasant fortschreitenden Kabel- und Satellitentechnologie beschleunigt wurde. Das duale Rundfunksystem Deutschlands entstand mit den Privatsendern als Gegenpol zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Den Weg ebnete der Regierungswechsel 1982, nachdem jahrelang die vorhergehende Regierung den Privatfunk erfolgreich verhinderte, weil sie ihn nicht wollte. Man fühlte sich von ARD und ZDF gut bedient, und noch 1979 stoppte Bundeskanzler Helmut Schmidt die Verkabelungspläne seines damaligen Postministers Kurt Gscheidle.

Der »Urknall« war sicher ein entscheidendes Ereignis, das weitreichende Entwicklungen ausgelöst hat. Allerdings darf dieses Wort nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Tür tatsächlich nur unter vielen Mühen und nur einen kleinen Spalt geöffnet werden konnte. Aber der Fuß war in der Tür, und die Tür war nicht mehr zu schließen, wengleich es noch harter Mühen und tage- und nächtelanger Konferenzen bedurfte, bis endlich 1987 ein Staatsvertrag zustande kam, der die Neuordnung der Medienlandschaft regelte und das duale System, das ein Nebeneinander öffentlich-rechtlicher und privater Angebote darstellt, ermöglichen sollte. Und dass es zu diesem Medienstaatsvertrag kam, das möchte ich ausdrücklich sagen, ist nicht ohne Herrn von Dohnanyi zu erklären.

Vom Beginn des Pilotprojektes am 1. Januar 1984 an gab es neben den neuen privaten TV- und Hörfunkprogrammen auch neue öffentlich-rechtliche

Angebote, insgesamt 19 Fernseh- und 23 Hörfunkkanäle, etwas, was man sich wenige Jahre vorher noch nicht vorstellen konnte.

Die Beiträge der öffentlich-rechtlichen Anstalten, deren verstärkte Anstrengungen, dienten nicht nur als Vielfaltsreserve unter rundfunkverfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, sie gaben von vornherein den öffentlich-rechtlichen Anstalten ihre eigenen Entwicklungschancen in neuen Programmbereichen und bei der länderübergreifenden Verbreitung dritter Programme. Das rief natürlich seinerseits wieder unverzüglich die Kritik privater Veranstalter hervor. Das Programmprojekt, das Programmangebot des Pilotprojektes Ludwigshafen, entsprach der dualen Struktur, die heute für jedermann selbstverständlich das Rundfunksystem bestimmt.

Die ersten Schritte für die länderübergreifende Verbreitung von dritten Programmen der öffentlich-rechtlichen Anstalten sind getan worden durch die Einspeisung von Bayern 3 in das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen schon von Beginn am 1. Januar 1984 an. Das war damals alles andere als selbstverständlich und gelang nur mit Hilfe eines Tricks, indem man nämlich nachweisen konnte, dass Bayern 3 in einem kleinen Zipfel des Projektgebietes – ich glaube, 1.000 bis 2.000 Einwohner wohnten da –, tatsächlich bei Annahme günstiger technischer und meteorologischer Bedingungen dieses Programm örtlich regulär aus der Luft empfangen werden konnte. Und weil man das nachweisen konnte, konnte man es auch bundesweit einspeisen, denn es war ein ortsübliches Programm. Erst später folgte – gegen den Widerstand des Südwestfunks selbstverständlich – die Einspeisung anderer dritter Programme.

Eine weitere Innovation war die erste Ausstrahlung von Satelliten-Hörfunk in Europa, die »Voice of America« erhielt dafür in Ludwigshafen die Genehmigung und damit die Möglichkeit, neue Kooperationsformen mit privaten und öffentlich-rechtlichen Hörfunkveranstaltern zu erproben, wie sie heute auch für die »Deutsche Welle« selbstverständlich sind. Da sich in Deutschland niemand bereit fand, einen Versuch für die Nutzung von Satellitenkapazitäten für Bildungsangebote zu unternehmen und erst recht niemand bereit fand, das auch noch zu finanzieren, richtete die Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) eine Zusammenarbeit mit der Boston University ein. Kurse der Bostoner Universität wurden von Heidelberg bzw. von der AKK-Zentrale in Ludwigshafen aus zu ihren Ausbildungsstätten in Deutschland und anderen Ländern Europas übertragen. In keiner anderen politischen und programmlichen Pilotkonzeption war das Design des dualen Systems so angelegt wie eben in Ludwigshafen.

Der Begriff »Urknall« – das will ich noch ergänzen – stammt übrigens aus dem anfänglichen Chaos und ist erstmals 1983 in einem Interview mit Herrn Detjen in der »Süddeutschen Zeitung« verwendet worden. Die »Frankfurter Rundschau« hat im Dezember 1983, also wenige Tage vor Sendebeginn, geschrieben, ich zitiere: »Ein Meilenstein in der Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland«. Dieser Meilenstein markiert nicht nur die Entstehung

des privaten Rundfunks, sondern wie ich ausdrücklich deutlich machen möchte, auch die Öffnung neuer Programmentwicklungen für den öffentlich-rechtlichen Bereich.

Das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Angebot war mein eigentliches Ziel, nachdem es keinen Zweifel mehr geben konnte, dass mit dem Wegfall der Frequenzknappheit die sachliche, inhaltliche und verfassungsrechtliche Begründung für ein ausschließlich öffentlich-rechtliches Informationszuteilungsmonopol fehlte. Weil die Knappheit der technischen Möglichkeiten zu Ende ging, war es nach meiner Überzeugung an der Zeit, die Strukturen zu ändern. Zu keinem Zeitpunkt war es Ziel, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu zerschlagen, wohl aber war es Ziel, ihn der Konkurrenz und dem Wettbewerb auszusetzen, wie es unserer Verfassung, unserem Ordnungssystem ganz generell entspricht. Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sind für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend.

Die Zulassung freier Veranstalter, die in eigener Verantwortung Programme anbieten, war für mich ein Gebot dieser Meinungs- und Informationsfreiheit. Und darüber hinaus war klar, wenn private Anbieter in Deutschland dafür keine Chance bekämen, würden sie sie im benachbarten Ausland nützen. RTL gab es auch damals schon, allerdings nur in Luxemburg. Pierre Werner, der luxemburgische Ministerpräsident, war entschlossen, dieses Programm nach Deutschland zu übertragen. Er hätte Bitten von Helmut Schmidt, darauf zu verzichten, nie auf Dauer nachgegeben und entsprochen.

Es war ganz klar, würden wir nicht in Deutschland die Türe öffnen, würden wir von der Schweiz, von Luxemburg, von Österreich dieselben Programme empfangen können. Insofern gab es auch arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Argumente. Es war notwendig, gemeinsame Regelungen zu schaffen, die privaten Veranstaltern den Aufbau und die Fortentwicklung eines privaten Rundfunksystems ermöglichten, ihnen ausreichend Sendekapazität zur Verfügung und angemessene Einnahmequellen in Aussicht stellten. Was meine Überlegungen, privaten Rundfunk zu ermöglichen, mit Sicherheit nicht bestimmt hat, will ich auch sagen: Zu keinem Zeitpunkt hatte ich die Illusion, die mir in der politischen Auseinandersetzung damals unterstellt worden ist, die Illusion, mit dem privaten Angebot könne man dem angeblich »roten« öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine »schwarze« Konkurrenz entgegenstellen. Das ist immer wieder behauptet worden, weil natürlich die Öffentlich-Rechtlichen dagegen waren, und weil die Sozialdemokraten dagegen waren, und weil wir dafür waren. Ich wollte Pluralität, die Risiken selbstverständlich in sich trägt, ich wollte ein Mehr an Auswahlmöglichkeiten, auch mit den Gefahren die damit verbunden sind, mehr Macht den Nachfragern, weniger Macht den Anbietern.

Nun zur Bilanz. Was ist aus den Absichten geworden? Schneller und umfassender, als viele erwarteten oder auch befürchteten, haben sich die privaten Anbieter und der private Rundfunk durchgesetzt. Die anfangs gehörten Gegenargumente, es fänden sich keine Veranstalter, verleiten heute zum Schmunzeln. Man mag fast nicht mehr glauben, dass es solche Argumente gab, aber es hat sie gegeben. Der private Hörfunk schreibt seit langem fast überall, wo er professionell arbeitet, schwarze Zahlen. Er ist zum respektablen Konkurrenten der öffentlich-rechtlichen Anbieter geworden. Und ich füge ausdrücklich hinzu: Wenn es Aufgabe des Staates ist, Rahmenbedingungen zu setzen, wenn es Aufgabe des Staates ist, Oligopole zu durchbrechen, dann war es damals Aufgabe, den Privaten das Recht zu sichern, in die Konkurrenz einzutreten. Und dann ist es jetzt Aufgabe der öffentlichen Hand, die öffentlich-rechtlichen Anstalten davor zu schützen, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Übrigens bin ich deswegen auch strikt gegen den Gedanken einer Privatisierung des ZDF.

Das private Fernsehangebot ist heute nicht mehr wegzudenken. Der Wettbewerb hat sich ohne Frage für alle Beteiligten positiv ausgewirkt. Ich sage das ausdrücklich auch im Bezug auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Es gibt genügend Beispiele, wo private Anbieter die Nase vorne hatten, wenn es um Informationen für den Zuschauer ging. Und damit meine ich nicht nur den Sport. Die ersten Bilder vom Fall der Berliner Mauer am 9. November habe ich in Warschau im privaten Fernsehprogramm gesehen, und die ersten Schreckensnachrichten über den 11. September haben wir alle über private Sendeanstalten empfangen. Die privaten Anstalten haben sich, wie erwartet, aber im übrigen vor allem den Unterhaltungsprogrammen zugewandt und andere Sparten eher vernachlässigt. Leider haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten den Handlungsspielraum, den ihnen die Gebühreneinnahmen einräumen, nicht immer dahingehend genutzt, die Grundversorgung sicherzustellen. Sie schielen meiner Ansicht nach allzu oft auf eine falsch verstandene Konkurrenz zu den Privatanbietern. Die Frage der Einschaltquote droht den ihnen ausdrücklich gegebenen Handlungsspielraum aus meiner Sicht zu oft einzuzengen. Deshalb ist die Behandlung medienpolitischer Fragen in der Ära Kohl sehr wohl auch der Anlass zu sagen, auch heute sollten medienpolitische Fragen weit oben auf der Tagesordnung der aktuellen Debatten stehen. Es sind ganz andere Fragen, die uns heute beschäftigen. Aber es bleibt richtig: Auch heute ist ein freiheitlicher Staat in hohem Maße von der Leistungsfähigkeit und von der Freiheitsfähigkeit seiner Medienordnung abhängig. Und vielleicht führt die Beschäftigung mit der Vergangenheit auch dazu, über die Gegenwart etwas intensiver nachzudenken.

Der Neuerer hat Gegner auf allen Seiten. Eine Bilanz

Von Christian Schwarz-Schilling

Als ich die Einladung bekam, hier über die Medienpolitik der Ära Kohl zu sprechen, hat mich das natürlich sehr gefreut, weil sich damit für mich ein ganz wesentlicher Lebensabschnitt verbindet und ich mich lange mit diesem Thema befasst habe. Ich will also gerne darstellen, wie es aus meiner Sicht damals gewesen ist und meine Bilanz ziehen.

Als erstes möchte ich feststellen, dass das, was in den achtziger Jahren an medienpolitischen und medientechnischen Entscheidungen gefällt wurde, sehr sorgfältig in den siebziger Jahren vorbereitet worden war. Diese Entscheidungen wurden nicht rasch aus der Hüfte geschossen, sondern beruhten auf einer langfristig vorbereiteten Strategie, die damit begann, dass Helmut Kohl bestimmte personalpolitische Entscheidungen getroffen und bereits in den siebziger Jahren diesbezüglich programmatische Überlegungen zur Medienpolitik und Informationstechnologie in Gang gesetzt hatte.

Monopol der Deutschen Bundespost

Ich möchte mich zunächst dem Monopol der Deutschen Bundespost zuwenden. Die Bundespost war ein am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Heinrich von Stephan sehr weitsichtig geformtes Staatsunternehmen mit einer relativ liberalen Handhabung. Das Fernmeldeanlagengesetz aus dem Jahre 1928 erlaubte z.B., dass Nebenstellen des Telefons von Privaten hergestellt, vertrieben und verkauft wurden.

Das hat dazu geführt, dass wir nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem Bereich keinen Rückstand bekamen. Da konnten Siemens, Telefonbau & Normalzeit oder Standard-Elektrik-Lorentz bei den Endkunden ihre Telefon-Nebenstellen ungehindert und im fairen Wettbewerb mit der Post anbieten. Das Entscheidende dabei war, dass die Firmen ihre Innovationsmöglichkeiten so mehr und mehr in den Nebenstellen ausprobieren konnten, weil dort durch die Vermittlungstechnik der technische Fortschritt in der Kommunikationstechnologie praktisch angewandt werden konnte. Dies alles war möglich, weil man 1928 ein sehr weitsichtiges, liberales Fernmeldeanlagengesetz geschaffen hatte und neben dem Monopol fernmeldetechnische Regelungen erlaubt waren, die ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zwischen dem privaten Wettbewerb und dem Monopol der Post eingeführt hatte.

Der liberale Geist, der mit den privaten Nebenstellen zu einem wettbewerbsorientierten Markt geführt hatte, fand in den siebziger Jahren in Deutschland keine Fortsetzung mehr. Im Gegenteil: In den siebziger Jahren verstärkte sich nicht nur die Monopolstellung, sondern gleichzeitig fand eine Monopolisierung des Medienmarktes statt und die Anwendung neuer Innovationen geriet damit in die Abhängigkeit staatlicher Genehmigungs- und Erlaubnisszenarien, die den Wettbewerb immer mehr in enge Schranken verwies. Die Kombination von technikfeindlichem Denken und ideologisch-missionarischem Eifern führte zu einer unerhörten Machtfülle der staatlichen Monopole. Diese Kombination brachte das Post- und Fernmeldewesen Deutschlands gegenüber anderen Ländern in den siebziger Jahren mehr und mehr ins Hintertreffen.

Man wollte aber nicht einsehen, dass die Rahmendaten und die notwendigen Voraussetzungen für eine leistungs- und serviceorientierte Bewältigung der Anforderungen mit dem dogmatischen Anspruch des Monopols und seiner rigiden Auslegung einfach nicht mehr gegeben waren. Der Einzug der Mikroelektronik im Geräte- wie im Netzbereich löste einen Innovationsschub aus, dessen Geschwindigkeit alle Erwartungen übertroffen hat. Mit riesigen Schritten musste die Netzkapazität für das Telefon, aber auch für Telefax, Datenverkehr und weitere Dienstleistungen ausgebaut werden. Die notwendigen Investitionsmittel konnten praktisch nur durch eine gewaltige Selbstfinanzierungsleistung, welche durch weit überhöhte Tarife generiert worden war, beschafft werden.

Da sich die Telekommunikation aber immer mehr internationalisierte, war eine autonome Festsetzung der Tarife immer weniger möglich. Lange glaubte man, dass durch die überproportionale Höhe der Ferntarife noch sehr viel Eigenkapital und damit auch eine Selbstfinanzierung der Investitionen aus den laufenden Einnahmen erwirtschaftet werden könnte. Aber es war absehbar, dass diese Zeiten zu Ende gehen würden, sogar früher als auf dem lokalen und regionalen Markt in Deutschland, da im internationalen Bereich der Wettbewerb bereits unaufhaltsam die Szene beherrschte und immer mehr spürbar wurde.

Dennoch zogen die Politiker keinerlei Konsequenzen, um das Eigenkapital aufzustocken, sei es durch Zuweisungen aus Haushaltsmitteln, sei es durch Privatisierung oder sonstige Formen der Kapitalbeschaffung. Ganz im Gegenteil, der Staat hatte selbst seine finanziellen Nöte und betrachtete die Post weiterhin als staatliche Finanzierungsquelle. In den siebziger Jahren wurde die Abgabe an den Staat noch einmal drastisch erhöht, von sechs auf zehn Prozent des Umsatzes, völlig unabhängig von der Produktivität, der Gewinnlage oder der Verlustlage des Unternehmens. Das war eine kameralistische Einstellung, die mit einem im Wettbewerb befindlichen Unternehmen überhaupt nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen war. Wir erinnern uns, wie damals der Wettbewerb in den USA durch die Gerichtsentscheidung im Prozess mit der amerikanischen AT&T und IBM vorangetrieben worden ist; wie die British Telecom dann von Margret Thatcher als erste PTT in Europa in eine private Form

überführt worden ist. Doch bei uns wurde nur ein vergeblicher Anlauf zu einer Postreform Anfang der siebziger Jahre unternommen – nach seinem Scheitern tat sich bei uns in dieser Frage nichts mehr.

Die Politisierung des »öffentlich-rechtlichen Rundfunks«

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre spitzte sich die Gesamtsituation mehr und mehr zu. Ich war damals Mitglied des Fernsehrates beim Zweiten Deutschen Fernsehen und Vorsitzender des »Ausschusses für Politik und Zeitgeschehen«. Von daher hatte ich die Aufgabe, die Programme besonders intensiv zu beobachten und Beanstandungen nachzugehen. Im ZDF, so glaube ich zumindest, war damals eine relativ gute »Ausgewogenheit« feststellbar. Da gab es eben noch das »Deutschland-Magazin« auf der einen und »Kennzeichen D« auf der anderen Seite, außerdem »Direkt« oder andere Magazine, wo man sagen konnte, das ist eben das Meinungsspektrum. Diese Feststellung konnte ich für die ARD so nicht treffen. In der ARD war eine ganz klare Linkslastigkeit feststellbar, und es war höchste Zeit, dass sich die Union mit dieser Tendenz auseinander setzte.¹

Neben den personellen Seilschaften wurden immer selbstbewusstere Ideologien im Journalismus sichtbar, die wirklich erstaunliche gesellschaftspolitische Doktrinen zum Vorschein brachten. Dazu ein typisches Beispiel: Dieter Stolte, der spätere ZDF-Intendant, hatte 1976 bei der Formulierung von Zielvorstellungen des Programms für das ZDF die Frage gestellt: »Wo nimmt unsereins das Recht her, das Instrument Fernsehen zu benutzen, um die Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen zu verändern?« Schon diese Fragestellung stieß bei der linken Journalistenseilschaft auf völliges Unverständnis. Peter Christian Hall, damals beim epd-Pressedienst tätig, hatte die Antwort parat: »Das nimmt man her aus dem Bildungs- und Reflexionsvorsprung, den die Programm-Macher vor der großen Mehrheit ihres Publikums haben und vor allem aus der Einsicht in den prozesshaften Charakter eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens.«²

1 Währenddessen sich die Union mit den grundsätzlichen Fragen der Rundfunkpolitik und mit der immer stärker ideologisierten Situation in der ersten Hälfte der 70er Jahre in Rundfunk und Fernsehen wenig beschäftigt hat und die These »die beste Medienpolitik ist keine« als eine besonders kluge Aussage unterstützte, kam in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eine immer kritischere und teilweise sehr scharfe Auseinandersetzung zwischen den Parteien zustande. Besonders hart wurde der Begriff »Ausgewogenheit« umkämpft, der bei einem großen Teil der immer weiter nach links abdriftenden Journalisten als eine völlige Verfehlung der journalistischen Aufgabe betrachtet wurde und dann auch zu entsprechenden Schlussfolgerungen geführt hat. Vgl. »Rundfunk-Proporz als Notwehr« – Rundfunk-Interview mit Christian Schwarz-Schilling, in: *Rheinischer Merkur* vom 25. März 1977.

2 Vgl. »Mit List und mit Leerstellen: respektable Programmkonzeption«, in: *epd/Kirche und Rundfunk* Nr. 26, 3. April 1976 S. 1f.; »Schwarz-Schilling schneidet ein schwieriges Kernproblem an, der Bildungs- und Reflektionsvorsprung der Redakteure – und der mündige Bürger«, in: *epd/Kirche und Rundfunk* Nr. 29, 14. April 1976, S. 18f.

Hier spiegelt sich in nuce die große Auseinandersetzung, die zwischen missionarischen Programm-Machern und dem Publikum in den siebziger Jahren entstanden war. Mir war dabei klar geworden, dass man da, wo einigermaßen »Ausgewogenheit« des Meinungsspektrums herrschte, Meinungsvielfalt hergestellt werden konnte; aber man musste immer höllisch aufpassen, um nicht plötzlich einseitige Tendenzen einreißen zu lassen; da aber, wo redaktionelle Seilschaften bereits etabliert waren, verbunden mit öffentlich-rechtlichem Schutzcharakter für die Dauerbeschäftigung der Journalisten, da war nichts mehr zu korrigieren. Deswegen wurde die Überlegung, es müsse zum öffentlich-rechtlichen System der Wettbewerb privater Programme hinzu kommen, immer aktueller. Das habe ich mir dann, nachdem ich zum medienpolitischen Sprecher der CDU ernannt worden bin, als eine der wichtigsten Zielsetzungen fest vorgenommen. Ich nutzte eine medienpolitische Tagung zu Fragen der Rundfunkfreiheit, um diese Zielsetzung zu verkünden. Diese Rede markierte bis November den Wendepunkt der CDU-Medienpolitik.³

Ich erinnere mich noch, dass Peter Glotz, der medienpolitische Experte der SPD, nach meinem Referat hell empört gewesen ist über diese programmatische Kehrtwendung der Union. Der Titel meiner Rede (»Ist das öffentlich-rechtliche System noch zu retten?«) war zugegebenermaßen (mit Absicht) provokativ gewählt. Peter Glotz hat mir dann auch vorgeworfen, ich hätte mit meinem Vortrag erstmals den medienpolitischen »Verfassungskonsens« zwischen den beiden großen Parteien aufgehoben und beendet. Nun, so gesehen, hatte er vielleicht sogar Recht.

Die neue Medienpolitik der Union

Ich richtete nach Übernahme dieses Amtes des medienpolitischen Sprechers der Union gleich einen »Koordinierungsausschuss der CDU und CSU für Medienpolitik« ein, weil mir natürlich klar war, dass eine Kontroverse zwischen CDU und CSU in der Verfolgung dieses Zukunftsprojektes nicht entstehen dürfe. Wir mussten die neuen Ziele von Anfang an zusammen angehen, vielleicht manchmal getrennt marschieren, aber vereint schlagen. Und deshalb war

³ Christian Schwarz-Schilling: »Ist das öffentlich-rechtliche System zu retten?«. Rede auf der Medienpolitischen Tagung der Evangelischen Akademie Tutzingen vom 26.–28. November 1976. Manuskript. Die Rede wurde in leicht abgewandelter Form veröffentlicht: in *Bertelsmann Briefe*, Nr. 91, 1977, »Rundfunksystem in der Krise – Medienpolitische Anmerkungen zur Situation der öffentlich-rechtlichen Anstalten«, (S. 3–8).

Das Thema löste zwischen Parteien, Journalisten, Politikern und Wissenschaftlern heftige Kontroversen aus. Günter EDERER: »Eine alltägliche Geschichte – Eine kritische Stellungnahme zu Christian Schwarz-Schilling: Rundfunksystem in der Krise« *Bertelsmann Briefe*, Nr. 93, 1978, S. 27–32.

Stellungnahmen von: Gerd BUCERIUS »Eine alltägliche Geschichte«, Ebd. (Nr. 94, 1978) S. 19; Wolfgang FISCHER: »Parteieneinfluss auf Rundfunk- und Fernsehsender«, Ebd. S. 20f.

es auch notwendig, die gerade zwei Jahre vorher unter der Leitung von Friedrich Zimmermann aufgestellten medienpolitischen Leitsätze der beiden Parteien schnellstens zu überarbeiten, denn bei diesen Leitsätzen war die öffentlich-rechtliche Struktur auch von der Union als Dogma festgeschrieben worden. Und das passte natürlich überhaupt nicht in das neue Konzept, von dem ich hier spreche.⁴

Da ich Mitglied der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU war, die unter der Leitung von Richard von Weizsäcker stand, haben wir in unseren Programm-Beratungen die Ziffer 123 eingefügt, welche die Wende in der Medienpolitik deutlich signalisierte. In diesem neuen Grundsatzprogramm der CDU, welches im Oktober 1978 beschlossen worden ist, lautet der Text des Paragraphen 123 wie folgt:

»Einer freien Gesellschaft entspricht die Pluralität der Medien. Unabhängigkeit und Vielfalt der freien Presse sind zu sichern. Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten sind in besonderer Weise der Informationsvermittlung und Meinungsvielfalt verpflichtet. Die Ausstrahlung weiterer Hörfunk- und Fernsehprogramme durch andere Veranstalter – auch durch Gesellschaften des privaten Rechts – soll möglich sein. Neue Technologien dürfen nicht dazu benutzt werden, durch Beschränkung des Zugangs bestehende Medienstrukturen zu bevorzugen. Durch Vermehrung des Angebots an Information, Meinung, Bildung und Unterhaltung haben sie in erster Linie dem Bürger zu dienen. Die freiheitliche Gestaltung der Medien und der Zugang zu allen Informationen sind unentbehrlich für die Erhaltung des demokratischen Staates. Sie ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und die wirksame Kontrolle der staatlichen Macht.«⁵

Nur einen Monat später startete die Union am 07. und 08. November 1978 mit einem »Medientag« in Bonn die politische Kampagne für eine neue Medienordnung. Der Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU hatte 10 Thesen vorbereitet, die auf dem Medientag durch Reden von Heiner

4 Die Leitsätze wurden von der CDU/CSU-Medienkommission erarbeitet und etwa Mitte 1976 von den Präsidien und Vorständen der CDU und CSU verabschiedet und unter dem Titel »Freiheitliche Medienpolitik« von der Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht (August 1976). Zwar sind in diesen Leitsätzen auch bereits weiterführende Gedanken enthalten, etwa, »dass die Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine ständige Überprüfung der Vereinbarung mit Artikel 5 des Grundgesetzes notwendig machen«. Auch wird darauf hingewiesen, dass neue technische Kommunikationsmittel eine »Neudefinition des Rundfunkbegriffes notwendig machen«. Aber betreffend der öffentlich-rechtlichen Anstalten entscheidend war die Aussage: »Die öffentlich-rechtliche Struktur soll Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen bleiben. Wenn die technische Entwicklung eine Vielzahl lokaler und regionaler Programme ermöglicht, sind die Voraussetzungen für andere Organisationsformen zu prüfen.« Hier war also dringend eine Überarbeitung der Grundsatzposition der Unionsparteien erforderlich.

5 Diese Ziffer wurde auf dem 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen, 23.–25. Oktober 1978, im Rahmen der Verabschiedung des Grundsatzprogramms beschlossen.

Geißler, Helmut Kohl, Friederich Zimmermann und mir erläutert und beraten bzw. beschlossen worden sind.⁶ Die politische Wirkung und das Presse-Echo auf diesen Medientag waren überwältigend.⁷ So kam es, dass die Medienpolitik zu einem heiß umkämpften Feld geworden ist, eigentlich in allen Bereichen der Gesellschaft. Es gab hier auch innerhalb der unionsnahen Kreise sehr differenzierte Stellungnahmen und Positionen. Insbesondere der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, bekämpfte die Unionspolitik nach Kräften, konnte allerdings den Kurs der Union nicht mehr beeinflussen.⁸ Die Parteiführungen von CDU und CSU, die Fachgremien für Medienpolitik und die Fraktionen in den Ländern und im Bund hatten sich eine einheitliche Position erarbeitet und ihre Beschlüsse gefasst. Jetzt fehlte nur noch die Umsetzung. Diese Umsetzung erfolgte dann mit Beginn der 80er Jahre während der Regierungszeit von Helmut Kohl.

Der politische Kampf um neue Kommunikationstechnologien – Kabel und Satellit, Kupfer und Glasfaser

Ich habe bereits am 4. Juli 1978 der Öffentlichkeit ein Memorandum übergeben, in welchem ich darauf hingewiesen habe, dass Kabel und Satellit die Medienlandschaft der Zukunft von Grund auf ändern werden.⁹

Nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl als Bundeskanzler und meiner Ernennung zum Minister für Post- und Fernmeldewesen widmete ich mich vor allen Dingen zunächst den technischen Aufgaben, da wir auf fast allen Gebieten in der Gefahr waren, in einen unaufholbaren Rückstand zu

6 Der Paragraph 123 des Grundsatzprogramms konnte nur in kurzen Zügen die Wende in der Medienpolitik der Union beschreiben. Auf diesem Medientag in Bonn am 7./8. November 1978 wurde zum ersten Mal durch die zehn Leitsätze, die vom Koordinierungsausschuss sorgfältig vorbereitet worden sind, die umfassende Konzeption der Öffentlichkeit vorgestellt. Durch die Beteiligung des Bundesvorsitzenden Helmut Kohl und seines damaligen Generalsekretärs, sowie von Friedrich Zimmermann war sowohl die einheitliche Stoßrichtung beider Unionsparteien deutlich geworden, als auch die Priorität, die die Medienpolitik künftig bei der Union einnehmen würde.

7 Vgl. die Berichte und Kommentare zum Medientag der CDU/CSU in Bonn, 7./8. November 1978, Presseauschnittsammlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

8 Hans BAUSCH: »*Rundfunk in Deutschland*« schildert ausführlich in fünf Bänden die historische Entwicklung des Rundfunks in Deutschland. Hier beschreibt er auch die Position als Intendant des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; Band 4, *Rundfunkpolitik nach 1945*, Zweiter Teil, München 1980, S. 879ff., S. 988ff. Die verschiedenen Positionen kamen auch sehr gut in einem »Spiegel«-Gespräch zum Ausdruck: »*Bonn blockiert 30 Fernseh-Programme*«, in: *Der Spiegel*, Nr. 7/1980, S. 35ff.

9 »*Kabel und Satelliten werden die Medienlandschaft verändern: Eine pragmatische Antwort auf eine herausfordernde Problemstellung*« in: *epd/Kirche und Rundfunk* Nr. 51, 8. Juli 1978, S. 1ff.

geraten.¹⁰ Diese technischen Möglichkeiten waren auch eine Voraussetzung, um die Ziele unserer Medienpolitik in die Tat umzusetzen. Es war geradezu ein Glücksfall, dass wir in dieser Zeit über solche technischen Möglichkeiten verfügten. Man musste sie nur ergreifen, um die verfassungsrechtliche Festschreibung des öffentlich-rechtlichen Monopols aufzulockern und beenden zu können. Denn die Knappheit der Frequenzen war ja der verfassungsrechtliche Grund, warum das Bundesverfassungsgericht in Deutschland Rundfunk und Fernsehen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft mit entsprechender »Binnenpluralität« und mit dem Ausgewogenheitsgebot *jeweils in einem Sender* festgelegt hat. Gibt es nun mehr Frequenzen, dann kann die Binnenpluralität durch die sehr viel besser funktionierende »Außenpluralität« d.h. also durch Wettbewerb ersetzt werden, und die Sonderstellung der elektronischen Medien mit ihrem öffentlich-rechtlichen Charakter verliert ihre juristische Grundlage.

Noch 1 ½ Jahre vor der Regierungsübernahme kam es zu einer folgeschweren Entscheidung im Deutschen Bundestag: Weil die SPD unbedingt den Vorsitz der »Enquete-Kommission Energiepolitik« haben wollte, musste eine weitere »Enquete-Kommission« im Deutschen Bundestag gebildet werden, auf die dann die Union den Zugriff hatte. Diese Kommission hieß: »Enquete-Kommission Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK-Technologien)«. Ich hatte mich gegen diese Kommission gewendet, weil sie mir nur als ein Mittel erschien, um die überfälligen Entscheidungen für die Fortentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland aufzuhalten. Aber es half nichts: die Enquete-Kommission wurde eingerichtet und der damalige Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, bat mich darum, den Vorsitz zu übernehmen. So wurde ich, der diese Kommission bekämpft hatte, ihr Vorsitzender; ich überlegte natürlich wie diese Kommission dennoch dem Fortschritt in der Entwicklung der IuK-Technologien dienstbar gemacht werden könne. Es hatte ja auch den Vorteil, dass ich zusammen mit den SPD-Kollegen des Bundestages in alle Welt reiste, was uns nach Kanada, nach Japan, nach Australien und Neuseeland sowie andere europäische Länder geführt hat, und wo wir dann gemeinsam Erfahrungen sammeln konnten. So bekamen wir in großer Geschwindigkeit einen hervorragenden Überblick über die Situation der IuK-Technologien, der Medien und den jeweiligen Stand der Technik.

So gab es auch in dieser Enquete-Kommission einen Lernprozess, der sich auf alle Fraktionen – mit Ausnahme der Grünen – erstreckte und der dann

¹⁰ Vgl. Christian SCHWARZ-SCHILLING, *Eine überfällige Reform in der Bewährung*, in: *Post und Telekommunikation – eine Bilanz nach zehn Jahren Reform*, hg. von Lutz Michael BÜCHNER, Heidelberg 1999, S. 87–148, bes. S. 93ff.

auch noch zu einem ganz brauchbaren »Zwischenbericht« geführt hat.¹¹ Den endgültigen Bericht musste ich nicht mehr zu Ende schreiben, denn im Oktober 1982 kam der Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl. Ich wurde Minister für Post- und Fernmeldewesen und konnte auf diese Weise unsere neuesten Erkenntnisse als Zukunftsprogramm in die Maschinerie der Bundespost einspeisen. Wie in einem Crash-Kurs war ich auf diese Aufgabe durch die Enquete-Kommission vorbereitet worden. Ob man von sozialdemokratischer Seite die Enquete-Kommission, wenn man das vorausgeahnt hätte, tatsächlich geschaffen hätte, weiß ich nicht. Aber so ist es nun einmal gelaufen!

Und jetzt kam die Frage: Welche Entscheidungen treffen wir im Hinblick auf die Bundespost?¹² Die strategische Zielsetzung für eine Neuordnung des Medienmarktes war klar, die Beschlüsse innerhalb der CDU/CSU waren alle gefasst, die aktuellen Ergebnisse der Enquete-Kommission waren bekannt und unser Koalitionspartner, die FDP machte keine Schwierigkeiten, sondern schwenkte auf die neuen Zielvorstellungen der Union ein. Bereits im Dezember 1982 führte ich einen Beschluss des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost herbei, der das Volumen für die Verkabelung in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1983 von 250 Millionen auf eine Milliarde D-Mark erhöhte. Wir hatten gerade einmal knapp 2 Prozent verkabelte Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, während unsere Nachbarländer Belgien, Holland u.a. schon bei rund 60 bis 80 Prozent lagen. Es war eine riskante technologische Wettlaufsituation: wir hatten noch keine Fernmeldesatelliten zur Programmeinspeisung in Kabelnetze – wie etwa in den USA –, währenddessen zwei Direktsatelliten bereits mit den Franzosen zusammen im Bau waren (TV-Sat und TDF 1), die als sogenannte »direkt strahlende« Satelliten nicht gedacht waren zur Einspeisung in Kabelnetze; aber was die Programmhoheit anging, standen sie als »direkt strahlende Rundfunksatelliten« unter der Verantwortung der Länder. Uns war klar, dass, wenn wir nicht sehr schnell einen großen Teil der Kabelinfrastruktur und die dazu notwendigen Fernmeldesatelliten zur Programmeinspeisung schaffen würden, diese Alternative einfach verloren ginge. Hinzu kam, dass wir auch über die Direktsatelliten die Frequenzknappheit beibehielten, da diese Direktsatelliten allenfalls 4–5 Fernsehprogramme abstrahlen konnten und diese in der Programmerrlaubnis ausschließlich den Ländern unterstanden. Wenn wir uns auf diesen Weg begeben

¹¹ Zwischenbericht der Enquete-Kommission »*Neue Informations- und Kommunikationstechniken*«, Bundestagsdrucksache 9/2442 vom 28. März 1983.

¹² Jeder – auch nur etwas – Eingeweihte wusste, dass die Bundespost auch für die Medienentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige, wenn nicht überhaupt zum damaligen Zeitpunkt die wichtigste Rolle spielt. In einer Postpressekonferenz am 4. Juli 1978, habe ich unter dem Thema »*Neue Medientechnologien und Bundespost*« dazu Stellung genommen.

hätten, dann hätten wir eine große Chance für die Infrastruktur und die Neuordnung des Medienmarktes in der Bundesrepublik Deutschland vertan. Und genau das war die Absicht der SPD: Durch Einführung des Rundfunksatelliten mit seinen vier bis fünf Kanälen und der Behinderung der Verkabelung (vergleiche »Kabelstopp durch Kabinettsbeschluss« im September 1979) sollte die Frequenzknappheit und damit das öffentlich-rechtliche Monopol erhalten bleiben. So ist es im Übrigen dann auch in Frankreich gelaufen, wo man sich ganz auf die Direktsatelliten verlassen hatte und in der Verkabelung – weil man eine falsche Weichenstellung auf die Glasfasertechnik vorgenommen hatte – gescheitert war.

In der damaligen politischen Diskussion war plötzlich die Frage »Kupfer oder Glas« eine hoch sensible Auseinandersetzung, die der SPD als ein zusätzliches Argument erschien, die Verkabelung zu torpedieren oder wenigstens zu verzögern. Als SPD-Politiker etwas über Glasfaser und Kupfer hörten, hieß es plötzlich mit Emphase, es sei total falsch, die Bundesrepublik zu verkabeln, denn zunächst müsste man erst einmal großflächig die Glasfaser einführen, denn das sei die moderne Technik von morgen. Erst dann dürfe man an die Verkabelung zum Aufbau der Netze für die Programmverteilung herangehen.

Auf ihrem Essener Parteitag hat die SPD dann folgendes beschlossen:

»Die SPD wird sich in der Zukunft genauso konsequent wie in der Vergangenheit gegen diese ausschließlich medienpolitisch motivierte Verkabelungshysterie zur Wehr setzen und gegen die technologisch und sozial unverantwortliche Subventionspolitik für eine zusätzliche Kupferverkabelung, die schon mittelfristig scheitern muss, in den Kommunen, in den Ländern und im Bund angehen. Sozialdemokraten in landes- wie kommunalpolitischer Verantwortung werden alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mittel einsetzen, um die derzeitige Verkabelungspolitik des Bundesministeriums zu stoppen. Den »großzügigen« Angeboten gegenüber den Gemeinden bzw. den »Lockpreisen« für die Bürger werden bei der zu erwartenden geringen Anschlussdichte alsbald Forderungen an die Gemeinden nach einer Beteiligung an den Subventionen und Gebührenerhöhungen gegenüber dem Bürger folgen.«¹³

Das war nun eine ziemlich heftige Kampfansage, die wir allerdings nachher ganz gut überstanden haben. Und auch die Auseinandersetzung zwischen Ka-

13 Siehe SPD-Parteitag 17.–21. Mai 1984, Antrag 769, Protokoll S. 835.

bel und Kupfer haben wir am Ende gut überstanden und hatten hier auf das richtige Pferd gesetzt.¹⁴

Ich möchte an dieser Stelle erinnern, dass wir noch heute in der sogenannten vierten Netzebene, dort wo die Wohnungen verkabelt werden, normalerweise nicht mit Glasfaser verkabeln. Damals wäre das pro Wohnung auf etwa 20.000 bis 25.000 D-Mark gekommen. Wir hätten mit einem so hohen Preis einen Massenmarkt nie schaffen können. Bei der Kupferverteilterchnik kostete uns die Verkabelung einer Wohnung zwischen 250,- und 800,- D-Mark und ich habe oft genug meinen französischen Kollegen davor gewarnt, in der vierten Netzebene auf die Glasfaser zu setzen. Aber er blieb dabei und so hatte er zwar zwei sehr elegante Netze in Pilotprojekten errichtet, nämlich in Biarritz und Paris mit je ein paar hundert Anschlüssen. Aber dabei ist es dann auch geblieben, weil es einfach zu teuer war, in diesem Stil weiter auszubauen. Wir hatten in Deutschland mit unserer Entscheidung sehr bald 4 Millionen, 8 Millionen, 9 Millionen Verkabelungsanschlüsse geschaffen und bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt waren immerhin etwa 60 Prozent aller Haushalte in der Lage, sich ans Kabel anzuschließen.

In der ersten Legislaturperiode der Regierung Helmut Kohl haben wir uns zunächst einmal die technische Aufholjagd vorgenommen, denn für die Reform der Bundespost, die ja Voraussetzung auch für Vielfalt auf dem gesamten Gebiet der Telekommunikation war, war die Zeit noch nicht reif gewesen. Reformen müssen sehr gut vorbereitet sein und deshalb setzte ich im Jahr 1984 erst einmal eine Regierungskommission für die Reformierung unseres Telekommunikationsmarktes und der Bundespost ein, die unter der sachkundigen und politisch geschickten Leitung von Prof. Eberhard Witte stand. Die Vorschläge dieser Kommission legten den Grundstein für die spätere Postreform.

Die Union hatte am 27. und 28. Februar 1985 in Mainz einen weiteren großen Medienkongress abgehalten, der die programmatische Position der Union noch einmal unterstrich und die Entschlossenheit der Union zum Ausdruck brachte, auf dem Weg, der in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eingeschlagen

14 Obwohl die Deutsche Bundespost für 16 Städte der Bundesrepublik Deutschland alle Planungen zum Ausbau von Kabelnetzen vorbereitet hatte, wurde ihr durch Kabinettsbeschluss vom 26. September 1979 dieser Ausbau verboten. Die fadenscheinige Begründung lautete, dass Grundentscheidungen »gegenwärtig mit Rücksicht auf Komplexität und Schwierigkeit der Problematik und ihre noch unzureichende politisch-geistige Durchdringung noch nicht getroffen werden können«, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 121/S.1125, 10. Oktober 1979. Ich als Vorsitzender des Koordinierungsausschusses »Medienpolitik der CDU und CSU« habe im DUD Nr. 188, S. 1–3 die medienpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung entsprechend kommentiert. Die Union hat sich von den Anwürfen und auch den Unterstellungen, dass das Angebot der Verkabelung seitens der Deutschen Bundespost unseriös ist, nicht beirren lassen.

worden war, konsequent fortzufahren. Der Kongress mit Beiträgen von Bundeskanzler Helmut Kohl, Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, Werner Remmers, dem Vorsitzenden des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU und CSU, wie von Ministerpräsident Bernhard Vogel, von Staatssekretär Edmund Stoiber und auch vom Bundesminister des Inneren Friedrich Zimmermann und dem Bundesminister für Post- und Telekommunikation, Christian Schwarz-Schilling fand ein noch größeres Medienecho als der Kongress 1978. Die Auseinandersetzung über die Medien war nun wirklich auch beim Normalbürger angekommen und wurde zu einem Thema, was praktisch nicht mehr aufgehalten werden konnte.¹⁵

Die technische Aufholjagd startete sofort

Die technische Aufholjagd musste sofort und auf sehr breiter Grundlage vorgenommen werden, da wir auf vielen Gebieten im Rückstand waren und keine Zeit zu verlieren war. Ein Generalthema war die Digitalisierung sowohl im Bereich der Vermittlungstechnik, wie auch im Bereich der Endgeräte. Die Revolution der Mikroelektronik hatte eine ganz besondere Eigenart: Durch den Übergang von der Analog- zur Digitaltechnik in den Vermittlungsstellen wurden die bereits getätigten Hardware-Investitionen der Netze plötzlich um ein Vielfaches angereichert. Durch die gleichen Leitungen bis hin zum doppelgliedrigen Kupferdraht am Telefon flossen auf einmal zehnfache Geschwindigkeiten oder ein Vielfaches der bisherigen Qualitätsanforderungen. So eine Erfindung gibt es in der Geschichte der Technologie selten: dass bereits getätigte Hardware-Investitionen nicht obsolet, sondern im Gegenteil durch eine quantitative und qualitative Volumensanreicherung sehr viel kostengünstiger werden und in der Lage sind, ein weitaus höheres Verkehrsvolumen als bisher zu bewältigen. Dadurch entstand mit einem Schlag auch eine völlig neue Lage zur Entwicklung und Marktgängigkeit von Endgeräten, an die man bisher noch gar nicht gedacht hatte. Diese mikroelektronische Revolution hat mehrere Komponenten, die sich auf die einzelnen Dienstleistungen der Bundespost direkt ausgewirkt haben.

Wir haben die Glasfaser natürlich sofort eingeführt – dort, wo sie technisch sinnvoll war und auch preislich bereits Vorteile geboten hat. Obwohl gerade auch von der SPD sehr viel von der Glasfaser geredet wurde: Bis Ende 1982 hatte die Bundespost noch nicht einen einzigen Meter verlegt, obwohl in Amerika bereits die Glasfaserproduktion auf vollen Touren lief. Ich hatte dann 1983 sofort die ersten 100.000 Glasfaserkilometer bestellt und in den folgenden Jahren wurde sie mehr und mehr eingesetzt, sowohl für die dritte Netzebene im

¹⁵ *Medien von Morgen* – verabschiedet vom Koordinierungsausschuss für Medienpolitik der CDU/CSU am 5. Oktober 1984, hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle (1985)

Fernsehkabelnetz, wie im Telefonnetz bei größeren Kapazitätserweiterungen. So gewannen wir rasch den Anschluss zurück.

Wir haben Btx eingeführt, den Vorläufer des heutigen T-Online, damals mit erheblichen Kämpfen. Da wurden falsche Voraussagen gemacht, dass wir innerhalb von zwei bis drei Jahren 800.000 Teilnehmer bekommen würden. Diese Studie, die uns die Firma Diebold angefertigt hatte, sprach in den nächsten zwei Jahren von 800.000 Teilnehmern. Die Ist-Zahlen waren dann kaum bei 10–20 % dieser Zahlen und natürlich brach ein Sturm der Entrüstung aus, als man die große Diskrepanz zwischen Voraussagen und Wirklichkeit festgestellt hatte. Wir haben uns aber mit Erfolg dagegen gewehrt, den Dienst einzustellen, obwohl manches großes Unternehmen damals seine Btx-Seiten wieder zurückgezogen hatte. Ich habe mich gegen diesen Pessimismus gewehrt und so blieb die Bundespost auch eisern bei der Einführung von Btx dabei. Und nur dadurch, dass wir dabeigeblichen sind, ist heute T-Online das größte Online-Netz, das es in Europa überhaupt gibt.

Wir haben das Fax eingeführt. Gott sei Dank ging das schneller, wenn auch mit Hindernissen. Ich habe die deutschen Unternehmen damals darauf hingewiesen, sie sollten schnell Faxgeräte bauen. Aber nein, wir mussten sie aus Japan bestellen, weil man in Deutschland nicht rechtzeitig an das Fax geglaubt hat.

Ähnlich verhielt es sich mit den schnurlosen Telefonen. Als ich fragte, wie viel Strafgeld jemand bezahlen muss, der ein sogenanntes »Hongkong«- oder »Singapur«-Telefon in Deutschland betreibt, ja was er denn machen müsse, um sich legal zu verhalten, da sagte man mir: »Er darf das zwar kaufen, aber er darf es nicht in Verkehr bringen in Deutschland.« Ja wozu sollte man es denn dann in Deutschland kaufen? Für den Reexport nach Ostasien oder warum? »Nein, der Betrieb hier ist verboten, das geht nicht.« Warum ist es verboten? »Ja, weil wir technische Schwierigkeiten bekommen, wenn mehrere Geräte nahe beieinander betrieben werden und die Telefonbenutzer sich gegenseitig Gespräche abhören können und auch, was die Berechnung der Gespräche angeht, Fehler vorkommen, weil die Geräte eben nicht unseren Normen entsprechen. Ich sagte, das sei ja alles furchtbar, aber dann möchte man doch dafür sorgen, dass es auch in Deutschland ein Angebot gibt, wo das alles nicht als Nachteil zu vermelden ist, so dass der, der sich legal verhält, auch tatsächlich ein Angebot und einen Service bekommt. Es könnte ja sein, dass auch in Deutschland jemand im Garten oder auf dem Balkon telefonieren möchte. Dabei wurde mir dann noch ein großer Schrecken eingejagt, dass ein solches in Deutschland konstruiertes und gefertigtes Gerät mehrere hundert D-Mark kosten würde, während Geräte aus Asien nur 60 D-Mark kosteten. Ich sagte: Dann fangen wir eben mit den paar hundert Mark an. Wir werden sehen, wie der Markt reagiert.

Es war dann eine relativ kleine mittelständische Firma, die Firma Hagenuk aus Kiel, die ein solches Gerät auf Anforderung am schnellsten liefern konnte. Schon nach drei, vier Jahren hatten wir rund vier bis fünf Millionen schnurlose Telefone im Verkehr, die natürlich teurer waren als die Hongkong- oder Singapur-Geräte. Aber sie entsprachen den Serviceanforderungen und erfüllten die fernmeldeanlagetechnischen Vorschriften, sodass auf diese Weise in Deutschland ein »erlaubtes« Angebot gegeben war und man nunmehr auch in Deutschland »schnurlos« telefonieren durfte. Natürlich sanken dann bei zunehmenden Stückzahlen auch durch verschiedene Konkurrenzfirmen die Preise.

Dann kam etwas ganz Wichtiges: die Mobiltelefonie. Sie war bei uns genauso veraltet wie manche andere Dinge. Als ich das Ministerium übernahm, hatten wir noch das B-Netz. Wer ein Autotelefon gekauft hatte, der hatte in seinem Auto, meistens im Kofferraum, einen großen Kasten und telefonierte, wie man damals telefonieren konnte – technisch gar nicht schlecht. Auf meine Frage, wie lange dieses Netz reichen würde – denn wir hatten 23.000 Teilnehmer – erhielt ich die Antwort: »Ja, das reicht bis 25.000 Teilnehmer.« Also war sofort plausibel, dass wir bald am Ende unserer Kapazität waren. Darauf wurde mir gesagt: »Nein, wir müssen dann nur die Tarife entsprechend erhöhen, dann zieht sich der Zeitraum, bis 25.000 Apparate erreicht oder gar überschritten werden, ganz lange hinaus und dann können wir noch drei, vier Jahre warten.« Das war so richtig die Mentalität des Monopolisten: Hohe Preise machen, damit die Nachfrage abgebremst wird! Ich bemühte mich, klar zu machen, dass dieses fortan nicht unsere Politik sein kann!

Wir haben das natürlich geändert, haben sehr schnell das C-Netz in Gang gesetzt und uns dann gleich auf die Digitaltechnik des D-Netzes gestürzt. Es war nicht ganz einfach, die Franzosen davon zu überzeugen, und wir haben eine Arbeitsgruppe beider Ministerien gebildet; sie erhielt den Namen »Groupe speciale mobil« (GSM). GSM wurde dann später, nachdem wir die sehr schwierigen Normungsfragen europaweit durchgestanden und durchgesetzt hatten, zu »Global System Mobile«, so wie es eben heute verstanden wird. Aber diese deutsch-französische Arbeitsgruppe war letztlich der Ursprung auch zu dem Kürzel GSM. Und ich glaube, ich muss ihnen nicht erklären, dass unsere digitale Mobilfunktechnologie vielleicht neben dem »Airbus« eine der erfolgreichsten europäischen Technologien ist, die weltweit heute Hunderte von Millionen von Teilnehmern hat und die in rund 200 Ländern außerhalb Europas praktiziert wird.

Nur zwei große Länder haben sich damals verschlossen, die USA und Japan, die den Europäern das wohl nicht zugetraut haben. Man nennt das den sogenannten NIH-Faktor – »Not invented here«. Dass aus Europa etwas technisch so Modernes kommen könnte, das glaubten weder die Japaner noch die Ame-

rikaner. Beide sind auf diese Weise weit ins Hintertreffen geraten und holen jetzt erst durch die neue Generation (»UMTS«) wohl ihren Rückstand auf. Dabei haben wir in Deutschland uns besonders ins Knie geschossen, weil wir eine so riesige Lizenzlast auf diese neue Generation gewälzt haben, dass kaum einer in der Lage ist, die Netzinvestitionen zu finanzieren oder gar rechtzeitig, wie vereinbart, mit dem Service zu beginnen.

Die »Postreform« nimmt Gestalt an – die IuK-Technologien verändern unsere Kommunikations- und Medienwelt

Wir haben also in der ersten Legislaturperiode die Entscheidungsschlachten für die technischen Innovationen geführt und neue Technologien eingeführt. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben wir die Implementierung der strategischen Überlegungen für die Postreform in Gang gesetzt durch eine ganz wichtige Entscheidung. Da war einmal die Regierungskommission unter Leitung von Professor Eberhard Witte, der schon früher einmal der Leiter der sogenannten »KtK« (Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems) gewesen ist. Dabei war gerade Eberhard Witte ein Glücksfall für uns alle: Witte ist einer der wenigen deutschen technisch und politisch beschlagenen Professoren – Entschuldigung, wenn ich das so frei sage –, deren Wettbewerbseinstellung nicht so pur war, dass seine Vorschläge gleich der Ablehnung unter den aktiven Politikern verfallen wäre; sondern er machte pragmatische Vorschläge, die tatsächlich auch politisch durchsetzbar waren. Diese Art von Kompromissfähigkeit, ohne das Prinzip aufzugeben, gibt es sehr selten. Er hat deshalb von Wirtschaftsminister Müller 2001 zu Recht die Heinrich von Stephan-Medaille bekommen. Ich habe mit voller Überzeugung dem Wirtschaftsminister bei der Verleihungsrede gesagt, dass ich das für die beste Entscheidung halte, die ich bisher von ihm gehört habe.

Kommen wir noch zu einem anderen wichtigen Punkt, nämlich der Zusammenarbeit mit den Ländern. Diese Zusammenarbeit wurde enorm behindert durch die Auseinandersetzung zwischen den sogenannten »A-Ländern« (SPD-gefärbt) und »B-Ländern« (christlich-demokratisch gefärbt). Jahrelange Verzögerungen mit der Folge schlimmer Auswirkungen für die technische Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands waren die Folge. Man denke nur an die Kämpfe um die Standorte von Programmanbietern, wenn sie terrestrische Frequenzen wollten oder man denke an die Satellitenkanäle für die Einführung des Satellitenrundfunks, der letztlich aufgrund der Verzögerungen und der Unkalkulierbarkeit der Zukunft in Deutschland trotz technisch hervorragende Qualität nicht Fuß fassen konnte. Da braucht man sich nicht wundern, wenn man Tricks benutzt, um ein Stück voranzukommen. Da kann ich heute darüber schmunzeln, wie ich mit Claus Detjen, dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger und dann später Geschäftsfüh-

rer des Pilotprojektes Ludwigshafen, eine Art Geheimbündnis geschlossen habe, um die Satelliteneinspeisung auf den Weg zu bringen. Wir haben uns das mit dem Pilotprojekt in Ludwigshafen/Mannheim genau überlegt und sind, so glaube ich, auf eine sehr gute Idee gekommen: Durch die Ländergenehmigung für das Pilotprojekt konnte nun endlich unser Fernmeldesatellit dazu benutzt werden, die verschiedenen Programme, auch private Produktionen, die legaliter für das Pilotprojekt produziert worden sind, in die Kabelnetze einzuspeisen. Diese Programme waren zwar für das Pilotprojekt vorgesehen, konnten aber technisch durch die Satellitenübertragung nicht auf das Pilotprojekt begrenzt werden; und so waren plötzlich die dritten Programme und auch private Programme, wie sie für das Pilotprojekt produziert worden sind, bundesweit empfangbar. So konnten auch Bundesländer, die die Verkabelung und Programmheranführung wollten, wie z. B. Niedersachsen, der Bundespost die Genehmigung geben, das Mehr an Angeboten auch in ihre Kabelnetze einzuspeisen, was sonst praktisch aufgrund der einheitlichen Länderbeschlüsse überhaupt nicht möglich war. So ist mit einem Schlage etwas gelungen, was die ablehnenden Länder dann nicht mehr aufhalten konnten. Dass wir nämlich Länder hatten, die die Vielfalt wollten und neue Programme einspeisen ließen und andere, die das unbedingt verhindern wollten, war nun einmal politische Realität. Jetzt waren es die Länder selbst, die nur noch über ihre eigene Landschaft entscheiden konnten, aber keine Kollektivblockade mehr ausüben konnten. Die Bundespost konnte, sagen wir, die Investitionen etwas abbremser und reduzieren dort, wo man die Programmeinspeisung nicht zuließ, zumal wir ja keine Möglichkeit hatten, dann dem Endkunden ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Dadurch entstand ein Wettlauf der Länder, sich nun doch ans Kabel anzuschließen und den Städten und Gemeinden entsprechende Genehmigungen zu geben. In diesem Kampf sind übrigens die Länder Bremen und Saarland verbissen die Schlusslichter geblieben. Aber auch da half es nichts, die Bevölkerung hatte es satt, zu ihren Verwandten oder Freunden in andere Bundesländer zu fahren, um bestimmte Sendungen sehen zu können, z.B. Fußball. So kam die ganze Situation ins Rollen, und die Länder haben dann am Ende unsere Politik unterstützt, weil die Bevölkerung die Blockadepolitik nicht mehr wollte und ganz simpel mehr Programme forderte.

So haben wir immerhin eine ganze Menge erreicht und haben dann das duale System eingeführt. Wir haben da nicht CDU-Sender geschaffen. Das war auch in meinen Augen nie der Sinn der Sache. Aber wir haben die Entautorisierung bestimmter öffentlich-rechtlicher Anstalten durchziehen können und die Außenpluralität wurde entschlossen in Gang gesetzt. Damit war zum ersten Mal eine Wettbewerbssituation nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wieder geschaffen worden.

Es war von nun an nicht mehr so, dass man am nächsten Morgen im Betrieb am Produktionsband nur *über eine Sache* sprach: was in der Tagesschau, an-

schließend in Kommentaren und dann in der entsprechenden Magazinsendung wiederum in einseitiger Form dargestellt wurde. Die Meinungslage in Deutschland war damals aus dem Gleichgewicht. Da wurden Dinge am Samstag durch Vorab-Exemplare des »Spiegel«, am Montag flächendeckend über dpa in die deutsche Zeitungslandschaft gebracht, am Mittwoch/Donnerstag durch den »Stern« verstärkt und Freitag/Samstag spielte dann noch meistens »Die Frankfurter Rundschau« oder die »Süddeutsche Zeitung« ihre eigene Rolle dabei. Das war die Medienlage. Frau Noelle-Neumann hat alle Untersuchungen darüber gemacht. Wir hatten von zehn Leuten, die bei der Schaltkonferenz der ARD waren, neun auf der einen und einen auf der anderen Seite. Und wenn wir die Stellvertretenden Chefredakteure hinzunehmen, dann waren es immer noch sieben zu vier. Und so ging das Woche für Woche, sodass wir die Frage stellen mussten, wie Ausgewogenheit zustande kommen soll in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wenn solche Konstellationen blieben und nicht durch ein zweites System privater Anbieter ergänzt werden konnten.

Da war noch ein Problem. Ich weiß nicht, ob Bernhard Vogel sich daran erinnert: Es gab sogenannte »Schutzzonen« zwischen ARD und ZDF, eine für mich geradezu unvorstellbare Einrichtung. ARD und ZDF vereinbarten miteinander, bei welchen politischen Sendungen der andere keine Unterhaltungssendung dagegen setzte, damit die deutsche Bevölkerung auch brav gezwungen würde, die politischen Sendungen über sich ergehen zu lassen. Dahinter steckte eine Vorstellung, die wirklich nicht unserer Idee von freiheitlicher Medienvielfalt entsprach, sondern eher eine selbst ernannte, volksbelehrende Pädagogik war, die dann auch abgeschafft wurde. Die sogenannten »Schutzzonenvereinbarungen« zwischen ARD und ZDF, gehörten nun wirklich nicht mehr in unsere Zeit.

Dann kam als zweiter Punkt die Beseitigung der Monopole. Man hat mir zunächst vorgeworfen, ich würde nur beim Fernsehen das öffentlich-rechtliche Monopol beseitigen wollen. Nein, ich habe es auch bei der Bundespost getan, wir haben bei der Bundespost die drei Unternehmen geschaffen. Ich will das hier nicht im Einzelnen darstellen. Wir haben als erstes die Trennung zwischen hoheitlichen Aufgaben und betrieblich-unternehmerischen Aufgaben eingeführt und damit die Weichen gestellt für die Privatisierung. Wir haben eine Regulierungsbehörde geschaffen, so wie in den USA die FCC (Federal Communications Commission) oder in England, das Oftel (Office of Telecommunication), die die Regulierung zwischen den früheren Monopolen und den Wettbewerbern ausübt. Denn bei ehemaligen Monopolen mit Marktanteilen von über 50, 60, ja bis 90 Prozent in den verschiedenen Marktsegmenten, brauchen wir eine entsprechende »asymmetrische« Regulierung, sonst können sich die zarten Pflanzen des Wettbewerbs gegen die überstarken großen Unternehmen, die ihre Infrastruktur noch aus monopolistischer Zeit besitzen, nicht durchsetzen. Wir haben die Endgeräte aus dem Monopol in den Wettbewerb

geführt und haben eine Fülle von Dienstleistungen in Gang gesetzt. Die CEBIT ist ein Ausdruck dafür. Wir haben die CEBIT damals zusammen mit der Messeleitung Hannover und der Landesregierung in Niedersachsen ins Werk gesetzt. Heute ist sie die größte Ausstellung der Welt auf diesem Gebiet. Die Produktivität unserer Volkswirtschaft wäre ohne diesen An Schub, der in der IuK-Technik entstanden ist, kaum denkbar.

Es war ein schwerer Kampf, ich habe das bereits gesagt. Aber dieser Kampf war erfreulich und ist zu einem guten Ende gekommen. Dennoch stellt man sich die Frage, ob es denn immer so schwierig sein muss, wenn man in Deutschland Reformen einführen will, und es ist ja auch mehr als einmal vorgekommen, dass aufgrund dieser Schwierigkeiten Reformen auf der Strecke geblieben sind: Sei es, dass man auf zu harte Widerstände gestoßen ist oder die Reform nicht genügend vorbereitet hat oder aber, dass einen selbst bei dem Auftauchen der Widerstände der Mut verlassen hat. Offensichtlich ist hier eine generelle Schwierigkeit.

Und so darf ich zum Schluss Machiavelli zitieren, der im Jahre 1530 in »Il Principe« schrieb: *»Man muss sich ... vor Augen halten, dass nichts von der Vorbereitung her schwieriger, vom Erfolg her eher zweifelhaft und von der Durchführung her gefährlicher ist, als der Wille sich zum Neuerer aufzuschwingen. Denn wer dies tut, hat die Nutznießer des alten Zustands zu Feinden, während er in den möglichen Nutznießern des neuen Zustands nur laxen Verteidiger findet – eine Laxheit, die teils aus der Furcht vor den Gegnern herrührt, die ja das Gesetz auf ihrer Seite haben, und teils aus dem Misstrauen der Menschen stammt, die in Wirklichkeit an eine Neuerung erst glauben, wenn sie diese mit eigenen Augen gesehen haben.«*

Es geht darum, realistische Formen des Konsenses zu finden, auch über Parteigrenzen hinweg

Von Klaus von Dohnanyi

Zunächst möchte ich mich bedanken, dass ich hier die Möglichkeit erhalte, einige Worte zum Thema dieser Tagung zu sagen. Ob ich der Richtige bin, um über den »Widerstand« der SPD gegen die Medienpolitik in den 80er Jahren zu berichten, weiß ich nicht, weil ich mich ja eigentlich auf der anderen Seite befunden habe damals in meinem Streit.

Ich bin schon immer der Meinung gewesen, dass man in erster Linie Bürger und erst in zweiter Linie Parteimitglied ist. Und ich begrüße es daher, dass hier die Möglichkeit gegeben ist, die Dinge von mehreren Seiten zu betrachten. Ich will mich nicht einlassen in die historische Darstellung der einzelnen Abläufe, denn dafür gibt es genug Unterlagen. Herr Professor Wilke hat ja hierzu auch schon gesprochen, Herr Vogel und Herr Schwarz-Schilling haben das aus vielfältiger Sicht beleuchtet und belegt.

Das Interessanteste vielleicht ist, wie viel Unsinn manchmal nur wenige Jahrzehnte zurück von verschiedenen Seiten gesprochen worden ist, in diesem Falle in der Medienpolitik und zu einem nicht unerheblichen Teil auch von meiner Partei. Man überlegt, wie konnte man eigentlich vor nur 20 Jahren solche Sachen sagen. Das ist schon ein erstaunlicher Vorgang, aber ich komme darauf noch mal zurück, weil ich das für einen wichtigen Punkt unserer Diskussion halte.

Die historischen Studien zeigen, dass es einerseits sehr unterschiedliche Ausgangspositionen gab und andererseits auch eine kontinuierliche Annäherung der Parteipositionen, und zwar seit Anfang der 70er Jahre und nicht erst in den 80er Jahren. Immer wieder schrittweise Annäherung und Einverständnis, aber es bleiben natürlich doch immer noch bis heute gewisse Unterschiede bestehen.

Sie betreffen zum Beispiel den zukünftigen Umgang mit dem Kabelfernsehen da, wo es jetzt Erwerber der Netzebene drei gibt, die auch auf die Netzebene vier hinüberreichen usw. Da gibt es neue Probleme, die immer wieder das alte Kleid und die alten Farben zeigen, nämlich: Wie verhält es sich mit dem Interesse der Gesellschaft, dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger, dem Interesse der Information gegenüber dem Kommerz, also der wirtschaftlichen Fragestellung, die dahintersteht.

Ich will vier Punkte knapp erläutern und dabei kurz mit der Ausgangslage beginnen, und dann eine paar Worte darüber sagen, was wir strategisch im Auge hatten, was realisiert werden konnte, und was vielleicht zu lernen ist.

Ausgangslage

Zur Ausgangslage ist hier schon viel gesagt worden, insbesondere von Herrn Schwarz-Schilling. Ich möchte einige ergänzende Bemerkungen machen. Das Postmonopol war bestimmt ein Problem. Das lag natürlich an der gesamten Einschätzung dessen, was die öffentlichen Versorger einem Lande schulden, und das hatte damit nicht nur einen deutschen, sondern einen kontinentaleuropäischen Aspekt.

Dann gab es eine Entwicklung der Pressekonzentration in den 70er Jahren, die man nicht außer acht lassen darf, wenn man über das Problem Fernsehen und neue Medien spricht. Es gab damals eine starke Konzentrationsbewegung im Bereich der regionalen Presse, die durch das Zusammenfassen von größeren Einheiten, die Entwicklung von sogenannten Kopfblättern, vorangetrieben wurde.

Und was man nicht übersehen sollte, wenn man die Mitte der 60er Jahre nimmt und das berühmte Stichjahr 1968, da lagen die Erfahrungen der Weimarer Republik so weit zurück, wie heute für uns das Jahr 68 zurückliegt. Das war also gar nicht so weit weg. Man hatte die Hugenberg-Erfahrung im Kopf und alles, was damit zusammenhängt. Man darf das nicht übersehen, das war ein wichtiger Bestandteil der medienpolitischen Debatte in den 70er Jahren: Was geschieht mit der Medienkonzentration aufgrund wirtschaftlicher Gesichtspunkte, also der Zusammenfassung von Regionalzeitungen und der sich daraus entwickelnden politischen Macht?

Dann gab es einen dritten Aspekt, nämlich die Politisierung des Fernsehens. Ich stimme in dieser Beziehung mehr Schwarz-Schilling zu als Bernhard Vogel. Ich glaube schon, dass es so was gab wie Seilschaften oder wie auch immer das genannt wurde, bei uns im Norden hieß es dann »Rotfunk«. Es gab so was, man muss es einfach ehrlich sagen. Und ich sage mal, das gibt es zum Teil noch heute. Es gab dann Freundeskreise, die machten Vorabsprachen. Diese sogenannten Rundfunkräte bestanden aus den merkwürdigsten Teilgruppierungen, die sich vorher zusammaten, und ich werde nie vergessen, wie ich im Rundfunkrat des damaligen Deutschlandfunks war, und dort war auch der Kollege Czaja von der CDU/CSU, ein lobenswerter, rechter Ritter. Er kritisierte heftig irgendeine Sendung im Deutschlandfunk (SPD-lastig), und ich sagte dann zu Herrn Czaja: »Warum machen wir nicht Folgendes: In Zukunft kritisieren Sie immer nur, was Einseitiges auf der Seite von CDU/CSU-Leuten in den Rundfunkanstalten verbreitet wird, und ich werde mich dann der SPD annehmen, so dass wir nicht auch noch hier im Rundfunkrat Parteipolitik machen müssen.« Das wurde aber natürlich nicht realisiert, sondern man stritt sich über Kreuz, jeder mit seinem Entsendungsrecht gewissermaßen, eine dümmliche Situation.

Ich habe daraus in Hamburg – ich will kurz vorgreifen – eine Konsequenz gezogen. Das Hamburger Mediengesetz verbietet die Entsendung von Mitgliedern durch die Parteien in den Rundfunkrat. Das hat mir großen Ärger gemacht in Hamburg, unter den Freunden in der Fraktion und auch bei den Freunden der Partei. Das Ergebnis war dann in Hamburg, als wir den ersten Medienrat wählten, dass ein CDU-Mitglied der Vorsitzende wurde, das kam bei der Wahl so zustande. Er war aber ein sehr tüchtiger Mann, und ich hatte auch gar nichts dagegen. Wir hatten uns geeinigt, wir würden die Parteien wenigstens versuchsweise heraushalten.

Es gab also eine Politisierung des Fernsehens, und bis heute empfinde ich manchmal die eine oder andere Ansagerin in unseren Fernsehnachrichten oder im Bereich der Nachrichten, nicht bei den Kommentaren, als parteipolitisch ziemlich »frech«. Wenn gesagt und berichtet und gefragt wird, als wüsste man schon vorher, was eigentlich das Ergebnis sein sollte, wünschte ich mir, dass die Rundfunkanstalten und die entsprechenden Rundfunkräte sich solche Leute mal vornehmen und sagen, das gehört sich nicht, jemanden so zu fragen, als wisse man genau, dass derjenige in der Tagesschau, der dort sitzt, entweder der einen oder der anderen Partei angehört. Ich finde das unglaublich. Ich nenne die Tagesschau nur beispielhaft, man kann es auch woanders sehen. Also, ich bin der Meinung, man muss schon eine gewisse Politisierung in Deutschland erkennen, und vielleicht war die Privatisierung ein Instrument dagegen. Ich komme darauf zurück.

Der vierte Punkt, der uns damals bewegte, war das Sichtbarwerden neuer Kommunikationsmittel, insbesondere natürlich Satellit und Kabel, und der fünfte Punkt war in der Tat die Internationalisierung der Medien in diesem elektronischen Bereich, wobei es das im Rundfunk schon lange gab, wie wir alle wissen.

Also, das waren die Gesichtspunkte, und die SPD hatte diese Debatte schon in den 60er Jahren geführt und 1971 einen wichtigen Medienparteitag durchgeführt. Auf diesem Medienparteitag gab es die Forderung nach mehr Mitbestimmung in der Presse, um den Redakteuren mehr Chancen gegenüber den Herausgebern und Eigentümern zu geben, ausgelöst von einer Debatte um die Springer-Presse.

Es gab einen Beschluss gegen die Privatisierung der elektronischen Medien, es gab einen eindeutigen Beschluss für die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Hörfunks und des Fernsehens. Das Ganze sozusagen war eine Richtungsbestimmung, die auf dem Hintergrund der genannten Aspekte zu sehen ist, Pressekonzentration, Bedeutung der Medien für die öffentliche Meinung usw. Es war ein Versuch, auf jeden Fall bei denen, die das nicht in erster Linie parteipolitisch gesehen haben, die öffentlich-rechtlichen Anstalten freizuhalten von privaten, kommerziellen Interessen. Das war die Ausgangslage.

Ziele

Unser strategisches Ziel war logischerweise, das zu sichern und zu bewahren, was bedroht schien. Und bedroht schien einmal die Presse, vorangetrieben durch die Konzentration und durch die technischen Veränderungen. Ein zweites strategisches Ziel war, das öffentlich-rechtliche System aufrechtzuerhalten, um seine Unabhängigkeit zu bewahren. Am Ende, so scheint mir, wurde zwischen den Parteien hier durch viele Gespräche – Herr Vogel hat darauf hingewiesen, wie viele lange Gespräche wir geführt haben – ein ganz vernünftiger Kompromiss gefunden, der sogar dazu führte, dass Herr Schwarz-Schilling und ich uns heute als Aufsichtsratsvorsitzende in einem Unternehmen abgelöst haben, das sich mit Kabelfernsehen befasst. Sie sehen, die Welt ist vielfältig, und man kommt sich näher auch durch praktische Erfahrungen.

Die Frage, ob die Meinungsvielfalt durch das private Fernsehen erhöht werden könnte, diese Frage war in der Tat sehr umstritten. Ich bin nicht der Meinung, dass Herr Wilke und Herr Schwarz-Schilling dem Essener Parteitag der SPD von 1984 ganz gerecht geworden sind. Da gab es zwar die Beschlüsse gegen die Verkabelung, aber es gab zugleich auch Beschlüsse für die Öffnung für privates Fernsehen. Die Verkabelung konnten wir sowieso nicht aufhalten, da konnten wir auch sagen, wir sind dagegen. Aber das offene Fernsehen, das private, das hätten wir aufhalten können, und das durften wir nicht aufhalten, aus Gründen, auf die ich gleich eingehe.

Deshalb denke ich, der Essener Parteitag war eigentlich eher ein Durchbruch und ein wichtiger Beitrag. Ich will einmal drei Absätze vorlesen aus einer Rede, die ich zu dieser Frage 1983 in Hamburg gehalten habe. Und die nach meiner Meinung das alles enthalten hat, also den strategischen Wechsel in der SPD. Ich habe damals gesagt:

»Ich sehe die Risiken der Anwendung neuer Kommunikationstechniken und neuer Medien. Ich verstehe auch die ablehnende Debatte, aber ich sage offen: Ich gebe dieser Debatte keine Chance für ein dauerhaftes Ausscheren der Bundesrepublik aus dieser umstürzenden technisch-wissenschaftlichen Entwicklung. Selbst wenn wir wollten, wir könnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Die einzig wirkliche Folge würde wohl sein, dass wir die neuen Systeme kriegen und andere deren Arbeitsplätze. Und so komme ich zu dem Ergebnis, nicht Abwehr, sondern Gestaltung ist die Aufgabe, Gestaltung der Informationsstrukturen, Gestaltung der Arbeitsplatzfolgen und Gestaltung der Industrie- und Unternehmensstrukturen und damit auch der Machtstruktur, die mit der Einführung neuer Kommunikations- und Medientechnologien verbunden sein werden. Im technischen Fortschritt, was immer das Wort beinhaltet, in einer offenen Weltgesellschaft, von der wir leben und abhängen, hat kein Land die Wahl zwischen Unschuld und Teilhabe, sondern nur zwischen Partnerschaft

und Unterwerfung. Wir haben die Wahl zwischen Medien und Macht oder Medien und Ohnmacht. Die neuen Medien kommen in jedem Falle.«

Umsetzung in Hamburg

Das war sozusagen die Ausgangsposition für uns in Hamburg. Dabei spielte – das gebe ich ganz offen zu – natürlich eine erhebliche Rolle auch die wirtschaftliche Struktur der Stadt mit den sehr starken Zeitungsverlagen. Ich habe sehr dafür geworben, dass gerade die Zeitungsverlage berechtigt sein würden, sich auch im Fernsehen zu betätigen, ein sehr streitiger Punkt damals, weil man eine »Doppelmacht« schaffen könnte. Mein Argument war: Wenn man den Zeitungsverlagen nicht die Möglichkeit gibt, an dem Zuschaueraufkommen teilzuhaben, das ja zum Teil ein Ersatz für das Leseraufkommen ist, werden diese Zeitschriften- und Zeitungsverlage in Zukunft Nachteile haben. Und da das für Hamburg ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor war, habe ich also gefochten für dieses Zusammengehen. Aber es war alles sehr streitig in der Partei, wurde aber dann schrittweise durchgesetzt.

Herr Schwarz-Schilling hat mir eben einen Streitartikel von mir gezeigt, in dem ich mich mit dem Planungschef von Helmut Schmidt, Albrecht Müller, über diese Frage sehr intensiv öffentlich gestritten habe. Aber Albrecht Müller hat manches gesagt, über dass man heute lächelt.

Ich will also sagen, wir hatten auch ein Interesse am Wettbewerb, aber die Frage war: Ist der Wettbewerb auf diesem Sektor wirklich nur produktiv? Und wenn Sie, Herr Vogel, vorhin gesagt haben, die öffentlich-rechtlichen Anstalten schielen in einem falsch verstandenen Konkurrenzbewusstsein auf die Privaten, sozusagen in der Konkurrenz um Reichweiten, dann halte ich das nicht für eine ganz realistische Betrachtung. Die Öffentlich-Rechtlichen haben ja ein Problem: Sie kriegen Gebühren und können diese Gebühren natürlich nur solange bekommen, als sie für sich in Anspruch nehmen können, dass sie wirklich eine breite Verbreitung ihrer Sendungen haben. Und wenn man gewissermaßen den Öffentlich-Rechtlichen eine Konkurrenz entgegenstellt, die ihnen, ich sage einmal, neben Fußball und Entertainment usw. alles nehmen würde, also wenn sie nicht hinschielen würden auf das, was im andern Angebot ist, dann könnte wohl die Gefahr bestehen, dass eines Tages auch das Bundesverfassungsgericht sagt: Bei euren Reichweiten und der geringen Zustimmung, die ihr habt, wie wollt ihr eigentlich weiterhin rechtfertigen, dass ihr diese Gebühren einnehmt? Und was würde aus dem Werbeaufkommen?

Diese Fragen werden, glaube ich, wenn ich richtig informiert bin – hier sitzen ja Fachleute aus den öffentlich-rechtlichen Anstalten – immer wieder diskutiert, und sie sind ein wesentlicher Faktor in der Beurteilung dieses sogenannten Schielens auf den Wettbewerb.

Unsere Ausgangslage war also ein Gefühl der Bedrohung der freien Information durch einen zu starken wirtschaftlichen Einfluss. Die ideologische Abwehr in der SPD wurde gebrochen mit Hilfe von Peter Glotz und auch mit meiner Hilfe und meinen Initiativen aus Hamburg, und das führte dann am Ende zu einem Kompromiss, von dem ich glaube, dass er noch heute vernünftig ist, und ich sehe die Gesichtspunkte durchaus, die Herr Schwarz-Schilling auch hier politisch eingebracht hat. Aber am Ende muss man ja fragen, wie bewährt es sich. Ich denke, dass diese öffentlich-rechtlichen Anstalten heute eine auch im Wettbewerb sehr beachtliche Position besitzen, allerdings mit dem Vorteil der Gebühren, das gebe ich durchaus zu, der aber wiederum auch mit der breiten Versorgung usw. und mit der Pflicht zur Versorgung und auch mit dem öffentlichen Auftrag wohl zu rechtfertigen ist, solange man eben die notwendigen Reichweiten auch nachweisen kann.

Es wird im übrigen neue Fragen geben, und wir werden diese Debatte nicht verlassen können, denn wir kommen in neue technische Entwicklungen und damit auch zum Teil in einer Wiederholung vergleichbarer Fragen, in diesem Falle sogar durch erheblichen wirtschaftlichen Einfluss von außerhalb unseres Landes.

Was ist zu lernen?

Ich komme also zum vierten Punkt: Was ist zu lernen? Ich denke, man muss sich wirklich darüber im Klaren sein, dass es nicht möglich ist, im Wandel einer freien Gesellschaft, also unter Gesichtspunkten der Evolution und nicht der Vorgabe konstruktivistischer Ideen, wie die Welt aussehen sollte, Entwicklungen umfassend zu steuern. Wir müssen hinnehmen, dass die Welt aus einer für uns oft unergründlichen Kraft, menschlicher Neugier, menschlichen Wettbewerbs in der Freiheit, sich aus eigener Kraft entwickelt, einer Kraft, die wir nur sehr begrenzt oder vielleicht, was die wirkliche Kraft der Entwicklung angeht, gar nicht steuern können. Trotzdem dürfen wir uns dieser Entwicklung nicht einfach ergeben.

Wir können uns ja nicht – und das war auch damals ein Teil unserer sozialdemokratischen Debatte, auf jeden Fall auf meiner Seite – der Tatsache ergeben, dass nun hier privates Fernsehen unter dem Gesichtspunkt des Kommerzes sozusagen die Dinge alleine vorantreiben soll. Man darf die Strömungen der Zeit nicht bagatellisieren, man darf sie auch nicht verachten, denn die Strömungen der Zeit kommen eben aus diesen evolutionären, menschheitlichen Entwicklungen. Aber man muss nachdenken, wie man mit ihnen vernünftig umgeht.

Das kontinentaleuropäische Modell ist nicht das angelsächsische. Und bei allem Respekt, den ich habe vor dem, was Amerikaner und Briten, insbesondere Briten, uns kulturell gebracht haben, so denke ich doch, dass wir ein Mo-

dell haben in Europa, das vielleicht in Deutschland eine besondere und besonders gute Ausformung gefunden hat, in dem beides miteinander verbunden ist, das Soziale und die Wettbewerbskraft. Und es gilt, dieses Modell unter veränderten Bedingungen immer wieder neu zu gestalten. Und wenn wir dann über Strukturen nachdenken, über Institutionen im Medienbereich, so müssen wir fragen: Wie kann man das machen, dass beides bleibt, dass wir auf der einen Seite in der Lage sind, die Medien in ihrer Freiheit sich entwickeln zu lassen, und auf der anderen Seite auch bestimmte Strukturen zu bewahren, die es uns wert sind.

Die SPD hat sicher viele Dinge falsch gesehen damals, aber das ist uns allen gegeben, dass wir Fehler machen und Dinge nicht richtig sehen. Wenn ich mir die Mühe geben würde oder Sie sich die Mühe geben würden, mal nachzulesen, was die 68er nicht nur nach außen getan, sondern geschrieben und geglaubt haben, dann würden wir uns wirklich alle ungeheuer wundern. Ich habe dem nie folgen können. Es ist schon sehr komisch, was man da lesen kann. Was erwachsene Leute damals geglaubt haben. Junge Leute haben natürlich das Recht auf Irrtum, aber die Älteren haben die Pflicht, sie auch durch ihre Erfahrung vor Irrtümern zu bewahren.

Und so denke ich: Aus der Geschichte zu lernen, heißt in diesem Zusammenhang, dass man zwar unaufhaltsame Entwicklungen nicht aufhalten kann, sprich technische Entwicklung, technologische Entwicklung, wissenschaftliche Entwicklung der Medien, dass man aber die eigenen Werte nicht ohne weiteres aufgeben muss. Und dass der Kampf, den die SPD damals um die öffentlich-rechtlichen Anstalten, um deren Strukturen usw. geführt hat, nicht vergeblich war, sondern am Ende doch zu vernünftigen Kompromissen geführt hat. Und dass es darum geht, realistische Formen des Konsenses am Ende immer wieder zu finden, auch über die Parteigrenzen hinweg. Es ist vielleicht zuviel verlangt zu erwarten, dass Erfahrung und Ungestüm oder Weisheit und Ungestüm eine gemeinsame Kraft werden. Es ist aber die Hoffnung der Menschheit immer gewesen, dass das eines Tages so sein könnte, und ich meine, wir sollten die Hoffnung auch bei den Medien nicht aufgeben.

Aus der Defensive zum Erfolg. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten im Spiegel des medienpolitischen Wandels

Von Peter Schiwy

Böse Kritiker werden meinen, dass sich die Kernbegriffe des Themas Wandel und öffentlich-rechtlicher Rundfunk nicht miteinander vertragen. Das Gegenteil ist der Fall, insbesondere dann, wenn die Jahre der stürmischen Veränderungen auf dem elektronischen Markt in Deutschland in den Blick genommen werden. Die durch die Wiedervereinigung bedingten Änderungen bleiben gesonderter Erörterung vorbehalten. Verbunden mit dem Namen Christian Schwarz-Schilling ist die Entwicklung ganz entscheidend. Die lobende Erwähnung gebührt dem erfolgreichsten Fachminister der verschiedenen Kabinette Kohls. Als er 1983 daran ging, Deutschland zu verkabeln, um – wie es damals hieß – »Milliarden in den Sand zu senken«, initiierte er eine industrielle Innovation, deren Erfolg die einzige bisher unbeantwortete Frage nicht mehr zu stellen erlaubt. Darf der Staat eigentlich so viel an Ordnungspolitik betreiben? Darf er wirtschaftslenkend einen neuen Industriezweig per ordre de mufti aus dem Boden stampfen? Heute ist die private Rundfunklandschaft in Deutschland als Ergebnis dieser Politik – trotz aller gegenwärtigen Sorgen wegen des deutlichen Rückgangs der Werbeeinnahmen – ein blühender Industriezweig mit Milliarden Umsätzen, vielen zehntausend neuen Arbeitsplätzen, die noch dazu – sieht man einmal von unseren Hirnen ab – umweltverträglich sind. Es ist Europas größter Fernsehmarkt und einer der größten der Welt.

Dass Schwarz-Schilling gleichwohl zu diesem Thema aus dem Kreuzfeuer der Kritik geraten ist, mag zunächst einmal daran liegen, dass sich in seinem Leben politische Veränderungen noch vor der Abwahl Kohls ergaben, vielleicht aber auch daran, dass seine gewichtigsten Kritiker mit der von ihm eingeleiteten Entwicklung auch nicht schlecht gefahren sind. Und dazu gehört der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Er steht blühender da denn je. Seine Existenz ist bewahrt, Bestand und Entwicklung sind gewährleistet und – was in diesen Tagen besonders gilt – gegen Insolvenz gesichert; mittlerweile selbst auf europäischer Ebene. Die alten Kampflinien zu den Privaten sind längst passierbar geworden. Man tauscht und »klaut« nicht nur Kassetten, sondern auch Mitarbeiter, Sendeformate und Sportrechte. Die spannungsreichen zehn Jahre von der Mitte der 80er bis zur Mitte der 90er Jahre haben diesen Wandel bewirkt. Aus der Defensive zum Erfolg könnte man das Kapitel dieser historischen Betrachtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks überschreiben.

Schauen wir zurück. Ende der 70er Jahre befand sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk – verkürzt formuliert – im Mittelpunkt der weitgehend Ideologie behafteten Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links in Deutschland. Das hatte gleich mehrere Ursachen. Eigentlich ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk zutiefst bürgerlich in seinem Anspruch, dem Guten und dem Hören zu dienen, Informationen, Bildung und Unterhaltung qualitätsbewusst zu mischen, die Kultur würdig im Auge zu behalten, schlechthin dem Gemeinwohl zu dienen, integrativ zu wirken.

Das alles entstammt der Begriffslyrik des Bundesverfassungsgerichts, das seit über vierzig Jahren zum Schutzherrn des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geworden ist. Bis dahin war er ein Nachlass der damaligen westalliierten Schutzherrn, der sich schnell zu Deutschlands beliebtestem Besatzungschild entwickelte. Insoweit ist auch für die Nichtjuristen in diesem Zusammenhang auf die sehr nachlesenswerten Erläuterungen unserer Verfassungsväter und der wenigen Verfassungsmütter des Parlamentarischen Rates im Jahrbuch des öffentlichen Rechts (Band I Neue Folge) zu verweisen, das im Übrigen vor zwei Jahren aus Anlass des fünfzigsten Geburtstages unseres Grundgesetzes neu aufgelegt worden ist. Der Ernst und die Leidenschaft, mit der diese Damen und Herren den Artikel 5 des Grundgesetzes erörterten, um seine Formulierung rangen und bei aller – gegenüber heute doch viel deutlicheren – politischen Unterschiedlichkeit die Grundlagen unserer Medienfreiheit beschrieben, ist tief beeindruckend.

Er ist natürlich geprägt von den bitteren Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur. Nur nebenbei will ich bemerken, da uns ja nachher auch die DDR interessieren wird, dass die 1949 längst installierte Meinungsdictatur der Sowjets und ihrer deutschen Quislinge bei der Erörterung des Artikels 5 im Parlamentarischen Rat nur eine geringe Rolle spielte. Das verwundert und gibt Betätigungsfeld für Historiker.

Das Verfassungsgerichtsurteil von 1961 unterfütterte die von den Alliierten gegründeten öffentlich-rechtlichen Anstalten mit einem juristischen Begriffsgelände, das von da an in fortdauernder Rechtsprechung die heutige Gestalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks manifestierte. Bei allem guten Willen, der dem Verfassungsgericht nicht abzusprechen ist, hat es ein Bild vom Rundfunk beschrieben, das allenfalls noch Theoretikern demokratischer Grundstrukturen zur Erbauung dient. Der Kampf um Einschaltquoten, der Einsatz des Scheckbuches als journalistischer Investigationshilfe sind nur schwer unter die Begriffsbilder Karlsruhes vom Forum des demokratischen Für und Wider zu subsumieren. Wie weit die Richter in ihren roten Roben von der Medienwirklichkeit entfernt sind, zeigt ein Blick in ihre Zitate. Die Fülle kommunikationswissenschaftlicher Erkenntnisse über Rezipientenverhalten, über das Geschehen am Medienmarkt findet kaum ein Echo. Sie sind der Vorstellungswelt der Karlsruher Nurjuristen fremd. Darum haben sie sich allenfalls tech-

nischen Entwicklungen folgend nur zu geringfügiger Weiterentwicklung ihrer Rechtsprechung veranlasst gesehen. Der Markt als treibendes Element in einer freien Gesellschaft ist ihnen im Bereich des Medienrechts ein weitgehend unbekanntes Wesen, die Begriffe »Käufer« und »Nachfrage« gar Fremdworte. Sicher ungewollt haben sie damit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch die Positionen genährt, die die Bemühungen, Konkurrenz zu ermöglichen, Wettbewerb zu eröffnen, in den Intendanten einst zu Protestgeheul, Klagen und Jammern Anlass gaben. Uns sind die damaligen Frontstellungen weithin bekannt. Die Privaten waren des Teufels und man kam bei manch einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk schon in Acht und Bann, wenn man das eigene Programm »Produkt« nannte.

Der Wandel vollzog sich parallel zu den Geschicklichkeiten, mit denen die meist christdemokratisch bestimmten Landesregierungen privaten Anbietern Zutritt zum Markt verschafften. In Erinnerung ist der Kampf um den NDR, den die Staatsvertragskündigung von Gerhard Stoltenberg und seine Unterstützung durch Ernst Albrecht erst in Bedrängnis und dann in eine mehr oder minder bis heute bewahrte Reform brachte. Diese medienpolitisch heftigen Frontstellungen der späteren 70er Jahre haben dann in den 80er Jahren in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu den medienrechtlichen Neuregelungen geführt, die etwa anders als in den süddeutschen Bundesländern von Anbeginn zur Ausbildung einer kraftvollen und wettbewerbsintensiven privaten Rundfunkstruktur geführt haben. Ganz im Gegensatz zu etwa Baden-Württemberg – sonst ein Vorreiter technologischer Entwicklung – das spät, also nach Späth erst die verkorkste private Rundfunkstruktur gesetzlich so umformulierte, dass jetzt auch dort überall wirtschaftlich lebensfähige Gruppierungen tätig werden können. Baden-Württemberg hat im Übrigen die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk begünstigenden Versäumnisse der Späthschen Gesetzgebung bis heute zu bezahlen. Anders als etwa Nordrhein-Westfalen ist es diesem Land trotz seiner Modernität und seines Bekenntnisses zu modernen Technologien nicht gelungen, sich zu einem markanten Medienstandort Deutschlands zu entwickeln. Schließlich folgte auch Hessen. Dass es dort so lange dauerte, hat etwas mit dem Gegensatz zwischen CDU und SPD zu tun, wo jetzt erst Roland Kochs Kabinett einen medienrechtlichen Gleichstand herbeigeführt hat. Im Übrigen ist einer der größten politischen Verhinderer des Privatfunks in Hessen heute Vertreter einer Privatfunkbeteiligungsgesellschaft. So ändern sich die Zeiten und schwimmen die ideologischen Standpunkte gleich mit weg.

Die Entwicklungsgeschichte der Regelungen, die die privaten Anbieter begünstigen, zeigt, wie lange die Entwicklung in Deutschland gedauert hat und welche Zeit die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hatten, sich darauf einzurichten.

Diejenigen, denen Konkurrenz in's Haus stand, die waren am schnellsten. Das war einmal mit SWF 3 der Südwestfunk, dem Radio Luxemburg über die

Grenze entgegenschallte, und das waren zum anderen der NDR, wo Gerhard Stoltenberg und mehr noch Ernst Albrecht Feuer unter dem Stuhl entfachten.

Schnell begriffen die Verantwortlichen, dass Widerstand zwecklos ist, wo geballte politische Macht Veränderungsdruck erzwang. Sie nutzten die Chance, die die lange gesetzgeberische Zeit des Veränderungsprozesses bot. Sie reformierten, sie passten Programme an und entdeckten einen Programmdirektor, den die Statuten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nur beschreiben, ihn aber nie beim Namen nennen, den Hörer und Zuschauer. Das kann leicht an Beispielen verdeutlicht werden, die heute niemand mehr nervös machen, die damals zu langen und leidenschaftlichen Debatten in den öffentlich-rechtlichen Häusern führten.

Der NDR entdeckte sehr zum Erstaunen von Ernst Albrecht, dass er nicht in Hamburg, wo die Zentrale saß, sondern gerade in Niedersachsen am beliebtesten war, dass dies in dieser Form erst nach dem Kriege entstandene Land verschiedener Stämme im NDR u.a. auch etwas Identitätsstiftendes fand. Die Marketingfolge war logisch. Dem Landesprogramm Niedersachsen verpasste man folglich den im Übrigen bis heute mit einer kurzen Unterbrechung gut bewahrten Beinamen »Ihr Heimatsender«. Das ist nur ein kleines Beispiel für eine Fülle von Innovationen und Renovationen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er hat die Jahre des Wandels – selbstverständlich ständig über die Bedrängnis des Wettbewerbs klagend und insbesondere finanzielle Ressourcen einfordernd – genutzt. Selbst wenn man den durch die Wiedervereinigung bestimmten Zugewinn an Programmen herausrechnet, hat sich die Zahl der Hörfunkprogramme, die von der ARD angeboten werden, um zweistellige Prozentzahlen erhöht. Alle dritten Programme des Fernsehens sind mittlerweile europaweit ausgestrahlte Satellitenkanäle. Von Phönix, Kinderkanal, Bayern Alpha und ähnlichen soll gar nicht die Rede sein. Längst hat es der öffentlich-rechtliche Rundfunk verstanden, die großflächige Verkabelung für sich zu nutzen. Die dritten Fernsehprogramme profitieren vom Einspeisungsprivileg. Phönix und Kinderkanal sind ohne diesen Verbreitungsweg nicht denkbar.

Was ist versäumt worden? Viel. Die Politik hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch an der Stelle im Stich gelassen, an der er als ihr Gewährsträger demokratische Funktionen zu erfüllen hat. Das oben kritisierte Verfassungsgericht hat uns das Begriffskonstrukt der Grundversorgung zugeschrieben. Es entstammt im Übrigen der DDR-Terminologie, hat dort freilich eine andere Bedeutung und ist doch auch Beispiel für erfolgreiches Begriffsmarketing in Deutschland. Soweit festzustellen ist, haben 1975 die Justiziere der ARD dieses Wort der DDR-Terminologie entlehnt und für den Rundfunk umgedeutet. Durch Penetration der Wissenschaftsliteratur haben sie genau elf Jahre ge-

braucht, bis ihre rechtsschöpferische Wortdeutung durch Übernahme in die höchstrichterliche Rechtsprechung Karlsruhes Heiligung erfuhr.

Längst hätten die Politiker diesen Begriff konkreter ausfüllen, ihn mit einer Aufgabenbestimmung und -beschreibung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk versehen müssen. Das ist keine Forderung nach einem Programmkorsett, aber das Verlangen nach einer einleuchtenden Formulierung eines Auftrags an und in der Gesellschaft. Darüber ist dringlich zu diskutieren.

Man soll aber nicht nur die Politik kritisieren, man soll bei sich anfangen. Für einen Fehler, um auch hier mit einem Beispiel zu dienen, muss der Verzicht auf die Region angesehen werden, umso mehr, seit Deutschland wieder größer geworden ist. Seitdem wir uns anschicken, immer weniger Deutsche und immer mehr Europäer zu sein, gewinnt unser unmittelbares Umfeld, die Region, in der wir leben, immer größere Bedeutung für uns. Das sagen uns nicht nur die Meinungsforscher; es zeigt sich auch am Engagement der Bürger. Wer aber ist in der Region publizistisch so verankert wie die Landesrundfunkanstalten. Von Bad Bentheim bis Stralsund, von Flensburg bis Hannoversch-Münden hat z.B. der NDR Studios, Korrespondenten, Redaktionsbüros, kurzum, er hat die Region publizistisch im Griff. Wir machen zu wenig daraus, und das gilt für die anderen Länder genauso.

Damit sind wir thematisch im Detail und wer daran geht, ist sich seiner Zukunft sicher. Niemand sollte bange sein um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Den Wandel hat er zuerst zu verhindern versucht; dann hat er ihn schnell zu nutzen verstanden. Er hat seine Marktpositionen ausgebaut und seine Plätze gesichert. Längst ist er wieder gehätschertes Lieblingskind auf dem Schoß der Politik. Ob schwarz oder rot, man verwöhnt ihn, eröffnet ihm neue Spielwiesen, sichert sein Taschengeld und lässt ihn immer wissen, wem er die guten Gaben verdankt. Und wer verstößt schon seine eigene Brut. In Deutschland hat seit dem alliierten Kontrollrat nur der Bundesminister Horst Seehofer etwas Bestehendes abgeschafft, als er das Bundesgesundheitsamt auflöste – und auch das bestärkt uns immer mehr in Zuversicht –, um es allerdings durch gleich drei neue Behörden zu ersetzen.

Das Schwanken der Zeitungsverleger: Zwischen Ablehnung und Engagement

Von Claus Detjen

Die Keimzelle des heutigen dualen Rundfunksystems lag in Ludwigshafen/Rhein in einer kleinen Mietwohnung in der Taubenstraße. Dort nahm vor zwanzig Jahren, im Juli 1982, die Anstalt für Kabelkommunikation des Landes Rheinland-Pfalz ihre Arbeit auf. Ihr Auftrag war es, im eng umgrenzten Kabelnetzgebiet des Pilotprojekts Ludwigshafen/Vorderpfalz neue, erstmals auch von privatwirtschaftlichen Anbietern erzeugte Hörfunk- und Fernsehprogramme zu ermöglichen und zu erproben. Ministerpräsident Vogel gehörte zu den wenigen, die das damals offen aussprachen: Es geht nicht mehr darum, ob es private Rundfunkveranstaltungen geben wird, sondern nur noch um das Wie. Das war auch für die Zeitungen die entscheidende Frage.

Vorausgegangen waren viele Jahre medienpolitischer Blockade der in den USA längst in der Praxis eingeführten sogenannten Neuen Medien. Konkret betraf die Blockade die Verbreitung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen in breitbandigen Kabelnetzen und via Satellit. SPD und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten waren die Protagonisten des Versuchs, die medienrechtlichen und medienwirtschaftlichen Folgen von technischen Erfindungen und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland aufzuhalten. Als in Luxemburg Ende der siebziger Jahre die Ausstrahlung eines RTL-Satelliten-Fernsehprogramms reifte und bei deutschen Zeitungsverlagen konkrete Vorbereitungen getroffen wurden, sich daran zu beteiligen, zielte politischer Erfindergeist im Schmidt'schen Kanzleramt und im Gscheidle'schen Postministerium auf die technische und politische Verhinderung des Empfangs in der Bundesrepublik durch einen »Westwall im Äther«.

Auf einer Konferenz der internationalen Vereinigung für Kommunikationsforschung »Münchner Kreis« wurde 1980 festgestellt: »Auch auf diesem Gebiete zeigt sich, dass die Technik der Politik weit voraus ist. Sie hat die nationalen Grenzen überwunden. Der Versuch, der 1977 von der internationalen Satellitenkonferenz unternommen wurde, die Abstrahlungsgebiete möglichst eng auf die nationalen Grenzen zu konzentrieren, erweist sich bereits heute als nicht erfolgreich. Deshalb werden alle Überlegungen, Partizipation zu realisieren, den nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen, zugleich jedoch die europäischen Dimensionen einschließen müssen. Die me-

dienpolitischen, die rechtlichen und die ökonomischen Probleme überlagern sich national und international.«¹

Zeitungen und Union waren nicht naturgegebene Verbündete. Auch in der CDU und der CSU gab es viele Jahre lang erhebliche Vorbehalte gegen die Zulassung privater Rundfunkveranstalter. Im Rückblick erscheint es als ein dialektischer Prozess, dass den Unionsparteien vor dem Regierungswechsel vom Herbst 1982 in der Opposition die Rolle erleichtert wurde, die internen Widerstände gegen die Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols zu überwinden und die Forderung nach Partizipation privatwirtschaftlicher Unternehmen an der Nutzung der neuen Kommunikationstechniken zunächst politisch aufzugreifen und dann nach dem Amtsantritt des Kabinetts Kohl zu erfüllen. Mit dem Regierungswechsel 1982 lösten sich die politisch-administrativen Fesseln. Bundespostminister Schwarz-Schilling machte aus dem Verhinderungsapparat Bundespost einen Motor technischer und wirtschaftlicher Innovation.

Populär waren solche Positionen damals in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht. In den öffentlich-rechtlichen Programmen und auch in den meisten Zeitungen dominierten die Gegner der technischen und medienwirtschaftlichen Innovation das Meinungsbild. In der Mehrzahl der Zeitungsredaktionen und in den Gremien des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger überwogen eher die skeptischen Stimmen gegen eine grundsätzliche Aufhebung der gewohnten Grenzen zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatwirtschaftlicher Presse. Das zunächst auf terrestrische Kabel beschränkte Pilotprojekt Ludwigshafen erhielt, weil es Satellitenprogramme lizenzieren konnte, nach dem Regierungswechsel 1982 eine neue Dimension: Unter Beteiligung der Aktuell Pressefernsehen GmbH, einer Gründung des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, namhafter Einzelverlage und der von Genossenschaftsorganisationen aus dem DG-Bank-Bereich getragenen Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS), entstand im Ludwigshafener Projekt das erste deutsche Satellitenfernsehprogramm, das später den Namen SAT 1 erhielt. Damit wird zugleich der Übergang der Aktivitäten bei der Nutzung der neuen Kommunikationssysteme von der verbandlich organisierten Gemeinschaft auf die Ebene der Unternehmen markiert.

Der Rückblick auf die Haltung der Zeitungsverlage zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen des technisch dynamisierten Medienwandels der Ära Kohl muss auf die vorausgegangenen Erfahrungen, zum Beispiel beim Streit um die Nutzung von Videotext und Bildschirmtext in den siebziger Jahren, bei der Vorgeschichte des ZDF im sogenannten Adenauer-Fernsehen oder weiter zurück bei der Einführung des Rundfunks in

¹ Claus DETJEN, *Modelle der Partizipation*, in: *Kommunikation über Satelliten*, hg. von Wolfgang KAISER/Ulrich LOHMAR, Berlin u.a. 1981.

Deutschland hinweisen, ohne dass hier im einzelnen darauf eingegangen werden soll. Eine visionäre Funktion hatte dabei immer Axel Cäsar Springer, der unablässig vor der Zurückdrängung der Marktspielräume der Zeitungen angesichts der wachsenden Anziehungskraft der elektronischen Medien warnte. Nicht weniger einflussreich war der Verleger Heinrich G. Merkel, der schon 1954 in seinem Blatt, den Nürnberger Nachrichten, schrieb: » Die Entwicklung des Fernsehens und des Fernhörens hat die Bild und Nachrichtenübermittlung derart revolutioniert, dass die Presse einer Auseinandersetzung mit der entstandenen Lage allmählich nicht mehr ausweichen kann.«²

Die Einsicht, dass nichts mehr bleibt, wie es ist, setzte sich durch. Aber die Konsequenzen daraus gingen bei den Zeitungen auseinander. Die einen glaubten eher an ein Modell der Eindämmung unerwünschter wirtschaftlicher Folgen durch ein Bündnis mit den Blockadekräften und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die anderen drängten auf ungehinderte Öffnung des Rundfunkmarkts für die Zeitungen. Die Ambivalenz im Lager der Zeitungsverlage verlief in den gleichen Mustern wie die Diskussion in der Gesellschaft: Vorbehalte aus Angst vor den unkalkulierbaren Folgen des Wandels auf der einen Seite, Offenheit für technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovation auf der anderen. Dieser Zwiespalt blieb ein zentrales Problem der Medienentwicklung in der Ära des CDU-Vorsitzenden und des Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Der Wind des Fortschritts blies den Zeitungsverlagen in den Anfangsjahren der Auseinandersetzung um Kabel und Satelliten auch noch aus anderer Richtung ins Gesicht. Die Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland waren noch ganz darauf konzentriert, sich von der gewohnten Technik Gutenbergs zu verabschieden und in ihrer Arbeitsmethodik elektronische Medien zu werden – ein Prozess, der von heftigen Tarifkämpfen einschließlich ungewohnter Streikperioden begleitet war. Die Zeitungsverlage waren in der Auseinandersetzung mit technischer Innovation immer Akteure und Getriebene in gleichen Maßen. Ablehnung und Engagement führten zu internen und externen Spannungen – innerhalb der Zeitungsverlegerverbände in ihrer föderalen Struktur, zwischen kleinen und großen Verlagen, in der publizistischen Haltung zwischen dem Gebot unvoreingenommener journalistischer Pflicht und der Notwendigkeit, auch die eigenen Interessen öffentlich zu vertreten.

Damit hatte man Erfahrungen in einem Streit gesammelt, der heute wie eine Polit-Comedy erscheint. Als 1977 die Zeitungen auf der Funkausstellung in Berlin Videotext nutzen wollten, wurde ihnen das vom Senat zunächst untersagt. Es bedurfte eines Beschlusses der Ministerpräsidenten, um die Ausnahmegenehmigung für eine Rundfunkveranstaltung in einem geschlossenen

² Heinrich G. MERKEL, *Anmerkungen zum Rundfunkwesen – eine Auswahl aus 12 Jahren 1952 – 1964*, Bd. I, Nürnberg 1965, S. 17.

Raum zu erteilen. Es dauerte dann bis in die ersten achtziger Jahre, bis ein Staatsvertrag über Videotext zustande kam, mit einem Zugangsschlitz für Zeitungen. Die öffentlichen Aufregungen um diese heutige Nebensächlichkeit wurden leidenschaftlicher geführt als Auseinandersetzungen um die Rentensicherheit.³

Die ersten breit angelegten Bemühungen der Zeitungen um eine Beteiligung an einem neuen Massenmedium waren die Reaktion auf die Einführung der Rundfunkwerbung. Sie führte 1958 in die Gründung der Pressevereinigung für neue Publikationsmittel e. V. und der Freies Fernsehen GmbH; sie galt als aussichtsreichster Bewerber für die Veranstaltung des zweiten deutschen Fernsehprogramms, scheiterte dann aber in der Auseinandersetzung um das sogenannte Adenauer-Fernsehen. Auch die noch früheren Reaktionen, als zum ersten Mal die gewohnte Position der Zeitung als wirtschaftlich und publizistisch tonangebendes Medium Konkurrenz erhielt, waren defensiv. Dafür ist die Aussage typisch: »Die Tagespresse wird sich jedenfalls mit aller Gewalt dagegen wehren, dass auf ihrem Gebiet, für das sie allein zuständig und das sie auch allein zu beherrschen imstande ist, sich mehr und mehr der Rundfunk einnistet.«

Das erklärte 1924 das Verbandsorgan der Zeitungsverleger. Die damalige Einschätzung des unbekanntenen Autors, dass nämlich politische und wirtschaftliche Nachrichten im Rundfunk nur ein Notbehelf sein könnten, erwies sich als ein folgenschwerer Irrtum, ebenso wie die Voraussage, man werde es »wahrscheinlich schon in sehr kurzer Zeit miterleben, dass die Kaufmannschaft einsieht, dass die Reklamemöglichkeiten, die der Rundfunk bietet, äußerst beschränkt sind und bleiben müssen«. So kamen die Zeitungsverleger damals zu der gravierendsten Fehleinschätzung: »Ein wirklicher Wettbewerb zwischen Zeitungen und Rundfunk kann sich auf diesem Gebiete überhaupt nicht entwickeln.« Diese Kurzsichtigkeit geriet in Erinnerung, als die Medienpolitik der CDU das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols einläutete.

Zeitungen geben sich publizistisch gerne fortschrittlich, scheuen aber, wenn sie selbst davon erfasst werden, den Fortschritt oder das, was sich dafür aus gibt, wie gute Winzer die Plastikflasche.

Das führte in den siebziger Jahren bis in die achtziger zu ungewohnten politischen Konstellationen. Aus politischen Kontrahenten wurden potentielle Verbündete, von Verbündeten ging Gefahr aus. Ersteres trifft für das Verhältnis der Verlage zur SPD zu, die in presserechtlichen Auseinandersetzungen Gegner, in der Abwehr unerwünschten Wettbewerbs potentieller Verbündeter war.⁴

³ Claus DETJEN, *Die Auseinandersetzung um die Bildschirmzeitung*, in: *Publizistik aus Profession – Festschrift für Johannes Binkowski*, Düsseldorf 1978.

⁴ Vgl. Karl H. PRUYS/Volker SCHULZE, *Macht und Meinung – Aspekte der SPD-Medienpolitik*, Köln 1975.

Letzteres gilt für die CDU, die im Presserecht die Zeitungspositionen unterstützte, aber dann die Zeitungen ungewohntem, medienwirtschaftlichem Wettbewerb aussetzte. Vor dem Wechsel des Jahrzehnts waren gerade die heftigen Auseinandersetzungen um die sogenannte innere Pressefreiheit beendet. Die SPD wollte, assistiert von den Gewerkschaften, die publizistischen und wirtschaftlichen Bestimmungsrechte der Verleger beschränken und den Redakteuren zu Lasten der Verleger weitgehende Selbstbestimmungsrechte in redaktionellen Angelegenheiten einräumen. Die führenden Verleger und der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger stemmten sich mit ihrer Lobbyenergie und mit Gutachten kraftvoll dagegen – und hatten damit Erfolg. Die Unionsparteien und die unionsgeführten Länder standen auf der Verlegerseite – gegen einen Trend, der gesellschaftspolitisch als fortschrittlich galt.

Im Rückblick aus heutiger Sicht wird noch deutlicher, als es schon damals erkennbar war, dass neben der technischen Innovation durch Breitbandkabel und Satelliten in der Ära Kohl die zweite tiefgreifende Veränderung in der Medienindustrie nicht minder wichtig war: die schon oben erwähnte Einführung der elektronischen Produktionssysteme in allen Printmedien – gegen den heftigsten Widerstand der damaligen Industriegewerkschaft Medien. Ohne diese Rationalisierung der Zeitungsherstellung durch Elektronik wären Zeitungen heute wirtschaftlich nicht mehr lebensfähig. Sie wären auch ohne Chance geblieben, sich in den heutigen Online-Medien des Internets wirtschaftlich als Medienunternehmen zu betätigen.

In den USA hatten die Verantwortlichen der Zeitungsverlage in den siebziger und frühen achtziger Jahren auf ihren Erkundungstouren von den Kollegen erfahren, welche Folgen die Expansion der elektronischen Medien vor allem in den lokalen Märkten hatte: Rückgang der Auflagen, starke Einbrüche im Anzeigengeschäft der Zeitungen, Zersplitterung der Zielgruppen, Kapitalbedarf für Engagements in Radio und Fernsehen, Konzentrationsschübe in den Verlagsstrukturen. Die Verlage zogen daraus nach langen internen Diskussionen die Konsequenz, die über ihre Verbände in der Forderung an die Politik umgesetzt wurde: Wenn neue Techniken für neue Radio-, Fernseh- und Textangebote freigegeben werden, dann müssen die Zeitungen daran teilnehmen können.

Offen blieb dabei zunächst, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen. Denn vor der Zustimmung der Verlegerverbände zur Einführung des privaten Rundfunks stand die Versuchung, dass Wunschdenken in Erfüllung geht. Die Verführung ging von der sozialdemokratischen Blockade der Nutzung von Kabel- und Satellitentechniken aus. Eine Koalition mit dem Ziel, das Unerwünschte zu verhindern, bot sich an. Die SPD, die im Ringen um die sogenannte innere Pressefreiheit wenige Jahre zuvor noch Gegner war, hätte jetzt ein Verbündeter im Versuch werden können, die bestehenden Märkte gegen neue Konkurrenz abzuschotten. Insbesondere für die kleineren und mittleren Verlage war das eine attraktive Verlockung; sie verband sich mit der Vorstel-

lung, dass politische Protektion vor neuer elektronischer Konkurrenz indirekt auch Schutz vor wirtschaftlicher Expansion der Großverlage einschließt. Die Verschärfung des intramedialen Wettbewerbs fürchteten die Kleinverlage mehr als eine Ausweitung der Fernsehangebote.

Protektion offerierten auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Das war in besonderem Maße in den süddeutschen Ländern mit ihren zahlreichen kleinen und mittleren Zeitungen Anlass zu intensiven Kontakten, bei denen Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet wurden. Sie versprachen eine Zurückhaltung der öffentlich-rechtlichen Anstalten in den lokalen und regionalen Medienmärkten, Verzicht auf Ausdehnung der Werbezeiten und Beteiligung der Zeitungen bei neuen Programmen unter der rechtlichen Verantwortung der Intendanten. Unter dem Intendantenhut erwarteten die Befürworter der Kooperation Schutz vor dem wachsenden Druck von Wirtschaftsverbänden, Technikunternehmen und der immer deutlicher werdenden Absicht der Unionsparteien, gegen den Widerstand der SPD und der Gewerkschaften die neuen technischen Entwicklungen von der Kette zu lassen.

Diese Modelle mündeten in heftige Grundsatzdiskussionen in den Landesverbänden und im Bundesverband der Zeitungsverleger. Die Frage hieß: Können es wirtschaftlich und publizistisch freie Zeitungsverlage mit ihrem Selbstverständnis und ihrem Verständnis des Artikels 5 des Grundgesetzes vereinbaren, ihren Anspruch auf unternehmerischen Zugang zu Hörfunk, Fernsehen und anderen neuen elektronischen Betätigungsfeldern einem öffentlich-rechtlichen Vorrang zu unterwerfen? Fast in jedem Land wurden Kooperationsmodelle zwischen Zeitungen und Rundfunkanstalten mehr oder weniger deutlich ausgeformt, unbeschadet vom Anlaufen der Kabelpilotprojekte. Eine einheitliche Linie auf Bundesebene war für den Bundesverband kaum mehr möglich, mit Ausnahme der Entscheidung für eine gemeinschaftliche Beteiligung der Zeitungsverlage am Pilotprojekt Ludwigshafen.

Für dieses verbandsgestützte Engagement in Rheinland-Pfalz, das der »Neue Medien GmbH« des Bundesverbands übertragen wurde, waren vier Faktoren ausschlaggebend:

Erstens: Nur das Land Rheinland-Pfalz gab durch die Politik seines Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel den Zeitungen eine Möglichkeit, unter eigener rechtlicher Verantwortung Hörfunk und Fernsehen sowie Kabeltextprogramme zu veranstalten. Diese Möglichkeit wollte aus ordnungspolitischen Gründen niemand im Verband ungenutzt verstreichen lassen.

Zweitens: Die Gespräche mit ARD und ZDF über ein Kooperationsmodell für ein deutsches Satellitenfernsehprogramm waren an der Ablehnung der öffentlich-rechtlichen Anstalten gescheitert. Das Modell sah vor, nach dem Vorbild der beim Südwestfunk von einem privatwirtschaftlichen Partner praktizierten Werbeprogramme den Verlagen eigenverantwortete Programmplätze einzuräumen.

Drittens: Die Verhandlungen mit RTL über eine gemeinsame Nutzung des luxemburgischen Fernsehsatelliten platzten an einer politischen Intervention der Regierung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt beim französischen Präsidenten Giscard d'Estaing. Über den französischen Einfluss bei den Gesellschaftern von RTL wurde das Projekt gestoppt.

Viertens: Die Erfahrungen in den USA, dem Vereinigten Königreich und in den Verhandlungen mit RTL führten zu der Einsicht, dass die Nutzung der Kabel- und Satellitentechnik sowie die Erschließung neuer terrestrischer Frequenzen für Hörfunk und Fernsehen nicht zu verhindern ist, auch nicht durch ein Abwehrbündnis mit der SPD und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Die Aufhebung der Technikblockade setzte die zuvor gebremsten Energien der Großverlage frei. Sie hatten, mit Ausnahme des Axel-Springer-Verlags, die Pilotprojekte mit herablassender Geringschätzung behandelt, legten dann aber einen Schnellstart nach Ludwigshafen ein, als dort die erste deutsche Satellitenfrequenz ausgeschrieben wurde. Bertelsmann klagte gegen den Lizenzgeber, als das größte deutsche Medienhaus nicht in das Ludwigshafener Satelliten-Konsortium aufgenommen wurde.

Am Beispiel SAT 1 werden die Grenzen des Leistungsvermögens der Zeitungen deutlich. Medienpolitisch war eine starke Beteiligung der Zeitungen am ersten privaten Satellitenprogramm der Bundesrepublik Deutschland erwünscht. Für ein konsequent Zuschauer orientiertes Programm fehlten ihnen jedoch die finanziellen und die programmlichen Ressourcen. Sie konzentrierten ihren Beitrag auf die Nachrichtensendungen der Aktuell Pressefernsehen GmbH – konsequent und ehrenvoll teuer im Bestreben um publizistische Leistung und Qualität, nicht entscheidend jedoch für die Herrschaft über den Erfolg im Markt. Der verlangte nach Stoffen und medialen Erlebnissen, mit denen Zeitungsverlage keine Erfahrungen hatten. Das Kirch-Angebot, den Zeitungen in der Startphase sozusagen für einen symbolischen Preis Filme und Serien zu liefern, war in den Verbandsgremien abgelehnt worden.

Mit den fließenden Übergängen der Pilotprojekte in eine – nach Ländergesetzgebung unterschiedliche – Öffnung der Märkte von Hörfunk und Fernsehen für neue Programme von privaten und öffentlich-rechtlichen Veranstaltern setzte sich Mitte der achtziger Jahre der unternehmerische Vorrang gegen den verbandlich gesteuerten Einfluss durch. Dabei konzentrierten sich die Zeitungsverlage – die überregionalen Blätter eingeschlossen – auf ihre lokale und regionale Kernkompetenz. Die meisten zogen sich aus den überregionalen Programmen zurück. Um so mehr engagierten sie sich, so weit es medienrechtlich möglich war, auf lokale und regionale Hörfunk- und Fernsehsender.

Die Achtziger waren für die Zeitungen das Jahrzehnt der Transformation vom Verlag, der in der Tradition der Gutenberg-Nachfolge steht, zum Medienunternehmen in hypertrophen Märkten. Das Lehrgeld für die Erfahrung, dass

ein erfolgreicher Wechsel von einem Medium ins andere unternehmerische, wirtschaftliche und inhaltliche Kompetenzen verlangt, die nicht unbedingt die gewohnten sind, war teuer. Wer heute als diversifiziertes Medienunternehmen, das aus einem Zeitungsverlag hervorgegangen ist, Gewinne in den elektronischen Medienmärkten macht, hat seinen Erfolg in der Regel auf den Humus von Irrtümern und Fehlern anderer und eigener Herkunft gepflanzt. In den achtziger Jahren konnten die Zeitungen lernen, dass sie viel mehr dem gesellschaftlichen Wandel unterliegen als dass sie ihn beeinflussen oder gar steuern können. Es gab viel mehr Erfahrung mit Medienohnmacht als mit Medienmacht.

Was Professor Elisabeth Noelle-Neumann im Abschlussbericht für das Pilotprojekt Ludwigshafen festgestellt hatte, hat sich bis heute fortgesetzt: Immer mehr Menschen glauben, ohne Zeitung auskommen zu können. Die Auflagen sinken. Das spricht nicht gegen die Zeitungen. Denn die haben in der Regel ihre Anstrengungen um Qualität in Inhalt und Form in den neunziger Jahren verstärkt, ebenso ihr Marketing.

Vielleicht war ja doch etwas mehr als purer Gruppenegoismus in der Ambivalenz, mit der sich die Zeitungen dem Fortschritt der achtziger Jahre öffneten. In ihrem Wesen sind Zeitungen konservativ, weil sie nicht auf Neuerung, sondern auf der Erfahrung der Kulturtechnik Lesen beruhen. Sie wissen, dass sie nie mehr werden, was sie einmal waren: Synonym für Neuigkeit. Die Zukunft, in der sie vielleicht Synonym für Beständigkeit des Wertvollen sind, liegt noch vor ihnen.

P.S: Ein Rückblick auf die Ära Kohl wäre unvollständig, wenn nicht auch ein gravierendes medienpolitisches Defizit registriert würde. Es wurde offenkundig, als 1989 die Revolution die SED stürzte und die Zeitungen der DDR zunächst der ostdeutschen, dann der gesamtdeutschen Treuhandanstalt übereignet wurden. Ein Konzept für die Neuordnung der Printmedien in der DDR, dann in den neuen Ländern, war nirgendwo vorbereitet. Die Treuhandanstalt verkaufte Zeitungen wie andere Wirtschaftsgüter, zum Beispiel Möbelfabriken oder Baustofflager. Die westdeutschen Käufer mussten sich verpflichten, das Personal der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen weiterzubeschäftigen. Zu Recht wird heute kritisch nach den gesellschaftlichen und politischen Folgen gefragt. Zur Antwort gehört auch: In der Politik hat dazu keine der demokratischen Parteien eine Alternative rechtzeitig aufgezeigt und verwirklicht.

Die Wende auf dem Medienmarkt

Von Beate Schneider

Wenn Ironie gestattet ist, stellen sich der Fall der Mauer und seine Folgen für die Medien als imponierende Erfolgsgeschichte dar. Dies gilt gleichermaßen für den privaten und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wie für die Presse, obwohl diese Bereiche mit ganz unterschiedlichem medienpolitischem Elan geregelt und geordnet wurden.

Deutlich wird das vor allem im öffentlich-rechtlichen Bereich. Auf kaum einem anderen Gebiet ähneln sich die Systeme in Ost und West gleichermaßen. Nahtlos und glatt geriet der Übergang in der Nacht zum 1. Januar 1992. Der neu gegründete Mitteldeutsche Rundfunk ist ein moderner, leistungsstarker Sender, der zwar wegen exzessiver marktwirtschaftlicher Experimente immer mal ins Gerede kommt, andererseits mit seinem 3. Fernsehprogramm die höchste Zuschauerbindung aller dritten Programme in Deutschland erreicht. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat sich mit dem Norddeutschen Rundfunk einen starken Partner gesucht und ist kein Kostgänger im strapazierten System des Finanzausgleichs geworden. Selbst die Neuordnung von ORB und SFB ist inzwischen auf den Weg gebracht.

Die neuen Bundesländer zeichnen sich auch durch eine reiche private Rundfunklandschaft aus. Die gleichen Akteure wie im Westen betreiben unter ganz ähnlichen Bedingungen die Radiostationen. Beim privaten Fernsehen allerdings sind die neuen Bundesländer nur ein erweitertes Sendegebiet. Bis auf lokale Fenster wurde kein Sender lizenziert. Die privaten TV-Programme – besonders RTL und Pro 7 – sind hier jedoch höchst erfolgreich und beliebt.

Der Pressemarkt kann mit eindrucksvollen Zahlen aufwarten: Geradezu als Musterbeispiel verantwortungsvollen Investments haben sich nach dem Fall der Mauer etwa 60 vorwiegend westdeutsche Verlage dort engagiert und mehr als 80 meist lokale Zeitungen auf den Markt gebracht, Druckereien gebaut, Arbeitsplätze geschaffen.¹ Allein mit der Veräußerung der ehemaligen SED-

¹ Überblicke über die Entwicklung auf dem Pressemarkt nach der Wende geben: Beate SCHNEIDER, *Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin-Ost)*, Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministers des Innern, 4 Bde. Hannover/Leipzig 1992; Dieter STÜRZEBECKER, *Publizistische Einheit? Marktstrukturen und Wettbewerbsverhältnisse der Tagespresse in den neuen Ländern seit der Wende*. Univ. Diss., Hannover 1997; Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER, *Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern*, Baden-Baden 1998.

Zeitungen hat die Treuhand den Rekordbetrag von 1,2 Mrd. DM eingespielt. Sie konnte unter einer Vielzahl von Bewerbern die neuen Eigentümer aussuchen. Dabei erhielten erstmals westdeutsche Zeitschriftenverleger die Möglichkeit zu diversifizieren und sich als Zeitungsverlage zu etablieren. Gruner + Jahr – bisher nur glückloser Herausgeber der »Hamburger Morgenpost« – wurde durch den Erwerb in Berlin und in Dresden eines der größten deutschen Zeitungshäuser, auch Burda und Bauer sind inzwischen respektable Zeitungsverleger. Auf dem Gebiet des Zeitungswesens haben sich die neuen Bundesländer hervorragend platziert: Unter den zehn auflagenstärksten Zeitungen Deutschlands rangieren 6 Blätter der ehemaligen DDR.²

Zugegeben: Der Zeitschriftenmarkt in den neuen Bundesländern ist kein Ruhmesblatt. Die wenigen ehemaligen DDR-Titel konnten auch erfolgsverwöhnte westdeutsche Verlage nur ausnahmsweise am Leben erhalten. Auf der anderen Seite konnten die Neubürger mit den so zeitgeistnahen, verhältnismäßig teuren, postmodernen Glanztiteln der alten BRD wenig anfangen. Immerhin, das Segment Heimwerker und Ratgeber läuft einigermaßen, und da gibt es ja auch noch die »Superillu«.³

Richtet man schließlich den Blick weiter nach Osten, ist der Erfolg gar grenzenlos. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und dem Ende des Kalten Krieges haben deutsche Medienunternehmen neue Märkte erschlossen und ihre Chance ergriffen: So wurde der Regionalverlag der »Passauer Neuen Presse« zum wahrscheinlich größten Zeitungsverleger in Polen, der WAZ-Verlag dominiert den Pressemarkt in Bulgarien, vertreibt Zeitungen und Zeitschriften auch in Ungarn, Rumänien, Kroatien. Bauer gibt mehr als 15 Zeitschriftentitel in Polen und eine Hand voll in Ungarn heraus. Holtzbrinck ist in Slowenien und Tschechien aktiv, Springer in Rumänien, Polen, Tschechien und in Ungarn mit acht regionalen Zeitungen und vielen Zeitschriften auf dem Markt. Auch Gruner + Jahr betätigt sich erfolgreich in Ungarn, Rumänien, Tschechien.⁴ Mit diesen Engagements konnten die Verlage also dort expandieren, wo sie die deutsche Fusionskontrolle nicht behindert und die Marktzutrittsbarrieren nicht unüberwindbar sind.

Ähnliches beobachten wir im Rundfunkbereich. Das internationale Beteiligungsunternehmen Eurocast ist z. B. an Radiostationen in Polen und Tsche-

2 Walter J. SCHÜTZ, *Zur Entwicklung des Zeitungsmarktes in den neuen Ländern 1989–1992*, in: Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (Hg.): *Zeitungen '92*, Bonn 1992, S. 270–296.

3 Siehe dazu die umfangreiche Dokumentation von Michael HALLER/Johannes LUDWIG/Hartmut WESSLER, *Entwicklungschancen und strukturelle Probleme der Zeitschriftenpresse in den neuen Bundesländern*, Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, Leipzig 1994.

4 Horst RÖPER, *Formation deutscher Medienmultis 1999/2000. Entwicklungen und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen*, in: *Media Perspektiven*, Nr. 1/2001, S. 2–30.

chien beteiligt, RTL mit Sendern und Beteiligungen überall in Osteuropa, wo ausländische Unternehmen aktiv werden dürfen.

Und doch feiert niemand diese Erfolgsgeschichte der Medien nach der Wende in der DDR. Ein in Deutschland schon damals eher zurückhaltendes Interesse bestand noch in den ersten Nachwende-Jahren. Etwa ab Mitte der 90er reißt es dann schlagartig ab. Selten ausdrücklich thematisiert und benannt, äußert sich – ganz gegen den Trend dieser Zahlen – ein eher diffuses Unbehagen, vor allem dann, wenn die PDS wieder Wahlerfolge in den neuen Ländern feiert. Dann wird – oft von gegensätzlichen Positionen aus – über die Medien und deren Einfluss spekuliert.

Die Schriftstellerin Monika Maron hat zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung den Medien die Schuld dafür zugeschoben, dass die Mauer in den Köpfen der Menschen fortbestehe: Die (westdeutsche) Presse zeichne ein diskriminierendes Bild vom larmoyanten, dumpfen, rechtsradikalen und Demokratie unfähigen Ossi.⁵ Die Schuld liege im Osten, konstatiert dagegen Elisabeth Noelle-Neumann: Dass sich Ostdeutschland in zahlreichen Punkten bis heute nicht aus der Indoktrination der DDR-Zeit gelöst habe, liege daran, dass ein gesinnungsfestes Mediensystem auch nach der Wende zu einem großen Teil erhalten geblieben sei.⁶

Wissenschaftliche Untersuchungen zur Medienberichterstattung⁷ in den neuen Bundesländern liegen längst vor und können die Diskussion versachlichen. Die Ergebnisse der Presseanalysen bestätigen einen engen Zusammenhang von Berichterstattung und den Strukturen des ostdeutschen Mediensystems, das durch medienpolitische Entscheidungen bzw. Enthaltensamkeit geformt wurde und verantwortet werden muss.

Und tatsächlich ist das Mediensystem in den neuen Bundesländern bis heute maßgeblich durch strukturelle Faktoren bei der Neuorganisation bestimmt. Hierbei gaben – spätestens mit dem Tag der Wiedervereinigung – zwei durch

5 Monika MARON, *Unüberwindlich? Die Mauer in den Köpfen*. Rede anlässlich der Verleihung des Journalistenpreises der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis – am 16.09.1999 in Leipzig. Unveröffentlichtes Redemanuskript.

6 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Die Deutschen haben die Probe als Nation bestanden. Die Wiedervereinigung ist aber noch nicht abgeschlossen*, in: FAZ vom 27.09.2000.

7 Untersuchungen zur Berichterstattung von Zeitungen in den neuen Bundesländern liegen vor von: Winfried SCHULZ, *Den roten Federn auf der Spur. Ein erster Bericht über eine vergleichende Inhaltsanalyse ost- und westdeutscher Tageszeitungen*, in: Beate SCHNEIDER/Kurt REUMANN/Peter SCHIWY, *Publizistik. Festschrift für Walter J. Schütz*, Konstanz 1995, S. 287–299; Helmut SCHERER/Lutz M. HAGEN/Theodor ZIPFEL/Harald BERENS, *Die Darstellung von Politik in ost- und westdeutschen Tageszeitungen*, in: *Publizistik*, 42 (1997), S. 413–438; Beate SCHNEIDER/Wiebke MÖHRING/Dieter STÜRZEBECKER, *Lokalzeitungen in Ostdeutschland – Strukturen, Publizistische Leistung und Leserschaft*, in: *Media Perspektiven*, Nr. 7/1997, S. 378–390; Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER/Wiebke MÖHRING, *Ortsbestimmung. Lokaljournalismus in den neuen Ländern*, Konstanz 2000; Wiebke MÖHRING, *Die Lokalberichterstattung in den neuen Bundesländern. Orientierung im gesellschaftlichen Wandel*, München 2001.

staatliche Akte berufene Institutionen den Ausschlag: Die Treuhandanstalt, zuständig für die Privatisierung der vormalig übermächtigen SED-Presse, und die so genannte »Einrichtung« für die »Abwicklung« des ehemaligen DDR-Rundfunks. Beiden Institutionen ist in der Folgezeit Fantasielosigkeit, mangelnde Sensibilität, parteipolitische Schacherei und Versagen vorgeworfen worden. Unerwünschte Nebenwirkungen durch den Rückgriff auf »medienrechtliche Stereotypen« wurden befürchtet, langfristige »mentale Verwerfungen« vorhergesagt. Der Verzicht auf Innovationen bei der Medienentwicklung in den neuen Ländern könne sich eines Tages als »historischer Fehler« erweisen.⁸

Eine Bestandsaufnahme bestätigt die negativen Folgen: Im Rundfunk kam es zu einer strikten Angleichung der Systeme. Die »Einrichtung« unter ihrem »Rundfunkbeauftragten« Rudolf Mühlfenzl agierte als Liquidationsgesellschaft zur Auflösung des DDR-Hörfunks und -Fernsehens und musste dabei nach politischen Vorgaben der Länder handeln. Kennzeichnend dafür ist einerseits die »Abwicklung« des staatlich-zentralistischen Systems in seinen bis dahin bestehenden Strukturen, Sendeanstalten und Programmangeboten und die Strukturierung eines neuen Systems. Im öffentlich-rechtlichen als auch im privaten Sektor wurde dabei das bundesrepublikanische Modell übertragen.

Dieses duale System hatte sich zwar in den Grundzügen bewährt, galt jedoch auch Anfang der 90er Jahre schon in wesentlichen Teilbereichen als nicht mehr zeitgemäß und daher dringend reformbedürftig. Pläne für einen Nordostdeutschen Rundfunk (NORAG) als gemeinsame Anstalt für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin in der neuen Form einer öffentlich-rechtlichen Holding als schlanke Verwaltungseinheit ohne Programmproduktion wurden zwar entwickelt, aber nicht verwirklicht. Dabei hätte gerade dieses innovative Modell die Strukturschwächen des gesamten öffentlich-rechtlichen Systems überwinden helfen können.⁹ Mecklenburg-Vorpommern aber entschloss sich für den Verbund mit dem NDR, und Brandenburg verlor daraufhin jedes Interesse an einer gemeinsamen Anstalt mit dem als dominant gefürchteten Berlin und einem schuldenbelasteten, subventionsbedürftigen SFB. Die im Februar 1992 in einem Staatsvertrag in Aussicht genommene enge Zusammenarbeit im Bereich des Rundfunks wurde erst im Jahr 2002 Realität.

⁸ Peter SCHIWY, *Versagt, versäumt, verpasst. Die Medienneuordnung in den neuen Bundesländern*, in: *Bertelsmann Briefe*, Nr. 127, 1992, S. 42–46; Beate SCHNEIDER, *Die ostdeutsche Tagespresse – eine (traurige) Bilanz*, in: *Media Perspektiven*, Nr. 7/1992, S. 428–441.

⁹ Vgl. ausführlich Walter J. SCHÜTZ, *Der (gescheiterte) Regierungsentwurf für ein Rundfunküberleitungsgesetz der DDR. Chronik und Dokumente*, in: Arnulf KUTSCH/Christina HOLTZ-BACHA/Franz R. STUKE (Hg.), *Rundfunk im Wandel. Beiträge zur Medienforschung. Festschrift für Winfried B. Lerg*, Berlin 1992, S. 263–303; Beate SCHNEIDER, *Massenmedien im Prozess der deutschen Vereinigung*, in: Jürgen WILKE (Hg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 602–629.

Langwierige Verhandlungen zwischen den Regierungschefs der Länder und der Bundesregierung gingen der Gründung des »Deutschlandradios« voraus. Verbrämt als Rettungsversuch für den »Deutschlandsender Kultur« aus der DDR-Hinterlassenschaft ging es weit mehr um den Erhalt des »Deutschlandfunks« und die Integration des ersten Hörfunkprogramms von »RIAS Berlin«. Beide Sender hatten in der Zeit vor der Wende die Aufgabe, mit ihren Programmen ganz Deutschland, also auch die Menschen in der DDR, mit Informationen zu versorgen und auf die Einheit hinzuwirken. Mit der Vollendung dieser Einheit hatten sie eigentlich ihre Existenzberechtigung – gemessen am Programmauftrag – verloren. Der politische Wille bescherte Deutschland stattdessen zwei nationale Hörfunkprogramme, und »DS Kultur« verdankt seine Existenz politisch teuren Kompromissen, um den Bestand von eigentlich obsolet gewordenen westdeutschen Sendern im neuen Gewand zu legitimieren.

Auch die Gestaltung des privaten Rundfunks in ausschließlicher Kompetenz der neuen Länder ist kaum mehr als eine bloße Kopie von West-Standards. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: An allen der im neuen Bundesgebiet zugelassenen Sendegesellschaften sind gerade die westdeutschen Unternehmen oder Unternehmensgruppen maßgeblich beteiligt, die bereits über große Beteiligungen in der Rundfunklandschaft der alten Bundesländer verfügen. Ebenso wie in Westdeutschland hält man vorrangig Verlage für die geborenen Radio-Betreiber, obwohl ja gerade sie in den neuen Bundesländern fast ausschließlich Monopolisten in ihrem Verbreitungsgebiet sind und die Konzentration so maßgeblich beschleunigt wird. Auch wenn die elektronischen Medien der ehemaligen DDR grundlegend umstrukturiert wurden: Die Bezeichnung »Neu«-Ordnung haben diese Anstrengungen nur bedingt verdient: Die Chance zur Innovation im wiedervereinigten Deutschland wurde versäumt.

War beim Rundfunk der politische Gestaltungswille groß, ist die Entwicklung im Pressewesen vorwiegend durch medienpolitische Abstinenz gekennzeichnet. Die Treuhandanstalt betrieb den spektakulärsten, umstrittensten und folgenreichsten Zeitungsverkauf der deutschen Geschichte. Immerhin ging es um die »Filetstücke« der ostdeutschen Presse: 14 profitable Regionalzeitungen, wegen ihrer Rolle im SED-Staat zwar politisch diskreditiert, dafür aber mit enorm hohen Auflagen von bis zu 660.000 Exemplaren und, pressewirtschaftlich noch wichtiger, mit einem von den DDR-Machthabern beabsichtigten Monopol in der Lokalberichterstattung. Eher widerwillig waren diese Blätter nach dem Fall der Mauer von der SED/PDS in die Unabhängigkeit entlassen und in Volkseigentum überführt worden. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik lag es gemäß Einigungsvertrag an der Treuhandanstalt, sie »wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren«.¹⁰

¹⁰ Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER, *Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern*, Baden-Baden 1998, S. 31ff.

Die Kritik an der Treuhandanstalt konkretisiert sich bis heute auf die Vergabe- und Auswahlkriterien beim Verkauf der ehemaligen SED-Zeitungen. Die ausschließliche Orientierung an hohen Erlösen und schnellem Verkauf, vor allem das Ausblenden medienspezifischer Besonderheiten, haben letztlich dazu geführt, dass ausnahmslos große westdeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenverlage zum Zuge kamen. So hat sich nicht nur die Kluft zwischen großen und mittleren bzw. kleineren Verlagen vertieft.

Am folgenreichsten war die Privilegierung leistungsstarker Konzerne durch die Überlassung etablierter Traditionstitel mit großen Verbreitungsgebieten und hohen Auflagen für die zahlreichen – wirtschaftlich unterlegenen – Neugründungen in Ostdeutschland. Eine Entflechtung – wie in anderen Bereichen der Wirtschaft üblich – wurde nicht einmal erwogen. Die auch in Pressefragen völlig unerfahrenen Treuhandmanager erwiesen sich beratungsresistent. Die seit jeher privilegierten ehemaligen SED-Zeitungen wurden mit ihren überdimensionierten Verbreitungsgebieten, ihren gegenüber Westdeutschland unvergleichbar hohen Auflagen von teilweise über einer halben Million Exemplaren mit allen Liegenschaften und ihren Druckereien verkauft. Damit hatten diese Blätter gegenüber ihrer Konkurrenz einen Wettbewerbsvorsprung auf dem in Deutschland traditionell zur Konzentration neigenden Zeitungsmarkt.¹¹

Damit allerdings war die Privatisierung der früheren SED-Presse noch lange nicht abgeschlossen. Galt es doch, die Restitutionsansprüche der SPD abzuklären. In einigen der SED-Blätter sah die Partei unmittelbare Nachfolgeorgane von SPD-Zeitungen, die von den Nationalsozialisten enteignet und 1946 durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD an die SED übergegangen sind. Der Streit endete mit einem Kompromiss: Die SPD erhielt eine stille Beteiligung in Höhe von 40 Prozent an der »Sächsischen Zeitung« in Dresden zur Abgeltung aller Ansprüche an anderen ehemaligen SED-Titeln. Dass die SPD ihren ohnehin schon ansehnlichen Pressebesitz in Westdeutschland damit noch einmal kräftig aufstocken konnte, hat die Kritik erst im vergangenen Jahr aufgegriffen – mit einer Zeitverzögerung von knapp zehn Jahren.

Glücklos blieben die Verkaufspolitik der Treuhand und die Aufsicht der Kartellbehörden auch auf anderen Feldern. Das Ziel, jedem Kaufinteressenten nur eine einzige Zeitung zuzugestehen, wurde schnell unterlaufen. Waren die Verträge erst einmal unterschrieben, kümmerte sich niemand mehr darum, wenn in der Folgezeit Änderungen an den Eigentümerstrukturen erfolgten wie bei den »Lübecker Nachrichten«, die schon bald 50 Prozent der Anteile an ihrer Neuerwerbung »Ostsee-Zeitung« direkt an den Axel Springer Verlag weiterreichten – ohne Murren des Bundeskartellamts.¹² Ein beredtes Beispiel

¹¹ EBD.

¹² Beate SCHNEIDER/Dieter STÜRZEBECKER, *Bilanz der Einheit*, in: *Journalist*, Sonderausgabe Dezember 1999, S. 42–44.

ist auch das trickreiche Agieren des WAZ-Konzerns zur Umgehung des Kartellamts bei den Zeitungsbeteiligungen in Thüringen. Dem Verlag wurde zwar eine Reduzierung der Anteile zugunsten der Mitarbeiter und eines anderen Verlages abgerungen. Fünf Jahre allerdings hat das Kartellamt anschließend gebraucht, um zu merken – und zu untersagen –, dass diese Zusagen schnell wieder unterlaufen worden waren.

Manches Versäumnis rächte sich sogar noch später: Ziel der Treuhand war es, beim Verkauf keine zusammenhängenden Verbreitungsgebiete von Zeitungen desselben Verlages in Ost- und Westdeutschland entstehen zu lassen. Und doch erhielt die mehrheitlich zum Süddeutschen Verlag (München) zählende »Neue Presse« in Coburg den Zuschlag für das unmittelbar im Südthüringer Raum verbreitete »Freie Wort« in Suhl. Diese günstige Konstellation hat der Verlag dankend angenommen und jüngst zur Rationalisierung genutzt.¹³

Die »grenzüberschreitende« redaktionelle Zusammenarbeit dieser Blätter sowie der ebenfalls dem Süddeutschen Verlag gehörenden Hofer »Frankenpost«, dem »Vogtland-Anzeiger« in Plauen und der »stz Südthüringer Zeitung« (Bad Salzungen) hat die kärgliche publizistische Vielfalt in dieser Region weiter verringert.

Die Zeitungslandschaft im Osten unterscheidet sich deshalb wesentlich von der im Westen:

- Die Zahl der Ausgaben ist im Verhältnis deutlich geringer,
- die Konkurrenzdichte ist weitaus niedriger,
- das lokale Zeitungsmonopol ist die Regel und
- der Typ der verlegerisch selbstständigen Lokalzeitung ist nahezu unbekannt.

Die Presse-Privatisierung der Treuhand hat überall in den neuen Ländern zu einer Kombination von Marktmacht und Auflagenhöhe mit Know-How und Finanzstärke aus Westdeutschland geführt. Unter diesen Vorzeichen waren nahezu alle der einst 80 nach der Wende neu gegründeten Zeitungen in Ostdeutschland zur Aufgabe gezwungen. Wer den erbitterten Kampf überlebt hat – und das sind einige wenige – kooperiert inzwischen mit einer der großen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Nur die »Altmark Zeitung« des Verlegers Dirk Ippen hat es bisher geschafft: In ihrem kleinen Verbreitungsgebiet ist sie unabhängiger Marktführer. Auf die ehemaligen SED-Parteizeitungen entfallen nun fast 95 Prozent der Gesamtauflage der Abonnementpresse in den neuen Ländern. Ihre Marktstellung ist heute unangefochtener denn je und wurde ge-

13 EBD.

genüber den Tagen der SED noch ausgebaut. Die Staatspartei hatte sich mit einem Anteil von 86 Prozent zufrieden gegeben.¹⁴

Außerhalb Berlins herrschen deshalb heute Pressestrukturen vor, die denen längst vergangener DDR-Zeiten weitaus mehr ähneln als denen in Westdeutschland. Die überwiegend konkurrenzlosen Zeitungen sind zwar dicker, bunter und zweifellos informativer als früher, weisen aber dennoch ein Ausmaß an – auch personeller – Kontinuität auf, wie es wohl in keinem anderen Bereich des politischen und gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland vorzufinden ist. Dass ausgerechnet die alten SED-Organen mit ihrer einst besonderen Rolle im Machtgefüge der DDR und ihrer herausragenden publizistischen Bedeutung in heutiger Zeit fast drei Viertel ihrer früheren Redakteure auch nach der Wende weiterbeschäftigt¹⁵ und die neuen (westdeutschen) Verleger auf eine Stasi-Überprüfung weitgehend verzichtet haben,¹⁶ gab auch der Enquête-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit Anlass zur Kritik – und sorgte in den Redaktionen selbst bis in jüngste Vergangenheit für einige unliebsame Enthüllungen »in eigener Sache«. Auch wenn solche Enthüllungen heute gerne instrumentalisiert werden, fällt doch auf, dass bisher nur 35 Journalisten bei privaten Arbeitgebern von der Gauck-Behörde überprüft wurden.¹⁷

Das Zeitungsgeschäft ist für die großen Verlage allerdings keineswegs einfacher geworden. Im Gegenteil: Seit der Wende haben die einstigen SED-Bezirksorgane im Durchschnitt mehr als zwei Fünftel ihrer Auflage eingebüßt; allein seit Mitte der 90er Jahre beläuft sich das Minus auf rund 15 bis 20 Prozent, und ein Ende des Leserschwunds ist nicht in Sicht. Diese Entwicklung muss nicht nur eine Folge von Bevölkerungsabwanderungen und knapper Kassen sein; vielleicht ist es auch eine Reaktion auf als unzureichend empfundene redaktionelle Leistungen.

14 Vgl. B. SCHNEIDER/D. STÜRZEBECKER/W. MÖHRING, Ortsbestimmung (wie Anm. 7), S. 90.

15 Beate SCHNEIDER/Klaus SCHÖNBACH/Dieter STÜRZEBECKER, *Journalisten im vereinigten Deutschland. Strukturen, Arbeitsweisen und Einstellungen im Ost-West-Vergleich*, in: *Publizistik*, 38 (1993), S. 353–382, S. 358f.; Beate SCHNEIDER/Klaus SCHÖNBACH/Dieter STÜRZEBECKER, *Ergebnisse einer Repräsentativbefragung zur Struktur, sozialen Lage und zu den Einstellungen von Journalisten in den neuen Bundesländern*, in: Frank BÖCKELMANN/Claudia MAST/Beate SCHNEIDER (Hg.), *Journalismus in den neuen Ländern. Ein Berufsstand zwischen Aufbruch und Anpassung*, Konstanz 1994.

16 Im Auftrag der »G+J Berliner Zeitung Verlag GmbH & Co.«, der »Märkischen Oderzeitung« und der »Sächsischen Zeitung« untersuchte Prof. Dr. Ulrich Kluge »die Absicherung der Berichterstattung der Bezirksparteizeitungen der SED durch das Ministerium für Staatssicherheit«; Ulrich KLUGE/Steffen BIRKEFELD/Silvia MÜLLER, *Willfährige Propagandisten. MfS und SED-Bezirkzeitungen: Berliner Zeitung, Sächsische Zeitung, Neuer Tag*, Stuttgart 1997.

17 Renate OSCHLIES, *Ein Bereich wurde ausgespart. Debatte über die Stasi-Aufarbeitung in den Medien*, in: *Berliner Zeitung* vom 12./13.5.2001; *Fast kein Zeitungsjournalist auf Stasi-Mitarbeit überprüft*, AP-Meldung vom 11.05.2001.

So werden publizistische Monopole auf lokalen Märkten für die Verlage zum Fluch: Leser von Monopolzeitungen beurteilen »ihr« Blatt deutlich schlechter als jene, die eine Auswahlmöglichkeit haben. Dies hat gute Gründe. Denn tatsächlich sind die redaktionellen Leistungen von Zeitungen ohne örtlichen Wettbewerber – übrigens auch in Westdeutschland – gerade in den Lokalteilen erheblich schwächer. Etliche Leser in den neuen Ländern halten ihrer Zeitung nur der Not gehorchend (noch) die Treue – mangels Alternativen zur lokalen Information.¹⁸

Zynisch wäre hier anzumerken, dass es bei aller Nachlässigkeit von Behörden und Managern doch tröstlich ist, wenn wenigstens die Leser wach bleiben und reagieren. Und wen wundert es angesichts dieser Entwicklungen, dass auch die Abschaffung der Pressefusionskontrolle ernsthaft im Gespräch ist. Das Pressestatistikgesetz ist ja bereits vorsorglich in den 90er Jahren abgeschafft worden.

Alle diese Fehlentwicklungen lassen sich durch medienpolitisches Handeln, vor allem aber auch durch medienpolitische Abstinenz erklären. Die anfangs geschilderten großen Erfolge aber ebenso. Medienpolitik scheint – das lehren die Ereignisse – immer mehr zum Spielball von Interessen nicht nur der Politiker zu verkommen. Mit Medien, so hat es sich mehr denn je herumgesprochen, lassen sich vielleicht Wahlen gewinnen, mit Medienpolitik sicher nicht. Die Materie ist kompliziert, der Gegenwind stark, die Akteure einflussreich. Vor allem kurzfristige, wählerwirksame Effekte sind nicht zu erwarten, und die langfristigen Folgen müssen andere verantworten.

18 B. SCHNEIDER/D. STÜRZEBECKER, *Bilanz* (wie Anm. 12), S. 42–44.

LITERATUR

Johannes Schauff Zum 100. Geburtstag

von Günter Buchstab

Vor hundert Jahren, am 19. Dezember 1902, wurde Johannes Schauff in Stomeln bei Köln geboren. Er gehört zu jenen Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, die nicht im Scheinwerferlicht standen und insofern heute nur noch wenigen Zeitgenossen bekannt sind. Schauff machte keine Schlagzeilen, doch manchmal Geschichte aus dem Hintergrund. An ihn zu erinnern, ist das Verdienst einer Arbeit, die sich vornehmlich auf den im Institut für Zeitgeschichte München (IfZ) verwahrten Nachlass stützt.¹

Der aus dem katholischen Rheinland stammende Schauff schloss sein Studium der Staatswissenschaften, Statistik und Geschichte in Berlin und Leipzig bereits 1925 mit der Promotion ab. Schon während des Studiums engagierte er sich zusammen mit seiner späteren Frau Karin bei Carl Sonnenschein in der praktischen Sozialarbeit. Daneben befasste er sich mit Wahlrechtsfragen und dem Wahlverhalten der deutschen Katholiken seit Beginn des Kaiserreichs (1928 veröffentlicht – neu aufgelegt 1975). Damit zählte er zu den Pionieren der deutschen Wahlforschung. Beruflich betätigte er sich auf Anraten Heinrich Brünnings seit 1926 erfolgreich beim Aufbau des landwirtschaftlichen Siedlungswesens im deutschen Osten, was ihn bei protestantischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten (»Agrarbolschewist«) missliebig machte. Bevor er 1932 als jüngster Zentrumsabgeordneter in den Reichstag einzog, hatte er erste politische Erfahrungen gesammelt in den Jugendorganisationen der Zentrumspartei. Am 23. März 1933 war er einer der wenigen, die fraktionsintern das Ermächtigungsgesetz ablehnten.

Im Zuge der »Gleichschaltung« verließ er Berlin und die »Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation«, emigrierte 1937 nach Rom und schließlich 1939 nach Brasilien, wo er sich eine neue Existenz als Farmer aufbaute. Sein großer Bekannten- und Freundeskreis aus seiner Weimarer Zeit und seine guten Beziehungen zum Vatikan ermöglichten ihm, zahlreichen politisch und rassistisch Verfolgten ebenfalls zur Emigration zu verhelfen.

Unmittelbar nach Kriegsende übernahm er, ohne jedoch in die eigentliche Politik zurückzukehren, wieder in Europa gestaltende Aufgaben. Dabei kamen

¹ Dieter Marc SCHNEIDER: Johannes Schauff (1902–1990); Migration und »Stabilitas« im Zeitalter der Totalitarismen. Oldenbourg, München 2001. 243 Seiten

ihm seine alten Verbindungen und Freundschaften sehr zustatten. Er gründete und leitete die »Internationale Katholische Auswanderungskommission« in Genf, die sich im weltweiten Rahmen der Aussiedlung von Flüchtlingen aus Europa annahm. Er baute in Südtirol ein Sozialwerk auf, das die Folgen der Hitler-Mussolinischen Umsiedlungspolitik zu bewältigen suchte, und er kümmerte sich um die Entschädigung der Südtiroler. Er ebnete den Weg von SPD-Politikern wie Leber und Wehner in den Vatikan und trug zur Normalisierung des Verhältnisses der SPD zur katholischen Kirche bei. Als Mitglied der päpstlichen Kommission »Justitia et Pax« vermittelte er in den 60er Jahren zwischen dem deutschen und polnischen Episkopat. Seine Rolle bei der möglichen Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse in den damaligen deutschen Ostgebieten trug ihm in Unionskreisen heftige Kritik ein (»Schattenbotschafter«). Schauff diente der Bundesregierung auch als Ratgeber auf dem Feld auswärtiger Kulturpolitik. Und nicht zuletzt war er hinter den Kulissen an der Bildung der Großen Koalition beteiligt, indem er seine Beziehungen zu dem ihm aus seiner Leipziger Studienzeit bekannten Herbert Wehner nutzte. Vergeblich hoffte er auf die Einführung des Mehrheitswahlrechts, zu dessen Verfechtern er schon in der Weimarer Republik gehört hatte.

Nicht zu vergessen ist schließlich der Anteil Schauffs an der Emigrationsforschung und an der Gründung der »Kommission für Zeitgeschichte« zur Institutionalisierung der Katholizismusforschung. Er gehörte zu den ersten, die Konzepte für eine deutsche Entwicklungshilfepolitik entwarfen. Als nach den Bundestagswahlen 1961 dafür ein neues Ministerium, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, eingerichtet und Walter Scheel (FDP) zu seinem ersten Minister berufen wurde, drängte er auf stärkere Kompetenz und Repräsentanz der CDU und der ihr nahestehenden Stiftung in diesem neuen Politikfeld. Seine Initiative führte im November 1961 zu einer Fachtagung der Politischen Akademie Eichholz über das geplante entwicklungspolitische Engagement und schließlich zur Gründung des »Instituts für Internationale Solidarität« der Konrad-Adenauer-Stiftung, das 1962 seine Arbeit zur Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen und des demokratischen Gedankens in den Entwicklungsländern aufnahm. Die Kontakte, die er zu den christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas und zum Weltverband christlicher Gewerkschaften vermittelte, waren dafür sehr hilfreich. So war es nur folgerichtig, dass er in der konstituierenden Sitzung des Instituts am 8. Februar 1962 in dessen Vorstand gewählt wurde. Konrad Adenauer veranlasste noch vor seinem Rücktritt als Bundeskanzler, dass Schauff zum Vorsitzenden des 1964 ins Leben gerufenen »Internationalen Solidaritätsfonds« in Rom bestellt und in den Institutsvorstand kooptiert wurde.

Schauff war ein Wanderer zwischen Europa und Lateinamerika, der Völkerverständigung zu seinem Anliegen machte, ein Anwalt von Verfolgten, Flücht-

lingen und Vertriebenen, ein Mittler zwischen Politik und Kirche und zwischen den Parteien, ein Anreger zeithistorischer Forschung. Vieles im Leben von Schauff verlief in der Stille. Wer weiß z.B., dass er es war, der in Brasilien Programme für die Aufnahme der Angola-Flüchtlinge ausarbeitete oder dass er die Seligsprechung von Pater Maximilian Kolbe als Symbol der Versöhnung zwischen Polen und Deutschen betrieb?

Seine Persönlichkeit und Vielseitigkeit kann diese Biographie nicht in allen Facetten ausleuchten. Schneider liefert aber über die biographischen Aspekte hinaus eine Reihe interessanter Informationen über persönliche Beziehungen und Kontinuitäten in der deutschen und internationalen Geschichte von mehr als einem halben Jahrhundert.

Abstracts*

Winfried Becker: A Convention of Catholic nobility. The German members of the committee of beneva (pp. 1–30)

After the seizure of Rome in 1870 a committee of laymen was founded in Geneva which gathered together the leaders of the most important Catholic organisation in Europe in order to defend the rights of the Holy See. The newspaper »Correspondance de Genève«, which was published by the committee, tried to advocate the Catholic-ecclesiastical point of view amongst the European states who were dominated by national, liberal and more often anti-clerical ideas. The German members of the committee were mostly conservative-minded noblemen. They were in close contact with the Austrian count Anton von Pergen, the head of the Geneva office. They were averse to liberal parliamentarianism by majority. By means of medial communication, the Catholic society movement and the organisation of international contacts, they tried to preserve and spread the Christian-social Thought. They finally blended into political Catholicism, whom they had at first rejected as »liberal«.

Rudolf Uertz: The Christian Democracy in the spectre of political ideas (pp. 31–62)

The division of parties and their programmes into right, middle and left seems to arise from an anthropological basic need. This can obstruct the political analysis, but can also provide a certain amount of orientation. Research during the 1960s and 1970s characterised the CDU almost without exception as a conservative party. This thesis was made plausible by equating Christian-democratic aims and objectives with certain positions of Christian social ethics and church circles. The Christian democracy is as a matter of fact an independent concept – besides conservatism, socialism and liberalism. The »C« proves to be a cultural Christian phenomenon underlying the basic principle of the CDU manifesto, a composition made out of right-wing and economically liberal as well as conservative and social principles.

Norbert Trippen: Josef Cardinal Frings and Konrad Adenauer (pp. 63–72)

The personal contact between Cardinal Frings and Konrad Adenauer in the years before 1933 was of great importance to the church's influence on the reorganisation of state and society in Germany after 1945. Adenauer tried to win the archbishop's – who also chaired the bishop's conference – support for his policy. Frings on the other hand took advantage of his contact to Adenauer to ensure ecclesiastical interests within the Basic Law. The fact that Frings gave up his equidistance to both CDU and Zentrum and became a member of the CDU in 1948, was noticed as a breach of the Reich Concordat's article 32 and had to be cancelled directly according to Rome's instructions.

* Translated by Denise Lindsay

Krzysztof Ruchniewicz: Adenauer's Attitude towards Poland and the Polish People (pp. 73–94)

Konrad Adenauer, the first Chancellor of the Federal Republic of Germany, created the main line of West German policy towards its West European neighbours. The author of the article deals with another important aspect of Adenauer's foreign policy on the basis of three main questions: 1. Adenauer's attitude towards Poles and their country; 2. his ideas about the beginning of political relations with the Polish People's Republic; 3. the place of Poland in a future united Europe. Although Adenauer had only few contacts with Poles, his views about the Polish nation were positive, even though the communist propaganda tried to show him in quite a different light – as an enemy of Poland. The German Chancellor thought that the unification of Europe wouldn't be complete without Poland and Eastern Europe. The author also shows the conditions of Adenauer's domestic policy (the Oder-Neisse policy, the faith of expelled Germans) and his foreign policy (the East-West conflict). Adenauer's deep conviction of the full dependence of Poland on the Soviet Union, was accountable for his not recognizing the positive signals of Warsaw towards Bonn and independent steps of Poland in its policy during the era of the Gomulka regime. The Chancellor who created and strongly supported the new German policy towards the West didn't dare do such a step towards the East. The trade missions created in 1963 were the only element of relations between Poland and West Germany up to 1970.

Franz Möller: Eugen Gerstenmaier and the Federal Assembly in Berlin 1969 (pp. 95–126)

The intention of Eugen Gerstenmaier, then president of the German parliament, to summon the Federal Assembly in 1969 again to Berlin was accompanied by strong diplomatic objections. Furthermore the GDR tried to put Gerstenmaier under pressure by means of a public and a subversive campaign. The pamphlets put out by the State Security Service (MfS) in 1968 questioned his resistance against the Nazi regime by forging documents and tried to denigrate him as a follower of Hitler. West German press organs took up the accusations deliberately. The legal proceedings however instituted by the public prosecutor's office in Bonn ended after 5 ½ years with the abandonment of the proceedings and Gerstenmaier's full rehabilitation.

The author proves with the help of thorough researches made by the public prosecutor's office and through newly found documents of the Gauck-Commission that Gerstenmaier was an active fighter against National Socialism thus being denied a university lectureship; later on he was arrested for his involvement in the attempt to assassinate Hitler and sentenced by the People's Court.

Andreas Wirsching: The media »construction« of politics and the Wende (change) 1982/83 (pp. 127–139)

The article analyses the political and cultural idea underlying the Christian-democratic concept of »change« which has been propagated since the 1970s. Its socio-political inconsistency could not be abrogated by its being put on in public. The effort put across by the media of the events in 1982/83 stood in no relation to the politically matter of fact tenor of the following years. This demonstrates a generally discernible double function of democratic politics – the exterior construed by the media and the objective policy, a function which was historically essential and from the beginning on inherent in mass participatory types of government.

Hanns Jürgen Küsters: The natural necessity of change – or: how the Kohl government contributed to the downfall of the Berlin wall (pp. 141–160)

The Kohl government adhered during the 1980s to the treaties concluded with the GDR and tried extend co-operation to different fields. It was intended to unmask the ideology propagated by the SED as implausible by making it possible for more East Germans to get to know the West in person. The downfall of the GDR was neither brought about by the rapprochement of systems nor through a liberalisation by stabilising the SED's system. The fall of the Berlin wall was the consequence of economic disintegration, the moral courage of a new generation in the GDR not longer willing to accept the SED's authority and the implausibility of the socialist system that proved to be incapable of providing a modern standard of living, social justice, prosperity and security.

Jürgen Wilke: The media policy during the 1980s (pp. 161–168)

In his introduction Wilke outlines the changes that have taken place on the media market since the 70s. The constitutional, economic and socio-political problems the innovators had to face are made clear.

Bernhard Vogel: The struggle for a new media system. Initiatives and innovation (pp. 169–176)

Bernhard Vogel, prime minister of Rhineland-Palatinate (1976–1988), describes the breakthrough of the new transfer mode system with the help of the pilot scheme at Ludwigshafen which – for the first time – made transmitting power available to private providers. As a result of this initiative by Rhineland-Palatinate it became possible to feed local and private channels via the communications satellite into the cable networks, so that they could be received nationwide. Because of the viewers' positive reaction to this pilot scheme, the other Federal states felt bound to give up their blockading strategy. The competition between private providers and the public broadcasting companies had a positive effect on all those involved. The diversity of opinion was increased and restricted the growing politicising of radio and television which had taken place during the 70s.

Christian Schwarz-Schilling: The innovator is surrounded by enemies – A statement (pp. 177–194)

Christian Schwarz-Schilling, Federal minister of posts and telecommunications (1983-1992), describes the Christian-democratic parties' shift in thinking, who set their target as early as 1978 – contrary to the SPD – on using the new transfer mode systems, therefore extending the diversity of opinion and information by means of competition. For the first time new technologies – digitalisation, satellite transmission and cable networks – made a quantitatively and qualitatively enlargement of capacity possible with reducing costs at the same time.

His assumption of office started the process of a technological catch-up, new technologies (such as fibre glass, viewdata, fax, cordless phones and mobiles) were employed. The wiring of homes rose from 2% (1983) up to 60% (1992), the frequency ranges of radio and television programmes were extended. The state-owned mail's monopoly was abolished.

Klaus von Dohnanyi: The issue of reaching realistic forms of consensus despite party boundaries (pp. 195–202)

Looking back Klaus von Dohnanyi – governing mayor of Hamburg (1981–1988) – deals with the SPD’s disapproving attitude, who during the 70s wanted to hold on to the public broadcasting system – being afraid that the introduction of new technologies would mean further concentration on the media market and that the commercial influence of private providers would threaten the freedom of opinion.

Peter Schiwy: Out of the defensive to success. The public broadcasting companies reflected in the change of media policy (pp. 203–208)

Schiwy comments critically on the innovation pushed by the Federal minister of posts and telecommunications, Christian Schwarz-Schilling, which – by investing billions – was on the one hand an economic success, but on the other hand led to a kind of state controlled guidance of economy. In his eyes the way the public broadcasting companies were seen by the judiciary was out of touch with reality as the real motives, television ratings, journalism by cheque-book and the media’s ideological influence, were underestimated. Equating the private suppliers under the media legislation took nearly two decades. Taking successfully advantage of this fact, the public broadcasting companies who had initially tried to prevent the change from taking place improved in the meantime their programmes.

Claus Detjen: The newspaper publishers’ waver between denial and commitment (pp. 209–216)

Detjen examines the newspaper publishers’ sceptical attitude who being afraid of incalculable consequences took up the opportunities only hesitantly, especially as they had just introduced new technologies for the manufacturing of print products.

Beate Schneider: The change on the media market (pp. 217–226)

Beate Schneider paints a critical picture of the media landscape in the newly-formed German states. The opportunity to reorganise the media market in the course of the process of reunification was given away. The GDR’s electronic media were in fact restructured and the well-tried dual broadcasting system transferred but more obvious reforms were not tackled. As the Treuhand was more interested in making profits than in establishing a long-term diversity of opinion while privatising the SED-owned press, monopoly and concentration are nowadays typical of the press in the newly-formed German states.

Résumés*

Winfried Becker: Une internationale d'aristocrates catholiques. Les représentants allemands du comité genevois (pp. 1–30)

Après la prise de Rome, en 1870, un comité genevois composé de personnalités internationales se forma pour défendre la papauté. Celui-ci fit paraître jusqu'à la fin de 1873 un journal, «La Correspondance de Genève», qui devait faire entendre les positions de l'Église catholique au milieu du concert des nations européennes désormais dominées par des idées nationales, libérales et bien souvent anticléricales. Les représentants allemands dans le comité étaient pour la plupart des nobles de tendance conservatrice. Ils entretenaient des liens étroits avec le Comte autrichien Anton von Pergen, qui était à la tête du bureau de Genève. Ils abhorraient le parlementarisme majoritaire libéral. Grâce à une communication médiatique, au mouvement des associations catholiques et à l'organisation de contacts internationaux, ils cherchèrent à préserver et à répandre la pensée chrétienne-sociale. Ils correspondaient donc finalement à l'image, un temps rejetée par eux car trop libérale, d'un catholicisme politique en Allemagne et en Autriche.

Rudolf Uertz: La Démocratie chrétienne dans le paysage politico-idéologique (pp. 31–62)

La répartition des partis et de leurs programmes selon les critères droite-centre-gauche semble avoir pour origine un besoin anthropologique fondamental. Elle peut être un obstacle à l'analyse politique, mais elle peut également proposer une orientation dans une certaine mesure. La recherche dans les années soixante et soixante-dix a presque systématiquement classé la CDU comme parti conservateur. Cette thèse était fondée sur l'assimilation du programme chrétien-démocrate avec certaines positions de l'enseignement social chrétien et de cercles ecclésiastiques. En effet, la démocratie chrétienne représente une idéologie politique autonome – à côté du Conservatisme, du Socialisme et du Libéralisme. Le «C» du sigle de ce parti apparaît ainsi comme un phénomène culturel-chrétien qui est à l'origine de la synthèse entre les fondements de droite et de libéralisme économique, et les fondements sociaux; autant d'éléments que l'on retrouve dans le programme de la CDU.

Norbert Trippen: Le Cardinal Josef Frings et Konrad Adenauer (pp. 63–72)

Le contact personnel entre le Cardinal Frings et Konrad Adenauer durant les années qui précéderent 1933 permit à l'Église catholique de jouer un rôle important dans la reconstruction de l'Etat et de la société en Allemagne après 1945. Adenauer chercha à obtenir le soutien de l'archevêque et président de la conférence épiscopale allemande pour sa politique. Réciproquement, Frings mit à profit ses relations avec Adenauer pour s'assurer que les intérêts de l'Église seraient bien représentés dans la loi fondamentale. Lorsque Frings renonça à garder des distances convenables avec la CDU et le Zentrum et qu'il adhéra à la CDU 1948, son attitude fut enregistrée comme allant à l'encontre de l'Art. 32 du Concordat avec le Reich et il dût faire marche arrière sur l'ordre du Saint-Siège.

* Traduit de l'allemand par Johanna Touzel

Krzysztof Ruchniewicz: La position d' Adenauer concernant la Pologne et sa population (pp. 73–94)

Konrad Adenauer, le premier Chancelier de la République fédérale, mit au point les lignes directrices de la politique allemande vis à vis de ses voisins d'Europe de l'Ouest. L'auteur traite d'un autre aspect important de la politique étrangère d'Adenauer en posant trois questions: 1. La position d'Adenauer à l'égard des polonais et de leur pays; 2. La mise en place de relations politiques avec la République populaire de Pologne; 3. La position de la Pologne face à une Europe unie. Bien qu'Adenauer n'ait eu que peu de contacts avec la Pologne, ses vues sur la nation polonaise étaient positives, et ce en dépit de ce qu'avait voulu démontrer la propagande communiste en le présentant comme un ennemi de la Pologne. Le Chancelier allemand était persuadé que l'unification de l'Europe aurait été incomplète sans la Pologne. Il jugeait cependant que la Pologne était complètement dépendante de l'URSS, ce qui l'amena à ne pas reconnaître les signaux positifs de Varsovie à l'adresse de Bonn, ni les démarches indépendantes de la Pologne durant l'ère Gomulka. Le chancelier, qui avait initié et développé énergiquement la nouvelle politique de l'Allemagne en direction de l'Ouest, craignait de s'engager dans une démarche semblable vis à vis de l'Est. Les missions commerciales qui furent fondées en 1963, constituèrent jusqu'en 1970 les seules relations entre la Pologne et l'Allemagne de l'Ouest.

Franz Möller: Eugen Gerstenmaier et l'Assemblée fédérale à Berlin en 1969 (pp. 95–126)

L'intention du président du Bundestag Eugen Gerstenmaier, de rappeler l'assemblée fédérale à Berlin à l'occasion de l'élection du président de la République fédérale en 1969 fut accueillie avec d'importantes réserves dans les milieux diplomatiques. Bien plus, la RDA tenta, avec le soutien de l'URSS, d'exercer une pression sur Gerstenmaier au moyen d'une campagne publique subversive. Les pamphlets publiés par le Ministère de la Sécurité d'Etat (MfS) en 1968 mirent en doute sa résistance au régime nazi en produisant des documents falsifiés et le calomniant comme étant un partisan d'Hitler. Des organes de presse ouest-allemands reprirent à dessein ces accusations. Cependant, la procédure judiciaire engagée à son encontre par le parquet de Bonn fut suspendue cinq ans plus tard et aboutit à la réhabilitation sans ambiguïté de Gerstenmaier.

En s'appuyant sur les résultats de l'enquête méticuleuse menée par le parquet ainsi que sur les nouveaux documents mis à jour par la commission Gauck, l'auteur démontre que Gerstenmaier avait combattu activement le national-socialisme et que c'est pour cette raison qu'il n'avait pas obtenu de chaire universitaire; il avait ensuite été arrêté puis condamné par le tribunal populaire du régime pour sa participation à l'attentat contre Hitler.

Andreas Wirsching: La construction médiatique de la Politique et le «tournant» de 1982/83 (pp. 127–139)

L'article analyse la fonction politico-culturelle qui fut à l'origine du concept démocrate-chrétien de «tournant» propagé depuis la fin des années soixante-dix. Sa contradiction socio-politique n'a pu être levée, en dépit de sa mise en scène publique. C'est pourquoi le déploiement médiatique et discursif du changement de 1982/83 ne correspondait pas à la richesse de la pratique politique des années suivantes. Ceci met en lumière une double structure clairement reconnaissable de la politique démocratique, constituée par une face extérieure construite de façon médiatique d'une part, et par la politique concrète d'autre part, c'est à dire une structure

qui est nécessairement et intrinsèquement au cœur des formes de gouvernement qui s'appuient sur la participation des masses.

Hanns Jürgen Küsters: Des transformations inévitables - ou: La contribution du gouvernement Kohl à la chute du mur (pp. 141–160)

Le Gouvernement Kohl s'en tint, durant les années quatre-vingt, aux traités conclus avec la RDA et chercha à développer la coopération à différents niveaux. Il avait ainsi pour intention de saper l'idéologie propagée par le SED en permettant au plus grand nombre d'allemands de l'est de découvrir personnellement l'Ouest. Mais ce n'est ni le processus de transformation issu du rapprochement des deux systèmes, ni la libéralisation à travers la stabilisation du système de la SED qui provoquèrent le démantèlement de la RDA. La chute du mur fut en réalité la conséquence de processus internes d'érosion économique, ainsi que du civisme d'une nouvelle génération en RDA, qui n'était plus disposée à reconnaître les autorités du régime, et enfin de l'absence de crédibilité du système socialiste, qui se révéla incapable d'assurer un niveau de vie moderne, la justice sociale, la prospérité et la sécurité.

Jürgen Wilke: La politique audiovisuelle dans les années quatre-vingt (pp. 161–168)

Wilke commence par esquisser la transformation du paysage audiovisuel depuis le début des années 70. Il met en évidence les difficultés d'ordre constitutionnel, économique et socio-politique auxquelles furent confrontés les nouveaux-venus sur le marché.

Bernhard Vogel: Le combat pour le nouvel ordre médiatique. Initiatives et innovations (pp. 169–176)

Bernhard Vogel, Ministre-président de Rhénanie-Palatinat de 1976 à 1988, décrit la percée des nouvelles techniques de transmission audiovisuelle grâce au projet pilote de Ludwigshafen en 1978, qui mit pour la première fois des capacités d'émission à la disposition d'opérateurs privés. C'est grâce à l'initiative du Land de Rhénanie-Palatinat que les troisièmes chaînes et les chaînes privées ont pu être distribuées via le satellite dans le réseau câblé et ont ainsi pu être reçues à travers toute l'Allemagne. Le projet pilote, qui reçut un accueil favorable des téléspectateurs, incita d'autres Länder à abandonner leur politique de blocage. La mise en concurrence des stations radio de droit public avec des opérateurs privés a eu des répercussions positives de part et d'autre. Cela a permis de renforcer la pluralité d'opinion et a limité la politisation croissante dans les années 70 de la radio et de la télévision.

Christian Schwarz-Schilling: Le nouveau venu a des ennemis de tous côtés – Un bilan (pp. 177-194)

Christian Schwarz-Schilling, Ministre de la Poste et des télécommunications de 1983 à 1992, décrit le changement du mode de penser dans la CDU-CSU qui chercha dès 1978, et contrairement au SPD, à utiliser les nouvelles techniques d'émission afin d'augmenter la diversité des opinions et de l'information par la mise en concurrence des systèmes publics et privés. Les nouvelles technologies – digitalisation, transmission par satellite et réseau câblé – permirent

pour la première fois d'élargir quantitativement et qualitativement les capacités d'émission tout en diminuant les coûts. Il a engagé dès sa prise de fonction une course au rattrapage technique; de nouvelles technologies et de nouveaux appareils furent mis en service (fibres optiques, vidéotexte, fax, téléphone sans fil, téléphone mobile), la connexion au réseau câblé des foyers passa de 2% en 1983 à 60% en 1992, les fréquences radiophoniques et audiovisuelles furent élargies, le monopole de la Poste abrogé.

Klaus von Dohnanyi: Il s'agit de trouver les formes réalistes d'un consensus, même au-delà des frontières des partis (pp. 195–202)

Klaus von Dohnanyi, maire de Hambourg entre 1981 et 1988, revient sur le refus sur lequel avait campé le SPD en tentant, dans les années 70, de défendre le monopole des stations radio de droit public. En effet, le SPD redoutait une concentration accrue du paysage médiatique du fait de l'avènement de nouvelles technologies et il voyait la liberté d'information menacée par la puissance commerciale d'opérateurs privés.

Peter Schiwy: De la défensive au succès. Les stations radio de droit public dans le miroir des transformations de la politique audiovisuelle (pp. 203–208)

Schiwy fait remarquer de façon critique que l'innovation suscitée à coup de milliards d'investissements par le ministre de la Poste M. Schwarz-Schilling avait été certes un succès économique, mais que du point de vue du droit public, il s'agissait d'une forme de dirigisme économique de l'Etat. Il juge irréaliste le statut dont bénéficiaient les stations radio de droit public dans la jurisprudence de l'époque, laquelle avait ignoré les motifs réels, les quotas d'écoute, le journalisme corrompu ou l'influence idéologique des médias. Les opérateurs privés durent attendre près de deux décennies avant de pouvoir être traité sur un pied d'égalité en matière de droit des médias. Ce laps de temps fut mis à profit par les stations radio de droit public, qui tentèrent d'abord avec succès d'empêcher le changement tout en élargissant leur propre offre de programmes.

Claus Detjen: L'hésitation des éditeurs de presse: entre rejet et engagement (pp. 209–216)

Detjen décrit le scepticisme des éditeurs de presse, qui, par peur de «conséquences incalculables» ne prirent qu'avec hésitation conscience des nouvelles chances qui s'offraient à eux, d'autant qu'ils avaient eux-mêmes introduit les nouvelles technologies dans le processus de fabrication de la presse écrite.

Beate Schneider: Les transformations sur le marché des médias (pp. 217–226)

Beate Schneider brosse un tableau critique du paysage médiatique dans les nouveaux Länder: les chances de mettre en place un nouvel ordre médiatique dans l'élan du processus de réunification ont été bâclées. Les médias électroniques de la RDA ont certes été restructurés et le système radiophonique dual, qui avait fait ses preuves, a été conservé, mais on n'a pas su s'atteler aux réformes en attente. La constitution de monopoles et la concentration caractérisent

aujourd'hui la situation de la presse dans les nouveaux Laender. En effet, la privatisation de la presse SED par la »Treuhand« (l'organisme chargée de la liquidation du patrimoine de la RDA) avait davantage pour objectif le profit qu'une durable pluralité d'opinion.

Zusammenfassungen

Winfried Becker: Eine katholische Adelsinternationale. Die deutschen Teilnehmer am Genfer Komitee (1871–1878) (S. 1–30)

Nach der Einnahme Roms 1870 bildete sich ein international besetztes Genfer Komitee zur Verteidigung des Papsttums. Dieses gab bis Ende 1873 eine Zeitung, die »Genfer Correspondenz«, heraus, die den katholisch-kirchlichen Standpunkt inmitten der nun von nationalen und liberalen, oft antiklerikalen Ideen beherrschten europäischen Staatenwelt vertreten wollte. Die deutschen Vertreter im Komitee waren meist konservativ gesinnte Adlige. Sie standen in engem Kontakt mit dem österreichischen Grafen Anton von Pergen, dem Leiter der Genfer Büros. Sie waren dem liberalen Mehrheitsparlamentarismus abgeneigt. Mittels medialer Kommunikation, der katholischen Vereinsbewegung und der Organisation internationaler Kontakte suchten sie christlich-soziales Gedankengut zu erhalten und zu verbreiten. Sie fügten sich so letztlich dem Bild des von ihnen zunächst als »liberal« zurückgewiesenen politischen Katholizismus in Deutschland und Österreich ein.

Rudolf Uertz: Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum (S. 31–62)

Die Rechts-Mitte-Links-Einteilung von Parteien und Parteiprogrammen scheint einem anthropologischen Grundbedürfnis zu entspringen. Sie kann die politische Analyse behindern, aber in gewissem Umfang Orientierung bieten. In der Forschung der 1960er und 1970er Jahre wurde die CDU fast durchweg als konservative Partei charakterisiert. Ihre Plausibilität bezog diese These aus einer weitgehenden Gleichsetzung von christlich-demokratischer Programmatik mit bestimmten Positionen der christlichen Soziallehre und kirchlicher Kreise. Tatsächlich ist die Christliche Demokratie ein eigenständiger politischer Ideenkreis – neben Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus. Das »C« erweist sich dabei als *kulturchristliches* Phänomen, das der Synthese von rechts- und wirtschaftsliberalen sowie konservativen und sozialen Grundsätzen in der CDU-Programmatik zugrunde liegt.

Norbert Trippen: Josef Kardinal Frings und Konrad Adenauer (S. 63–72)

Für den Einfluss der Kirche auf die Neugestaltung von Staat und Gesellschaft in Deutschland nach 1945 war der persönliche Kontakt zwischen Kardinal Frings und Konrad Adenauer aus den Jahren vor 1933 von großer Bedeutung. Adenauer suchte den Erzbischof und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz für die Unterstützung seiner Politik zu gewinnen. Frings nutzte umgekehrt den Kontakt zu Adenauer zur Absicherung kirchlicher Interessen im Grundgesetz. Als Frings die Äquidistanz zu CDU und Zentrum aufgab und 1948 der CDU beitrug, wurde das allerdings als Verstoß gegen Art. 32 des Reichskonkordats registriert und musste auf Weisung aus Rom alsbald rückgängig gemacht werden.

Krzysztof Ruchniewicz: Adenauers Verhältnis zu Polen und seiner Bevölkerung (S. 73–94)

Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik, entwickelte die Leitlinien der deutschen Politik gegenüber den westeuropäischen Nachbarn. Der Autor behandelt einen anderen

wichtigen Aspekt der Adenauerschen Außenpolitik anhand von drei Fragen: 1. die Haltung Adenauers gegenüber den Polen und ihrem Land; 2. die Aufnahme politischer Beziehungen mit der Volksrepublik Polen; 3. die Stellung Polens in einem vereinigten Europa.

Obwohl Adenauer nur wenige Kontakte zu Polen hatte, waren seine Ansichten über die polnische Nation positiv, auch wenn die kommunistische Propaganda versuchte, ihn in einem gegenteiligen Licht – als einen Feind Polens – darzustellen. Der deutsche Kanzler war davon überzeugt, daß die Vereinigung Europas ohne Polen und Osteuropa nicht vollständig wäre. Jedoch war seine Einschätzung einer völligen Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion Grund dafür, daß er die positiven Signale Warschaws an Bonn und die unabhängigen Schritte Polens in der Ära Gomulka nicht erkannte. Der Kanzler, der die neue deutsche Politik gegenüber dem Westen entwickelt und energisch vorangetrieben hatte, scheute vor ähnlichen Schritten gegenüber dem Osten zurück. Die Handelsmissionen, die 1963 gegründet wurden, bildeten bis 1970 die einzige Beziehung zwischen Polen und Westdeutschland.

Franz Möller: Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969 (S. 95–126)

Die Absicht von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, die Bundesversammlung zur Wahl der Bundespräsidenten 1969 wieder nach Berlin einzuberufen, war von starken diplomatischen Bedenken begleitet. Darüber hinaus versuchte die DDR mit Unterstützung der UdSSR durch eine öffentliche und subversive Kampagne Druck auf Gerstenmaier auszuüben. Die 1968 vom MfS lancierten Pamphlete zogen seinen Widerstand gegen die Nazis durch Verfälschung von Unterlagen in Zweifel und sollten ihn als »Hitler-Anhänger« verunglimpfen. Westdeutsche Presseorgane nahmen diese Anschuldigungen geflissentlich auf. Jedoch führte das von der Staatsanwaltschaft Bonn eingeleitete Verfahren nach fünfzehn Jahren zur Einstellung und zur eindeutigen Rehabilitierung Gerstenmaiers.

Der Autor belegt an Hand der sorgfältigen Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft und durch neu entdeckte Unterlagen der Gauck-Behörde, dass Gerstenmaier den Nationalsozialismus aktiv bekämpft und deshalb keine Dozentur erhalten hat; später wurde er als Beteiligter am Attentat auf Hitler verhaftet und vom Volksgerichtshof verurteilt.

Andreas Wirsching: Die mediale »Konstruktion« der Politik und die »Wende« von 1982/83 (S. 127–139)

Der Beitrag untersucht die politisch-kulturelle Funktion, die dem seit Ende der 1970er Jahre propagierten christlich-demokratischen Konzept der »Wende« zugrunde lag. Dessen gesellschaftspolitische Widersprüchlichkeit konnte durch seine öffentliche Inszenierung nicht aufgehoben werden. Der medial vermittelte, diskursive Aufwand der »Wende« von 1982/83 entsprach daher nicht dem sachlich-politischen Gehalt der Folgejahre. Dies verweist auf eine generell erkennbare Doppelstruktur demokratischer Politik zwischen medial »konstruierter« Außenseite und »Sachpolitik«, eine Struktur, die massenpartizipatorischen Regierungsformen historisch notwendig und von Beginn an innewohnte.

Hanns Jürgen Küsters: Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder: Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug (S. 141–160)

Die Regierung Kohl hielt sich in den achtziger Jahren an die mit der DDR abgeschlossenen Verträge und suchte die Kooperation auf verschiedenen Feldern auszubauen. Eine Absicht war

dabei, die von der SED propagierte Ideologie als unglaubwürdig zu entlarven, je mehr Menschen in der DDR die Möglichkeit erhielten, den Westen persönlich kennenzulernen. Aber nicht der Wandel durch Systemannäherung oder eine Liberalisierung durch Stabilisierung des SED-Systems bewirkten den Zusammenbruch der DDR. Der Mauerfall war Folge innerer wirtschaftlicher Erosionsprozesse, der Zivilcourage einer neuen Generation in der DDR, die nicht mehr bereit war, die SED-Autoritäten anzuerkennen, und der Unglaubwürdigkeit des sozialistischen Systems, das sich als unfähig erwies, für modernen Lebensstandard, soziale Gerechtigkeit, Prosperität und Sicherheit zu sorgen.

Jürgen Wilke: Die Medienpolitik der 80er Jahre (S.161–168)

Wilke skizziert einleitend den Wandel auf dem Medienmarkt seit Mitte der 70er Jahre. Deutlich wurden die Schwierigkeiten verfassungsrechtlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Art, mit denen die »Neuerer« zu kämpfen hatten.

Bernhard Vogel: Der Kampf um die neue Medienordnung. Initiativen und Innovationen (S. 169–176)

Bernhard Vogel, 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, schildert den Durchbruch der neuen Übertragungstechnik mit dem Pilotprojekt in Ludwigshafen 1978, das erstmals privaten Anbietern Sendekapazitäten zur Verfügung stellte. Aufgrund der Initiative von Rheinland-Pfalz konnten die dritten Programme und Privatprogramme über den Fernmeldesatellit in die Kabelnetze eingespeist und damit bundesweit empfangen werden. Das Pilotprojekt, das von den Zuschauern gut angenommen wurde, veranlasste andere Bundesländer, ihre Blockadepolitik aufzugeben. Der Wettbewerb von privaten Anbietern und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hat sich für alle Beteiligten positiv ausgewirkt. Er stärkte die Meinungsvielfalt und begrenzte die in den 70er Jahren zunehmende Politisierung von Rundfunk und Fernsehen.

Christian Schwarz-Schilling: Der Neuerer hat Feinde auf allen Seiten – Eine Bilanz (S. 177–194)

Christian Schwarz-Schilling, 1983–1992 Bundesminister für Post und Fernmeldewesen bzw. Telekommunikation, beschreibt das Umdenken in den Unionsparteien, die bereits 1978 im Gegensatz zur SPD das Ziel verfolgten, die neuen Übertragungstechniken zu nutzen, um durch den Wettbewerb von öffentlich-rechtlichen Systemen und privaten Programm-Machern die Informations- und Meinungsvielfalt zu erweitern. Die neuen Technologien – Digitalisierung, Satellitenübertragung und Kabelnetze – ermöglichten erstmals eine quantitative und qualitative Kapazitätserweiterung bei gleichzeitiger Kostensenkung.

Mit seinem Amtsantritt begann die »technische Aufholjagd«, neue Technologien und Geräte wurden eingesetzt (Glasfaser, Btx, Fax, schnurlose Telefone, Mobiltelefone), die Verkabelung der Haushalte stieg von 2 % (1983) auf 60 % (1992), die Frequenzen für Hörfunk- und Fernsehprogramme wurden erweitert, das Post-Monopol beseitigt.

Klaus von Dohnanyi: Es geht darum, realistische Formen des Konsenses zu finden, auch über Parteigrenzen hinweg (S. 195–202)

Klaus von Dohnanyi, 1981–1988 Erster Bürgermeister in Hamburg, geht in seinem Rückblick auf die ablehnende Haltung der SPD ein, die in den 70er Jahren das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bewahren wollte, weil sie von der Einführung der neuen Technologien eine weitere Konzentration auf dem Medienmarkt befürchtete und durch den kommerziellen Einfluß privater Anbieter die Informationsfreiheit bedroht sah.

Peter Schiwy: Aus der Defensive zum Erfolg. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten im Spiegel des medienpolitischen Wandels (S. 203–208)

Schiwy merkt kritisch an, daß die von Postminister Schwarz-Schilling mit Milliardeninvestitionen vorangetriebene Innovation zwar wirtschaftlich ein Erfolg, aber ordnungspolitisch eine Form staatlicher Wirtschaftslenkung war. Das Bild der öffentlich-rechtlichen Anstalten in der damaligen Rechtsprechung beurteilt er als wirklichkeitsfremd, da sie die realen Motive, Einschaltquoten, Scheckbuchjournalismus oder ideologischen Einfluß der Medien, verkannt habe. Die medienrechtliche Gleichstellung der privaten Anbieter dauerte fast zwei Jahrzehnte. Diese Zeit nutzten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die den Wandel zunächst zu verhindern suchten, mit Erfolg, um ihr eigenes Angebot auszubauen.

Claus Detjen: Das Schwanken der Zeitungsverleger: Zwischen Ablehnung und Engagement (S. 209–216)

Detjen beleuchtet die Skepsis der Zeitungsverleger, die aus Angst vor den »unkalkulierbaren Folgen« die neuen Chancen nur zögerlich wahrnahmen, zumal sie gerade die neuen Technologien bei der Herstellung der Printmedien eingeführt hatten.

Beate Schneider: Die Wende auf dem Medienmarkt (S. 217–226)

Beate Schneider zeichnet ein kritisches Bild der Medienlandschaft in den neuen Ländern: Die Chance zur Neuordnung auf dem Medienmarkt im Zuge des Vereinigungsprozesses wurde vertan. Die elektronischen Medien der DDR wurden zwar umstrukturiert und das bewährte duale Rundfunksystem übertragen, aber naheliegende Reformen nicht angegangen. Monopolbildung und Konzentration kennzeichnen heute das Pressewesen in den neuen Ländern, da die Privatisierung der SED-Presse durch die Treuhand mehr am Gewinn orientiert als auf dauerhafte Meinungsvielfalt ausgerichtet war.

Die Mitarbeiter dieses Bandes

Becker, Winfried, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Passau

Buchstab, Günter, Dr. phil., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin

Detjen, Claus, Journalist, Verleger, Viadrina Verlag, Berlin

Dohnanyi, Klaus von, Dr. jur., Bundesminister a.D., ehem. regierender Bürgermeister von Hamburg

Küsters, Hanns Jürgen, Dr. phil., Privatdozent, Bundesarchiv Sankt Augustin

Möller, Franz, Dr. jur., Landrat a. D., Bad Honnef

Ruchniewicz, Christoph, Dr. phil., Historisches Institut, Universität Wrocław

Schiwy, Peter, Dr. jur., Rechtsanwalt, Intendant a.D., Honorarprofessor für Gesundheitsrecht, Medienrecht und Medienpolitik, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaft, Speyer

Schneider, Beate, Dr. phil., Professorin für Journalistik, Medienwissenschaft und Medienmanagement, Hochschule für Musik und Theater, Hannover

Schwarz-Schilling, Christian, Dr. phil., Bundesminister a. D.

Trippen, Norbert, Prof. für Kirchengeschichte der neueren Zeit, Dr. theol., Domkapitular, Bischöfliches Generalvikariat Köln

Uertz, Rudolf, Dr. phil., Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte Universität Warschau, wiss. Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin

Vogel, Bernhard, Dr. phil., Ministerpräsident von Thüringen, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sankt Augustin

Wilke, Jürgen, Dr. phil., Professor für Publizistik, Universität Mainz

Wirsching, Andreas, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte,
Universität Augsburg